18. JAHRG. JAN./FEBR.

D 2442 F

1/2

1968 · FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

Preis 1,— DM Studenten 30 Pf

DISKUS

Permanente Wissenschaftskritik

Die Studenten und ihre Vertreter befinden sich seit einiger Zeit in einer Zwangslage. Die immer intensiver werdende Forderung nach Mitbestimmung wird von den Ordinarien zum großen Teil abgelehnt, zum anderen Teil mit der Zusicherung: die „Mitwirkung" der Studenten sei schon seit langer Zeit das erklärte Ziel der Ordinarien zum Gegenstand von unverbindlichen Diskussionen gemacht. Sie unterschlagen, daß allein der wachsende Druck der Studenten diese Reaktion der Ordinarien überhaupt hervorbrachte. Dennoch haben die Studenten allenfalls erreicht, daß die Ordinarien Stellung beziehen. Sie haben nicht erreicht, daß sich an den bestehenden Verhältnissen etwas ändert. Rektor Rüegg richtete eine Fragestunde für Studenten ein, die der universitären Öffentlichkeit die Möglichkeit einer demokratischen Kommunikation zwischen Studenten und Ordinarien suggerieren sollte. Die Institution „Frage- und Informationsstunde" wurde nicht einmal ihrem eigenen Anspruch gerecht: die Mehrzahl der Fragen wurden von den Ordinarien gar nicht beantwortet. Vielmehr appellierten dort die Vertreter der Universitätshierarchie an die Einheit aller Universitätsmitglieder. So wurde deutlich, daß die Fragestunde die Gegensätze zwischen den Studenten und den Ordinarien nur verschleiern sollte.

Ähnliche Taktiken der Ordinarien sind von anderen Universitäten bekannt: in Berlin scheiterte eine paritätisch besetzte Kommission über Fragen der Studienreform daran, daß die Ordinarien ihr nicht das Beschlußrecht zuerkannten. Rektor Lieber scheute sich nicht davor, die Polizei auf den Campus statt die Studenten in beschlußfähige Gremien zu holen.

Am Beispiel Frankfurts läßt sich darüber hinaus aufweisen, daß die politische Forderungen der Studenten ihren demokratischen Zielen zuwiderlaufen, wenn sie sich auf die Forderung nach paritätischer Repräsentation in den obersten Gremien der Universität (Senat, Konzil, Fakultäten, Rektorenkollegium) beschränken. Eine quantitative Repräsentation wird qualitative Auswirkungen auf den Forschungs- und Lehrprozeß erst in Verbindung mit unmittelbarer Einflußnahme der Studenten auf der Ebene der faktischen Zusammenarbeit von Lernenden und Lehrenden in den Seminaren und Instituten haben. Repräsentative Mitbestimmung der Studenten könnte die demokratische Teilnahme am Forschungs- und Lehrprozeß als deren Kontrollorgan nur ergänzen.

Kritische Reflexion des Wissenschaftsbetriebes zielt darauf, die autoritäre Politisierung der Universitäten und der Wissenschaften bewußt zu machen, die sich mit der wachsenden Einflußnahme des Staates auf den gesellschaftlichen Verwertungsprozeß intensiviert hat. Sie muß die Aufarbeitung der Geschichte der Wissenschaft leisten. Seit Wissenschaften überhaupt technologisch anwendbar geworden sind, ist auch ihre gesellschaftliche und politische Bedeutung gestiegen, haben die politische Implikationen des Wissenschaftsbetriebes zugenommen. Beschränkte sich Ende des 19. Jahrhunderts die Verwertbarkeit von Wissenschaft auf die Technologie im engeren Sinne, so hat sich im Laufe des 20. Jahrhunderts ihre Anwendbarkeit auf Sozialtechnik und Psychotechnik ausgedehnt. Diese Implikationen sind in der deutschen Universität niemals diskutiert worden. Die Rolle der Universitäten im Nationalsozialismus ist ein Beispiel dafür. Faschistische Ideologie wurde damals bruchlos in die Universitäten übernommen, wissenschaftliche Arbeiten in deren Dienst gestellt. Heute wird die Einflußnahme des Staates von den Universitäten ähnlich blind akzeptiert. Auch heute stellt sie die Ergebnisse des Forschungsprozesses unreflektiert staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen zur Verfügung. Aus der Kritik an der unbewußten Übernahme politischer Inhalte in die Universität will die Kritik der Studenten Ansätze zu einer bewußten demokratischen Politisierung des Lehr- und Forschungsprozesses erarbeiten. Diese demokratische Politisierung ist in gleicher Weise Kritik und Kontrolle der bestehenden Universität. Die Entwicklung demokratischer Modelle wissenschaftlicher Zusammen-

Fortsetzung Seite 2

Collage: Jürgen Holtfreter

„Ich würde es begrüßen, wenn sie (die amerikanischen Studenten) ebensoviel Fanatismus für ihr politisches System aufbringen würden wie die jungen Nazis während des Krieges für ihr System aufgebracht haben." (Johnson)

Permanente Wissenschaftskritik

Fortsetzung von Seite 1

arbeit ist dabei eine Form der Kritik, die über das bestehende System hinausweist.

Die öffentliche Kritik von Lehrveranstaltungen hätte in diesem Zusammenhang die Funktion, bei all den Studenten einen demokratisch-politischen Aufklärungsprozeß in Bewegung zu setzen, die bisher aufgrund der Tatsache, daß „es immer so gewesen ist", sich kaum der realen Unterdrükkung durch die universitäre Hierarchie bewußt geworden sind. Dies gälte vor allem im Hinblick auf die deutliche Intention aller bildungspolitischen Institutionen (seien es nun der Wissenschaftsrat oder das Bundesforschungsministerium), die Konsumentenrolle des Studenten als feststehende Größe in die Ausbildungsplanung aufzunehmen.

Rezensionen von Lehrveranstaltungen als eine Form dieser Kritik werden sich weder nur an technisch-organisatorischen Gesichtspunkten noch an der bloßen Rationalisierung des Lehrstoffes orientieren. Vielmehr müssen sie eine Reflexion der gesellschaftspolitischen Bedeutung und Verwertung der eigenen wissenschaftlichen Arbeit enthalten. Sie wird auf die Maßstäbe eingehen müssen, nach denen der Lehrstoff ausgewählt worden ist. Dabei wird — anhand einer Lehrveranstaltung — zu prüfen sein, inwieweit sich die Hochschule einer kritischen Beurteilung der Voraussetzungen und Konsequenzen wissenschaftlichen Arbeitens stellt.

Man wird zum Beispiel die Ausbildung in der naturwissenschaftlichen Fakultät nicht kritisch beurteilen können ohne das Bedürfnis der Wirtschaft an einer hohen Zahl technisch versierter Fachleute, die sich problemlos in das autoritäre Gefüge kapitalistischer Wirtschaftsbetriebe einfügen, miteinzubeziehen. Die finanzielle und politische Bedeutung der Auftragsforschung, die die naturwissenschaftlichen Fakultäten im Namen von wirtschaftlichen Großbetrieben leisten, wird gleichfalls mit in die Kritik eingehen müssen. Auch die von außeruniversitären Interessen bestimmte Einführung von Zwischenprüfungen (z. B. in der philosophischen Fakultät) wird Konsequenzen für die Kritik am Inhalt der Lehrveranstaltungen haben.

Die politische Zielsetzung der Rezensionen ergibt sich daraus, daß sie den Studenten Kriterien der Beurteilung Ihrer eigenen Ausbildung und Ihrer wissenschaftlichen Bedürfnisse vermitteln soll. Eine Vorlesungskritik müßte die Funktion erfüllen können, eine Orientierungshilfe in der wissenschaftlichen Diskussion zu sein und zugleich die Begrenztheit einer „nur" wissenschaftlichen Diskussion im Hinblick auf die politische Relevanz der Wissenschaft in der Gesellschaft erläutern.

Diese Funktion aber kann die Vorlesungsrezension nur erfüllen, wenn sie im Zusammenhang des Kampfes der Studenten um eine demokratische Universität steht. Daraus ergibt sich, daß die Kritik von Lehr- und Forschungsveranstaltungen ein Komplement ist im Aktionsrahmen der Studenten. Sie findet ihre praktisch-politische Ergänzung in der unmittelbaren Seminar- und Vorlesungskritik, die in den Lehrveranstaltungen von den Studenten selbst vorgebracht wird. Zu Zeiten, in denen eine Kritik in den Veranstaltungen selbst nicht möglich ist, wird sie ergänzt werden durch Aktionen, deren provokativer Charakter erst einmal die autoritäre Reaktion der Universitätsadministration hervorrufen werden. Das Go-in bei dem Minister und Professor für „die Wissenschaft von der Politik", Carlo Schmid, war in diesem Sinne eine Vorlesungsrezension. Sie wollte darauf aufmerksam machen, welche Diskrepanz besteht zwischen den apologetischen Äußerungen eines Ministers zur Notstandsverfassung und der akademischen Lehrveranstaltung des gleichen Ministers und Professors über die „Außenpolitik im 18. Jahrhundert". — Auch der Boykott gegen Lehrveranstaltungen, die gesellschaftspolitische Inhalte unkritisch als zeitlose Werte vermitteln, wird eine Form der Vorlesungskritik sein können. So wäre etwa in Hamburg ein demokratischer Boykott gegen die Vorlesung eines Professor Wenke eine Form der praktischen Wissenschaftskritik, weil dieser Professor sich permanent der Diskussion mit den Studenten entzieht.

Innerhalb einer undemokratischen Universität, die ihre kritischen Studenten mit Strafanzeigen und Disziplinarmaßnahmen unterdrücken will, sind selbst Streiks als adäquate Form einer Kritik am Lehr- und Forschungsbetrieb anzusehen. Sie werden dann notwendig, wenn Ordinarien und Administration in unverbindlichen Diskussionen den Studenten das Recht auf *Mitwirkung* einräumen, ihnen aber in den Entscheidungsprozessen über die Struktur der Universität der *Mitentscheidung* verwehren.

Rezensionen wollen in diesem Zusammenhang keine Ergebnisse von Diskussionen vorwegnehmen, sie wollen nur Anregungen geben, deren Ziel die permanente Diskussion in den universitären Einrichtungen in Gang bringen soll.

„Es ist müßig, darüber zu streiten, inwieweit in der alten Universität die kritische Theorie erarbeitet und diskutiert werden kann. Sie bleibt dort konzessionierter Luxus im Rahmen einer Ausbildung, die dem Bedarf der kapitalistischen Gesellschaft nach spezialisierten, kurzfristig ausgebildeten Fachleuten nachgibt." (Programm und Verzeichnis der Kritischen Universität für das Wintersemester 1967/68, S. 41) Aus dieser Erfahrung heraus gründeten Berliner Studenten eine eigene wissenschaftliche Institution. „Die Kritische Universität ist nicht die Erfindung einzelner unzufriedener Studenten. Sie ist entstanden im Kampf mit der Universitätsadministration, sie ist eine Antwort auf deren Absicht, vermittels der neuen Betriebsgemeinschaft (Hochschulreform) das Interesse dieser Gesellschaft nach erhöhtem Spezialistenausstoß und das Interesse der universitären Machthaber nach Erhaltung ihrer Herrschaft (Studienreform) gleichzeitig durchzusetzen." (S. 40) Die neue Form des Kampfes des Studenten um eine demokratisch politisierte Wissenschaft ist eine organisierte Übergangsstufe, auf der die Studenten die Funktion der kritischen Wissensvermittlung selbst übernehmen, die von der Universität nicht geleistet wird. Die Kritische Universität hat sich konstituiert, weil die Ordinarien auf praktische Wissenschaftskritik mit Zwangsgewalt reagierten. Sie ist gleichzeitig eine „Ergänzung" der bestehenden Universität, weil sie auf die politischen Implikate der Wissenschaft das Hauptgewicht legt und die Vermittlung von technischem Fachwissen der „alten" Universität überläßt, Ihre Funktion erhält sie jedoch nicht nur in der kritischen Wissenschaftsvermittlung, sondern in der Vermittlung der Einsicht, daß die Organisation der Wissenschaft ihre gesellschaftlichen Konsequenzen, mit einbeziehen muß. Die Kritische Universität „entwickelt sich in dem Maße von der Kritischen zur Gegenuniversität, in dem ihre Arbeit und deren Ergebnisse direkt als gesellschaftliche Kampfmittel eingesetzt werden können." (S. 41) Die Zielsetzung der Kritischen Universität, die entstanden ist aus der Forderung der Studenten nach gesellschaftskritischer Wissenschaft weist so über sich selbst hinaus.

In den Universitätsstädten Westdeutschlands zittert die Alma Mater vor den Konsequenzen einer Wissenschaftskritik. Nicht überall jedoch sind diese Konsequenzen gleich. In Frankfurt z. B. entzündeten sich die Auseinandersetzungen am Senatsentwurf einer neuen Universitätssatzung, in dem die hierarchische Struktur der Ordinarienuniversität fester denn je verankert ist, und in dem die Studenten weiterhin von allen wichtigen Angelegenheiten ausgeschlossen sind (Berufungen, Habilitationen etc.). Den Forderungen der Studenten nach einer paritätischen Beteiligung in allen Gremien (Drittelparität) widersetzte sich Rektor Rüegg öffentlich: „Alle quantitativen Reformen und insbesondere die sog. „Drittelparität" entwickelt die zu beseitigende Funktionsschwäche der Universitäten zur Funktionsunfähigkeit; *lähmt den Zusammenhang von Forschung und Wirtschaft;* gefährdet die verfassungsrechtlich geschützte Freiheit von Forschung und Lehre." (Erklärung des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz Rüegg, Godesberg, 7. Januar 1968.) In dieser Situation ist die Ausarbeitung einer „Gegensatzung" ein Kampfmittel, in dem alle Forderungen und Argumente der Studenten zusammengefaßt werden können. Eine solche Satzung hätte auszugehen von den demokratischen Voraussetzungen einer wissenschaftlichen Zusammenarbeit (Drittelparität auf allen Ebenen). Sie hätte aber zugleich Forderungen aufzustellen, die sich als Zielvorstellungen eines demokratischen Wissenschaftsbetriebs aus den Diskussionen der letzten Zeit ergeben haben. So wäre die Neugliederung der Fakultäten in Abteilungen, deren Fachdisziplinen jeweils verwandte Objektbereiche der Forschung aufweisen, in eine solche Satzung einzuarbeiten. Auch die Einrichtungen von Lehrveranstaltungen, die von Studenten geleitet werden und die Vergabe von Forschungsmittel an studentische Arbeitsteams wären Forderungen, die in eine demokratische „Gegensatzung" einzugehen hätten.

Vorlesungsrezensionen und Wissenschaftskritik in den Seminaren und nicht zuletzt die Konstituierung einer Kritischen Universität oder die Ausarbeitung einer Gegensatzung sind Formen der demokratisch-politischen Entwicklung der Studenten und ihrer Ziele in der Auseinandersetzung mit der Ordinarienuniversität. Sie sind keine „endgültigen" Mittel und Ziele, sondern werden sich im Verlaufe der kritischen Diskussion selbst ständig ändern. Die gesellschaftlichen und universitären Voraussetzungen für die Durchführung dieser Ziele müssen allererst geschaffen werden.

Die Redaktion

DISKUS Frankfurter Studentenzeitung. Erscheint zweimal vierteljährlich.
Herausgeber: David H. Wittenberg, Ursula Rühle, Ulrich Erckenbrecht, Hartmut Holzapfel, Andreas Schröder.
Redaktion: Antonia Grunenberg, C. Rainer Roth, Franz-Joachim Gaber, Hans-Peter Riese, Herrmann Lohaus, Michael Schwarze, Detlev Claussen
Redaktion Rückseite: Karl Riha
Redaktionsgeschäftsführer: Franz-Joachim Gaber
Verlagsleiter: Werner Fritzsche
Anzeigen: Werner Dömming
Vertrieb: Eckhard Sachse
Anschrift der Zeitung: 6 Frankfurt am Main 1, Mertonstraße 26–28, Telefon (06 11) 7 98 31 88
Konten der Zeitung: Deutsche Bank Ffm. 240/9647, Dresdner Bank Ffm. 280 385, Postscheck Ffm. 1875 88
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion. Alle abgedruckten Beiträge sind Eigentum des DISKUS.
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Erlaubnis der Redaktion.
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 1. Januar 1968.
Abonnementsbestellungen zum Preis von DM 10,– jährlich nimmt jedes Postamt entgegen.
Lieferungen in das Ausland sind bei der Redaktion zu bestellen.
Druck: H. G. Gachet & Co., 607 Langen · Gerichtsstand: Frankfurt/Main

Polizei und Immatrikulationskartei

Auf den letzten Teach-In's erhoben Studenten mehrfach die Forderung, alle nicht-immatrikulierten Anwesenden sollten die Hörsäle verlassen oder ausweisen, daß sie nicht zur Kriminalpolizei oder zum Verfassungsschutz gehörten. Diese Forderung ist so machtlos wie die Studenten, die sie erheben: als ob eventuell angeforderte Berichte nicht besser und unauffälliger von den Knechtlein der Universitätsbürokratie als von den notorisch schlechtausgebildeten und politisch dummen V-Männern angefertigt und an den Verfassungsschutz abgeliefert werden könnten. Wirklich unheimlich wird die Sache erst da, wo die Universitätsbürokratie, jenseits der öffentlich geführten Auseinandersetzungen mit den Studenten, alle ihr bekannten Informationen über die Studenten an die staatlichen Zwangsgewalten offenbar anstandslos weitergibt und damit willfährig ihr eigenes universitäres Anstaltsrecht bricht.
Anhaltspunkte wurden auf dem Teach-In am 17. Januar im Anschluß an die AStA/Senats-Diskussion über die Godesberger Rektoren-Erklärung bekannt: Der Student Reimut Reiche, vormaliger Bundesvorsitzender des SDS, wurde am 21. Oktober 1966 auf einer Vietnam-Demonstration von einem Einsatzleiter der Frankfurter Polizei, Herrn Y. (der Name ist der Redaktion bekannt) angesprochen. Dieser erzählte sinngemäß unter anderem: „Es ist doch richtig, daß beim SDS Bestrebungen im Gang sind, das Zentrum der studentischen Opposition von Berlin nach Frankfurt zu verlegen? Jedenfalls haben wir genau registriert, daß, gegenüber den früheren Semestern, im Wintersemester viel mehr Studenten als sonst von der FU nach Frankfurt übergewechselt sind und sich dort immatrikuliert haben. Da stecken Sie doch auch dahinter?"
Vielleicht sind Herr Y. und seine Vorgesetzten auch der Meinung, der SDS habe außerdem veranlaßt, daß Prof. von Friedeburg seinen Ruf nach Frankfurt annahm, — damit noch mehr Linke von der FU nach Frankfurt kommen? Die Spekulationen im Polizeipräsidium über die Allgewalt des SDS sind nicht so arg interessant, — obwohl, sie könnten es über Nacht werden. Interessant ist heute die Frage: Wo haben die Vorgesetzten von Herrn Y. ihre Informationen her? Die versammelten Studenten der Frankfurter Universität haben diese Frage auf dem Teach-In am 17. Januar vorläufig beantwortet: die Immatrikulationskartei der Studenten gehört den Studenten; sie soll unter studentischer Kontrolle geführt werden! Am 9. 1. 1968 beauftragte das Studentenparlament den AStA-Vorsitzenden Birkholz, von Rektor Rüegg Auskunft über eine evtl. Einsichtnahme Außenstehender in die Immatrikulationskartei der Studenten zu verlangen. In dem Brief, den Birkholz am 10. 1. 1968 an Rüegg schrieb, heißt es: „. . . . Sie um Mitteilung zu bitten, ob das Rektorat im Wege der Amtshilfe dem 18. Kommissariat der Frankfurter Kriminalpolizei (Verfassungsschutz) Einblick in die Universitätsakten über Studenten . . . gewährt hat . . . !"
Auf den Brief war bis Redaktionsschluß noch keine Antwort erfolgt.

Helmut Spang

Politischer Mord

In dem Artikel „Vegetativ-labiler Freispruch von B. T. im letzten DISKUS (Nr. 7/8 1967 p. 4) stand eine Fehlinformation, die wichtig genug ist, korrigiert zu werden. Nämlich, daß der Mord an Benno Ohnesorg der erste politische Mord der Nachkrieszeit gewesen sei.
Vielmehr wurde am 11. Mai 1952 der 21jährige kommunistische Arbeiter Philipp Müller bei einer Demonstration in Essen durch einen Schuß in den Rücken getötet. Die Bereitschaftspolizei, auf deren Konto der Mord kommt, verwundete durch blindwütige Salven in die friedliche Menge zwei weitere Jugendliche schwer und eine Unzahl weiterer Demonstranten und Passanten leicht. Ähnlich wie in Berlin 1967 müssen sich Szenen unbeschreiblicher Polizeibrutalität abgespielt haben. Polizisten fuhren mit Motorrädern in die Menge, hetzten Bluthunde auf die Demonstranten und ritten sie mit Pferden zusammen. Mit dem Gummiknüppel schlugen die Polizeischläger auf Frauen, Mädchen und Kinder ein, ja selbst in einer Unfallmeldestelle in der Nähe des Essener Bahnhofes drangen sie ein und verprügelten die schon Verletzten noch einmal. Es wird sogar berichtet, daß einzelne Polizisten an Häusern hinaufgeschossen haben, wo Zuschauer fotografieren wollten.
30 000 Jugendliche hatten in Essen gegen eine gesamteuropäische Armee und für einen Friedensvertrag mit einem wiedervereinigten Deutschland demonstriert. Der größte Teil gehörte den Pfadfindern, den Naturfreunden der Gewerkschaftsjugend und den christlichen Jugendverbänden an. Auch die FDJ nahm teil, steuerte aber keineswegs die Demonstration wie Presse und Polizei behaupteten. Ähnlich den Kurrasschen Messervisionen damals die Behauptung, aus der waffenlosen Menge sei zuerst geschossen worden. Ähnlich Albertz Solidarität mit dem Terror der damalige Essener OB: „Ich decke die Haltung der Essener Polizei in jeder Beziehung." Anders war, daß niemals dem Mörder der Prozeß gemacht wurde, selbst seinen Namen konnte die Polizei geheimhalten. Prozesse gab es hauptsächlich gegen die Verprügelten und Verwundeten; eine Kontinuität des demokratischen Rechtsstaates.

Dienstverpflichtung

Die spanischen Arbeiter sind in hohem Maße über die Anwendung des Ausländergesetzes beunruhigt.
Im § 7 des Ausländergesetzes heißt es, daß die Aufenthaltserlaubnis der in der Bundesrepublik arbeitenden Ausländer „mit Bedingungen und Auflagen versehen werden" kann. „Die Aufenthaltserlaubnis kann nachträglich räumlich und zeitlich beschränkt sowie mit Bedingungen und Auflagen versehen werden." (Abs. 3 und 4)
Auf der Grundlage dieser Absätze ist nachträglich an den Aufenthalt von in der Bundesrepublik arbeitenden Ausländern durch einen Stempel von den Polizeibehörden eine Bedingung mit folgendem Wortlaut geknüpft worden:
Die Aufenthaltserlaubnis wird ungültig bei Aufgabe der Tätigkeit bei der Firma xyz. Durch die Koppelung von Aufenthaltserlaubnis und Lohnarbeit bei einer bestimmten Firma sind die betroffenen Arbeiter völlig rechtlos den Unternehmern ausgeliefert. Denn Kündigung durch die Firma xyz ist gleichbedeutend mit Ausweisung aus der Bundesrepublik. Die Maßnahme der Polizei, die auf gute Zusammenarbeit mit den Unternehmern schließen läßt, soll die Arbeiter einschüchtern. Es steht zu vermuten, daß Erfahrungen wie die beim Streik in Hanau (s. DISKUS Nr. 7/8 1967) dazu den Anlaß geboten haben. Damals haben vornehmlich ausländische Arbeiter den Streik getragen, unter anderm auch solche, die nicht bei Dunlop selbst arbeiteten. Verschärfte politische Kontrolle der ausländischen Arbeiter soll sie jetzt zu willigen Arbeitsinstrumenten machen.
Bei den bisher bekanntgewordenen Fällen befinden sich die zumeist gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bereits zwischen vier und zehn Jahren in der Bundesrepublik. Das mit dem Stempel ausgesprochene Arbeitsplatzwechselverbot kommt einer Dienstverpflichtung in bestehende Arbeitsverhältnisse gleich.
Die zuständigen Gewerkschaften haben sich bislang für die dienstverpflichteten Spanier nicht zureichend eingesetzt. Weder haben sie die ausländischen Arbeiter über die Stempel, über in der Bundesrepublik bestehende oder geplante Gesetze für Dienstverpflichtungen noch über das Ausländergesetz systematisch informiert. Obwohl die Einschränkung der beruflichen Freiheit der Ausländer den zuständigen Gewerkschaften schon längere Zeit bekannt sein dürfte, haben sie immer noch nicht sich mit Nachdruck dafür eingesetzt, daß diese Stempel aus den Pässen verschwinden.
Hier haben die entsprechenden Gewerkschaften die Gelegenheit, sich nicht nur gegen die, mit den Notstandsgesetzen mögliche Dienstverpflichtungen deutscher Arbeitnehmer einzusetzen, sondern auch gegen die heute schon wirkliche Dienstverpflichtung ausländischer Arbeiter. An ihrem praktischen Beispiel können sie den Charakter der Notstandsgesetze und ihren Interessenzusammenhang den deutschen Arbeitern plastisch vor Augen führen.

Peter Vulpius

Inhaltsverzeichnis

Vom Sinn der Repräsentationsideologie, Gert Schäfer (Seite 3)
Nach dem Blitzkrieg, Manfred Buddeberg (Seite 4)
Schutz der Verfassungswirklichkeit, Hermann Lohaus (Seite 4)
Das Faustrecht des SPIEGEL, C. Rainer Roth (Seite 5)
Offener Brief an die FAZ (Seite 6)
Deutschritterorden — Vorbild der SS Hans-Peter Riese (Seite 7)
Bücherreport (Seite 7—9)
Weitere Rezensionen (Seite 20—21)
Wissenschaftsreform und Studienreform, Eckart Osborg (Seite 10)
Versuch einer Analyse, Prof. Hövels (Seite 11)
Weitere Diskussionen mit der Universität (Seite 12—13)
Das Faß ohne Boden oder: Diskussionen als Alibi, Fritz Glöde (Seite 12)
Zur Motivation der Godesberger Erklärung, Rektor Rüegg (Seite 13)
Der Fall Wenke, E. Neckermann (Seite 14)
Die Bremer Revolte, Til Schulz (Seite 14)
Der Kapitalismus und die Fachidioten, Wolfgang Streeck (Seite 15)
Knokke — Hors Concours, Johannes Egenolff (Seite 16)
Mackie Messer, der Ballade dritte Folge, Henrich von Nussbaum (Seite 18—19)
Aufgehängte Kunst, Hans-Peter Riese (Seite 19)
Von der Wirklichkeit der Kunst, Irma Reblitz (Seite 20)
Kleines Geläut, Angelika Mechtel (Seite 22)
Konzentration III, Elmar Barn (Seite 23)
Spiel, Hans Imhoff (Seite 23)

Dieser Ausgabe liegt ein Gesamtverzeichnis der piper paper backs bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

Nachtrag: Titelbild DISKUS 7/8 1967 ist ein Teil eines Triptychons von Jürgen Allmendinger, Foto: Günther Wagner.

Vom Sinn der Repräsentationsideologie

Von Gert Schäfer

Vulgärdemokratische Mißverständnisse

Dem Verlangen nach Demokratisierung der Universität wie der außerparlamentarischen Opposition wird heute vielfach entgegengehalten, daß wir eine repräsentative Demokratie hätten und mithin Aktionen außerhalb der dafür vorgesehenen repräsentativen Institutionen und ihren Spielregeln eigentlich die rechte demokratische Legitimität abgehe. Der „Druck der Straße", das immerhin verfassungsmäßig verbürgte Demonstrationsrecht erscheint in diesem Licht nicht weniger ungehörig als die öffentliche Aufforderung, nur solche Abgeordneten zu wählen, die sich im Bundestag gegen die Notstandsplanung der Regierung wenden; und nicht nur *ein* hochfahrender Abgeordneter hat mit dem Hinweis auf seine repräsentative Würde sich Abordnungen seiner Wähler vom Leibe halten lassen. Verfassungsrechtlich gestützt vor allem auf den Art. 38 GG, worin nach parlamentarischer Tradition festgehalten ist, daß die Abgeordneten des Bundestags „Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen sind", wird heute nicht nur jede Art eines imperativen Mandats, also etwa eine konkrete Weisung der Wähler an ihre Abgeordneten, für rechtlich unzulässig erklärt, sondern darüber hinaus außerparlamentarische Einflußnahme auf die Beschlußfassung des Parlaments schlechthin als mit der repräsentativen Demokratie unvereinbar hingestellt. So illusionär diese Interpretation vor dem Hintergrund von Pressuregroups, Fraktionszwängen und politischer Macht der Bürokratien sich auch ausnehmen mag, so sehr soll sie doch den im Parlament versammelten Parteifraktionen einen demokratischen Legitimitätsvorsprung verschaffen; unter bestehenden Bedingungen aber richtet sich dieser nicht zufällig in erster Linie gegen die in voller Öffentlichkeit stattfindenden Formen unmittelbarer politischer Beteiligung der Aktivbürger.

Im groben Verständnis des politischen Tageskampfes ist der Sinn dieser Repräsentationsideologie noch leicht zu durchschauen: schlägt sich die von Anbeginn vorhandene Ambivalenz des „freien Mandats" der Abgeordneten heute in fortschreitender Verselbständigung der Repräsentativkörperschaften nieder, so werfen diese gegen realplebiszitäre Bewegungen das ganze Gewicht ihres Legitimitätsvorsprungs in die Waagschale obgleich sie schon längst faktisch aus einem, allerdings diffusen, Personalplebiszit, der Akklamation ihrer Führer, ihre demokratische Legitimität beziehen. Doch verbirgt sich in der herrschenden Repräsentationsideologie darüber hinaus eine weitgehende materiale Interpretation von „Demokratie", die gerade das demokratische Element im Verfassungsstaat perhorresziert. Hier ist nicht von der prosaischen Auffassung der repräsentativen Institutionen als Vertretungskörperschaften und ihrer Problematik die Rede, sondern von den verbindlichen wiederbelebten Repräsentationsideologien, die einmal im Kampf gegen die Demokratisierung des Parlaments entwickelt und heute vornehmlich durch die Arbeiten von Fraenkel, Scheuner oder Hennis kultiviert und begründet werden. Wird von ihnen die Repräsentationsideologie und das Gewicht der repräsentativen Institutionen gegen sogenannte vulgärdemokratische Mißverständnisse der Demokratie gekehrt, — ohne sich lange dabei aufzuhalten, daß es gerade jene altehrwürdigen außerparlamentarischen Aktionen waren, die einmal die Demokratisierung der parlamentarischen Repräsentation gegen den Widerstand der politischen Oligarchien erzwangen, — so enthüllt sich im Hinweis von Universitätsrepräsentanten auf die repräsentative Qualität ihrer Institutionen ein Gegensatz zwischen Repräsentation und Demokratie vielleicht auf unfreiwillige Weise: in der Tat entspricht der korporative Aufbau der Universität mit ihrem dominierenden Herrschaftsstand der Ordinarien ja eher vorbürgerlich-ständischen Prinzipien und kommt dem obligarchischen Repräsentationsbegriff, wie er heute gang und gäbe ist, ungleich näher als dieser den Prinzipien demokratischer Repräsentation, wie sie etwa von Bentham, Condorcet, Paine und anderen Vertretern des liberalen Bürgertums verfochten wurden — nur hat die Korporation eben mit Demokratie wenig zu tun. Wenn sich Teile der Universität gegen deren Demokratisierung wenden, so können sie dies jedenfalls nicht im Namen der sei's auch repräsentativen Demokratie; innerhalb der Universitätskorporation treten sich verschiedene „Stände" gegenüber, und in den augenblicklichen Verfassungskämpfen geht es nicht darum, sie zu beseitigen, sondern um die relative Emanzipation der unteren Stände gegenüber dem der Ordinarien — man hat noch nicht gehört, daß sich der dritte Stand zur Nation erklären will.

Führung der politischen Geschäfte

Daß indes die Berufung der repräsentativen Demokratie dazu dient, Forderungen und Aktionen der Studenten als illegitim zu verurteilen, deutet den sonst eher verschwiegenen genauen Inhalt der Repräsentationsideologie an. In der (unzulässigen) Gegenüberstellung von „repräsentativer" und „plebiszitärer", „geordneter" und direkter" Demokratie schlagen sich neben Elementen der staatsrechtlichen und politikwissenschaftlichen Diskussion, die in der Bundesrepublik angesichts früherer außerparlamentarischer Bewegungen (wie z. B. der Kampagne gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr) geführt wurde, Begriffsfetzen einer konservativen politischen Anthropologie nieder, die sich mit herkömmlich autoritären Bestandteilen und den unaufgelösten Widersprüchen des Verfassungsstaates trübe verbinden.

Der Rückgriff auf Repräsentationsideologien, die besonders von englischen Theoretikern und Praktikern des 18. Jahrhunderts im Interesse der Verteidigung einer aristokratischen parlamentarischen Oligarchie gegenüber den Forderungen des liberalen Bürgertums und der englischen „Jakobiner" angefertigt worden waren (wie z. B. von Blackstone und Burke), erfolgte in der Bundesrepublik im Zug fortschreitender Oligarchisierung des politischen Entscheidungsprozesses und Entpolitisierung der Wählermassen. Die klassische Repräsentationsideologie, die Theorie der Nationalrepräsentation, wie sie zuerst in England unter dem fortschrittlichen Absolutismus der Tudor-Herrscher aufkam, richtete sich gegen die feudalen Bindungen der Parlamentsangehörigen und verlangte deren Freiheit: **von** den Weisungen feudaler Klientel **zur** verbindlichen (finanziellen) Verpflichtung der Untertanen. König und Parlament sollten national verbindliche Beschlüsse fassen können; dazu war es notwendig, den Parlamentariern die Beschlußfreiheit zu geben und sie von bloßen Boten ihrer feudalen Wahlkörperschaften zu deren Repräsentanten zu machen. Gleichzeitig konstituierten sich die Repräsentanten zu einer nationalen Versammlung, die im Namen der gesamten Nation, als Vertreter des ganzen Volkes, handelte. Dieser bürgerliche Repräsentationsbegriff fand in der Formulierung der französischen Revolutionsfassung seinen prägnantesten Ausdruck; die Deputierten repräsentierten die nation une et indivisible. Wie sich versteht, war mit Nationalrepräsentation aber keineswegs gemeint, daß alle Angehörigen der Nation gleich frei in der Repräsentantenversammlung vertreten werden sollten. Zahl und Stand der Aktivbürger wurden je nach der Entwicklung der gesellschaftlichen Klassenverhältnisse bestimmt. Für die englischen Verhältnisse ist dabei bezeichnend, daß sie im Gegensatz zu den kontinentalen Theorien des rationalen Naturrechtes und ihrem Postulat der Volkssouveränität, bis ins 20. Jahrhundert hinein eine Repräsentationsideologie kultivierten, die die Privilegien der Land- und Geldaristokratie in den natürlichen Beruf ihrer Repräsentanten zur Führung der politischen Geschäfte der Nation ummünzte. Diese, wie immer gegebene, politische Überlegenheit einer aristokratischen, politischen Klasse wird von den heutigen Repräsentationsideologen zur inhärenten Eigenschaft der Repräsentation verdinglicht und in konservativer Absicht gegen die Idee verwirklichter Volkssouveränität gewendet. Nicht zufällig knüpfen die Ideologen hierbei nicht an die demokratische Repräsentationstheorie der französischen Revolution an, sondern an die aristokratische Reaktion auf die französische Revolution in England und anderswo, die sich später mit der Reaktion der „realistisch" gewordenen Liberalen gegen die demokratische Emanzipation der kleinbürgerlichen und proletarischen Massen verband. Bei diesem Geschäft greifen die Ideologen sogar noch hinter die bürgerliche Gesellschaft zurück und versichern sich der feudalen Tugenden des vorbürgerlichen Zeitalters: „Die repräsentative Demokratie scheint mir in allem nichts anders zu sein, als eine Fortentwicklung des Ämterstaates, der der politischen Ordnung der feudalen Welt zugrundeliegt" (W. Hennis). Repräsentiert wird nun nicht mehr die bürgerliche Nation une et indivisible, sondern ein präexistentes Gemeinwohl: „Das Repräsentativsystem geht von dem Axiom eines naturrechtlich basierten (weder aus einem Kollektivwillen noch gar aus individuell ableitbaren und deshalb) originären Gesamtinteresse aus, das sich auf den Gegenstand obrigkeitlicher Hoheitstätigkeit erstreckt, ohne dogmatisch an ein bestimmtes Organisationsprinzip gebunden zu sein" (E. Fraenkel). Folgerichtig wird der Repräsentation eine Würde an sich vindiziert, die sich vornehm von allem Plebiszitären gleich wie von wirklich demokratischer Emanzipation und politischer Beteiligung der Volksmassen, dem Vulgus, abhebt und auf die vertrauensvolle Zustimmung der Staatsbürger zur obrigkeitlichen Regierung baut: „Es entspricht nicht dem Sinn des repräsentativen Prinzips, dem Volke eine unmittelbare Einwirkung in Gestalt von Sachentscheidungen zu geben, sondern ihm personale Entscheidungen zu übertragen. Das Volk übt hier einen Akt des Vertrauens, der Übertragung von Macht zur verantwortlichen Ausübung aus" (U. Scheuner).

Die feudale Repräsentationsideologie verteidigte aristokratische Privilegien von Geburt und Besitz im Namen einer vorgegebenen und göttlichen Ordnung; die klassische bürgerliche Repräsentationsideologie, gegen welche die aristokratische erst formuliert wurde, verkündete die Repräsentation der unteilbaren Nation im Namen bürgerlicher Freiheit und Gleichheit, im Interesse eines ungeteilten nationalen Marktes und von der Nationalversammlung geschaffener allgemeiner Gesetze; die heutigen Repräsentationsideologen finden ihren Kernsatz in dem dumpfen Bekenntnis „Vertrauen von unten, Verantwortung von oben" — im Namen der Bindung aller an ein von Repräsentanten verwaltetes Gemeinwohl und im Interesse des Status quo und seiner herrschenden Oligarchien. „Vertrauen ist die seelische Grundlage der repräsentativen Demokratie" bekräftigt Wilhelm Hennis einen alten Satz Hegels, der das Zutrauen als Substanz der Abordnung im Obrigkeitsstaat lobt (RPhil, § 309, 310).

. . . um das reibungslose Funktionieren des Staatsapparats sicherstellen zu können . . .

Bereits Carl Schmitt hatte in seiner Schrift über die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus (1926) auf den tiefen Sinn des Repräsentationsbegriffes hingewiesen; er verkörpert für ihn wie für die Repräsentationsideologen das herrschaftliche Element im Staat, den Unterschied zwischen Regierenden und Regierten. Ironischer Weise wendet sich der demokratische Zorn der Repräsentationsideologen jedoch vor allem gegen Schmitt, dessen Theorem von der Identität zwischen Regierenden und Regierten in einer Demokratie als vulgär, plebeisch und tendenziell totalitär denunziert wird. Gerade Carl Schmitt hat indes das repräsentative Element in jedem Staat (als Herrschaftsapparat) hervorgehoben und lediglich hinzugefügt, daß im demokratischen Staat außerdem eine Identität zwischen Herrschenden und Beherrschten vorhanden sein müsse, weil er sonst eben nicht demokratisch sein könnte. Diese Identität stellt für Schmitt, gut bürgerlich, die Nation dar, während die Repräsentationsideologen, die der Identität den Kampf ansagen, das Gemeinsame in Gestalt naturrechtlich begründeter Werte auch sogleich als für alle verbindlich verkünden, nur daß von der Tradition des rationalen Naturrechts bei ihnen kaum mehr etwas zu spüren ist: „In der Gegenwart bekennen sich die Verfechter des Repräsentationsgedankens zu dem Grundsatz der Volkssouveränität, zögern jedoch nicht, die Prinzipien einer formalen Demokratie Modifikationen zu unterziehen, die erforderlich erscheinen, um das reibungslose Funktionieren des Staatsapparates sicherzustellen" (E. Fraenkel). Solche Sicherstellungsgesetze sind legitim, da die Repräsentationsideologie ja vom Axiom des naturrechtlich basierten originären Gesamtinteresses ausgeht, das sich auf den Gegenstand obrigkeitlicher Hoheitstätigkeit erstreckt. Der naturrechtliche deus ex machina in höherem Auftrag läßt die Ideologen zwischen der verfassungsrechtlich verbrieften Volkssouveränität und der propagierten „herausgehobenen" (Hennis) repräsentativen Elite, zwischen der Idee der Demokratie und der Wirklichkeit des Verfassungsstaates zwar ebenso hinwegtanzen wie über ihre eignen Inkonsistenzen — gleichwohl fügt sich ihre Position der Zerstörung demokratischen Bewußtseins und dem Ausbau einer notdürftig demokratisch verbrämten autoritären Leistungsgesellschaft nahtlos als vornehmste politische Ideologie ein.

Die Angst der Oligarchien

Nicht zu Unrecht wurde noch am Ende des 18. Jahrhunderts der Begriff der repräsentativen Demokratie als Paradoxon empfunden; wie soll demokratische Volksherrschaft mit einer repräsentativen Elite einhergehen? Marx macht darauf aufmerksam, daß die Antinomie damals klar gesehen und ihre Lösung antizipiert wurde: „Die neueren Franzosen haben dies so aufgefaßt, daß in der wahren Demokratie der politische Staat untergehe". Im Unterschied zur liberalen Republik, in der die Repräsentanten trotz und wegen ihres freien Mandats engen Kontakt mit den von ihnen Repräsentierten hielten und deren allgemeine Interessen vertraten, hat sich heute jedoch die Repräsentation wiederum zu einem privilegierten Status ähnlich der vorbürgerlichen, demonstrierenden Repräsentation rückentwickelt. Mit dem Zerfall bürgerlicher Öffentlichkeit und der Umfunktionierung der Parlamente zu demonstrierenden Körperschaften fällt der Repräsentationsideologie, in idealer Ergänzung verfassungsmäßiger Absicherung der im Parlament zwar vertretenen, aber nicht mehr parlamentarisch herrschenden Oligarchien, die Funktion einer deslogisierung oligarchischer Herrschaft zu. Die „Angst der Parteioligarchien, ihr politisches Monopol könne vom Volk außerhalb der Parteicadres angetastet werden (K. Löwenstein), wird im übrigen noch zur Verwerfung innerparteilicher Demokratie ausgeweitet. Nur die Führungsgruppen der Parteien verbürgten den repräsentativen Charakter einer Demokratie. So fördert die Repräsentationsideologie die Befestigung eines autoritären Obrigkeitsstaates, in dem die Massen keine andere politische Aufgabe haben als der zu hierarchischer Qualität versteinerten Repräsentation periodisch zuzustimmen. Während die Beherrschten in personalisierten Akklamationsveranstaltungen ihre demokratische Pflicht erfüllen und sodann sich als „regierungsfähig" (Hennis) erweisen, sind auch die Parlamentarier längst ihres freien Mandats und ihrer autonomen Qualität beraubt worden, an die sich einmal die Fiktion von der Einheit und Freiheit der Nation knüpfen konnte. Solange das Parlament tatsächlich allgemein-abstrakte Normen bürgerlicher Gesetzlichkeit aufstellte und insofern das allgemeine Interesse der bürgerlichen Nation verkörperte, war der repräsentative Charakter der Nationalversammlung wie der einzelnen Deputierten nicht bloßer Schein. Nachdem die Spaltung der Nation in antagonistische Klassen offenbar und die Staatstätigkeit ausgedehnt und weiter bürokratisiert wurde, mußte das Parlament, als Schauplatz der antagonistischen Interessen entmachtet und gleich wie die Masse der Staatsbürger domestiziert werden. Heute beherrschen es die bürokratisierten Apparate mühelos, und seine politische Elite legitimiert sich plebiszitär. In dieser Situation muß die Frage nach dem Sinn des Parlamentarismus und des freien Mandats der Abgeordneten neu gestellt werden. Ein nicht von Verbänden und Parteioligarchien (was faktisch geschieht), sondern vom Volke bei allgemeinen wie innerparteilichen Wahlen ausgehendes imperatives Mandat kann eine Chance bieten, den demonstrativen Schleier der Repräsentation zu zerreißen und eine politische Öffentlichkeit, die diesen Namen verdient, zu schaffen. Der repräsentative Schein, den die Ideologen Institutionen und Abgeordneten verleihen, um über die faktischen Herrschaftsverhältnisse hinwegzutäuschen und die Unmündigkeit der Staatsbürger als Wesen der Demokratie hinzustellen, macht es darüber hinaus sehr wohl erforderlich, gegenüber dem repressiven und manipulierenden Charakter der bestehenden Institutionen das Wort von der Volkssouveränität nicht ganz in Vergessenheit geraten zu lassen.

Gewählte Volksvertreter
Blumenfeld und Thieu

Wahlen in Vietnam
Kämpfende Vietminh

Fotos (2): AP

Nach dem Blitzkrieg / Von Manfred Buddeberg

Der Krieg vom Juni vergangenen Jahres ist für die Israelis nicht nur militärisch ein voller Erfolg gewesen. Ein drittes Mal ist es gelungen, die Existenz Israels gegenüber und auf Kosten der arabischen Majorität im Nahen Osten durch die „Politik der harten Tatsachen", durch die Zerschlagung des arabischen Militärpotentials, durch die Vernichtung der wichtigsten ägyptischen Olraffinerien und ca. 80 % der ägyptischen Treibstoffvorräte im Oktober als „Vergeltung" für den ägyptischen Angriff auf die „Eilath", für die nächste Zeit zu sichern. Anders als der im Geheimen mit England und Frankreich ausgehandelte Sinaifeldzug von 1956 ist dieser Krieg zu einem entscheidenden Teil auf der offiziellen diplomatischen Ebene, in den UNO-Debatten ausgetragen worden, und zwar so, daß diesmal im Westen kaum jemand an der Berechtigung dieses „Präventivkrieges" gezweifelt hat und Israels Ansehen nach dem Krieg größer war als je zuvor. Wirksame UNO-Beschlüsse zur Lösung des Konfliktes nach dem Krieg sind bisher nicht zustande gekommen; so konnte Israel, gestützt auf seine militärische Überlegenheit und seine internationalen Sympathien, daran gehen, aus den Früchten seines Sieges in jeder Hinsicht Kapital zu schlagen.

Anders als für die arabischen Staaten stellen für Israel die Kriegskosten kaum mehr ein Problem dar: 80 % davon sind bereits durch private ausländische Spenden gedeckt. Das eroberte Territorium aber ist dreimal so groß wie das bisherige Israel, und einstweilen denken die Israelis nicht daran, es zurückzugeben. Den offiziellen israelischen Erklärungen zufolge sollen die besetzten Gebiete als „Faustpfand" dienen, die arabischen Führer zu direkten Verhandlungen und zur Anerkennung des Staates Israel zu bewegen. Ergebnis der militärischen Sicherung der eigenen Existenz sollte damit endlich auch deren politische und rechtliche Garantie sein. Dies aber sind Bedingungen, unter denen es wohl keiner der arabischen Führer gegenüber seinen Verbündeten und der Bevölkerung seines Landes wagen kann, sich zu Verhandlungen bereitzufinden. Wenn zudem verschiedene israelische Politiker immer wieder ihre Entschlossenheit äußern, Jerusalem, den Gaza-Streifen, die Berge am Ostufer des Tiberiassees, ja überhaupt die gesamten besetzten Gebiete, für immer zu behalten, dann muß der Eindruck entstehen, als habe man von israelischer Seite nicht all zu viel Interesse am Zustandekommen von Verhandlungen. Bisher wurden zwar alle derartigen Äußerungen für voreilig erklärt, und mit Ausnahme des Ostteils von Jerusalem soll offiziell über die Zukunft der Gebiete erst in einem Friedensvertrag entschieden werden, doch es gibt deutliche Anzeichen dafür, daß die Israelis sich dort zumindest für eine längere Zeit einrichten: Von den geflohenen und vertriebenen mehr als 200 000 Palästinensern haben die israelischen Behörden, zum Teil durch Verzögerung der entsprechenden Formalitäten, nur 14 000 zurückkehren lassen. — Noch immer verläßt eine große Zahl von Arabern die israelisch besetzten Gebiete. — Von den 118 000 syrischen Flüchtlingen und Vertriebenen hat keiner zurückkehren dürfen. — Israelische Nahal-Gruppen (landwirtschaftlich-militärische Pionierein heiten) gründen auf westjordanischem Gebiet bei Jerusalem und in der Nähe des Toten Meeres sowie an der Grenze zum besetzten syrischen Territorium Kibuzzim, die die Funktion von Wehrdörfern erfüllen.

Wenn diese Maßnahmen tatsächlich eine Annexion — sozusagen unter der Hand — einleiten, dann hätte der Krieg Israel erhebliche wirtschaftliche Vorteile eingebracht: Israel könnte dann im eigenen Land einen Teil seines Ölbedarfs decken, mehr Touristen und vermutlich mehr Einwanderer und mehr Kapital kämen ins Land. Diese wirtschaftlichen Vorteile dürften dabei von größerer Bedeutung sein als die oft erwähnten militärischen. Denn in nächster Zeit hat Israel von den zerschlagenen arabischen Armeen nichts Ernstliches zu befürchten. Auf die Dauer aber wird auch ein noch so großes Territorium nichts daran ändern, daß die israelische Bevölkerung im Nahen Osten, trotz ihrer technischen und militärischen Überlegenheit eine Minorität ist und solange „gefährdet", als der Staat Israel in seiner Politik die Nachfolge der ehemaligen Kolonialherren angetreten hat und deren Interessen „Rückendeckung" gibt.

Das größte Problem für eine Annexion bleibt die Bevölkerung der besetzten Gebiete. Mehr als 700 000 Araber befinden sich nach dem Krieg unter israelischer Oberhoheit gegenüber einer jüdischen Bevölkerung von rund 2 Mill. Unter dieser arabischen Bevölkerung gibt es Kooperationswillige, die meist politischen Schichten angehören, die einen Anschluß der Gebiete an Israel befürworten. Es gibt eine große Anzahl von Palästinaflüchtlingen, die bei israelischen Notarbeiten erstmals einen — niedrigen — Lohn erhalten und — im Gazastreifen — erstmals ihr Lager verlassen können. Es gibt arabische Produzenten, die aufgrund des für Israelis günstigen Wechselkurses und des niedrigeren Preisniveaus in Westjordanien vom Zustrom israelischer Käufer profitierten. Und schließlich gibt es Gruppen, die in Jerusalem, Hebron und El Arisch zum Streik aufrufen und Terroraktionen gegen die Besetzer durchführen. Streikende und Streikorganisatoren werden von den israelischen Behörden verfolgt; die Terrorakte werden mit rigorosen Strafen und damit beantwortet, daß israelische Soldaten „verdächtige" Häuser in die Luft sprengen. So wird versucht, die Terroristen von der Bevölkerung zu isolieren. Auf die israelische Bevölkerung haben die Terrorakte meist die gleiche Wirkung wie schon vor dem Krieg die Aktionen arabischer Todeskommandos: da sie zumeist unmittelbar die Bevölkerung und nicht etwa die eigentliche Besatzungsmacht treffen, folgt auf jede Nachricht über ein Bombenattentat eine neue Woge der nationalen Empörung, die es den ohnehin schwachen oppositionellen Gruppen in Israel noch schwerer macht, sich gegen die herrschende nationale Einmütigkeit zu behaupten.

Der Krieg hat die innerisraelischen Konflikte, wirtschaftliche Stagnation, Arbeitslosigkeit, Diskriminierung der orientalischen Juden und der arabischen Minorität oberflächlich nur überdeckt; den Konflikt zwischen Israel und den arabischen Ländern eher noch verschärft, auch wenn er in der nächsten Zeit nicht offen ausbrechen wird. Es ist jedoch abzusehen, daß sich die Lage der Palästinenser auf dem Westufer nach dem anfänglichen Boom wieder verschlechtern wird, da die Preise inzwischen zwangsweise dem israelischen Niveau angeglichen wurden und den arabischen Produzenten nun, wo ihnen der genuine Markt, nämlich das unfruchtbare Ostjordanien, fehlt, wirtschaftliche Stagnation und Arbeitslosigkeit droht. Jerusalem ist hier vielleicht eine Ausnahme: da die Bewohner der Altstadt nach wie vor überwiegend vom Tourismus leben, geht es ihnen in der „wiedervereinigten" Stadt eher besser als zuvor, zumal die Israelis, nachdem alle Widerstandsbewegungen im Keime erstickt werden konnten, dort alles tun, um ihrem Image der liberalen Okkupanten und Schützer der Heiligtümer von drei Religionen gerecht zu werden. Es ist jedoch zu erwarten, daß die Bevölkerung in den besetzten Gebieten auf die Dauer nicht damit zufrieden sein wird, nun zwar nicht mehr unter Husseins Feudalherrschaft oder als rechtloser Palästinaflüchtling im Gazastreifen, dafür aber im demokratischen Israel als Bürger zweiter Klasse, möglicherweise in einer Art arabischem Bantustan zu leben. Dann dürften den Israelis ihre jetzt errichteten Wehrdörfer nützlich sein.

Solange aber sind die Israelis die uneingeschränkten Sieger; mit ihnen aber die Länder, die vom arabischen Nationalismus, der nunmehr wirtschaftlich und militärisch geschlagen und zu Zugeständnissen an seine reaktionären „Verbündeten", die Ölscheichtümer, gezwungen ist, eine Bedrohung ihrer Olinteressen im Nahen Osten befürchten mußten.

Schutz der Verfassungswirklichkeit

Über die Praxis des Verfassungsschutzes / Von Hermann Lohaus

Am 27. 11. 67 wurde bekannt, daß der Verfassungsschutz an der Universität Gießen versucht hatte, Studenten zur Bespitzelung des SDS anzuwerben, nicht ohne dabei durch Drohungen Druck auf sie auszuüben. Auf die entschiedenen Proteste der Studentenschaft und des Rektors hin versuchte die Landesregierung, ihr verletztes liberales Prestige wiederherzustellen und erklärte am 29. 11., zu einer Überwachung des SDS bestehe kein Anlaß. Es habe sich hier um eine separate Einzelaktion offenbar übereifriger Verfassungshüter gehandelt.

Diese These brach bald zusammen: Offen erklärte das Bundes-Innenministerium, eine Überwachung solcher „Elemente" sei rechtmäßig und warnte den hessischen Innenminister Schneider davor, „den gesetzlichen Auftrag des Verfassungsschutzes infrage zu stellen". Zudem wurde bald bekannt, daß auch die SDS-Gruppen in Mannheim, Göttingen und Marburg überwacht würden, und am 19. 12. konnte man in der FAZ lesen, daß gemäß einstimmigem Beschluß aller Leiter der Ämter für Verfassungsschutz der SDS seit Anfang 1966 überwacht wird. Wenn am 15. 12. Innenminister Schneider erklärte: „Unsere Jugend soll und darf fortschrittliche Ideen haben" und Zinn dem SDS politische Harmlosigkeit attestierte, so hatte das lediglich deklaratorische Bedeutung. Zugleich dekouvrierten diese Äußerungen auch hier die Bereitschaft zur entschiedenen Repression, wenn nur die Mitglieder des SDS nicht zufällig politisch — „harmlose Jugendliche" wären. Berücksichtigt man verschiedentliche Äußerungen (z. B. die Anfrage des Dr. Pohle MdB s. „Das Parlament" v. 8. 2. 67), ein Verbot des SDS müsse erwogen werden, so kann kein Zweifel daran bestehen, daß der Zweck der Überwachung ist, für ein solches Verfahren Material zu sammeln.

Zur Begründung wird dem SDS antidemokratische Tendenz unterstellt. Die Tätigkeit der derzeit herrschenden Gruppen sei auf den Sturz der parlamentarischen Demokratie gerichtet. Dutschke, „einflußreichste(r) Mann im SDS" („Innere Sicherheit" Nr. 11/67) habe sich für die Abschaffung des Parlamentarismus ausgesprochen. — Daß der SDS den Funktionsverlust des Parlaments kritisiert und gegen seine bevorstehende Selbstentmachtung durch die Notstandsgesetze kämpft, erscheint denen, die unkontrolliert Macht ausüben und ihre Position mittels Manipulation sichern, suspekt. Minister Lücke, der die Verhältnisse in Spanien demokratisch nannte und selbst eine Grundgesetzänderung in bezug auf ca. 80 Artikel anstrebt, nennt eine studentische Oppositionsbewegung, die gegen diese Verfassungsänderung kämpft, verfassungswidrig. Ministerialdirektor Schrübbers, der schon im III. Reich die politische Opposition verfolgte und bei dem ihm heute anvertrauten Schutz der Verfassung ehemalige SS- und Gestapo-Beamte als Sachkenner für unentbehrlich hielt, der zudem erklärte, Schutzobjekt seines Amtes sei die Verfassungswirklichkeit (s. SPIEGEL v. 13. 6. 66), verfolgt in diesem Sinne konsequent eine studentische Gruppe, die nicht bereit ist, jene Gleichsetzung von Verfassung und Verfassungswirklichkeit zu akzeptieren.

Zur Rechtfertigung scheut man auch vor bewußter Verfälschung von Zitaten nicht zurück. So wurde aus dem Castro-Zitat: „Wenn die, welche sich Kommunisten nennen, ihre Pflicht nicht erfüllen, werden wir die unterstützen, die im Kampf wie Kommunisten handeln" eine Äußerung des SDS, und aus dem „Wenn" machte man ein „Da". (s. „Innere Sicherheit" Nr. 11/67).

Die Terminologie dieser Diffamierung spiegelt die Art der offiziellen Machtausübung wider: Demokratisch gewählte Vertreter werden zu Drahtziehern, öffentliche Beschlußfassung in allen Gremien wird zur konspirativen Tätigkeit. Daß eine spontane Massenbewegung zum politisch handelnden Subjekt, daß Beschlüsse nicht nur hinter verschlossenen Türen gefaßt werden können, erscheint den Inhabern politischer Macht nicht möglich zu sein. So betreiben sie noch in der Diffamierung anderer ihre eigene Selbstentlarvung.

Zugleich ist diese Diffamierung Folge eines Projektionsmechanismus': Die Entledigung liberaler, rechtstaatlicher und demokratischer Grundsätze und das zunehmend offene Bekenntnis zu autoritären Verfahrensweisen, — wie sie in der Äußerung Barzels: „Wir müssen die radikale Linke . . . — geistig jedenfalls — hochprügeln" (FR v. 30. 10. 67) bzw. in der manifesten Gewalt von Polizei-Einsätzen, Strafverfahren und Verwaltungsmaßnahmen zutage tritt —, läßt doch ein dunkles Schuldbewußtsein zurück, welches nur durch umso härtere Unterdrückung zum Schweigen gebracht werden kann.

Die Unterdrückung bedarf jedoch der Rationalisierung; der Vorwurf der Verfassungswidrigkeit ist durchaus ernst gemeint. Wie kommt aber dieser Verfassungsbegriff zustande?

Obwohl die Mehrheit der Deutschen eine Sozialisierung der Schlüsselindustrien anstrebte, war diese durch die alliierten Interventionen verhindert, und durch die Politik der Direktoren des Vereinigten Wirtschaftsgebietes die sozialökonomische Struktur Deutschlands, wie sie vor dem Krieg bestand, wiederhergestellt worden. Da das Grundgesetz aber der Genehmigung der Alliierten bedurfte, war in dieser Frage lediglich ein Kompromiß möglich, der eine Sozialisierung zwar nicht — wie noch die Landesverfassungen — forderte, sie aber auch nicht ausschloß. So gestattete das Grundgesetz einerseits ökonomische Machtstellungen, und stellte aber andererseits in der Möglichkeit der Enteignung nach Art. 15 GG eine ständige Gefährdung dieser Macht dar, die reale Gestalt annahm in breiten plebiszitären Bewegungen wie auch in der KPD und in der SPD.

Je mehr es aber den ökonomisch Herrschenden gelang, die Macht, die sie durch ihre Vertreter in den staatlichen Organen erlangt hatten, zu festigen, desto mehr mußte diese Möglichkeit sozialer Veränderung verdrängt werden. Diffamierung der Opposition, strafrechtliche Verfolgung von Kontakten mit der DDR, schließlich das KPD-Verbot und die darauffolgende Welle strafrechtlicher Urteile gegen ehemalige Mitglieder der KPD auf Grund des verfassungswidrigen § 90 a des StGB waren die Mittel, alle die Kräfte einzuschüchtern, die an der Möglichkeit sozialökonomischer Umgestaltung festhielten. Jedoch ging der durch die Rechtsprechung des Senats für politische Strafsachen beim BGH tabuierte Bereich politischer Vorstellungen noch erheblich darüber hinaus: Indem einer Person die Fortführung der KPD vorgeworfen werden konnte, wenn diese nur zur selben Zeit wie eine Organisation der DDR ähnliche Ziele wie diese propagierte, war der Bereich möglicher politischer Vorstellungen praktisch auf die Grundzüge der Regierungspolitik eingeschränkt. So war nach der Anklageschrift des Generalbundesanwaltes Martin die Grundsatzforderung der DFU: „Unbedingte Achtung des Grundgesetzes!" wegen ihrer Ähnlichkeit mit einer Forderung der KPD Grund genug, die DFU als verfassungswidrig zu bezichtigen. Dadurch wurden die Grenzen des Tabus unscharf und das Verbotene selbst ungewiß. Die Bindung der Gewalt an vorher rechtlich bestimmte Voraussetzungen war aufgelöst.

Damit wurde aus einer ambivalenten Verfassung, welche die Möglichkeit der Demokratisierung der Wirtschaft durchaus einschloß, der „freiheitlich-demokratische Rechtsstaat". Indem dieses Verfassungsverständnis sich bewußt als Gegensatz zu den sozialistischen Staaten konzipierte, verriet es schon seinen letzten Zweck als Garant ökonomischer Macht. Freiheit heißt „Freies Unternehmertum", welches sich damit konsequenterweise zusammen mit den Verwaltungseliten als die staatstragende Schicht verstand.

Dem entspricht eine Demokratie-Verständnis, welches den Begriff der Volkssouveränität reduziert auf den Wahlakt und Herrschaft sich konstituieren läßt durch den Einfluß von Parteien und Verbänden. Je mehr aber auch dieser noch beim Volk verbleibende Rest an Macht unter einer von Krisen bedrohten wirtschaftlichen Entwicklung als Gefährdung der eigenen Machtpositionen erlebt wurde, mußte die Verfassung als „lückenhaft", für diese Stunde der Not als nicht ausreichend angesehen werden.

Ebenso verliert der Begriff des Rechts seine Herrschaft kontrollierende und letztlich von Unterdrückung emanzipierende Funktion und gerinnt unter den Verhältnissen bürgerlicher Demokratie zu einem System formalisierter, mögliche Konflikte vorwegnehmender „Spielregeln", welche allein einen reibungslosen Ablauf bürgerlicher Tauschverhältnisse garantieren.

An einem solchermaßen pervertierten und seiner befreienden Momente beraubten Verfassungsverständnis gemessen müssen alle die Gruppen als verfassungswidrig erscheinen, die den inhaltlich-demokratischen Anspruch des Grundgesetzes — und das heißt die Demokratisierung a l l e r gesellschaftlichen Bereiche — zu verwirklichen suchen.

Soziologische Analysen mit neuen Aspekten zu aktuellen Problemen

von Prof. Dr. M. T. Vaerting:

Professoren und Studenten heute
Soziologie der Kulturrevolution in China
Herrschaft des Volkes oder Herrschaft des Staates?
Soziologie der Demokratie und ihrer Parteien in der Bundesrepublik
Die Zukunft des Menschen

Vorzugspreise für Studenten:
Einzelheft 2,– DM, 5 Hefte 7,50 DM

Themis-Verlag
78 Freiburg Postfach 1622

Gebrauchtwagen! Suchen Sie einen?

Die Auto-Börse gibt Ihnen kostenlos und unverbindlich Auskunft aus dem Angebot von über 1000 Wagen. Sagen Sie uns nur welches Fabrikat, Modell usw. Sie suchen!

Wollen Sie Ihren Wagen günstig verkaufen?

Auch hierbei hilft die Auto-Börse gegen eine einmalige Einschreibegebühr (Studentenausweis = Vergünstigung)

A Auto
B Börse
F Frankfurt

Die erste zentrale Vermittlungsstelle für Gebrauchtfahrzeuge in Europa
Mainzer Landstraße 141 (Güterplatz)
Tel. 25 11 44

Die Buchhandlung für den Mediziner

JOHANNES ALT seit 1868

BUCHHANDLUNG UND ANTIQUARIAT FÜR MEDIZIN

In Kliniknähe, Haltestelle Hochhaus Süd (Hippodrom) der Linien 1, 11, 15, 21

Telefon 61 29 93

Frankfurt Süd 10
Gartenstraße 134

Trüber SPIEGEL

Offener Brief des Iranischen Studentenvereins Berlin

Ihre Story über den Iran brachte es nach Ansicht des ISV-Berlin immerhin fertig, mit den besten Artikeln deutscher Boulevardblätter in Konkurrenz zu treten. Mit Freude werden Fabrikanten persischer Medien diese Geschichte übernehmen, können sie doch daraus gut entnehmen, wie eine Ideologie geschickt eingehämmert wird.

Zunächst erstaunt die Tatsache, daß Ihr Artikel ohne Quellenangabe erscheint. Der leichtgläubige Leser muß sich damit zufrieden geben, daß der „Außenamtssprecher" . . . „an die Brust schlagend" . . . „versichert", oder der Schah persönlich „prophezeit". Ein Artikel, der Nirumand vorwirft, er sei als Erwachsener nur drei Jahre in Persien gewesen und könne deshalb kein richtiges Urteil über sein Land fällen, dürfte es wohl nicht ohne Gewissensbisse fertigbringen, sich auf derlei Quellen zu berufen. Der Leser wird zurecht gerne erfahren, wieviele Jahre der Verfasser Ihres Artikels als Erwachsener in Persien verbracht hat.

Der SPIEGEL schreibt: „Tatsächlich hat sich das Bruttosozialprodukt der Perser innerhalb von 10 Jahren verdoppelt". — Er gibt nicht an, innerhalb welcher 10 Jahre. Die Plan-Organisation gab 1961 die ersten halbwegs annehmbaren Schätzungen für das Jahr 1958 heraus, bei der das Bruttosozialprodukt auf 257,8 Mrd. Rial festgelegt wurde. (vgl. Ketabe Mah Nr. 1, 1962) Das Bruttosozialprodukt betrug 1965 471 Mrd. Rial (vgl. Stat. Bundesamt, Wiesbaden, Länderkurzberichte — Iran 1967). Vergleicht man die Angaben von 1958 mit 1965 so ergibt sich eine Zunahme von 80 %. Dabei handelt es sich jedoch nur um ein nominelles Wachstum des Bruttosozialprodukts, ohne Berücksichtigung von Preisveränderung und Bevölkerungswachstum. Werden diese beiden Faktoren hinzugezogen, so ergibt sich eine Pro-Kopf-Zunahme des Bruttosozialproduktes von 1959 bis 1965 um durchschnittlich 2 % jährlich (vgl. a. a. O., 1065, 1967). Der ehemalige Dozent der Wi-So-Fak der F. U., Dr. Mallah. schreibt: „Mit aller Deutlichkeit muß gesagt werden, daß eine Berechnung der Wachstumsrate des Iranischen Sozialprodukts wegen Ermangelung einer einheitlichen Methode und aus Unkenntnis über den Wert des Sozialprodukts der einzelnen Jahre unmöglich ist." (vgl. Ketabe Mah, Nr. 1, 1962). Abgesehen davon muß auch berücksichtigt werden, daß die Auslandsverschuldung Persiens im Jahre 1965 27 Mrd. Rial betrug. (vgl. Stat. Bundesamt Wiesbaden, Länderberichte — Iran 1967)

Der SPIEGEL schreibt: „Zwar hatte der Shah den Bauern schon vor dem Mossadegh-Sturz 517 Dörfer zurückgegeben" und „Mossadegh hatte sich lieber mit dem Shah als mit den Landlords angelegt". — Dr. Valian, Vorsteher der Bodenreform-Organisation und stellvertretender Landwirtschaftsminister, berichtet über einen Verkauf dieser Dörfer an die Bauern bis zum Jahre 1960. (vgl. Talosch, Nr. 3. 1966, S. 17). Im Jahre 1952 gab gerade Mossadegh den Anstoß zu einer umfassenden Bodenreform. In jenem Jahr wurde ein Gesetz verabschiedet, wonach 20 % des Besitzes der Feudalherren gleichmäßig unter Bauern und Landkooperativen verteilt werden sollten. Mit Mossadeghs Sturz wurde die Reform gestoppt. Der Shah kam in den Besitz dieser Dörfer durch ein Gesetz, das er 1949 verabschieden ließ, wonach der verstaatlichte Besitz seines Vaters wieder in seine Hände überging. Unter dem Motto ‚Hilfe für die Bauern' sah er vor, diese Dörfer zu 25jähriger Rentenzahlung an die Bauern zu verkaufen. Eigens für sich selbst ließ er die Bank von Omran gründen, die ihm die Summe sofort auszahlte — mochte er doch nicht 25 Jahre warten — und das Geld eintreiben sollte. Mossadegh verstaatlichte diese Dörfer 1953 wiederum, was der Shah zum Anlaß nahm zu verkünden, Mossadegh sei gegen die Landreform. Nach dem Sturz Mossadeghs erhielt der Shah die Dörfer ein drittes Mal zurück.

Der SPIEGEL schreibt: „In der zweiten Phase wurde der Gutsbesitz auf 30 bis 150 ha — je nach Güte des Bodens — beschränkt". — Woher stammt diese Information? Derartiges ist nie verkündet worden. Die 2. Phase hatte lediglich zum Ziel, den Grundbesitzern die Entscheidung über Vermietung, Verpachtung, Verkauf und Verteilung ihres Landes selbst zu überlassen. Durch den Verkauf während der 2. Phase gelangten 6 % der Bauernfamilien in den Besitz eigenen Landes. Insgesamt erhielten während der ersten und zweiten Phase 24% der Bauernfamilien ein Stück eigenen Landes. (Angabe des Landwirtschaftsministeriums im Iran)

Der SPIEGEL schreibt: „Der verbitterte Großgrundbesitzer — für einen Verlust von 60 Dörfern mit 40 000 Mark entschädigt . . ." — Nach Angabe des oben erwähnten Vorsitzenden für Landwirtschaftliche Kooperativen liegt der Durchschnittspreis für jedes verkaufte Dorf bei etwa 45 000 DM (a.a. O. S. 18)

Der SPIEGEL schreibt: "Vor der Shah-Reform erhielten Persiens Dörfler höchstens 60 Mark im Jahr, heute sind es nach Ermittlungen der Weltbank 200 bis 240 Mark" — In der „sozialen Revolution des Iran" erklärt der Shah, daß ein Bauer vor der Reform über ein Jahreseinkommen von höchstens 150 Mark verfügt. — Untertreibung auf der einen — Übertreibung auf der anderen Seite heiligt die Ideologie. . . .

Der SPIEGEL schreibt: „So aber küssen die Bauern jetzt nicht mehr dem Großgrundbesitzer — sondern . . . dem Shah die schwarzen Schuhe". —Vielleicht sehen sie den Fortschritt im feinen Leder, im besser duftenden Schuhwachs?

Der SPIEGEL schreibt: „ . . . die 45-Stunden-Woche ist in der Industrie ebenso Gesetz . . ." Der SPIEGEL kurz davor: „Frauen und Kinder knüpfen wie vor Jahrhunderten in dunklen Verliesen Teppiche vom Morgen bis in die Nacht." Der SPIEGEL schreibt: „In 11 133 Schulen unterrichten 11 795 Armeelehrer allein im Schuljahr 1965/66 fast 366 000 Kinder und über 141 000 Erwachsene. Erfolg: Innerhalb von 4 Jahren sank die Analphabetenquote im Iran um etwa 10 %." Ein Sinken um 10 % wäre nur möglich, wenn jeder einzeln fähig wäre, innerhalb eines Jahres lesen und schreiben zu lernen. Um das Persische jedoch schriftlich zu erlernen, benötigt man mindestens 4 Jahre, so daß 1965/66 nur diejenigen des Lesens und Schreibens kundig waren, die seit 1961/62 regelmäßig am Unterricht teilnahmen. Im ersten Jahr betrug die Anzahl der Lernenden 154 195 (vgl. Talosch Nr. 2, 1966). Nimmt man an, im Jahre 1961/62 seien 75 % der Bevölkerung Analphabeten gewesen, so ergibt sich bei regelmäßigem Unterricht der 154 195 Personen ein Rückgang der Analphabetenquote um 0,91 %.

Der SPIEGEL schreibt: „Seit kurzem dürfen Persiens Männer nur dann noch eine zweite Frau heiraten, wenn die erste einverstanden ist." — § 14 des sog. Gesetzes zum Schutze der Familie von 1967 lautet: „Beabsichtigt der Ehemann die Heirat mit einer weiteren Frau, so muß er die Einwilligung bei Gericht einholen. Die Einwilligung erteilt das Gericht erst dann, wenn es nach erfolgten notwendigen Maßnahmen und wenn möglich Nachprüfungen bei der derzeitigen Ehefrau, zu der Überzeugung gelangt ist, daß der Mann in der Lage ist, eine weitere Frau finanziell zu befriedigen und Gerechtigkeit unter seinen Frauen walten zu lassen". In diesem Paragraphen ist nicht von einer zweiten, sondern von einer weiteren Frau die Rede. Die Einwilligung erteilt nicht die Ehefrau, sondern das Gericht. Was „notwendige Maßnahmen" sind wird nicht definiert; ebenso bleibt es im Unklaren, was es mit der Möglichkeit der Nachprüfung bei der oder den derzeitigen Ehefrauen auf sich hat, schließlich wird auch noch vorausgesetzt, daß es so etwas wie Gerechtigkeit gibt. Gesetze von Despoten schützen Despoten. Innerhalb der Familie ist es der Mann.

Der SPIEGEL schreibt: „Wo Landlords, Mullahs und Studenten Widerstand leisten . . ." und damit ist Widerstand gegen die Bodenreform gemeint. — Studenten haben nichts dagegen an die Seite fortschrittlicher Geistlicher gestellt zu werden, für deren demokratische Gesinnung die iranische Geschichte der letzten 150 Jahre viele Beispiele liefert, wohl aber wehren sie sich, mit Großgrundbesitzern auf gleiche Stufe gestellt zu werden. Die Konföderation Iranischer Studenten hat sich von jeher für eine tatsächliche Bodenreform ausgesprochen und die Ansicht vertreten, daß den Großgrundbesitzern, die auf illegale Weise zu ihrem Land gekommen sind (und es ist die Mehrheit) dieses Land unentgeltlich abgenommen und unentgeltlich an die Bauern verteilt werden muß. Gleiches Schicksal wäre den Kronländern, dem Landbesitz von Hofminister Alam, den Ländereien des ehemaligen Ministerpräsidenten Amini und vielen anderen widerfahren.

Der SPIEGEL schreibt: „. . . . denn viele der 20 000 iranischen Auslandsstudenten sind Söhne enteigneter Großgrundbesitzer . . ." — Damit wollen Sie die Opposition gegen den Shah begründen. Wieso aber sollen Söhne ehemaliger Feudalherren gegen den Shah sein, wo doch ihren Vätern zur Beruhigung der Lage hohe Posten im Staatsdienst angeboten worden sind, sowie Industrieanteile?

Der SPIEGEL schreibt: „Mit dem Monatswechsel des reichen Vaters zogen sie dann an europäische und amerikanische Universitäten . . ." — Wir möchten Ihnen empfehlen einen Blick auf die Statistiken der städtischen und studentischen Arbeitsvermittlungen zu werfen. Mehr als die Hälfte der oppositionellen Studenten waren und sind gezwungen, als Werkstudent das Studium zu finanzieren.

Der SPIEGEL schreibt: „Wirtschaftlich könnte der Iran mithin durchaus als Modell eines Entwicklungslandes gelten." Kennzeichen dieses Modells laut SPIEGEL: 200 bis 240 Mark Jahreseinkommen eines Bauern; Jahreseinkommen eines Abgeordneten das 172-fache; 0,5 % der Bevölkerung als Autobesitzer; nach Pariser Chik hergerichtete Großstädterinnen; unter dem Schleier verborgene Minniröcke; die Shah-Schuhe küssende Bauern; eine 180 000 Mann-Armee. Regierungssystem: liberaler Polizeistaat. Der Herrscher: ein neuzeitlicher Despot. Zu einem solchen Modell gehört es auch, daß für ein Schauspiel, genannt Krönungstheater, ½ Mrd. Mark hinausgeworfen wird.

Despotismus wurde zum Schönheitsfehler — der Artikel belehrt uns, daß der Shah ja revolutionärer ist als alle Gegner und Anhänger. Mit der brutalen Zerstümmelung von Zahlen und Daten betreiben Sie die Rechtfertigung der in Persien herrschenden Zustände. Steckt dahinter nicht eine Autobahn-Hitler-Ideologie?

In Persien hätte der Schreiberling des Artikels einige tausend Toman erhalten — gab es hier Teppiche? Oder ist das Ganze etwa als billige Rache Augsteins an Nirumand zu verstehen?

Erstunken und erlogen

Zu den Versuchen des SPIEGEL, Dr. Bahman Nirumand unglaubwürdig zu machen, sind inzwischen verstärkte Bemühungen des persischen Geheimdienstes SAVAK hinzugekommen. Eine von ihnen ist die ultimative Forderung, die ein Dr. Nader durch seinen Rechtsanwalt Dr. Finkelnburg dem DISKUS hat übermitteln lassen.

Der DISKUS brachte im Oktober 1967 ein Extrablatt über die Tätigkeit des persischen Geheimdienstes SAVAK in der Bundesrepublik heraus. Neben einer Analyse und Dokumentierung des Zusammenspiels deutscher und persischer Stellen bei der Unterdrückung politischer Opposition gegen den Schah in der Bundesrepublik, veröffentlichte er unter anderem längere Auszüge aus einem Tonbandprotokoll, dessen Inhalt der Öffentlichkeit schon am 9. August auf einer Pressekonferenz der Aktionsgemeinschaft § 103 bekanntgegeben worden war. Dr. Nirumand hatte darin heimlich ein Gespräch mit einem SAVAK Agenten S. festgehalten. S. gestand ihm, daß der besagte Dr. Nader ihm Geld gegeben, einen Säbel gekauft und ihn aufgefordert habe: „Schlag zu, töte Dr. Nirumand." Auch der iranische Attaché am iranischen Konsulat in Berlin, Ghazi, hatte den Messerstecher S. mit Geld wohlwollend versorgt.

Schon Anfang August war über den Mordanschlag in Presseveröffentlichungen berichtet worden. Die Namen Ghazis und Naders wurden in diesem Zusammenhang erwähnt.

Erst am 25. Januar reagiert einer der beiden. Dr. Nader fordert durch seinen Rechtsanwalt Dr. Finkelnburg den DISKUS auf, diese Meldung zu widerrufen und behauptet: „Die ganze Geschichte ist von Anfang bis Ende gelogen." Ghazi hält offenbar die Behauptungen über ihn nicht für „erlogen". Er hat sich bis heute nicht gerührt.

Dr. Nader aber verlangt Widerruf des DISKUS und 10 000 DM als Ausgleich für den Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht. Als Termin des Ultimatums nennt er den 1. Februar. Wären bis dahin Geld und Widerruf nicht bei ihm eingegangen, dann würde er die Angelegenheit vor Gericht bringen. Nicht widerrufen soll der DISKUS die Behauptung, daß die persischen konsularischen Beamten in Westdeutschland zum großen Teil Offiziere des Geheimdienstes SAVAK seien, die Bespitzelung und Terror organisierten. Nicht widerrufen soll der DISKUS die Behauptung, daß der Staatssekretär im iranischen Außenministerium, Khonsari, in England eine Schläger-Gang organisiert habe, in der Bundesrepublik anläßlich des Schah-Besuchs „Jubelperser".

Der DISKUS sieht keinen Anlaß, Herrn Dr. Finkelnburg 10 000 DM zu überweisen und Herrn Dr. Nader, dessen Identität bis heute nicht bekannt ist, zu rehabilitieren, ohne daß dieser den Beweis für seine Beschwerde angetreten hätte. Wir halten mit Herrn Dr. Finkelnburg eine Gerichtsverhandlung für den Ort, wo die Vorwürfe gegen Dr. Nader objektiv geprüft werden können. Anstiftung zum Mord an einem der bekanntesten Führer der persischen Opposition ist ein Vorwurf, den Dr. Nader und mit ihm der SAVAK als die Diplomatische Vertretung des Schah in der Bundesrepublik nicht auf sich sitzen lassen können.

Es ist an der Zeit, die dunklen Praktiken des SAVAK und anderer ausländischer Geheimdienste wenigstens an diesem Beispiel in der Öffentlichkeit zu prüfen. Soll der Anspruch auf Demokratie nur noch durch gewalttätige Praktiken in- und ausländischer Geheimdienste eingelöst werden?

Berliner Rechtshilfe

Die Berliner Justiz beschäftigt die außerparlamentarische Opposition: Haftbefehle, Ermittlungsverfahren, Vernehmungen, Vorladungen. Über zweihundert politische Verfahren laufen heute gegen Berliner Bürger — Studenten, Arbeiter, Angestellte und ausländische Bewohner. Eine Handvoll unabhängiger Juristen hat den Betroffenen Rechtshilfe geleistet — bis heute fast immer unentgeltlich. Diese Hilfe aber hat Grenzen. Eine Anwaltskanzlei kostet Geld. Gebühren müssen aufgebracht und Spesen ersetzt werden. Die Beschuldigten, die sich für ein politisches Anliegen des Westberliner Gemeinwesens einsetzen, sollen die Kosten für ihre Verteidigung nicht selbst aufbringen müssen.

Wir haben einen Fonds für Berliner Rechtshilfe eingerichtet. Wer der Opposition zu ihrem Recht verhelfen will, den bitten wir, mit einer Geldspende dazu beizutragen.

Unser Konto lautet: Republikanische Clubgesellschaft mbH, Sonderkonto Rechtshilfe, 1 Berlin 15, Wielandstr. 27, Postscheckkonte Nr. 2035 45 Berlin-West.

Ein Kuratorium der unterzeichneten Verbände wird über die Verwendung der Mittel entscheiden und alle sechs Monate öffentlich Bericht erstatten.

Das Faustrecht des SPIEGEL

Der Spiegel startete am 23. Oktober 1967, über ein halbes Jahr nach dem 2. Juni, einen publizistischen Großangriff auf ein Buch, das die Demonstrationen gegen den Schah intellektuell hatte legitimieren können, das Buch von Bahman Nirumand. Spät leistete auch er seinen Beitrag zur Aktion Knüppel frei, diesmal gegen einen der „geistigen Hintermänner dieser Krawallmacher" (Christ und Welt 4. 8. 1967).

Den physischen Prügeln gegen die Demonstranten folgte die organisierte Verstümmelung ihrer theoretischen Grundlage. Duensing und Augstein: zwei Seiten einer Medaille, Synthese von Macht und Geist.

Ein Flächenbombardement mit Fakten, ein gewaltiger redaktioneller Aufwand waren die technologischen Mittel des Meinungskonzerns. Er macht es sich merkwürdigerweise immer noch schwerer als Konzerne ähnlicher Größe. Das ausgezeichnete Spiegelarchiv nützte allerdings Autoren wenig, die beim Prozeß der Wahrheitsfindung Nirumands Buch buchstäblich auf den Kopf stellten. (Vgl. Konkret Nr. 1. Januar 1968 Ulrike Marie Meinhof · Spiegels Spiegelbilder p. 49—51.) Die Nacht- und Nebelaktion des SPIEGEL gegen Nirumands Buch gipfelte in der Beschlagnahmung von Beweisen, die der SPIEGEL in stalinistischer Manier selber fabrizierte.

Die Produzenten der SPIEGEL-Kampagne: laßt hundert falsche Fehler blühn, hatten sich genügend abgestimmt, wie sie die durchschlagendste Wirkung entfalten könnten. Die Taktik war die massiver Abschreckung einerseits und zum anderen, sich dem Gegner nicht in öffentlicher Diskussion zu stellen. Das durch Nirumand verzerrte Persienbild sollte mittels Auflagenstärke und kontinuierlicher Diffamierung Nirumands als eines „Kurzzeitpersers" wiedergutgemacht werden. Wiedergutmachung für den Schah; nach den SPIEGELartikeln wird der Badewannendiktator wohl ein freundlicheres Deutschlandbild haben.

Gegen den SPIEGEL, der Wahrheit für eine Funktion der Auflagenstärke hält, war die Auflage von konkret, FU-Spiegel u. a. zu klein, um dessen Manipulationspotenz ins öffentliche Bewußtsein zu bringen.

Um den Spiegel vom Olymp seiner Auflagenstärke herunterzuholen, planten DISKUS und Iranische Studentenkonföderation eine Podiumsdiskussion für den 5. Januar. Die Zusagen von Nirumand und Bernhard Schütze, dem Redakteur des DISKUS-Extrablattes über Persien, waren schnell einzuholen. Von Mann zu Mann, nicht von Auflage zu Auflage wollten sie das heiße Eisen diskutieren, mit einem Herrn vom SPIEGEL und einem von der FAZ. Ohne eine andere Waffe als die Kraft der Argumente.

Der DISKUS vertraute noch insgeheim auf das liberale Konkurrenzmodell, das solchen Diskussionen unterliegt. Er hatte den SPIEGEL, von der FAZ ganz zu schweigen, falsch eingeschätzt. Dem SPIEGEL kam es in diesem Punkt nicht darauf an, seine public relations für die persische Diktatur argumentativ zu vertreten; das wäre auch ein logischer und politischer Widerspruch gewesen. Ihm kam es auf autoritäre Bestimmung der Wirklichkeit an, darauf, von oben den totalen Verdacht gegen Nirumand in die Köpfe einzuflanzen. Der Meinungskonzern verhielt sich wie jeder Waschmittelkonzern auch, er setzte die „Preise" von oben fest, ungeachtet des Wettbewerbs.

Der eingeladene Dr. Dieter Wild, Geschäftsführender Redakteur des SPIEGEL, der für die erste Titelgeschichte über Persien verantwortlich war, sagte also ab. Seine Begründung war unverfänglich, nahezu sachlich. Würde der SPIEGEL auf Diskussionsforderungen in dieser Sache eingehen, dann könne er seine Redaktionsgeschäfte nicht mehr zureichend durchführen. Fazit: wir schreiben nur, diskutieren aber nicht; das hat der SPIEGEL so beschlossen. Verblüffend war die Erfahrung, daß auch der FAZ-Redakteur, der 1967 immerhin zwei Monate in Persien war, neben seiner allgemeinen Unlust am Schluß langen Nachdenkens den gleichen Grund als ein ehernes Prinzip der FAZ-Redaktion anführte.

Wenigstens beim SPIEGEL waren es aber offenbar eher Prinzipien des politischen Boykotts als die Notwendigkeit der Redaktionsgeschäfte. Denn in anderen Fragen, in denen es nicht darauf ankam, argumentativ überlegene, aber ökonomisch schwächere Gegner niederzuhalten, lassen sich sogar geschäftsführende SPIEGEL-Redakteure von der Höhe ihres Konzerns zur Gnade pluralistischer Diskussionen herab. So etwa diskutierte Ende November 1967 auf Einladung von ESG/KSG der geschäftsführende Redakteur des SPIEGEL Leo Brawand über das Thema Universität und Dritte Welt, allerdings nicht mit Leuten wie Nirumand, sondern mit einem MdB usw.

Dr. Wild von SPIEGEL meinte zu der durch die offizielle Politik des SPIEGEL geplatzten Podiumsdiskussion, das sei nicht Schuld des SPIEGEL, sondern Schuld der Veranstalter. In der Tat, warum hatte auch der DISKUS nicht zu einem Neujahrsgespräch über Swetlana eingeladen.

C. Rainer Roth

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE
SCHUMANN U. COBET
FFM · BÖRSENSTR. 2-4 · TEL. 21494

Offener Brief an die FAZ

von D. Bald, H.-J. Blank, Dr. W. Euchner, G. Kress, Dr. J. Hirsch, G. Schäfer (Assistenten der Universität Frankfurt)

Dankenswerter Weise hat die FAZ am 7. 12. im Lokalteil über die Protestaktionen Frankfurter Studenten berichtet und durch Leserbriefe am 11. 12. das Thema entsprechend vertieft. Dabei wurden Nachrichten manipuliert. Ohne zu unterstellen, daß die Verletzung journalistischer Sorgfaltspflicht in vollem Bewußtsein geschah, ist es gleichwohl aus öffentlichem und demokratischem Interesse notwendig, die vorsätzliche oder fahrlässige Verbreitung falscher Nachrichten darzulegen und nach ihren wahrscheinlichen Ursachen zu fragen. Es handelt sich bei der Manipulation keineswegs „nur" um Interpretationsfragen, sondern um Verfälschung und Unterschlagung ebenso einfacher wie bezeichnender Tatsachen. Erlauben Sie bitte deshalb die nähere Darstellung einzelner, wenn auch nur einiger Punkte:

1. In der Bildunterschrift berichtet die FAZ: „Nach dem Verlassen der Sitzung stürzten einige Mitglieder des Konzils über die im Treppenhaus stehenden studentischen Demonstranten". Wahr ist, daß kein Konzilsmitglied gestürzt ist; der Berichterstatter kann allenfalls beobachtet haben, daß das eine oder das andere Konzilsmitglied beim Durchgehen durch die versammelten Studenten strauchelte, falls überhaupt jemand strauchelte. Der unpräzise Ausdruck stürzen suggeriert jedoch Schlimmeres als physisch folgenlos bleibendes Straucheln. Wichtiger noch als der radikalisierende Sprachfehler der FAZ ist im Zusammenhang das von ihr Unterschlagene; die FAZ verschweigt, daß weibliche Mitglieder des Konzils von Studenten ebenso durch die Wartenden geleitet wurden wie solche Professoren, die ihre Eile bekundeten (z. B. Prüfende oder Chirurgen).

2. In dem Bericht der FAZ heißt es: „Als die Studenten die Professoren durch Niedersitzen im Treppenhaus daran hindern wollten, das Gebäude zu verlassen . . . ". Wahr ist, daß erstens kein Professor daran gehindert wurde, das Gebäude zu verlassen, das zweitens für einige Professoren Gassen zum Mikrophon gebildet wurden, da von ihnen eine Stellungnahme erhofft wurde, und daß drittens keiner dieser Professoren daran gehindert wurde, am Mikrophon vorbeizugehen und damit zu demonstrieren, nicht bereit zu sein, seine Haltung oder die Haltung des Konzils vor den Studenten zu erläutern.

3. die FAZ berichtet: „Mit zunehmender Schärfe wurde die Stimmung der dichtgedrängt Stehenden in die Richtung auf das Eindringen in die Aula gedrängt". Diese Behauptung ist unwahr, das genaue Gegenteil ist richtig. Wahr ist, daß die Sprecher der Studenten vor einem „Eindringen" (go in) abrieten und mit Erfolg vorschlugen, den Ausgang der Konzilssitzung abzuwarten und sodann eine Stellungnahme der repräsentativen Vertreter des Konzils zu verlangen. Erst als eine solche Stellungnahme nicht abgegeben wurde, entschlossen sich die Studenten zu ihrer Demonstration vor dem tagenden repräsentativen Organ der Universität, dem Senat.

4. Die FAZ schreibt: „Der Aufforderung einiger SDS-Mitglieder, in die Konzilssitzung einzudringen". Auch diese Behauptung ist unrichtig (siehe Punkt 3); die Sprecher des SDS nahmen gegen ein go in zum Konzil Stellung.

5. Die FAZ berichtet in der Bildunterschrift: „Vor dem Rektorat riefen Mitglieder des SDS dazu auf, in die Senatssitzung im Zimmer des Rektors einzudringen, um ihre Forderungen dem Rektor und den Dekanen mitzuteilen". Die FAZ berichtet nicht, daß die Sprecher des SDS weder zum bloßen Eindringen aufforderten noch bloße Forderungen mitteilen wollten. Vielmehr verlangten die Sprecher des SDS (und nicht nur des SDS) vom tagenden Senat eine Antwort auf Wochen vorher von Studentenversammlungen formulierte Fragen sowie auf Fragen zur Konzilssitzung. Da sich der Senat zu einer öffentlichen Diskussion nicht bereit erklärte und sich der Antwort entzog, demonstrierten die Studenten ihren Willen. Um sich dem Senat bemerkbar zu machen und ihre Argumente mitzuteilen, riefen die Sprecher der Studenten dazu auf, „gemessenen Schritts" in die Vorräume des Senats zu gehen. Das disziplinierte go in wurde für einen Augenblick gestört, als sich Angehörige der Universitätsverwaltung, insbesondere der Justitiar der Universität, zu unkontrollierten und handgreiflichen Abwehrreaktionen hinreißen ließen. Der Besonnenheit und dem mäßigenden Einfluß der Sprecher des SDS ist es zu verdanken, daß sich daraus nicht ein gewaltsamer Zusammenstoß mit undisziplinierten Angehörigen der Universitätsverwaltung entwickelte.

6. Die FAZ berichtet: „Der Privatausgang des Rektors war verbarrikadiert worden". Die FAZ verschweigt, daß die versammelten Studenten einstimmig beschlossen, die „Barrikaden" sofort wegzuräumen.

7. Die FAZ berichtet: „Während der Senatssitzung wurde von einem Assistenten das Angebot gemacht, daß einige Professoren im Anschluß an die Senatssitzung mit den Studenten im Hörsaal VI diskutierten". Auch diese Nachricht ist tendenziös verfälscht. Wahr ist vielmehr, daß die Studenten auf Antrag jenes „Assistenten" (beide würden sich übrigens dem Verstand von „Angebot" und „Nachfrage" entziehen) beschlossen, dem tagenden Senat folgendes vorzuschlagen: „die versammelten Studenten bitten repräsentative Vertreter des Senats, insbesondere den Rektor und den Prorektor, nach ihrer Sitzung im Hörsaal VI, wohin sich die Studenten nach positivem Bescheid sogleich begeben werden, öffentlich mit den Studenten über Maßnahmen des Senats zu diskutieren." Da sich die Studenten dem hinter verschlossenen Türen tagenden Senat nicht verständlich machen konnten, traten sie in telefonischen Kontakt mit dem Prorektor. Nach zehnminütiger Beratung mit dem Senat erteilte dieser den Bescheid, daß zwei Professoren, nämlich Prof. Hövels und Prof. Fetscher, bereit seien, mit den Studenten zu diskutieren. Darauf antworteten die Studenten wie folgt? „Wir danken den Professoren, die bereit sind, mit uns zu sprechen, für ihr freundliches Entgegenkommen. Uns kommt es aber heute nicht darauf an, mit Professoren als Privatpersonen zu diskutieren, sondern wir erbitten vom repräsentativen Organ der Universität, dem Senat als Senat, Antwort auf unsere Fragen und Auskunft über seine Beschlüsse". Die FAZ berichtet, daß „auch dieses Angebot (des Assistenten) abgelehnt" wurde. Sie unterschlägt auch hier, was dem „Angebot" vorausging und wie seine Ablehnung begründet wurde.

Offenbar ist der Stimmungsbericht ihres Mitarbeiters aus ähnlich panikartigen Reaktionen auf Forderungen und Demonstrationen der Studenten gespeist, wie sie auch sonst vielfach zu beobachten waren. Eine nüchterne und objektive Beurteilung des Handelns der Studenten wurde dadurch unterbunden. Wenn die FAZ fahrlässig oder vorsätzlich Nachrichten manipuliert, indem sie entscheidende Sachverhalte verschweigt und andere tendenziös verfälscht (so wurde z. B. auch verschwiegen, daß das Zugestehen einer 20%igen Konzilsbeteiligung der Studenten (übrigens eine Empfehlung der Hessischen Landesregierung) mit einer Auflage verbunden wurde, die zusammen mit Verbots- und Disziplinarmaßnahmen der Universitätsverwaltung den Charakter der Studentendemonstrationen erst prägte — wenn die FAZ Nachrichten manipuliert, so kann ein Leserbriefautor, wie z. B. Herr Professor Freyh, die Verfälschungen der FAZ wiederholen und verschärfen. Hat er seine Informationen auch nicht aus der FAZ bezogen, so werden diese doch durch die FAZ weiter verbreitet und vervielfältigt. Unabhängig vom wirklichen Handeln oppositioneller Gruppen scheinen sich in der Art der Darstellung und der Interpretation ihres Handelns beim abgestoßenen Beobachter und durch die FAZ unterrichteten Leser eigentümliche Phantasien oppositionellen Verhaltens niederzuschlagen, die die Projektion wie selbstverständlich zur häßlichen Wahrheit geraten lassen. Zur Ehre der gemäßigten Berichterstattung der FAZ soll jedoch nicht verschwiegen werden, daß sie an den Konsequenzen verzerrter Wirklichkeit nur indirekt — durch Nachrichtenmanipulation — mitwirkt. Sie ermöglicht es aber etwa Herrn Freyh, unverantwortlich und unbedacht Ideologienbruchstücke anzubieten, die jederzeit zur ideologischen Rechtfertigung abgeleiteter und absoluter ebenso wie massiver Hoheitsgewalt herangezogen werden können. Wer wie Herr Freyh unbeschwert von genauen historischen Kenntnissen des Faschismus und mit verzerrendem Blick die Methoden und Inhalte der Studentenproteste den Methoden Henleins und der SA gleichsetzt, wer es zuläßt und durch verfälschte Informationen dazu beiträgt, das Vorgehen der Studenten oder anderer vergleichbarer oppositionellen Bewegungen als faschistisch zu denunzieren, der trägt in geschichtlich-enzyklopädischer Halbbildung heute schon sein Scherflein dazu bei, den Einsatz staatlicher Gewalt und kommenden, dann tatsächlich faschistischen Terrors gegen demonstrierende Studenten und andere ideologisch zu rechtfertigen.

Wir wären Ihnen, sehr geehrte Herren, sehr dankbar, wenn Sie diesen (offenen) Leserbrief am einschlägigen Ort abdrucken ließen.

Geschäftsgebaren eines Presseorgans der Freien Welt

Sehr geehrter Herr Schäfer,

Zwei formale Gründe hindern uns zunächst, Ihren Wunsch zu erfüllen und die Zeilen abzudrucken. Sie bezeichnen Ihr Schreiben als einen „Offenen Brief", was bedeutet, daß sie ihn gleichzeitig nicht nur uns, als dem eigentlichen Empfänger, sondern auch anderen Adressaten zugänglich gemacht haben könnten. Wir pflegen aber „Offene Briefe" dieser Art grundsätzlich nicht abzudrucken, da sie nicht als Leserbriefe im journalistischen Sinne zu betrachten sind. Zweitens ist Ihr Schreiben von keinem der Damen und Herren handschriftlich gezeichnet, was natürlich eine Grundvoraussetzung dafür ist, daß sich die vorgeblichen Absender auch mit dem Inhalt identifizieren.

Die formalen Einwände, die wir erheben, sollen nicht bedeuten, daß wir, wenn die erwähnten Hindernisse ausgeräumt werden, den Abdruck Ihres Briefes auszugsweise erwägen würden. Eines steht jedoch schon fest, der vollständige Wortlaut könnte nicht erscheinen, da wir nicht wissentlich — und sei es auch nur über einen Leserbrief — Tatsachen verbreiten, die falsch sind. Wir sind zum Beispiel im Besitz von Bilddokumenten, die zeigen, daß Konzilsmitglieder beim Verlassen der Aula über sitzende Studenten stürzten. Nicht anders verhält es sich mit weiteren Behauptungen, die Sie in Ihrem Brief aufstellen. Überlegen Sie sich also bitte zunächst, ob Sie uns eine authentische, nämlich namentliche Zuschrift zugehen lassen wollen, nach deren Erhalt wir uns die Entscheidung über die Verwendung vorbehalten.

Reinhardt
FAZ Redaktion „Zeitung für Frankfurt"

Sehr geehrter Herr Reinhardt,

haben Sie vielen Dank für Ihren Brief vom 21. Dezember. Sie können versichert sein, daß es sich nicht um vorgebliche Absender handelt, sondern um wirkliche und sich mit dem Inhalt des Briefes identifizierende. Was den anderen „formalen" Grund angeht, so habe ich inzwischen tatsächlich den Brief an andere Adressaten weitergeleitet, so daß Sie der „Erwägung eines auszugsweisen Abdrucks" enthoben sind und Ihr übliches Geschäftsgebaren unangefochten aufrechterhalten können.

Umso wichtiger und interessanter für uns Schreiber wie für die zukünftigen Leser ist es aber zu erfahren, ob und inwiefern die von uns „aufgestellten Behauptungen" falsch sind. Wir wären Ihnen also zu außerordentlichem Dank verpflichtet, wenn Sie freundlicher Weise uns das Bildmaterial (auch gegen Entgelt) zukommen ließen, das über sitzende Studenten stürzende Konzilsmitglieder zeigt, und wenn Sie überdies die anderen von uns angeführten Punkte „richtigstellen" würden. Solange Sie diese Beweise nicht antreten können, müssen wir allerdings aufrechterhalten, daß die FAZ Nachrichten manipuliert hat (so übrigens auch in den nachfolgenden Berichten über die Studentenaktionen) und wissentlich oder fahrlässig Tatsachen verbreitet, die falsch sind — oder richtiger: nur in der erschreckten Phantasie der Berichterstatter oder Redakteure existieren.

Gert Schäfer

Sehr geehrter Herr Schäfer,

Es tut uns leid, Ihnen mitteilen zu müssen, daß wir an unserem „Geschäftsgebaren" festhalten und anonyme Leserzuschriften nicht veröffentlichen. Vielleicht finden Sie eine Zeitung, die ihre Spalten für jegliche Art von nicht signierten Zuschriften öffnet.

Auf Ihre Forderung, für unseren Bericht den Wahrheitsbeweis anzutreten, gehen wir ebenfalls aus grundsätzlichen Erwägungen nicht ein. Welches Publikum auch immer Sie in unserem Schriftwechsel teilzunehmen eingeladen haben, es möge zur Kenntnis nehmen, daß wir uns keinem Tribunal unterwerfen, das bar jeder richterlichen Legitimation ist.

Offensichtlich, sehr geehrter Herr Schäfer, sind Ihnen, der Sie jetzt vermutlich in Vollmacht der von Ihnen angeführten Gruppe handeln, die Spielregeln fremd, die für eine demokratische Presse in der freien Welt gelten.

Reinhardt

Sehr geehrter Herr Reinhardt, an Ihrem oder Ihrer Zeitung Geschäftsgebaren kann und will ich Sie nicht hindern: ich habe kein Tribunal, Sie aber Kapital (eine Zeitung zu machen). Außerdem will ich ja nicht eine Zeitung finden, die Ihre Spalten für jegliche Art von nicht signierten Zuschriften öffnet. Nach dem reichsdeutschen Pressegesetz ist aber, wenn ich mich recht erinnere, jede Zeitung gehalten, falsche Berichte auf Verlangen richtigzustellen. Vielleicht gibt es in der freien Welt doch noch hier und da ein Blatt, das so etwas tut, ohne daß man ihn mit dem Gerichtsbüttel droht.

Erlauben Sie uns dennoch und gerade deshalb, an unserer Bitte nach den mitgeteilten Fotos und den anderen „Richtigstellungen" festzuhalten. Und seien Sie noch einmal versichert: nicht um den Gerichtsbüttel geht es uns, sondern um die Wahrheit (ist dies der Sprache der freien Presse verständlich?).

Mit freundlichen Grüßen

Gert Schäfer

COULEURARTIKEL

Bierzipfel	835/000	DM 12,95
Weinzipfel	835/000	DM 8,40
Mensurzipfel mit Emaille-Wappen im Schieber		DM 9,80

Lieferzeit: 3–8 Tage.

Bitte fordern Sie unverbindlich meine Preisliste an.

COULEURARTIKEL WENDEROTH
3167 BURGDORF/HAN.
MÖRIKEWEG 4 TEL. 0 51 36 - 39 52

ZUM HALBEN BEZUGSPREIS

ALSO FÜR DM 3,80

erhalten Studierende im Abholabonnement die

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Entgegennahme der Bestellung und Alleinauslieferung für Studenten durch:
Zeitungswagen der FAZ

Mertonstraße/Ecke Jügelstraße vor dem Studentenwerk

Im Studentenhaus neben den Räumen des AStA (Zimmer 14) finden Sie immer günstige Angebote für Gebrauchtwagen.
Vom vielgeliebten **Döschewo** bis zur vielbegehrten **Miezenschleuder.**
Hier bietet sich selbst einem **schwindsüchtigen Studentenportemonnaie** ein Zügel für ein Paar PS. Doch Geld kostet's trotzdem.
Der Führerschein muß also möglichst preiswert sein.
Keine Pflichtfahrstunden, Fahrstunde 12,50 DM, Grundgebühr nur 50,– DM
in der Universitäts-
FAHRSCHULE POHL
Bockenheimer Landstraße 113 (2 Minuten von der Uni), Telefon 77 91 40

Deutschritterorden – Vorbild der SS

Von der „Christianisierung" im Osten — zur Lebensraumtheorie

Wer heute die Beziehungen Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn aus der Perspektive der Heimatvertriebenen betrachtet, bekommt einen durch keinerlei Zweifel getrübten Begriff von Historie. Da geistern noch heute die kulturell und menschlich minderwertigen Polen durch die Hirne. Da wird mit Fotos quicker Reporter die These von den verschlampten Völkern untermauert, die das ehemals so blühende deutsche Land verkommen lassen. Die Polen aber betrachten das Land, in dem sie heute wohnen als ihre Heimat und ihre Geschichtsschreibung liefert ihnen dazu manchen Beleg.

Zurückgehen müssen aber die einen wie die anderen auf eine Epoche der Geschichte im Mittelalter, in der die Länder, die heute im wesentlichen Polen umfassen, für die Zivilisation, sprich zu der damaligen Zeit, für das Christentum, „aufgeschlossen" wurden. Das geschah durch den *Deutschritterorden*, einem der ersten großen Verbände in der Geschichte, in dessen Namen sich das Wort Deutsch auf das verhängnisvollste mit Ausrottung und Völkermord verbinden sollte.

Im 19. Jahrhundert diente der Orden vor allem Treitschke zur Veranschaulichung seiner Thesen von der Germanischen Herrenrasse und den kulturlosen Knechtvölkern, die unterworfen werden müssen. In der neueren Zeit ist die Kontroverse um den Orden wieder neu entfacht. Aber trotz einer Fülle an Literatur über den Orden in deutscher Sprache finden sich nur wenige Stimmen, die sich von der Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts wesentlich unterscheiden. Auf diesen Umstand hat nun eine kurze, kaum beachtete Sendung im Deutschlandfunk und im Hessischen Rundfunk aufmerksam gemacht (Dr. Hans Kühner-Wolfskehl: „Deutschritterorden ohne Heiligenschein").

Zunächst greift Kühner-Wolfskehl eine der zentralen Thesen der Ordensapologeten an, der Deutschritterorden sei von Konrad von Masowien ausschließlich zur Verteidigung gegen die Heiden ins Land gerufen worden und hätte sich auch an diesen Auftrag gehalten. Die Goldene Bulle von Rimini, 1226, wird von den Ordenshistorikern im allgemeinen als die Grundlage einer Staatsgründung angesehen, die dem Hohenzollernreich unmittelbar voranging und den Grundstein zum Preußischen Großreich gelegt hat. Dagegen wird geltend gemacht, daß Konrad von Masowien dem Orden „nur das Land Kulm, gleichsam mit Wohnrecht „überlassen" habe, wie Kühner formuliert. Der Orden selber ist nicht zimperlich und unter seinen nicht wenigen Urkundenfälschungen ist auch eine, die dieses Wohnrecht in „eine Herrschaft fürstlichen Rechts" verwandelt.

Kühner zeigt dann, daß der Orden mit wachsender Macht als Gründer und Herrscher eines Staates mehr und mehr zu einer Militärdiktatur wurde. Bernhard von Clairvaux gab dem Orden sein credo: „Bekehrung oder Vernichtung." Der Begriff für diese Bekehrung ist „Schwertmission", ein Widerspruch in sich, wie Kühner überzeugend nachweist. Aber es geht nicht in erster Linie um das Faktum der Ausrottungen. So bezieht sich Kühner etwa auf den viel zu wenig beachteten Hinweis des Österreichischen Kirchenhistorikers Friedrich Heer, daß der Ordensstaat von einer bestimmten Größe an nicht nur eine Militärdiktatur war, sondern eine kapitalistische Großmacht. Unter die handelspolitischen Interessen des Ordens fiel auch Handel mit Sklaven, die man bei den Feldzügen gegen die Heiden gefangennahm.

In seiner dritten These zieht Kühner eine direkte Linie von den Taten des Deutschritterordens zu Auschwitz. „Für Treitschke, den Hymniker des Pangermanismus und Künder des in Hitler mündenden Antisemitismus, sind alle vom Orden unterjochten und ausgetilgten Völker Untermenschen. Wir werden Beispiele dafür zitieren.— Genau achtzig Jahre nach seiner an wagnerschen Pathetik reichen Apologie auf den Orden, die unter dem Titel ‚Das Deutsche Ordensland Preußen' erschienen ist, fing Hitler an, in Auschwitz das auszurotten, was er zu Untermenschen erklärt hatte." Das bedeutet: es gibt nicht nur eine Verbindung zwischen der Ordensideologie und den Taten des Dritten Reiches; auch der Geschichtsschreibung, die diese Ideologie bis ins Unvorstellbare gesteigert hat, wird eine Mitschuld gegeben.

Es hat nach den beiden Sendungen jeweils eine Diskussion mit den Gegnern gegeben, bei der auch die dümmsten Diffamierungen nicht ausgespart blieben. Staatsarchivdirektor a. D. Dr. Erich Weiß schrieb z. B. an den Intendanten des Deutschlandfunkes: „Die in der Sendung enthaltenen falschen Tatsachenbehauptungen erfreuen sich überdies bereits eines ehrwürdigen Alters und sind seit fünfzig Jahren, wie ich aus eigener Erfahrung beurteilen kann, ungezählte Male schon wiederleget worden, wenn sie von der *polnischen politischen Geschichtsschreibung* immer einmal wieder aufgewärmt wurden. Deshalb hatte ich zuerst angenommen, daß Herr Dr. Kühner im Auftrage der *sowjetpolnischen Propadanda* tätig sei."

Weiter beruft er sich auf eine Weisheit, die zu einem Dogma in der Geschichtsschreibung einer bestimmten Richtung geworden ist: was im Namen der Kirche geschieht, ist rechtens, wie

Ritter Strauß mit Ordensbrüdern — Foto: dpa

immer auch die Fakten aussehen. So hat er denn auch keine Bedenken, im Zusammenhang mit dem Werk des Deutschen Ordens von einem „Werk Christlicher Liebe und des Friedens" zu sprechen.

Die 10 000 Danziger, die der Orden hingemetzelt hat, sind ihm nicht einmal verdächtig, er tut diese Zahl leichter Hand als Fälschungen ab. Hier zeigt sich eine Geschichtsschreibung, die sich grundsätzlich an der jeweiligen Obrigkeit orientiert, um so mehr, wenn sie wie im Falle des Ordens unter dem Mantel des Christentums handelt. In diese Argumentation paßt auch die Ansicht fast aller Mediävisten, die an der Diskussion um dieses Thema teilgenommen haben, daß man die Geschichte nach den Bedingungen ihrer jeweiligen Zeit beurteilen müsse. Den Gipfel hat zweifellos Dr. Bennighoven, Archivar am staatlichen Archivlager Göttingen, welches die preußischen Akten und Urkunden des Ordens beherbergt, in der Diskussion im Hessischen Rundfunk erklommen, als er sich für die Frage, ob die Geschichte des Ordens heute noch das Deutsch-Polnische Verständnis beeinträchtige als nicht zuständig erklärte, weil „ich als Mediävist nicht berufen bin in Probleme der Zeitgeschichte einzugreifen".

Selber in einem hierarchischen Ordnungsgefüge erstarrt, ist diese Geschichtsschreibung unfähig, die wahren Herrschafts- und Klasseninteressen in der Geschichte darzustellen und zu werten. Imperialimus und Kolonialismus werden ihr solange als legitime Prinzipien erscheinen, wie sie ihr Selbstverständnis aus einer Gesellschaftsstruktur bezieht, die sie hervorgebracht haben. So antwortet Dr. Bennighoven auf die Vorwürfe Kühner-Wolfskehls, der Orden hätte in bestialischer Weise Kriege gegen die Heiden und gegen Christen geführt und mit den Gefangenen Sklavenhandel getrieben, mit einer Belehrung über die Kriegsführung der Burgunder und im übrigen habe man in jener Zeit eben so Kriege geführt.

Hier wird das allgemein als moralisch am höchsten stehend anerkannte Ziel der Bekehrung als absolut verbindlich genommen und erst unter dieser Prämisse beginnt man die Auswirkungen zu betrachten. Wenn man in einem Satz des Funkfeatures nur Jahreszahl und den Namen des Volkes austauscht, dann hat man den aktuellen Bezug, ohne daß der Satz dadurch falsch würde.

1283 sind die Preußen vernichtet, nach dreiundfünfzig Jahren des Widerstandes gegen ihre Tyrannen. Ein freiheitsliebendes Volk ist fast völlig ausgetilgt, sein Land eine Wüste geworden. Kein Rest älterer Kultur ist geblieben.

Die Analogie dieser „Bekehrung" zum Krieg in Vietnam ist für Historiker ausgeschlossen, denn sie würde schlagartig die Stellung ihrer Geschichtsschreibung offenbaren. Das Allheilmittel für die Historiker heißt darum „keine Urteile, nur Fakten". Immer wieder in den Diskussionen wird darauf insistiert. Man will Kühner auf Fakten festlegen, die schon zitierten 10 000 Danziger, oder die niedergemetzelten Preußen, waren es nun fünfhunderttausend oder nur hunderttausend. Daß auf den Vorwurf, die Ordensritter hätten hunderte von Dörfern dem Erdboden gleich gemacht, mit Zahlen über noch nach den Gemetzeln registrierte Dörfer geantwortet wurde, zeigt nur das vollkommene Unvermögen der Diskutanten, das Problem zu verstehen, wenn man ihnen nicht bewußte Verschleierung vorwerfen will. Damit wurde die zentrale These Kühners berührt: Kann man die Ausrottungspolitik des Ordens als Vorläufer dessen ansehen, was Hitler dann einige Hundert Jahre später zu blutiger Vollendung gebracht hat?

Wer würde bei einer solchen an Zahlen orientierten Argumentation seiner Gegner nicht eine Geschichtsschreibung vor Augen haben, die die Taten des Dritten Reiches mit dem Hinweis relativieren könnte, daß ja doch weniger als sechs Millionen Juden vergast worden seien. Daß die Thesen eines von Thadden in absehbarer Zeit auf den Kathedern der deutschen Geschichtswissenschaft heimisch werden könnten, sollte man nicht für unmöglich halten.

Die bloße Fetischisierung von Fakten und Zahlen ist es vor allem, die die Gefahr der Manipulierbarkeit einer solchen Geschichtsschreibung für jedwede Herrschaftsinteressen anfällig macht. Ein anderer Mitdiskutant wollte vor allem festgestellt wissen, daß heute von den Kathedern der Geschichtswissenschaft nicht mehr im Sinne und im Stile Treitschkes gelehrt würde . . . An den Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre und am kleinen Detail dieser Sendung gemessen, scheint das nicht so sicher. **Hans-Peter Riese**

Geschichtswissenschaft gleichgeschaltet?

Das Verhalten der deutschen Geschichtswissenschaft im Dritten Reich ist Gegenstand der Untersuchung des Mediävisten (!) K. F. Werner:

Das NS-Geschichtsbild und die deutsche Geschichtswissenschaft. Erschienen bei Kohlhammer 1967, Preis 5,80 DM.

Zunächst wird das NS-Geschichtsbild am Beispiel von Publikationen „einiger Repräsentanten" rekonstruiert, und die Wurzeln dieser Geschichtsauffassung in der politischen Geschichtsschreibung des 18. und 19. Jahrhunderts verfolgt. Die wesentlichsten Elemente dieses Geschichtsbildes, seine völkisch-nationale und seine rassistische Komponente, wie auch der Führer-Gedanke, erscheinen voll ausgebildet schon vor dem Ersten Weltkrieg. Um nur ein Beispiel zu nennen: 1907 schrieb der Historiker V. Hantzsch: „. . . wird jenes an staatliche Grenzen nicht gebundene größere Deutschland ins Leben treten, das . . . die Welt politisch und geistig zu beherrschen berufen ist" (S. 10). Daß dieses Denken durch einen verlorenen Krieg und ständige quasimilitärische Mobilisierung der Bevölkerung nicht verschwand, sondern sich höchstens verstärkte, bedarf keiner Erörterung. Das läßt schon jetzt die Ansicht, die recht nationalbewußten Stellungnahmen deutscher Historiker im Dritten Reich seien lediglich Resultat einer erfolgreichen Gleichschaltung, als höchst zweifelhaft erscheinen.

Der Verfasser weist vielmehr nach, daß von einer gelungenen Gleichschaltung nicht die Rede sein kann: Das Vorschlagsrecht der Fakultäten blieb erhalten, es bestand kein Zwang, dem NS-Studenten- oder Dozentenbund beizutreten, und kritische Stellungnahmen waren durchaus möglich. War aber die Gleichschaltung mißlungen, wie war dann die Zurückhaltung der sonst so skrupellosen Machthaber zu erklären? Um es vorwegzunehmen: Ein weiterer Eingriff erübrigte sich; denn die meisten Historiker waren eben jenem machtpolitischen und z. T. auch rassistischen Denken verfallen, das die NS-Führung auszeichnete. Wenn Haller den preußischen Militärstaat verherrlichte, in dem „jeder Einzelne . . . mit Leib und Seele ihm diente, mit ihm lebte und für ihn starb" (S. 71), wenn Karl Hampe von Karl dem Großen schreibt: „Er selbst war viel zu sehr urwüchsig germanischer Laie . . . und damit kommen wir zu dem, was man im engeren Sinne als seine deutsche Sendung bezeichnen darf . . ." (S. 76), und seine Äußerung in einem Buch anzutreffen ist, das sich gegen das offizielle Bild von Karl dem Großen wandte, dann muß man fragen: „Warum sollte man Lehrer, die solches lehrten, gleichschalten, auch wenn sie nicht in der Partei waren?" (S. 73). Werden im Gegensatz dazu von den betroffenen Historikern Feigheit und Schwäche als Ursachen für den fehlenden Widerstand ausgegeben, so soll dadurch eine in Wirklichkeit nicht gegebene, ablehnende Haltung gegenüber der Machtpolitik des Regimes suggeriert werden. So erweist sich das Moralisieren über den fehlenden Widerstand doch zum Schluß noch als Vertuschung.

Daß diese Historiker den wirklichen Grund für ihr Fehlverhalten verdrängen, bedingt aber nicht nur einen ernsthaften Realitätsverlust, sondern macht zudem noch die Entlarvung dieses national-machtwolitischen Denkens unmöglich: So findet sich z. B. bei H. E. Feine noch in der Ausgabe von 1964 der Satz: „In ihm (Karl dem Großen) gewann das Ideal germanisch-christlicher Weltherrschaft glanzvolle Gestalt" (S. 94). Der Verfasser ruft demgegenüber zur Wahrhaftigkeit auf: „Ein ernsthaftes Selbsterforschen ist uns angemessen" (S. 101). Es ist jedoch zu fragen, ob das genügt, ein ähnliches Fehlverhalten zu verhindern. Wie steht es denn mit der „Möglichkeit, unbefangen das Tatsächliche zu rekonstruieren", die der Verfasser als gegeben voraussetzt? (S. 98). Wird ein solcher Verfall einer ganzen Disziplin in Zukunft dadurch verhindert werden können, daß „sich inzwischen bei der Mehrheit der Historiker eine selbstverständliche internationale Zusammenarbeit auswirkt"? (S. 98). Es verblüfft solche Sätze am Ende dieser Untersuchung zu lesen. Hatte der Verfasser nicht am Anfang eine Bedingung für rassistisches Denken in der europäischen Kolonialpolitik gesehen? (S. 10). Hatte er nicht bei Dannenbauer, dessen „methodische Sauberkeit" er in dessen Bekenntnis zur damals (und der Verfasser stellt mahnend fest: das gilt nicht nur für 1935! s. S. 49) mißachteten "voraussetzungslosen Wissenschaft" er rühmend hervorhebt, auch jenes machtpolitische Denken festgestellt? Ihm entgeht es, daß sich hier unter dem Schein der voraussetzungslosen Wissenschaft gesellschaftliche Implikationen umso nachhaltiger, weil unreflektiert, durchgesetzt haben. So bleiben bei aller Offenheit der Einsichten in das Verhalten der deutschen Geschichtswissenschaft im Dritten Reich — um derentwillen sich das Buch sehr zu lesen lohnt — die Ursachen dieses Verhaltens, soweit sie schon im wissenschaftstheoretischen Ansatz einer positivistischen Wissenschaft begründet sind, ungeklärt. **Hermann Lohaus**

Unheilbares Deutschland

Student und Politik im geteilten Deutschland, Ergebnisse einer Diskussion. Hrsg. Kuratorium Unteilbares Deutschland, Bad Godesberg 1967.

Der Titel „Student und Politik", der schon einmal für ein allerdings qualifiziertes Buch verwendet worden ist, ist trotzdem kein Witz, obwohl er von jener traurigen Institution herausgegeben wird, die man immer als Beweisstück heranziehen möchte, wenn man den Leuten erklärt, was geronnene Ideologie ist. Hier handelt es sich tatsächlich um Politik, die Politik der großen Koalition, der parlamentarischen Manipulationsmaschine. Da kommen die Honoratioren erschreckt angelaufen, als sie sehen, daß die Schüler zu ihren Lehrern kommen und die Lehrer sich einschließen oder die Polizei holen.

Wie weit diese Honoratioren sich schon in die höheren Sphären verflüchtigt haben, läßt der Sprachgebrauch ahnen. Die abgedroschensten Phrasen aus Lübke-Reden und der ganze kompakte Jargon der Eigentlichkeit, alles zwischen Winseln und Wabern, werden mit ein paar Griffen montiert. Symptomatisch dafür ist der Gebrauch von Zitaten von Theodor Litt und Karl Jaspers. Plattes Unverständnis der wenigen oppositionellen studentischen Beiträge. Ein Vertreter der Jungen Union läßt es sich nicht nehmen, die Phrase von den fehlenden studentischen „positiven" Vorschlägen zum unendlichsten Male zu wiederholen und so geht es das ganze Büchlein weiter.

Dennoch ist dieses Buch mehr als ein Ärgernis. An Hand dieses Buches läßt sich vieles von der kritischen Theorie der Gesellschaft exemplifizieren. Die Begriffe des politischen Lebens haben sich verselbständigt. Opposition bedeutet für das Establishment nicht mehr, als daß eine Partei nicht an der Regierung partizipiert, diskutieren hat keine andere Funktion mehr, als daß man prüft, ob die Gegenrede in das montierte Gebäude der eigenen Ideologie paßt. Alles inhaltlos, alles formal. Das Denken der Herren Schütz und v. Heydebreck ist, um es mit Marcuse zu sagen, „eindimensional". So ist es ihnen unmöglich, die Argumente der Studenten zu verstehen, ja selbst sie als Fremdkörper wahrzunehmen. Sprach- und begriffslos verharren sie vor Realitäten, die nicht mehr die ihren sind.

Sozialdemokratische und liberale Studenten sollten dieses Buch lesen. Hier können sie sehen, mit wem sie sich einlassen, wenn sie meinen, das Establishment von innen heraus ändern zu können. Rationale Diskussion setzt neben dem guten Willen auch Bildung, Vernunft und Information voraus. Bei den in diesem Buch versammelten Honoratiorenreden ist nichts davon zu finden. **Til Schulz**

bü cher re port

Sie seien keusch und schüchtern . . .

Die Universität und ihre Studentenschaft universitas magistrorum et scholarium. Jahrbuch 1966/67 hrsg. vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.

So heißt der „Versuch einer Dokumentation" aus Gesetzen, Erlassen, Beschlüssen und Reden, zusammengestellt von Wolfgang Kalischer, Leiter der Dokumentationsabteilung und Pressestelle der Westdeutschen Rektorenkonferenz. Dem herausgebenden Verband, einer „Gemeinschaftsaktion der gewerblichen Wirtschaft zur Förderung von Forschung und Lehre", erscheint „im gegenwärtigen Zeitpunkt ein *historischer Rückblick* über die Universität und ihre Studentenschaft ein ratsames Mittel zur unbefangenen Information aller an der Hochschuldiskussion beteiligten oder interessierten Stellen und Personen." (Geleitwort)

Guten Willens, sich unbefangen zu informieren, stutzt man allerdings bereits beim Vorwort des früheren Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Rudolf Sieverts: die Nachtigallentöne klingen verdächtig. „Wenn noch heute ein Hochschullehrer seine Studenten mit ‚Kommilitonen' anredet, so . . . wäre schön, wenn wieder allgemein auf den Hochschulen begriffen würde, daß in dieser Anrede sowohl ein Anspruch als auch ein Ausdruck der Zuneigung enthalten ist, und daß sie es daher verdient, lebendig zu bleiben." (XXV) Wenn auch, wie Sieverts betont, in der Geschichte der deutschen Universitäten Magister und Scholaren als ‚commilitones', Kampfgefährten, für die Wahrung der Rechte und Freiheiten ihrer universitas gestritten haben, so beweist diese Dokumentation — wider ihre Intention — einerseits auch, daß die Studentenschaft oft *gegen* ihre Lehrer die besten Traditionen der Universität zu wahren suchte, und wird andererseits deren beschämende Preisgabe durch die Professoren zu bestimmten Zeiten offenbar. Die Beschwörung von Zuneigung, die das *persönliche* Verhältnis Professor-Student durchaus unverdächtig auszeichnen kann, verschleiert heute die tatsächlichen Gegensätze und die institutionell gesicherte Ungleichheit, die das Verhältnis Professorenschaft-Studentenschaft bestimmen. ‚Anspruch und Ausdruck der Zuneigung' sind daher in der gegenwärtigen inneruniversitären Auseinandersetzung bloß Anspruch und Ausdruck der Unterordnung der Studierenden: zur Probe versuche man, den nächstbesten Ordinarius als ‚lieben Kommilitonen' anzusprechen.

Für die Dokumentation selbst hat W. Kalischer sich erstaunliche Mühe gegeben. Man staunt zwiefach: 1. K. hat sehr viele Texte veröffentlicht, 242 an der Zahl auf über 400 Seiten, einen Zeitraum von 1158 bis 1966 umfassend; 2. K. hat sehr viele Texte *nicht* veröffentlicht, eben solche, die dem augenblicklichen Selbstverständnis der Studentenschaft im historischen Rückblick förderlich sein könnten. Es ist doch wohl kein Zufall, daß man beispielsweise zum Wartburgfest 1817 nur eine Statistik der Teilnehmer, aufgeschlüsselt nach Universitäten und Fakultäten, findet, daß Konflikte zwischen Lehrenden und Studierenden nicht belegt werden, obwohl der aufmerksame Leser aus manchen Dokumenten latente oder manifeste Spannungen zwischen beiden Gruppen herausliest.

Sicher, niemand glaubt an eine ‚unbefangene' Auswahl und Publizierung von Quellen und Dokumenten zur Geschichte der Universität; man wird deshalb K. auch keinen Vorwurf machen, daß er einer bestimmten Tendenz bei ihrer Anordnung folgt. Man bedauert aber die Vergeblichkeit seines Fleißes. Die Originaltexte werden kommentarlos aneinandergereiht und dem Leser fehlt der Kontext, in dem die dokumentierten Ereignisse stehen — die Arbeit ist ohne historisches Fingerspitzengefühl, vor allem ohne Rücksicht auf den historisch nicht bewanderten Leser gefertigt. Hätte K. die Dokumentation auf einige zentrale Probleme, exemplarische Ereignisse in der Geschichte der deutschen Hochschulen beschränkt und diese durch ausführlichere, möglichst viele Aspekte erhellende Belege vorgestellt, so hätte er, durchaus unter Beibehaltung seines tendenziellen Auswahlprinzips, mehr zum Verständnis der universitas magistrorum et scholarium leisten können als durch die vorliegende Arbeit. Deren Anordnung verleitet zum ideologischen Rückgriff auf vermeintlich ‚Schon-einmal-Dagewesenes', und der Herausgeber selbst verfällt dieser Versuchung prompt.

Dennoch stößt man auf Dokumente, die für den Kampf der Studenten um demokratische Rechte an Aktualität gewinnen. Sie belegen, daß im Mittelalter auch die Studentenschaft den Rektor wählte, ja ihn zuweilen stellte; daß der Ruf ‚studieren statt demonstrieren!' eine solide Heimat bei der Reaktion hat, daß Angriffe auf die akademische Freiheit zugleich Attacken gegen die politischen Studenten sind, wie umgekehrt deren Ausschaltung als Vorbote einer heillosen Disziplinierung der Wissenschaften selbst auftritt.

Die Dokumentation informiert aber auch über vergleichsweise harmlose Dinge. Der Aufbau der mittelalterlichen Hochschule und die spezifische Form ihrer Autonomie werden dargelegt; die Universität des 17. und 18. Jahrhunderts erscheint als Veranstaltung von Serenissimi Gnaden, der seinen Studenten befiehlt: „Sie sollen keusch und nüchtern sein, . . . außerdem Laternen und Bäume schonen . . . und das Schwarze Brett nicht mißbrauchen." (S. 24 f) In der Sprache Professor Unrats wird Genius ebenso verordnet wie jugendliche Munterkeit. Vor diesem Hintergrund erhalten die Forderungen des Idealismus zur Aufgabe der Universität ihr besonderes, fortschrittliches Gewicht, die politischen Ambitionen der Burschenschaftler muten wie eine Revolution an, wenngleich eine, die über die eigenen Beine stolperte. Deutlich wird, nach dem Glanz der Universität im 19., ihr Elend seit Beginn des 20. Jahrhunderts. Man hat den Eindruck, unsere Großeltern hätten hinsichtlich Hochschulreform und Mitbestimmung der Studentenschaft die Reden, Memoranden und Manifeste von heute abgeschrieben. Der vielbeschworene Muff scheint bei genauer Betrachtung nicht viel älter als 50 Jahre zu sein, doch seine Konzentration und Resistenz machen ihn wahrhaftig einiger 1000 Jahre würdig.

Ein Votum für die Unpolitischen

Obwohl die Verknüpfung von Hochschule und Gesellschaft, Universität und Staat überall, besonders in den ausgiebig dokumentierten Abschnitten seit dem 1. Weltkrieg, dem Leser sich aufdrängt, votiert Kalischer in seiner Einleitung — und in diesem Votum einig mit den Ausführungen Sieverts' — für die unpolitische Studentenschaft, die sich auf den Bereich der Hochschule beschränken soll, wenn sie für deren Belange eintritt. Natürlich schließe das „wache politische Aktionen" nicht aus, wie mit Altherren-Noblesse gesagt wird, „aber weder aus ihrer Geschichte noch aus ihrem jetzigen Satzungsrecht sollte die verfaßte Studentenschaft aus einem Allgemeinvertretungsanspruch aller Studenten ein eigenes politisches Mandat ableiten können." (XXIX) Die Dialektik des Verhältnisses Universität - Gesellschaft entgeht dem Autor. Damit auch die Möglichkeit einer angemessenen Kritik studentischer Hochschulpolitik, die auf der Erkenntnis der Abhängigkeit der Hochschulstruktur von den jeweiligen gesellschaftlich-ökonomischen Grundbedingungen basieren müßte.

Dieses Buch erscheint als Symptom der Verspätung. Die Beschwörung der ‚Zuneigung' hören wir in dem Augenblick, indem sie nicht mehr bestehen darf: sollte sie jemals zu Recht als Zuneigung zum Mitstreiter, zum Kommilitonen für die freie Universität gegolten haben, so kann und darf sie an der Universität in ihrer gegenwärtigen Struktur nicht mehr gelten. Auf die Sentenz: ‚Wir sitzen doch in einem Boot', muß heute geantwortet werden, daß dieses Boot nicht mehr existiert. Dies wird allen Kalischers unangenehm klingen, die sicherlich guten Glaubens behaupten: „Die integrierte Studentenschaft wird die Universität lebendig erhalten." (XXXV) Gerade die Nichtintegration in die gegenwärtige Universität bietet die Chance, daß aus der phlegmatischen, talarbehängten alma mater wieder das streitbare Frauenzimmer bester kritischer Tradition wird, das sich auf eine neue universitas magistrorum et scholarium stützen soll.

Das Buch bietet trotz seiner Intention, der politischen Studentenschaft den Wind aus den Segeln zu stehlen, zumindest Trost für die politische Praxis: man lernt, daß auf die notwendigen, aber ‚unerhörten' Forderungen der Studenten allzu oft mit Empörung, Drohung und Verboten reagiert wurde, bis sie trotzdem durchgesetzt werden konnten: gegen die Widerstände der geistigen Vorfahren Kalischers und Sieverts', die hier wie Reisende mit nachgehenden Uhren auftreten und auf leerem Bahnsteig dekretieren, der Zug sei zu Unrecht pünktlich abgefahren.

E. Grünewald

Organisation der Revolte

Die Organisation (ist) das eigentliche Medium . . ., in welchem die Verdinglichung der menschlichen Beziehungen sich abspielt – das einzige übrigens auch in dem sie könnte überwunden werden. Walter Benjamin

Die Geschichte der proletarischen Bewegung ist unter anderem eine Geschichte der Auseinandersetzungen zwischen revolutionären Fraktionen und Gegenfraktionen. Die Ideen der französischen Revolution von Freiheit und Gleichheit nahm in der Epoche der Restauration der Proudhonismus radikal ernst. Die Proudhonschen Theorien, vom kleinbürgerlichen Eigentum ausgehend, wollen allen Menschen Besitz sichern, über den sich die Gleichheit herstellen soll. Im „ehrlichen Tausch" ihrer selbstgefertigten Produkte sollen die Individuen dann brüderlichen Gebrauch von ihrer Freiheit machen. Proudhon, der nicht auf die Organisation der Produktionssphäre reflektiert und das historische Rad beim kleinbürgerlichen Produktenaustausch festhalten will, gab die ökonomistische Fundierung des Anarchismus, die allerdings in den Tauschbankexperimenten Proudhons schnell ihre praktische Grenze fand. Auf der anderen Seite des alten Anarchismus, der zu einer Zeit entsteht, als kleinbürgerliche Einflüsse die Arbeiterbewegung noch affizieren, deren Ziel es ist, ein Absinken der eigenen Lage ins Proletariat zu verhindern, bildet der für die Entwicklung des Marxismus nicht unbedeutende Max Stirner seine radikale Überbaukritik heraus. Der Einzelne, isoliert auf sein Selbstbewußtsein angewiesen, dem alle individuellen Bedürfnisse zugeordnet sind, soll auf seine „massenhafte" Organisation in der bürgerlichen Gesellschaft verzichten und sich statt dessen in den „Vereinen der Egoisten" frei assoziieren. Marx und Engels haben beide scharf kritisiert: Proudhon als elenden Philosophen und Nationalökonomen im „Elend der Philosophie", Stirner wurde als Ideologe Sankt Max in der „Deutschen Ideologie" und in der „Heiligen Familie" entlarvt. Im „Kommunistischen Manifest" haben Marx und Engels in der internationalen revolutionären Diskussion verdeutlicht, daß ökonomischer und politischer Kampf in der proletarischen Politik vermittelt werden müssen, wenn diese erfolgreich sein soll. Marx und Engels geben hier schon den entscheidenden Zusammenhang: die proletarischen Organisationen seien der Ort, wo dies zu geschehen habe. Daniel Guérin sieht in seinem Buch

Anarchismus, Begriff und Praxis.
edition suhrkamp
Frankfurt 1967 DM 3,—

dieses nicht als das Hauptproblem an. Deswegen kann er auch nicht die Auseinandersetzungen des jüngeren Anarchismus (Bakunin, Kropotkin etc.) mit den Marxisten begreifen, sondern er führt sie auf „libertäre" und „autoritäre" Geisteshaltungen im wesentlichen zurück, aus denen sich dann die Widersprüche ergeben sollen.

Da sich die sogenannten „marxistischen" Massenorganisationen Mitteleuropas im Spiel der parlamentarischen Demokratie begannen reformistisch zu entwickeln, erlangte der bakunistische Anarchismus eine herausragende Bedeutung. Die Massenorganisationen setzten schon damals alles auf die „Naturgesetze" der kapitalistischen Produktionsweise, nichts mehr auf die entfaltete revolutionäre Bewegung. In den falschen Organisationsformen auf nationaler und internationaler Ebene gelang es Marx und Engels trotz unermüdlicher Tätigkeit nicht, eine revolutionäre Strategie und Taktik verbindlich zu machen. Bakunin wollte dagegen anarchistische Zirkel organisieren, die durch ihre außerparlamentarischen Aktionen das Proletariat aufrütteln sollten. Gegen die Fixierung an das Legalitätsprinzip und den reinen Ökonomismus der Sozialdemokraten setzte Bakunin den radikalen Kampf gegen alle Organisationsformen vorkapitalistischer und kapitalistischer Prägung, der in Kropotkins Satz gipfelt: „Alles, was nicht legal ist, ist gut für uns". In ihrer radikalen Opposition blieben die Anarchisten zu abstrakt, ihre Aktionen isoliert vom Proletariat wurden terroristisch. Man zog sich zwar den äußersten Haß der herrschenden Klasse zu, aber nicht gewann man das Vertrauen der Massen. Der historische Stellenwert ihrer „Propaganda durch die Tat" wurde erst später deutlich: „ . . . sie ist eine **revolutionäre Taktik in einer unmittelbar revolutionären Situation,** mit dem Zweck, die breitesten Massen in einem aktiven tagtäglich zu führenden Kampf gegen alle Machtpositionen der herrschenden Klasse hineinzuziehen und diese Klassenherrschaft zu zerbrechen", wie Henryk Großmann geschrieben hat. Der Anarchismus hat schwerwiegende Fehler begangen; aber es war nicht die Radikalität, die ihn zu Fall brachte, denn auch ein Bebel hat seine Siege über den Reformismus trotz großartiger Reden nur feiern, nie manifest erleben können. Der Anarchismus, der in Rußland und in Spanien sich unfähig erwiesen hat, die politische Macht zu erobern, hat in allen seinen Auseinandersetzungen deutlich werden lassen, daß für die revolutionäre Bewegung die Frage der Organisation entscheidend ist, weil sie — und das sieht Guérin leider nicht — schon durch die Organisation der Bewegung in allen ihren Schritten wesentliche Momente der Organisation nach der Revolution antezipiert. Weder die Lösung, noch der Begriff für diese Fragestellung fand der Anarchismus (— Guérin auch nicht); aber ins historische Bewußtsein ist durch ihn getreten, daß die Organisationsfrage eine der „wichtigsten **geistigen** Fragen der Revolution" ist, wie Lukacs in seinem Aufsatz „Methodisches zur Organisationsfrage betont, der dankenswerterweise anstelle einer historischen Einleitung dem Buch vorangestellt ist.

Die Organisation im Klassenkampf
(Fritz Bieligk — Ernst Eckstein — Otto Jenssen — Kurt Laumann — Helmut Wagner)
verlag neue kritik — frankfurt DM 18,—

Lukacs, dessen Aufsatz einer längeren Diskussion wert wäre, stellt klar, daß einzig die Kommunistische Partei des Typs „Demokratischer Zentralismus" ihre Aufgabe gelöst habe. Allerdings diskutiert Lukacs die Organisationsfrage nicht historisch, und so verdinglicht er den Leninschen Parteitypus, der ohne Ansehung der bestimmten historischen Differenzen zum undemokratischen Zentralismus der Dritten Internationale führen konnte. Aber Lukacs sieht richtig, daß die kapitalistische Organisation der menschlichen Beziehungen schon in der revolutionären Praxis und deren Organisation überwunden werden muß, wenn das Reich der Freiheit in der revolutionären Praxis zur Erscheinung kommen soll. Daran mißt sich das eigentliche Buch „Die Organisation im Klassenkampf", das den Kampf der linken Opposition in der SPD gegen Ende der zwanziger Jahre ausdrückt. Diese SPD-Genossen versuchen verzweifelt, eine proletarische Klassenpolitik in einer Organisation zu sichern, die ihre eigene kleinbürgerliche Angestelltenkultur selbst produziert und in unkontrollierte Führungspositionen gebracht hat. Die interessantesten Beiträge von Wagner und von Laumann vergessen, daß die bürgerliche Mitgliederpartei mit ihrer formaldemokratischen Organisationsstruktur nur die Unterwerfung unter unbegriffene Mächte, also Passivität und kleinbürgerliches Geschichtsbewußtsein reproduzieren kann. Selbst eine Organisation der Arbeiterbewegung auf „Rätebasis", „funktionelle Demokratie" in der Partei setzt ein hohes Maß von Klassenbewußtsein voraus, reflektiert nicht auf das, was Lukacs „ideologische Krise des Proletariats" genannt hat, die schon in der Partei durch „bewußten Einsatz der Gesamtpersönlichkeit" jedes Genossen praktisch-organisatorisch gelöst werden muß. Alle Aktionen der Partei, die die Vermittlung von Endziel und Bewegung leisten müssen, sollen das revolutionäre Klassenbewußtsein in den Massen erhöhen — und das erhöht sich nicht durch die Mitgliedschaft in einer Partei, sondern nur in der revolutionären Praxis selbst, die Wagner von der Praxis auf kapitalistischem Boden abtrennen will (Seite 129). Er reproduziert eine Trennung, die seine eigenen guten Ansätze zunichte macht; denn er sieht nicht, daß jede revolutionäre Politik auch auf legalem Boden dem Wesen nach schon illegal ist. Nicht die Veränderung einiger Statuten sichert eine revolutionäre Linie, die organisatorisch zu wenden ist, sondern nur die organisierte revolutionäre Praxis in Agitation und Propaganda der Avantgarde kann das Bewußtsein entscheidend in den Massen entfalten, die selbst Subjekt ihrer Befreiung werden müssen; denn „stellvertretend" kann man nicht befreit werden. Hier wird die ehemals anarchistische, nun wirklich vom falschen Odium der Kleinbürgerlichkeit befreite „Propaganda durch die Tat" ihren Platz haben, die die Massen aus ihrer objektiven Determiniertheit, deren „massenpsychologischer Ausdruck" (Lukacs) die Spontanität noch ist, zum bewußten Machen — ihres eigenen Schicksals führen soll — gerade auch in einer Zeit, wo die angeblichen Vertreter der Masseninteressen nicht mit fliegenden Fahnen, sondern gar ohne diese zum Gegner übergelaufen sind.

detlev claussen

Buchhandlung für Universitätswissenschaften
Bockenheimer Landstr. 133
Zentrale: Steinweg 3 · Ruf *28 76 41
Taschenbuchladen: Jügelstraße 1

Peter Naacher

Bücher für Ihr Studium · Literatur unserer Zeit
Wesentliche Veröffentlichungen des In- und Auslandes

bücherreport

Selbstreflexion der Untertanen

Stephan Leibfried (Hrsg.): Wider die Untertanenfabrik — Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1967.

Der Untertitel erweckt Mißtrauen: die Formulierung ‚Handbuch' suggeriert den verbürgten Besitz eines festen Bestandes an Wissen über die Frage wie an den einzelnen Hochschulen der Demokratisierungsprozeß zu initiieren sei. Glücklicherweise wird jedoch am normativen Anspruch eines kodifizierten Demokratisierungskonzeptes nicht durchgängig festgehalten, vielmehr löst der größte Teil der Beiträge die Intention des Kompendiums ein, „eine Einführung in die Probleme der angepaßten Universität und der von den Studenten und anderen Universitätsangehörigen in praktisch-politischer Tätigkeit zu verwirklichenden Hochschule in einer demokratischen Gesellschaft" zu geben. Die Gliederung des Bandes, der überwiegend studentische, in den Jahren von 1962—67 bereits veröffentlichte Beiträge zusammenfaßt (so mehrere Kapitel aus der Hochschuldenkschrift des SDS, Zeitschriftenartikel von Habermas, v. Brentano u. a.), reproduziert das Entwicklungsprinzip studentischer Hochschulpolitik: die Transformation der Ergebnisse theoretischer Kritik in Objekte praktischer Erfahrung. So basiert etwa die Kritik der „Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums" und zum „Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970" auf der Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik nach 1945 (Habermas, Gorz, Altvater und Heer) und mündet konsequent in die politische Praxis: die Gründung der Kritischen Universität. Unter den bisher unveröffentlichten Beiträgen kommt den Analysen von Hannes Heer und Elmar Altvater besondere Bedeutung zu; während Heer die personelle Verflechtung von Wissenschaft und Wirtschaft anhand einer Analyse der Entscheidungsprozesse in Schlüsselgremien wie dem Wissenschaftsrat, der Westdeutschen Rektorenkonferenz, der Deutschen Forschungsgemeinschaft und dem Wissenschaftsministerium untersucht, weist Altvater die Abhängigkeit des Wachstumspotentials einer Volkswirtschaft vom wissenschaftlichen Fortschritt nach und zeigt die Widersprüche auf, die im tendenziell monopolkapitalistischen System der BRD die optimale Aktualisierung wissenschaftlicher Potenzen verhindern. Anstelle verstärkter langfristiger Investitionen wird die Problematik der Strukturkrise nach Ende der Rekonstruktionsperiode ‚gelöst' durch fortschreitende Militarisierung und Formierung von Wissenschaft und Forschung, d. h. deren Integration in die Rüstungsindustrie bei gleichzeitiger Verschärfung der Leistungsansprüche.

Zwei Beiträge zur (Berliner) hochschulpolitischen Praxis fallen in eklatanter Weise hinter das Niveau des theoretisch-analytischen Teils zurück: das „Organisationsmodell einer demokratischen Hochschule" (konzipiert vom AStA der FU im SS 67) sowie ein Artikel Gert v. Eynerns zur Vorlesungsrenzension. Hier zeigt sich Fragwürdigkeit und Gefährlichkeit einer als uneingeschränkt paradigmatisch hypostasierten Hochschulpolitik; das demokratische Hochschulmodell ist in frappanter Weise in sich widersprüchlich: wird in der einleitenden Kurzanalyse abgeleitet, daß die monokratischen Herrschaftsverhältnisse der Ordinarienuniversität die rationale Entfaltung des Wissenschaftsprozesses verhindern, wird die Notwendigkeit interdisziplinärer Lehre und Forschung begründet und die Abschaffung selektierender Zwischenprüfungen gefordert, so verzichtet das Modell auf jegliche Strukturveränderung der Universität. Es perpetuiert sowohl personell den hierarchischen Aufbau der Institute (mit der faktischen Aufsplitterung der divergierenden Interessengruppen in Studenten, Nicht-Habilitierte und Nicht-Ordinarien) als auch institutionell (Unterscheidung von kleinem und großem Senat, kleiner und großer Fakultät etc.). Dabei werden Zahlenmodelle quantitativer studentischer Beteiligung aufgestellt, die die des Frankfurter professoralen Satzungsentwurfs unterbieten.

Das Niveaugefälle dieses Beitrags im Vergleich mit den oben genannten theoretischen Analysen wird noch überboten von Gert v. Eynerns Beispiel einer fiktiven Vorlesungsrezension: seine „treffende" Kritik liest sich wie eine Parodie: „. . . ‚Herr . . . ist als Autorität bekannt. Seine Werke . . . werden häufig zitiert; die Wissenschaft verdankt ihm . . .' Nach mehreren Absätzen blumigen Geschwafels, das inhaltlich mehr mit Weinflaschenetiketten als mit kritischer Auseinandersetzung gemein hat („ein interessantes Gemisch von Fülle an Temperament und Mangel an Disziplin"), erscheint als „ärger"liche Fußnote, daß Herr . . . „so tut (!) als habe er keinen Sinn (!) für die politischen Implikationen seiner Lehre". Kritik scheint hier ohne Personalisierungen nicht mehr auszukommen, die Fähigkeit zur Selbstreflexion des Wissenschaftlers wird auf naturwüchsige Kategorien reduziert.

Zur Vervollständigung des Themenkomplexes über studentische Praxis wären Beiträge zur Problematik studentischer Organisationsformen (wie Aktionszentren etc.) wünschenswert gewesen, zumal der insgesamt empfehlenswerte Band im analytischen Teil ausführliche Stellungsnahmen zu Themenbereichen liefert, über die es bislang kaum befriedigende Literatur gab (politisches Mandat, Disziplinarrecht u. a.).

Ute Daub

Gute Onkels

F. Mager / U. Spinnarke, Was wollen die Studenten?, Fischer Bücherei, Informationen zur Zeit, Frankfurt 1967.

Diese Titelfrage beantwortet auf dem Buchumschlag ER, allein in rotem Feld, unrasiert, krawattenlos, stechenden Blicks. Die Aufmachung signalisiert DUTSCHKE, gleichermaßen Markenartikel wie pawlowsches Zeichen für alle, denen auf die Frage „Was wollen *die* Studenten?" nichts besseres als „Roter Rudi", seit dem Dutschke-Spiegel höchstens noch „Ehefrau Gretchen" einfallen soll.

Nun, die Autoren erliegen zum Glück nicht der beliebten Tendenz, gesellschaftliche Konflikte auf die Konflikte einiger Prominenter mit der Gesellschaft zu reduzieren. Dennoch scheint die Aufmachung des Buchs zu verraten, was Mager/Spinnarke selbst nicht eingestanden haben: soll der Versuch einer angemessenen Antwort auf die gestellte Frage gelingen, muß man nolens volens die Theorien und Aktionen des SDS in den Vordergrund rücken (insofern blickt ER nicht ganz zu Unrecht ins Publikum), denn die Proklamationen und das Selbstverständnis der anders orientierten Studentengruppen geben kaum Antwort auf die weiteren Fragen „nach den Ursachen und nach den Anlässen des studentischen Protests . . . : Wo liegen die Ursprünge der Unruhe? Wie groß ist ihr Umfang? Was sind die Wirkungen und Folgen eines neuen radikalen Denkens und der daraus entspringenden Aktionen?" (S. 7)

Das Arbeitsziel der Autoren, beide Redakteure beim Fernseh-Studienprogramm des Bayerischen Rundfunks, beide ehemals Studenten der Theaterwissenschaft, Geschichte und Germanistik, liegt darin, „einer breiteren Öffentlichkeit radikaleres (!) demokratisches Denken und Handeln, als wir es in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten übten, verständlich zu machen, kurz: aufzufordern zur Überprüfung der eigenen politischen Position." (S. 8) Der Weg zum Ziel soll führen über die Darstellung des Selbstverständnisses der Studentenschaft, der Reaktionen von Politikern und Professoren und er soll ausgehen „von Überlegungen zur gegenwärtigen politischen, sozialen und kulturellen Situation." (S. 8) So schön dieses Vorhaben ist, so sehr mißlingt es. Leider. Die „breitere Öffentlichkeit" wird sich mit diesem Buch kaum zur intendierten „Überprüfung" „auffordern" lassen, da es unter der Hand ihre „politischen Positionen" ungeschoren läßt.

Es zeigt sich bereits im ersten Kapitel, das den dümmlichen Titel „Eine Minderheit sucht die Gesellschaft" trägt, wie wenig die Autoren von den Vorgängen in den Universitätsstädten begriffen haben. Die „Überlegungen zur gegenwärtigen politischen, sozialen und kulturellen Situation", die hier die Grundlage bilden sollen für das Verständnis dessen, was die Studenten wollen, diese Überlegungen sind Anhäufungen von Einzelheiten, die unverbunden nebeneinander stehen, Gedanken ohne eine Spur kritischen Bemühens, vielmehr gezeichnet von einer „Objektivität" suggerierenden, onkelhaften Distanz, die sich mitunter so vernehmen läßt: „. . . *darüber hinaus glauben die Studenten zu erkennen* (Hervorhebg. E. G.), daß der angestrebten Demokratisierung der Hochschule nicht nur . . . die Ordinarien und verstaubte Traditionen im Weg stehen, sondern ein weithin undemokratisches Verhalten der Gesellschaft überhaupt." (S. 11)

Bei solch geringem kritischen Tiefgang wundert es nicht, das Stich- und Modewort der Großen Koalitionsära: „Sachdiskussion", zu finden, und zwar in der Empfehlung an die Öffentlichkeit, „Studenten als ernsthafte Gesprächspartner zu akzeptieren" (S. 11); es wundert noch weniger die Verwunderung der an „Sachdiskussion" glaubenden Autoren, daß die Inhaber etablierter Machtpositionen „über die eigentlichen Forderungen (der Studenten) . . . bisher fast alle hinweggegangen" sind. (S. 11) Das *politische* Gewicht studentischer Forderungen, die theoretisch-*politische* Grundlage studentischer Aktionen gehen nicht in die Gesamtanalyse der Situation durch die Autoren ein.

Daraus resultiert einmal, daß die Autoren selbst weder Zuverlässiges noch etwa Kritisches auf die Ausgangsfragen zu antworten haben: der Leser sollte sich daher auf die zahlreich angeführten Zitate von Studentenvertretern und die am Schluß genannte Originalliteratur verlassen; zum anderen, daß Mager/Spinnarke aus ihrer Distanz der guten Onkels die Vorgänge der letzten Jahre, vor allem des Jahres 1967 an deutschen und ausländischen Universitäten nicht adäquat beschreiben können. Ihre Termini verraten es: so sprechen sie von aufgebrachten, sozialistisch eingestimmten, gärenden, protestierenden Studenten, die sich faszinieren lassen, sich moralisch-idealistisch engagieren, unruhig sind, empfindlich reagieren, kurz: sich unbehaglich fühlen. Die aufklärerische Arbeit der Studenten, die wissenschaftliche Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung und die daraus abgeleitete, notwendige Aufgabe, in den gesellschaftlichen Prozeß einzugreifen, die speziellen Formen dieses Eingreifens, der Ernst dieser Opposition, der Ernst ihrer Chancen und Irrtümer, — das reduzieren Mager/Spinnarke auf studentisches Unbehagen oder Mißbehagen, als bedürfe es nur eines politischen Underbergs oder Alka Seltzers, um heute schon den Kater von morgen zu verscheuchen. Nur in einem Nebensatz findet sich, viel zu spät (S. 65) und viel zu allgemein, daher nichtssagend, der Tip, es gehe den Studenten „um eine von Grund auf menschlichere Gesellschaft".

Man gelangt nach der Lektüre dieses Buches wieder einmal zu der Einsicht, daß die auf den Nägeln brennenden Probleme der Gegenwart ohne eignes Engagement, ohne Farbebekennen, nicht beschrieben werden können. Versucht man, sich davon zu dispensieren, indem man die Attitüde des guten Onkels wählt, so schlittert man in die Position des Kulturkritikers (vgl. S. 63), von wo aus Ursachen und Ziele der studentischen Opposition allerdings nicht erkannt werden können. Das erhellt die Empfehlung:

„Kaum erkannt ist, daß die Gesellschaft die allerdings schwierige Aufgabe hätte, die Bindung des Studenten an die Gesellschaft gerade *wegen* seiner Außenseiterposition besonders zu fördern." S. 14) Sie haben wahrhaftig wenig begriffen. Man hütet sich gewöhnlich vor bösen Onkels. Nach diesem Buch aber mißtraut man auch den guten.

E. Grünewald

Liberaler Papiertiger

Kai Hermann: Die Revolte der Studenten. „Die ZEIT-Bücher" — Wegner Verlag, Hamburg, 1967, 152 pp, DM 7,80.

Der Band — aus Anlaß der Berliner Ereignisse vom 2. Juni 1967 erschienen — soll eine genaue Information und Erklärung über Vorgänge und Hintergründe der studentischen Opposition in der BRD und — weit weniger ausführlich — in den USA und anderen Ländern liefern.

Kai Hermann, Berliner Korrespondent der ZEIT, geht von den Vorfällen anläßlich der Demonstration gegen den Persischen Schah am 2. Juni aus und stellt im Anschluß daran die Geschichte der Krise an der FU-Berlin dar, deren Höhepunkt der 2. Juni 1967 ist. Die Darstellung ist bis zu diesem Punkt noch einigermaßen objektiv, wenn auch sehr kursorisch. Die Hintergründe der Ereignisse werden erst in den Kapiteln „Die studentische Opposition" — „Von Berkeley bis Berlin" — „Der Aufstand gegen den Liberalismus" aufgezeigt.

Zur Darstellung selbst: Die gesamte Darstellung vermischt zugleich Interpretation. Exemplarisch hierfür sei das Kapitel über die studentische Opposition (52 ff): „Die Revolution kauerte auf aufgeblasenen Luftmatrazen. Geschwächt aber sprungbereit. Das erste ‚hunger-in' . . . ließ das Establishment erzittern." (52) Die geistige Grundlage der Berliner Linken vermag Hermann lapidar zusammenzufassen: „Marxismus nach Berliner Modell geschneidert. Eine Synthese der drei großen M: Marx — Mao — Marcuse — unter besonderer Berücksichtigung der Mauersituation." (53) Die Klassiker des Neomarxismus — so wird dem Leser mitgeteilt — „Habermas, Horkheimer, Adorno, gestern noch die Väter der jungen deutschen Linken, sind aufs Altenteil geschoben worden." Dagegen: „Herbert Marcuse führte den Eier- und Tomatenwerfern vor der Berliner Oper den Arm." (57) Was hierbei auffällt, ist, daß Hermann jede Bewegung zu personalisieren versucht. Der geistige ‚Führer' der studentischen Opposition ist Marcuse, der ‚Führer' des SDS ist Dutschke. Sie haben die „kulturpessimistischen Adorniten" abgelöst (59). Der Wunsch nach einem Führer, der Geschichte macht, dringt bei Hermann durch. Eine Bewegung ohne einen charismatischen Führer darf es nicht geben und ohne positive Ideologie schon gar nicht. Das Fehlen konstruktiver Vorschläge vermißt Hermann bei den Studenten, sie wissen nur, wogegen sie sind, das allerdings sehr gut (112). Da nun eine positive Ideologie vorhanden sein muß, findet Hermann auch eine, die er zur Religion der linken Studenten erklärt: „Es ist die Religion der Negation, die an den Universitäten ihre Gläubigen findet. Gefragt wird: ‚wogegen bist du'?" (97) So ist denn Marcuses Lehre nicht Soziologie sondern Religion, die mit „religiöser Inbrunst gepredigt wird" (ibid.). Den nächsten Schritt den Hermann in seiner Argumentation durchführt, ist logisch: Die Marcuseanhänger sind dogmatisch und fanatisch.

Das Dilemma, in dem sich die liberale Presse befindet, zeigt sich hier deutlich genug: nicht einverstanden mit der Reaktion der Herrschenden — diese scheint (!) marxistischer Analyse recht zu geben — versucht sie, ‚den studentischen Unwillen' zu verstehen ohne sich aber dessen Grundlagen zu eigen zu machen, die sie als Dogma verwirft. Stattdessen bewegt sie sich an der Oberfläche kritisierend und stellt sich auf die Ebene der von ihr verachteten Springerpresse. Berichterstattung wird zum belustigenden Erzählen von Histörchen: „Berliner Minirevolution: Das Lachen steckte alle an. Und schließlich siegte gegen Marx, Mao und Marcuse und alle ihre Mutationen die Provoideologie, die da lautet: Spaß ist die revolutionärste Angelegenheit der Welt." (44)

Der Informationsgrad dieser Schrift ist gering, die parallel erschienenen Bücher (Leibfried, Untertanenfabrik; Hager, Rebellen von Berlin u. a.) geben über die Vorgänge einen weit besseren Überblick.

Hermanns Darstellung gesellschaftlicher Theorien ist nicht mehr spaßig: sie ist in Bezug auf ihre Wirkung und zum Lesen zu teuer. Die darin angebotene Interpretation macht eines nötig: zu den angeführten theoretischen Quellen (Marx, Marcuse) selbst zu greifen.

Hans Grünberger

Der Berliner AStA-Bericht

DIE REBELLEN VON BERLIN, eine Dokumentation von Jens Hager, herausgegeben von Hartmut Häusermann, Niels Kadritzke und Knut Nevermann, Verlag Kiepenheuer und Witsch, 1967.

Das Buch, das von den sozialdemokratischen AStA-Vorsitzenden der Freien Universität herausgegeben wurde, ist die bislang sauberste und genaueste Arbeit über die Entstehung und den Verlauf der Studentenrevolte in Berlin. Das Buch ist sorgsam aufgebaut. Es wird ausgegangen von der allgemeinen Situation der Hochschule nach dem zweiten Krieg, um dann genau und ausführlich die Eskalation der Auseinandersetzung zwischen Studentenschaft und AStA auf der einen, Universitätsadministration und den staatlichen Behörden auf der anderen Seite zu schildern.

Der 2. Juni hat die große Öffentlichkeit der Studenten in der Bundesrepublik auf den Unterschied zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit aufmerksam gemacht. Die Eskalation jedoch, die zu dem politischen Mord an Benno Ohnesorg führte, scheint sehr viel wichtiger und vor allem lehrreicher zu sein als der tragische Höhepunkt selbst. Der Hergang zeigt, wie ernst es die „Verantwortlichen" mit der Autonomie der Hochschule und mit politischer Bildung nehmen. Fast ein Jahrzehnt lang hat eine andere Generation Berliner Studenten, aktive kalte Krieger, mit der wohlwollenden Billigung der Behörden politisch agiert und auch schon damals wurden unkonventionelle Methoden angewendet, wie zum Beispiel das Fälschen von Pässen der deutschen Bundesrepublik, die Benutzung von unterirdischen Kanälen und die mutmaßliche Entgegennahme von Geldmitteln ausländischer Geheimdienste. Kein einziger Rektor der FU wurde dazu veranlaßt, sich disziplinarrechtlich damit zu beschäftigen. Erst in dem Moment, als in den Veranstaltungen der autonomen Studentenschaft nichtkonforme Sprecher sich äußern sollten, schritt die Administration ein. Wo die Konformität der politischen Linie verlassen wurde, ließ man die Illegalität schon anfangen. Erstaunlich auch die nachgrade mechanisch anmutenden Reaktionen der Oberen, die alles das exemplifizierten, was die oppositionellen Studentengruppen, vor allem der SDS, sich in ihren ‚stillen' Jahren theoretisch erarbeitet hatten. Was das Buch besonders wichtig macht, ist die ausführliche Dokumentation. Sämtliche wichtigen Stellungnahmen des universitären Senats wie des AStA, die immer noch unglaublich anmutenden Erklärungen Bürgermeister Albertz wie auch die Flugblätter der Kommune sind hier enthalten. Wer wissen will, was unsere Professoren mit Autonomie meinen und wie sie reagieren, wenn diese Autonomie ernst genommen wird, dem ist die Lektüre dieses Buches angeraten.

Til Schulz

Wissenschaftsreform und Studienreform

Eine exemplarische Skizze für die Jurisprudenz

Der Zusammenhang von Universität und Gesellschaft läßt sich am Jurastudium sehr deutlich aufzeigen. Das gilt für die Inhalte der Wissenschaft wie für die autoritären Strukturen der Ausbildung.

Das Examen, eine Eingangsprüfung für den Staatsdienst, ist alleiniger Maßstab juristischer Ausbildung. In Übungen, die im zweiten Semester beginnen und sich fast über das ganze Studium erstrecken, werden Fallösungen eingeübt, die an Rechtsprechungsfällen orientiert, eines sichern, die Ausschaltung eigenen Denkens. Die autoritären Korrekturen von Professoren und Assistenten lassen überhaupt nur Argumente gelten, die von Rechtsprechung oder Lehre schon einmal zur Entscheidungsbegründung ähnlicher oder verwandter Präzedenzfälle gebraucht wurden. Damit wird der Zwang antizipiert, als Richter revisionssichere Urteile erstellen zu müssen, um in der Beamtenhierarchie aufsteigen zu können. Den ‚Rechtsjüngern' (gängige Bezeichnung!) wird als wissenschaftliche Problematik allein die Subsumtion vorgestellt: unter welche Rechtssätze bestimmte Phänomene noch fallen. Die dazu erforderliche Interpretation von Gesetzestext und Sachverhalt erfolgt unter nicht explizierten Aspekten. Unvermittelt konkurrieren Auslegungen nach dem Willen des Gesetzgebers (des historischen), des Gesetzeszweckes, des Gesetzes selbst (unter der hypothetischen Frage, wie der Gesetzgeber heute wohl das Problem lösen würde) oder es werden gar Ableitungen aus allgemeinen Rechtsprinzipien und ewigen Werten versucht.

Die bestehende Methodenanarchie ist allgemein, ebenso wie die Verhüllung der rechtspolitischen Zielsetzung. Sie bleibt genauso der Diskussion entzogen, wie die Existenz der Gesetze mit ihrem Geltungsanspruch vorgegeben ist. Auch die Rechtsfortbildung sprengt diesen Rahmen nicht. So wie die Richter einer bürokratischen Justiz, unter dem Druck der Aktenberge stehend, schnell entscheiden müssen, haben die Studenten Klausurfälle in Zeiten von zwei bis vier Stunden zu lösen. Der ihnen in den Übungsscheinen bestätigte Fortschritt ist kein Fortschritt in eigener wissenschaftlicher Arbeit, sondern in der Anpassung.

Unter so repressiven Ausbildungsverhältnissen können die Studenten keine Ichidentität entwickeln, sich nicht mit sich selbst identifizieren. Sie binden sich umso stärker an äußere Autoritäten, Richter, Staatsanwalt, Regierungsdirektor, Syndikus. Für *den* großen Teil, der sich aus Juristenfamilien rekrutiert, ist die Fixierung an die Vaterfigur offenkundig.

Andererseits produziert der Rechtsstoff selbst einen erheblichen Widerstand, gelernt zu werden. Die Studenten können keine persönliche Beziehung zu ihm herstellen. Sein durchschaubarer Bezug auf Bürokratie, z. B. in der Unsumme aller Kompetenzregeln, und seine autoritären Strukturen — der Begriff ‚Gesetz' ist schon deutlich genug — lassen keine Berücksichtigung individueller Interessen erkennen. Studenten besitzen in der Regel weder Grundstücke, noch haben sie etwas zu vererben. Warum sollten sie sich also mit Grundstücksrecht oder Erbrecht beschäftigen, — oder mit Kartellrecht: ein Student ist doch kein Oligopol. Nur die Hoffnungen solche Anstrengungen erforderlich erscheinen. Eine reichliche Zahl gutdotierter Herrschaftspositionen wird denen angeboten, die den Anpassungsprozeß mit Erfolg vollzogen haben. Diese Zwänge allein erklären aber die Kontinuität nicht, mit der sich eine ziemlich homogene Juristenschicht von Weimar über den Nationalsozialismus bis heute in Richter- und Verwaltungsämtern, in der Wirtschaft und auf Lehrstühlen halten konnte. Als wichtigere Ursache dürfte die Identität der Ziele von Liberalismus und Faschismus anzusehen sein, nämlich der fortdauernden Unterdrückung einmal unterworfener Klassen. Der Liberalismus verfolgt dieses Ziel nach faschistischem Selbstverständnis nicht mit allen Mitteln, während die Liberalen gerade die Methoden des Faschismus kritisieren. — Mit der Vertreibung der Juden aus Deutschland oder wenigstens aus ihren gesellschaftlichen Positionen ist man gerne einverstanden, mit ihrer Vergasung nicht mehr.

Die faschistische Rechtstheorie läßt klar erkennen, worauf es ihr ankommt[1]): „Die faschistische Revolution war die Bewegung von wenigen Auserwählten, die selbst hinabgestiegen sind in die Gassen, zum Kampf gegen die Massen." Dabei „hat der Faschismus die normale geschichtliche Lage der sozialen Klassen nicht gestört", „hat keine neue Ordnung geschaffen." Neu ist diese Ordnung insofern, „als jede Klasse ihre genau umschriebene Aufgabe hat". Verändert hat sich „nur das Verhältnis aller Klassen zum Staat". Die vom Liberalismus der Weimarer Republik hervorgebrachte Unordnung war aufzuheben in einer Stärkung der Staatsautorität. Sie findet ihren Ausdruck in der Stufenleiter der Organe, durch die der Befehl übermittelt wird, die den Staatswillen durchzusetzen hat (Führerbefehl). Dieses Verhältnis wiederholt sich auf der Ebene der Gesellschaft, indem „Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Führer und Gefolgschaft mit dem über die Interessen des Betriebs hinausgehenden gemeinsamen Ziel des Wohles des Volkes und des Vaterlandes". Darin allein „verkörpere sich der *Geist* ausgleichender Gerechtigkeit".

Man erinnert sich sofort an Ludwig Erhard u. a. Die Argumentationsmuster höchster bundesdeutscher Gerichte sehen nicht viel anders aus. Der Streik schädigt das Allgemeinwohl und ist daher nur beschränkt zulässig. Acht Bedingungen werden aufgestellt. Faßt man sie zusammen, so ergibt sich, daß der Streik nur von einer Gewerkschaft und allein zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages geführt werden darf. Er muß ultima ratio sein. Werden nicht nur höhere Löhne oder mehr Urlaub gefordert, sondern wird das System von Über- und Unterordnung selbst in einem politischen Streik in Frage gestellt, so ist dieser rechts- und verfassungswidrig. Was Larenz 1936 generell für die Interpretation des Rechts als konkretes Ordnungsdenken gefordert hatte, findet sich heute inhaltlich als ‚Sozialadäquanzlehre' bei Nipperdey und damit bei der ‚ganz herrschenden Lehre' und Rechtsprechung wieder. Der Begriff Sozialadäquanz transformiert die bestehenden gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse in Rechtsverhältnisse, und ist dabei soweit offen, daß er real zunehmende Repression, z. B. die Bindung der Lohnforderungen an Gutachtervorschläge, oder aktueller: Lohnleitlinien, in sich aufnehmen kann.

Bei Urteilen des Bundesarbeitsgerichts stehen die konkreten individuellen Arbeitnehmerinteressen immer den abstrakten *Betriebs*interessen gegenüber (s. obiges Faschismuszitat!), ob es sich um Fragen des Kündigungsschutzes oder das Recht auf Beschäftigung handelt. Da der Betrieb als volkswirtschaftlich wichtiger Faktor angesehen wird, können die Konflikte meist zu seinen Gunsten entschieden werden. Daß jeder Betrieb aber einem *Eigentümer* gehört, daß sich in unserer Gesellschaft Gemeinwohl dadurch konstituiert, daß die Einkommen der Arbeitnehmer um 3%, die der Arbeitgeber um 28% steigen sollen, daß dieser Staat primär die Interessen der Oligopole durchzusetzen hilft, gerät so aus dem Blick. Diese Verschleierung ist nötig, damit eine solche „Ordnung" erhalten bleiben kann. Konsequent fordert der Jurist Prof. Flume (Bonn) die Mitbestimmung, damit die Arbeitnehmer das *Gefühl* der Gleichberechtigung bekommen.[2]) Der postfaschistische Liberalismus hat also das gleiche Ziel wie der Faschismus selbst, nämlich nicht die reale, sondern die allein ideologische Aufhebung der Klassengegensätze im manipulierten Bewußtsein der Arbeitnehmer. Lediglich die Mittel sind verschieden: kein nach außen hin erkennbarer diktatorischer Staat hat die Wirksamkeit solcher Ideologien zu garantieren, sondern gerade der Schein der Mitbestimmung. Solchermaßen künstlich entpolitisierten Gesellschaftsverfassungen versprechen nur für Perioden relativer Bedürfnisbefriedigung stabil zu bleiben: die Gewerkschaften haben zwar ausdrücklich den institutionellen Rahmen und dessen Garantie des Privateigentums an Produktionsmitteln anerkannt (sie integrieren die Arbeitnehmer in das bestehende System), und der gegenwärtig einzige bewußt-politische Bereich ist der der Verteilung des erarbeiteten Sozialprodukts (s. Wohlstandswahlkämpfe). Hier streiten sich die Gewerkschaften mit allen anderen gesellschaftlichen Gruppen (getreu dem Pluralismusmodell) um die Größe des ‚Kuchenstückes'. Aber im Moment einer kapitalistischen Wirtschaftskrise würden selbst Lohnforderungen den Herrschaftsrahmen sprengen. Der ideologische Schleier müßte zerreißen. Für diesen Fall werden die in den Notstandsgesetzen vorgesehenen offenen Terrormaßnahmen relevant. Der vorbereiteten brutalen Vernichtung des politischen Gegners mit *allen* Mitteln wird die vorhandene Juristenschicht genauso wenig Widerstand entgegensetzen wie dem Faschismus.

Die Tendenz, daß liberale in autoritäre, gar faschistische Gesellschaftsordnungen umschlagen, läßt sich an einer Schrift von Brox[3]) aufzeigen, der erst kürzlich zum Bundesverfassungsrichter gewählt wurde (welch ein Zufall!). Er zählt zum verbotenen politischen Streik schon Sympathiestreiks, Warnstreiks und: langandauernde Tarifauseinandersetzungen! Deren Folgen gefährdeten bereits die Existenz der ‚verfassungsmäßigen Ordnung'. Seine Begründung ist noch interessanter. In striktem Dezisionismus à la Carl Schmitt erklärt er den politischen Streik deshalb für verfassungswidrig, weil er in den noch nicht verabschiedeten Notstandsgesetzen verboten wird.

Eine scheinbar unpolitische Rechtswissenschaft garantiert in ihrem Verschleierungscharakter selbst die gesellschaftliche Herrschaft von Menschen über Menschen. Dieser Zusammenhang von Wissenschaft und Gesellschaft muß offenkundig gemacht und unter demokratischen Zielsetzungen diskutiert werden. Das kann nur gelingen, wenn wissenschaftliche Reflexion freigesetzt wird von außeruniversitärem Druck. Der dafür erforderliche Widerstand kann nicht von (den) Professoren geleistet werden. Ihre Herrschaftspositionen gegenüber den Studenten sind vom gesamtgesellschaftlichen Herrschaftsapparat (Staat) abgeleitet. Aus dem eigenen so vermittelten Interesse an seiner Existenz werden sie zu dessen Komplizen (die Ausnahmen werden zählbar bleiben).

Eine juristische Studienreform, die diesen Namen verdiente, schlösse eine inhaltliche Reform der Wissenschaft ein. Ihre Träger können nur die Studenten sein, die diese Zusammenhänge durchschaut haben und gegen ihre eigene Unterdrückung ankämpfen, indem sie Universitäts- und Wissenschaftsreform anstreben in aktivem Widerstand gegen die gesellschaftlichen Machtzentren. Die Hochschulreformbestrebungen bilden eine Einheit mit den ‚Anti-Notstands'- und ‚Enteignet-Springer'-Kampagnen.

[1]) Lea Meriggi vor der Akad. f. dt. Recht am 29. 1. 1934. Faschismus und Recht. Berlin, 1934, S. 12 ff.
[2]) Flume, Die Forderung der Gewerkschaften auf Erweiterung der qualifizierten Mitbestimmung in: Der Betrieb, 1967, S. 294 ff.
[3]) Brox-Rüthers, Arbeitskampfrecht, Stuttgart 1965, insbes. S 56 ff.

Eckhart Osborg

Notstandsprofessor

Für seine Staatsrecht-Vorlesung am 19. Januar hatte Professor Bernhardt einige Fragen zum Problem der Notstandsgesetzgebung zugelassen. In der ersten Stunde waren solche Fragen zu hören wie die nach der Abgrenzung von Polizei und Streitkräften, ob auch Berliner Abgeordnete im Gemeinsamen Ausschuß vertreten seien, ob ein auf wenige Mitglieder beschränktes ‚Notparlament' wirklich funktionsfähig sei, da sich doch dessen Mitglieder alle in Süddeutschland befinden könnten und ein Panzerkeil sie von Bonn trennen könnte.

Als er dann in der zweiten Stunde aber, nach den politischen, sozialen und historischen Voraussetzungen der Notstandsgesetze gefragt, um eine Verdeutlichung seines Staatsbegriffs und dessen Funktionswandel (bis hin zum Notstandsstaat) gebeten wurde, wies er auf die Unmöglichkeit einer solchen Analyse hin, erklärte — als Staatsrechtslehrer — den Begriff ‚Staat' für zu abstrakt, versuchte eine weitere Diskussion dadurch abzuschneiden, daß er das Problem künstlich in die Höhe trieb: man müsse ja seinen Standpunkt vollkommen erklären, und das sei wissenschaftlich nicht zu leisten; man müsse gar die Stellung des Menschen zum Recht noch explizieren. Schließlich entzog er, als ‚freier' Forscher und Lehrer, dem Fragenden das Wort. Mit professoral-väterlicher Güte erteilte er einem anderen Kommilitonen das Wort. Dieser versuchte noch einmal zu verdeutlichen, worauf es bei einem solch politischen Thema ankäme: wenn dogmatische Formeln nur als Resultate von Entscheidungen, und, zumindest im Staatsrecht, von *politischen* Entscheidungen aufzufassen sind, dann verschleiere das bloße Operieren mit Dogmatik in den Vorlesungen die politischen Maximen, die den Legalnormen erst ihren Sinn verleihen. Es sei zu erwarten, daß ein Professor des Staatsrechts diesen Komplex in die Vorlesungen einbeziehe, und daß er hier nicht Formeln einübe, deren Entscheidungsgehalt den brav mitschreibenden Zuhörern gar nicht bewußt wird. Was die bürgerliche Staatsrechtslehre betreibe, sei zu juristischer Dogmatik geronnene Politik. Solche juristischen Gerinnsel führten zum ‚Schlaganfall' des corpus iuris selbst. Dieses habe dann nur noch die Funktion, einen objektiven Schein von Legalität über politische Verhältnisse zu breiten.

Professor Bernhardt zog sich wieder in die Sphäre bloßen Meinens zurück, hielt für wissenschaftlich die Beschäftigung mit reiner Dogmatik, was erst auf die Folie seines vielzitierten ‚Vertrauens' möglich ist. Als dann noch seine Interpretationsmethode — sich nur an den ‚Wortlaut' zu halten — einer wissenschaftstheoretischen Kritik unterzogen wurde, brach er die Diskussion erneut ab mit der Bemerkung, daß es sinnlos sei, weiter darüber zu sprechen. Seine liberale Attitüde, man könne diese politische Meinung haben, aber auch jene, unterschlägt, daß er seine ‚Meinung' institutionell gesichert vortragen kann; und von seinem Recht, Fragen zu unterbinden, hat er fleißig Gebrauch gemacht. Da aber die Freiheit von Forschung und Lehre ihre Ergänzung nicht in der schweigenden Abhängigkeit des Lernens finden soll, veröffentlichen wir folgenden Offenen Brief:

Werter Herr Professor Bernhardt,

1. § 9, Abs. I der Juristischen Studienordnung schreibt vor: „Die erste juristische Staatsprüfung ist vorwiegend Verständnisprüfung, in der auch die Denkfähigkeit, die Bildung und das auf Kenntnissen beruhende Verständnis des Bewerbers für die geschichtlichen und philosophischen Grundlagen des Rechts sowie für wirtschaftliche, soziale und politische Zusammenhänge festzustellen sind." Obwohl eine Reihe Ihrer Prüfungskollegen gerade hierauf besonderen Wert legen, obwohl sich bei einer Vorlesung über die Notstandsgesetze diese Zusammenhänge notwendig herstellen, brachen Sie die Diskussion an dem Punkt ab, wo nach diesen Zusammenhängen gefragt wurde. Sie waren nicht bereit, die Funktion des Staates zu erörtern; ja, Sie haben nicht einmal die dazu vorhandenen verschiedenen Auffassungen referiert. Abgesehen davon, daß dieses Verhalten gegen das Gebot wissenschaftlicher Fairness verstößt, kann es auch nicht dazu beitragen, den Studenten ein Problembewußtsein zu vermitteln. Dieses versuchen 80% der Jurastudenten sich bei Herrn Kuschmann (juristischer Repetitor) zu verschaffen, der wenigstens auf Grund seines überragenden Wissens die abweichenden Meinungen darstellen, aber sich nicht wissenschaftlich mit ihnen auseinandersetzen kann; dies hätte die Universität zu leisten.

Relativ hilflos sind die Studenten den verschiedenen Ansätzen ausgeliefert, da ihnen keine Kriterien zu deren Beurteilung an die Hand gegeben werden. So nimmt es nicht wunder, daß die Durchfallquote im Examen bei 25% liegt, und die Professoren — die diesen Zustand mitverursacht haben — auch gegen die übrigen Studenten den Vorwurf erheben können, nur eine mäßige Qualifikation erworben zu haben.

2. Die von Ihnen auszubildenden zukünftigen Richter sollen nicht nach ihrer subjektiven Meinung, sondern *objektiv* ‚Recht' sprechen. Dennoch halten Sie daran fest, daß der politische Inhalt gerade des Staatsrechts wissenschaftlich nicht erkannt und diskutiert werden könne. Wollen Sie damit der Politologie und der politischen Soziologie ihre Existenzberechtigung als Wissenschaft absprechen? Wenn Sie deren Ergebnisse nur als Produkt subjektiven Meinens gelten lassen: mit welchen Argumenten haben Sie dann bestehende, das Gegenteil begründende Wissenschafts- und Erkenntnistheorien widerlegt? Oder ‚meinen' Sie, daß diese Disziplinen nicht ernst zu nehmen seien; oder: welches Maß an Ignoranz darf Jurisprudenz sich noch leisten? (s. o. cit. § 9).

3. Sie erwähnen die Institutionenlehre Carl Schmitts, dessen Arbeit wesentlich auf die Zerstörung der Weimarer Republik gerichtet war, der als Gutachter für die Regierung Papen vor dem Staatsgerichtshof deren Vorgehen gegen die preußische Landesregierung legitimierte, der nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten deren Regime für rechtens erklärte. Sie, Herr Professor Bernhardt, unterließen es zu berichten, welche Funktion dabei gerade seine Institutionenlehre besaß. Würden Sie auch diese nur als subjektive Meinung von Carl Schmitt auffassen: welche Kriterien hätten Sie dann noch, bei all dem ‚Meinen', einen Unterschied zwischen dem faschistischen und dem heutigen Gesellschafts- und Rechtssystem angeben zu können? Können Sie darauf verzichten, diese Differenz wissenschaftlich anzugeben, wenn Sie verhindern wollen, daß unter dem Mantel des Rechts höchstes Unrecht geschieht? Gerade auf Grund dieser Erfahrung ist der § 9 in die Ausbildungsordnung für Juristen aufgenommen worden.

Hubert Rottleuthner

Dissertationen

druckt

BÖNECKE

3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05323/5 25

von DIN A 4-Vorlage auf DIN A 5-Format

bei Expl.	DM pro Seite
70	3,–
100	3,20
150	3,45
200	3,60
300	4,30

keine Nebenkosten
● Raster billigst! ●

Angebot anfordern

Frankfurt a. M., Goethestr. 1 (am Goetheplatz), Tel.: 23633 und 25246

Fachbücher aus allen Gebieten: Jura, Wirtschaftswissenschaft, Technik, Medizin, Naturwissenschaften

Universitätsbuchhandlung

Blazek & Bergmann

Versuch einer Analyse / Prof. Hövels

Es erscheint zweckmäßig, mit dem scheinbaren Ausgangspunkt der Unruhe an den Hochschulen, den Studenten, ihren Forderungen und den Methoden ihres Protests, zu beginnen.
Dabei sollte man methodisch zwischen der Masse der Studenten und einer kleinen, wirksam handelnden, politisch denkenden Minderheit unterscheiden.
Beurteilt an ihrer Aktivität im Rahmen der Hochschule, insbesondere an der Beteiligung bei Studenten-, Parlaments- und Fachschaftswahlen ist die Masse der Studenten hochschulpolitisch ebenso wie politisch wenig interessiert.
Es wäre jedoch falsch, zu unterstellen, daß das Gros der Studenten ohne hochschulpolitische Meinung sei. In der ganzen Bundesrepublik sind sich die Studenten darüber einig, daß sich an den Universitäten im Hinblick auf die Reform des Studiums und die Erleichterung der Arbeitsbedingungen endlich etwas ändern muß. Weitaus die meisten Studenten glauben, in einer ausreichend großen studentischen Vertretung in den akademischen Gremien das Allheilmittel sehen zu können. Dies gilt sicher auch uneingeschränkt für unsere Universität.
Diese Situation ist nicht zufällig entstanden. Sie ist auch nicht das Ergebnis einer geheimen und böswilligen Verschwörung von ‚Radikalinskis' oder ‚Radaubrüdern'. Der Weg, der dazu geführt hat, ist überschaubar. Wenn man ihn nachgeht, fragt man sich, ob nicht die Tatsache, daß er so und nicht anders verlief, die derzeitigen Verhältnisse an den Hochschulen ebenso wie die politische Struktur unserer Gesellschaft ernstlich in Frage stellt.
Dies ist jedenfalls die Meinung der politisch aktiven Studenten. Sie sind selbst unter den politisch Organisierten, die etwa 5% der Studenten ausmachen, eine Minderheit. Ehe auf die Forderung dieser Gruppen und ihre Begründungen eingegangen wird, seien die hochschulpolitisch relevanten Gruppen kurz genannt.
Es ist zunächst der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Der SDS versteht sich nach der Trennung von der SPD als einzig intakte sozialistische Organisation in Westdeutschland. Sein — von ihm selbst als utopisch bezeichnetes Ziel — ist die endgültige Einführung des Sozialismus. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn der SDS die Verhältnisse an den deutschen Hochschulen als symptomatisch für den Zustand unserer Gesellschaft ansieht.
Es erscheint mir jedoch wichtig, den Ansatzpunkt des SDS klar herauszustellen: Er will primär die sozialistische Gesellschaft. Sein Engagement an den Hochschulen erklärt sich m. E. folgendermaßen:

— Die Struktur der deutschen Hochschulen ist für die exemplarische Demonstration einer autoritären Gesellschaftsstruktur hervorragend geeignet.
— Dazu ist ein Teil der deutschen Professorenschaft ein ebenso unfreiwilliger Helfer wie auch sonst ein idealer Gegner. Dank ihrer apolitischen Haltung und einer Selbsteinschätzung, der die politischen Fähigkeiten in der Regel nicht entsprechen, sind Professoren hervorragend geeignet, um sich auf dem falschen Kampfplatz zum Kampf gegen den falschen Gegner verlocken zu lassen.
— Deswegen kann sich der SDS, selbst wenn er sein Ziel, eine demokratische Universität, für utopisch hält, mit Erfolg der Aufgabe widmen, die Widersprüche in der Universität darzustellen und damit ihre Krise zu beweisen.

Die Taktik des SDS ist ebenso einfach wie wirksam: Es wird zunächst versucht, die unsichtbaren Konflikte mit einer in Frage gestellten Autorität dadurch sichtbar zu machen, daß man ganz bewußt den Konfliktfall provoziert. Reicht dazu die gewährte Diskussion nicht aus, oder wird sie verweigert, versucht man, sie u. U. auch durch Gesetzesübertretungen zu erzwingen. Im daran sich entzündenden Konflikt ist ein möglichst obrigkeitliches Verhalten der Universitätsbehörden erwünscht. Es erzeugt bei vielen Studenten Sympathien für die „Unterdrückten".
Setzt sich die Universitätsbehörde formal ins Unrecht, ist dies ein zusätzliches willkommenes Geschenk. Sie vermehrt damit automatisch den Kreis der ansprechbaren Studenten.
Ist der Konflikt bewußt gemacht (transparent geworden), geht es mit größerer Anhängerzahl in die nächste Runde usw. Diese Taktik hat bisher an allen Orten planmäßig funktioniert. Darum wird es solange keine Ruhe geben, bis der SDS sicher sein kann, mit dieser Methode nicht mehr weiterzukommen. Man tut jedoch dem SDS Unrecht, wenn man nicht anerkennt, daß seine Ziele sich aus radikal humanitären Überlegungen ableiten lassen. Man wird auch der Gruppe zwei weitere Fakten zugestehen müssen:
Wie andere Institutionen der Studentenschaft hat sie jahrelang das — allerdings radikal fragende — Gespräch mit der Universität gesucht. Dieser radikale Ansatz der Fragestellung war entweder unerwünscht oder wurde in seiner Bedeutung nicht erkannt. Das Ergebnis war stets gleich: Eine ernsthafte geistige Auseinandersetzung hat es bis heute nicht gegeben.
Es war deswegen auch nicht möglich, nennenswerte Reformen an den Universitäten zu erreichen.
Das daraus gezogene Fazit des SDS lautet: Mit Professoren in Herrschaftspositionen der Universität ist nicht zu reden. Mit Professoren ohne Herrschaftspositionen lohnt es sich nicht zu reden, weil es keine Folgen hat.
Ein zweites Faktum ist, daß es sich der SDS nicht leicht macht. Seine Konzeption hat er in langer und ernster, geistiger Arbeit entwickelt. Eine Durchsetzung seiner Forderungen würde den Studenten in Bezug auf die fachlichen Anforderungen das Studium nicht leichter, sondern schwerer machen.

Allerhöchstes Bonbon ZEIT vom 15. 12. 1967

Seit 1964 stehen mit dem SDS in verabredeter enger Aktionsgemeinschaft:
Der sozialistische Hochschulbund (SHB). Er unterscheidet sich vom SDS nicht sehr erheblich.
Die humanistische Studentenunion (HSU).
Der liberale Studentenbund (LSB).
Die deutsch-israelische Studiengruppe (DIS).
Je nach Hochschule und nach den gegebenen Situationen kommen zur Unterstützung dieser Gruppen hinzu: Die evangelische Studentengemeinde (ESG).
Der Ring christlich demokratischer Studenten (RCDS), die Hochschulorganisation der CDU-CSU. Die ESG und RCDS erstreben eine Realisierung der studentischen Vorstellungen auf evolutionärem Wege. In Konfliktsituationen mit den Hochschulbehörden standen beide so gut wie immer in einer Linie mit den übrigen politischen Gruppen.
Eine Forderung, die wohl von allen Studenten erhoben wird, ist die Studienreform und eine Verbesserung der z. T. unerträglichen Arbeitsmöglichkeiten.
Es wäre falsch, hier auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu verweisen. Die Vorstellungen der Studenten weichen nämlich in zwei wesentlichen Punkten von denen des Wissenschaftsrates ab. Sie erstreben — und dies ist bemerkenswert wenig bekannt —, daß auch das sogenannte Grundstudium im Gegensatz zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates ein wissenschaftliches Studium bleibt. Dies ist am klarsten in entsprechenden Stellungnahmen der Vereinigung deutscher Studentenschaften (VDS) ausgedrückt.
Darüber hinaus bezweifeln alle politischen Studentenverbindungen, daß die derzeitige Universitätsstruktur ihrer Qualität nach in der Lage ist, eine solche Reform überhaupt zu leisten. Sie machen dem Wissenschaftsrat nicht unberechtigt den Vorwurf, daß er die Frage der Studienreform, soweit sie die Universitäten betrifft, nur quantitativ, d. h. in Bezug auf die Zahl der benötigten Lehrkräfte, und nicht qualitativ, d. h. in Bezug auf die Strukturierung dieses vermehrten Lehrkörpers beantwortet hat.
Erst, nachdem die Universitäten — insgesamt bemerkenswert unreflektierter als die Studentenschaft — sich gemeinsam mit den Kultusministerien an die Verwirklichung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates machte, ohne ernsthaft auf die studentischen Vorstellungen einzugehen, wurde allgemein als logische Folge eine Forderung der Studentenschaft nach qualifizierter Mitbestimmung in allen akademischen Gremien laut. Kann doch die Studentenschaft nur noch so hoffen, auf eine Reform des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen Einfluß zu bekommen.
Darüber hinaus fragt der SDS radikal nach der Gesellschaftsbezogenheit der Wissenschaft. Ihn interessiert zwar auch, was, wem, wann durch wen beigebracht wird. Er erstrebt darüber hinaus, daß sich Lehrer und Studierende darüber klar werden, welche Bedeutung Lehre und Entwicklung ihrer Wissenschaft für die Gesellschaft haben können.
Ist es wirklich so schwer, im Zeitalter von Atom- und H-Bomben dem Naturwissenschaftler, und nach dem Ciba-Foundation-Symposion einer internationalen Elite von Genetikern, dem Mediziner klar zu machen, daß viele Lehrinhalte seines Faches immanent einen Gesellschaftsbezug enthalten? Wie bei manchen anderen studentischen Forderungen hat es hier zwischen Studenten einerseits, Professoren und Öffentlichkeit andererseits Mißverständnisse gegeben: Es lag nahe, daß philosophisch-dialektisch wenig geschulte und mit der Terminologie der Soziologie nicht vertraute Naturwissenschaftler und Mediziner wähnten, die SDS-Studenten wollten die Lehrgegenstände der naturwissenschaftlichen Fächer durch Gesellschaftswissenschaften ersetzen. Sie lehnen dies verständlicherweise kraß ab. Die Studenten fühlten sich ihrerseits mißverstanden. Sie nannten Wissenschaftler, die nicht bereit zu sein schienen, mit ihnen diese eminent wichtigen Bezüge ihres Faches zu diskutieren, ‚Fachidioten'.
Diese Vokabel wurde verständlicherweise unreflektiert aufgenommen und entsprechend emotional verarbeitet. Die Studenten proklamierten, eine Wissenschaft, die Erkenntnisse produziere, ohne zu fragen, was daraus einmal entstehen könne, und die deswegen auch unmenschlichen Vorhaben ihre Hilfe zu leihen in der Lage wäre, zerstören zu wollen. Wir verstanden daraufhin, sie wollten die Wissenschaft zerstören.
Die deutschen Universitäten gehen in die notwendige Auseinandersetzung mit nennenswerten Handicaps:

— Ein Teil der Professorenschaft ist auf die Ereignisse weitgehend unvorbereitet und steht ihnen meist ratlos gegenüber.
— Von Ausnahmen (Konstanz, Ulm, Bochum) abgesehen, ist die Reformkonzeption der Hochschulen die des Wissenschaftsrates. Schon jetzt läßt sich erkennen, daß sie nicht ausreichen wird, um den zu erwartenden Andrang von Studenten aufzunehmen. Man wird zugeben müssen, daß die leeren Hände der Universitäten nicht gerade für die Fähigkeiten der bisherigen Führungsschichten sprechen.
— Den Universitäten fehlt ein effektiver Führungsapparat, der den bevorstehenden Auseinandersetzungen gewachsen wäre. Ihnen fehlt bis jetzt auch eine hinreichende Anzahl von qualifizierten und einsatzbereiten Führungskräften.
— Im Lehrkörper der Universitäten bestehen erhebliche soziale Spannungen zwischen Ordinarien, Nichtordinarien und Assistenten. Sie sind bisher latent geblieben, können aber in einer möglichen Auseinandersetzung zu einem nicht voraussehbaren Zeitpunkt zusätzlichen Zündstoff liefern.
— Das Prinzip der Repräsentanz unserer Hochschulen durch die Ordinarien bietet einer rationalen Diskussion erhebliche Angriffspunkte. Dies gilt um so mehr, als das Prinzip der Selbstkontrolle der Ordinarien nicht so funktioniert, daß offenbare Mißstände wirksam abgestellt werden können.

Aus all dem ergibt sich, daß mit den Entscheidungen über die Forderungen der Studentenschaft wesentlich mehr auf dem Spiel steht, als der Prozentsatz der Studentenvertreter im satzungsgebenden Konzil. Erkennen wir die Situation nicht und lehnen die m. E. berechtigten Forderungen der Studenten starr ab, oder lassen wir uns provozieren, so sind nach einem daraus notwendigerweise entstehenden Konflikt mit der Studentenschaft folgende Entwicklungen möglich:

— Es kann zu einer obrigkeitlichen Lösung kommen, durch die die Landesregierung die Anteile der einzelnen Gruppen im satzungsgebenden Konzil festsetzt.
— Die Ordnung an der Universität kann durch Kampfmaßnahmen der Studentenschaft so aus den Fugen geraten, daß ein Einsatz der Polizei unvermeidbar wird.

Beide Entwicklungen wären verhängnisvoll. Ob sie überhaupt noch zu verhindern sind, hängt m. E. davon ab, ob wir die Situation erkennen und bereit sind, daraus einschneidende, für viele von uns schmerzliche Konsequenzen zu ziehen. Auch wir sind drauf und dran, einer entschlossenen kleinen Gruppe, die zweifellos mehr als die von allen Studenten geforderte Universitäts- und Studienreform erstrebt, durch die Verweigerung berechtigter Forderungen nach Reformen, die Massen in die Arme zu treiben, die ihre weiterreichenden Aktionen allein wirksam machen können.

Kritische Ansätze

Der vorliegende Bericht ist der Auszug aus einem Vortrag Professor Hövels' vor der medizinischen Fakultät im Dezember 1967. Professor Hövels hat sich im Laufe der Auseinandersetzungen darum bemüht, die Fronde der Professoren aufzuklären und die Forderungen der Studenten einsichtig zu machen. Die hier abgedruckten Auszüge aus seiner Analyse sind ein erstes Ergebnis seiner Bemühungen. Die Arbeit wurde verfaßt im (informellen) Auftrag der Fakultät. Ihr Adressat ist die Professorenschaft und nicht, wie der Professor auf Anfrage erklärte, die universitäre Öffentlichkeit. Wir drucken den Bericht ab, weil er sich mit den Motivationen der Studentenbewegung befaßt und nicht von vornherein den Bürgerschreck des ‚anarchistischen Rätesystems' zum Anlaß nimmt, die Staatsgewalt zu Hilfe zu rufen (Rüeggs Brief zur Godesberger Erklärung).

Die Mängel des Berichts ergeben sich aus der formal-analytischen Methode, Strategie und Taktik der politischen Studentengruppen, insbesondere des SDS, zu erklären. Wenn Prof. Hövels zum Beispiel die logische Aufeinanderfolge der taktischen Schritte des SDS in den Auseinandersetzungen aufzuweisen sucht, so verfällt er in den verbreiteten Irrtum, als sei der SDS der ‚Stoßtrupp' aller politisch engagierten Studenten, dessen politische Schritte schon im voraus festlägen. Dabei wird außer acht gelassen, daß die Studentenbewegung sich an je verschiedenen Anlässen entzündet. (Berlin 2. Juni, Schahdemonstration; Frankfurt: Satzungsdiskussion). Das zweite Element, das allen Protestbewegungen gemeinsam ist, wird ebenfalls gänzlich beiseitegelassen: an allen Universitäten ist die Administration der ‚Angreifer'. So rief zum Beispiel Rektor Lieber in Berlin bei einem teach-in die Polizei auf den Campus, und in Frankfurt war es Rektor Rüegg (und nicht die Studenten), der das Hausrecht über politische Grundrechte stellte und die Studenten mit Strafanzeigen verfolgte. Daß „im daran sich entzündenden Konflikt . . . ein möglichst obrigkeitliches Verhalten der Universitätsbehörden erwünscht" ist, stimmt in dieser Form nicht. Vielmehr kommt bei der Reaktion aller Universitätsbehörden zum Ausdruck, in welchem Maße die politischen Freiheiten der Studenten an den Universitäten schon beschränkt sind. Daß dabei die Administration nur das ausführt, was die Staatsgewalt längst praktiziert, ist allerdings eine Erwartung, deren Eintreffen politische Studenten nicht erstaunt.
„Ist der Konflikt bewußt gemacht (transparent geworden), geht mit größerer Anhängerschaft in die nächste Runde usw." An dieser Behauptung sind die Nachteile einer nur formalen Analyse sichtbar, die die Ursachen von politischen Auseinandersetzungen einer einzigen Gruppe zuschreibt. Die Analyse abstrahiert von den Umständen, aus denen sich, meist an einem ‚nichtigen' Anlaß, die Unruhen entzünden.
Das Verdienst der Analyse liegt in dem Bemühen, die Forderung der Studenten nach einer verstärkten kritischen Reflexion aller Wissenschaften verständlich zu machen. Sie räumt das Mißverständnis aus dem Weg, als werde eine Wissenschaft, die auf ihren gesellschaftlichen Wert und ihre Verwertung hin überprüft wird, in ihrer Freiheit zerstört. In Ansätzen bejaht sie sogar das Postulat der Studenten, daß wissenschaftliche Ergebnisse nicht fraglos in den Dienst gesellschaftlicher und staatlicher Machtmonopole gestellt werden solle. Allerdings geht das politische Verständnis Prof. Hövels nicht über eine moralische Fragestellung hinaus: „Ist es wirklich so schwer, im Zeitalter von Atom- und H-Bomben den Naturwissenschaften und nach dem Ciba-Foundation-Symposion einer internationalen Elite von Genetikern, dem Mediziner klar zu machen, daß viele Lehrinhalte seines Fachs einen Gesellschaftsbezug enthalten?" Die Arbeit läßt das Problem der Verwertung von Psycho- und Sozialtechniken als Anpassungshilfe an die autoritäre Leistungsgesellschaft außer acht.
Die Analyse endet mit einem Appell an die ‚einsichtigen' Ordinarien, ihre politische Haltung zu den Studenten und zu ihrer eigenen Arbeit zu überdenken. Sie beschwört die Gefahr eines Polizeieinsatzes auf dem Universitätsgelände und warnt vor einer „entschlossenen kleinen Gruppe (SDS?), die zweifellos mehr als die von allen Studenten geforderte Universitäts- und Studienreform erstrebt". Trotz dieser beengten Perspektive, die die Ursachen der Hochschulmisere allein in der Hochschule sucht, lohnt es sich, die Ansätze der Arbeit zu diskutieren. Die Diskussion ist umso mehr vonnöten, als der Fakultät Prof. Hövels' sehr daran gelegen ist, diesen ‚Versuch einer Analyse' wegen seiner ‚progressiven' Einsichten schnellstens unterm Ordinarienpult verschwinden zu lassen. **gr**

Fahrschule E + E Hanslik
Civil-Ing.

Grundgebühr 50,— Fahrstunde 12,—

6 Frankfurt/Main
Reuterweg 66
Telefon 72 59 83

6451 Dörnigheim a. M.
Hermann-Löns-Straße 7
Telefon Hanau 9 84 19 30

H

Luise Pollinger

Papier · Bürobedarf · Drucksachen · Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen
Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt · Selbstbedienung:
Bockenheimer Landstraße 133 · Fernruf 77 63 77
Frankfurt am Main · Bockenheimer Landstraße 131 · Fernruf 77 55 89

Kollegbedarf
Füllhalter
Feinpapiere
Geschenke
Büro-, Zeichen-, Schulartikel

Weitere Diskussionen mit der Univ

Das Faß ohne Boden

oder: Diskussionen als Alibi

I

Da handelt jemand: das sind nicht wir. Da vertritt jemand die „Gesamtheit der Universität" [1]), alle ihre Angehörigen: das sind der Rektor, der Senat, die Fakultäts- und Institutsdirektoren. HIWIS werden entlassen; der Numerus Clausus wird faktisch eingeführt, Zwischenprüfungen; 10 Mediziner werden wegen ungenügender Leistungen vom Studium ausgeschlossen; eine politische Hochschulgruppe wird suspendiert; gegen Kommilitonen werden Disziplinarmaßnahmen und Strafverfahren eingeleitet; ein Satzungsentwurf sieht die Aufrechterhaltung der feudalen Hochschulstruktur vor. Und wenn schon einmal paritätisch besetzte Studienreform-Kommissionen institutionalisiert werden, dürfen die um Bernhards Willen keine verbindlichen Beschlüsse fassen, „um der freien Entscheidung" [2]) nicht vorzugreifen. Auf der anderen Seite sind schon ‚frei' getroffene Maßnahmen keine Vorgriffe auf eine künftige Studienreform. Denn ein Numerus Clausus hat, laut Rektor Rüegg [2]), nichts mit einer solchen zu tun.

Da sitzen welche seit je in angestammten Machtpositionen, die wollen z. B. „die Arbeit des akademischen Senats mehr in die studentische Öffentlichkeit" [3]) tragen: sie wünschen sich „sachliche Diskussionen" [3]). 24. 11. 1967: Podiumsdiskussion zur Hochschulreform (siehe Diskus Nr. 7/8 1967, S. 16); 12. 1. und 15. 1. 1968: Informations- und Fragestunden des Senats; 17. 1. 1968: Podiumsdiskussion zur Godesberger Rektorenerklärung. Ferner: Einladung des Senats zu einer „gemeinsamen öffentlichen Sitzung" [3]) an das Studentenparlament und Gäste (mit Eintrittskarten).

Die Inhalte aber und die Formen dieser Diskussionen wollen, kraft „Qualifikation und Verantwortung" [4]), die bestimmen, deren Positionen und Entscheidungen in Frage gestellt werden müssen. Sie sind bereit zu diskutieren (d. h. für sie: ex cathedra zu explizieren): die den Gesprächen immer schon vorgängige ‚Arbeit' des Senats, die repressiven Maßnahmen des Rektors, ihren Satzungsentwurf, die Godesberger Erklärung; zu diskutieren also in der Regel ex post. Sie sind dazu bereit, allerdings erst auf den massiven Druck der Studentenschaft hin, bereit auch nur unter von ihnen selbst gesetzten Modalitäten: am 24. 11. 1967 nach Entfernung des vom Studentenparlament eingeladenen Diskussionsleiters; bei den Info-Stunden, wenn die ‚Fragen' eine Woche vorher schriftlich eingereicht werden; bei der vom Senat vorgeschlagenen Satzungs-Sitzung mit dem Studentenparlament vor begrenzter Öffentlichkeit (150 Eintrittskarten für Studenten), ohne Vorlesungspause, ganze 2½ Stunden lang.

Gleichwohl sollten diese Veranstaltungen (nicht nur der studentischen) Öffentlichkeit das „Zusammenwirken aller . . . Glieder" [4]) der Universität suggerieren. Noch während der ersten Informationsstunde (12. 1.) sprach Rektor Rüegg mit Augenzwinkern davon, daß wir doch „alle in einem überfüllten Boot" säßen.

Welche politische Qualität die bisherigen Plaudereien nicht nur objektiv (vor dem eben skizzierten Hintergrund), sodann auch subjektiv, in den Augen von Rektor und Senat, haben, machten Rüeggs Begleitschreiben zur Godesberger Rektorenerklärung und auch die doppelbödigen Argumentationen der Herren Rüegg, Bernhard und Hirsch am Abend des 17. 1. 1968 in ‚begrüßenswerter Offenheit' klar.

II

Vor Beginn dieser Diskussion mußte klargestellt werden, ob die studentische Forderung nach Mitbestimmung durch drittelparitätische Beteiligung für die Professoren überhaupt noch Gegenstand offener Auseinandersetzung sei: „Die Grenze aber ist erreicht, wenn die sog. ‚Drittelparität' von Lehrstuhlinhabern, Mittelbau und Studenten überhaupt ernstlich diskutiert wird." [4]) Nach den langen Erfahrungen studentischer Hochschulpolitik, die gezeigt haben, wie wenig Professoren bisher auf deren inhaltliche Vorstellungen eingegangen waren, wie sie teach-in Resolutionen und Parlamentsforderungen ignorierten, wie ihre Konzeption einer Satzung ausschließlich darauf abzielt, die Oligarchie der Lehrstuhlinhaber abzusichern; nach all der professoralen Selbstherrlichkeit lag es nahe, daß dieser Satz in Rüeggs Erklärung ebenso ernst gemeint war wie sein Vorgehen gegen noch nicht oder nicht mehr disziplinierte Studenten, so ernst wie die Denunziationen des Assistenten Henkel von der AFE [5]): Schon während der 2. Fragestunde lehnte Prof. Meinhold verbindliche Diskussion ab, wenn studentische Interessen auf der Tagesordnung stehen sollten.

Als Rüegg an diesem Abend wieder die Möglichkeit gegeben wurde, seine bisherigen Entscheidungen, seine Erklärungen zu korrigieren, versuchte er zunächst in bekannter Manier auszuweichen („. . . eigentlich die Godesberger Erklärung diskutieren . . ."), erläuterte dann aber auf den Druck des Auditoriums hin, wie er das mit der Ablehnung von ernstlichen Diskussionen gemeint habe: „. . . in Bezug auf die Frage des Diskutierens von Drittelparität, da habe ich nicht gesprochen davon, daß *Professoren* nicht über Drittelparität diskutieren wollen, mit ihren Studenten und mit dem Mittelbau, sonst wäre ich gar nicht hergekommen; ich habe hier in diesem Zusammenhang gesagt, wenn die *Politiker als solche* solche Diskussionen überhaupt ernst nehmen, dann ist tatsächlich die Grenze erreicht . . ." ZU DEUTSCH: Ich bin zu jeder Diskussion bereit, aber wehe, wenn irgend jemand, außer den Studenten selbst, solche Diskussionen ernst nimmt. Mit solcher Unverschämtheit, mit solchem Zynismus wurde der Scheincharakter der Diskussionen bislang von Professoren nicht zugegeben.

Wie dieser Scheincharakter im Einzelnen aussieht, führte Prof. Bernhard an diesem Abend noch einmal vor. Nach seinem Motto: „Jede Diskussion muß ernsthaft geführt werden . . ." versicherte er den Anwesenden, daß er „ernstliche Bedenken" hege, nämlich, daß er „die Drittelparität für ein Mittel zur Erreichung der Funktionsunfähigkeit der deutschen Universität (sic!)" halte. Nebenbei gestand er zu, daß eine Diskussion „durchaus notwendig" sei; die qualifizierten Argumente für die Richtigkeit *seiner* Meinung sahen etwa so aus: „. . . daß die Universität ein außerordentlich kompliziertes Gebilde ist . . ."; „. . . es muß notwendigerweise ein gewisses Übergewicht bei denen sein, die auf Grund eben der Erfahrung . . ." Er scheute auch nicht die Provokation: „Sie haben auch keine Ahnung, wie ein Senat im Einzelnen funktioniert . . ." Wohl wahr, solange dieser nicht aus dem arcanum hervortritt!

Auf der gleichen Ebene, nämlich der scheinbaren Auseinandersetzung mit der Drittelparität, versuchte Priv.Doz. Hirsch eine andere Spielart: der sog. Mittelbau bestehe nämlich aus zwei Teilen, den Nichtordinarien und den Assistenten, folglich ergäbe sich eine Vierteilung: bei Drittelparität würde die ‚Gruppe' der Nichtordinarien majorisiert. Auch in Bezug auf die ‚Alle-Mann-in-einem-Boot' Ideologie variierte Hirsch etwas: „. . . warum soll nicht jeder einen Standpunkt haben . . . jetzt haben *wir* einen anderen vorgetragen . . ."

Er gestand unterschiedliche ‚Wertungen' (die in seinem Konzept auch unterschiedliche Interessen implizieren) zu. Nichtsdestoweniger steuerte auch er, wie seine Kollegen, auf eine unverbindliche Meinungspluralität zu. Wessen Meinung aber aufgrund der Herrschaftsverhältnisse sich durchsetzt, diese Frage klammert man Studenten gegenüber am besten aus.

Peinlich dann, wenn einem bis ins Einzelne nachgewiesen wird, was der Satzungsentwurf der Professoren diesbezüglich vorsieht. Peinlich, wenn man nicht mehr ins Meinungsvielerlei flüchten kann. Dann muß man sich auf die zweite Diskussionsebene zurückziehen, wie Prof. Bernhard in seiner Entgegnung auf die Analyse eines Kommilitonen [6]), unter Berufung auf das hessische Hochschulgesetz: „. . . Der Gesetzgeber hat eine Beteiligung der Studenten nicht vorgesehen, und bei der Ausarbeitung der Satzung (er meinte den Entwurf) ist eine, wie ich zugebe, rudimentäre Beteiligung hinzugefügt worden, von der ich nicht weiß, ob sie überhaupt mit dem Gesetz vereinbar ist . . ." (Bernhard ist Dekan der Juristischen Fakultät). Hier wird nun die Übereinstimmung mit der Rüeggschen ‚Befürchtung' deutlich, die Politiker könnten solche Diskussionen ernst nehmen.

III

Sehen wir die beiden Argumentationsweisen zusammen, in ihrer gegenseitigen Bestimmung: beide dienen sie dem Versuch, hinter verschlossenen Türen längst gefällten Entscheidungen den Anschein demokratischer Legitimation zu verschaffen.

Entgegen der postulierten „kritischen Funktion der Wissenschaft in der Gesellschaft" [1]), die die „Autonomie der Universität" [1]) erfordere, versuchen die Professoren, die Forderungen staatlicher und privatwirtschaftlicher Institutionen den ‚universitären', nämlich ihren Interessen zu vermitteln (eine Demokratisierung lähme „den Zusammenhang von Forschung und Wirtschaft").[4]) Jenen aber, die diese Zusammenhänge und die Taktik der Professoren zu durchschauen beginnen, die sich nicht fügen wollen, wird die „Vernichtung der Freiheit von Forschung und Lehre, Zerstörung von Kooperationsorganen und rechtsstaatlichen Normen" [4]) vorgeworfen; ihr Protest als kriminelles Delikt behandelt. „Die Erfahrungen ausländischer Universitäten mit studentischen Unruhen" werden ausgewertet [4]), nicht um deren Ursachen zu beseitigen, sondern um solchen ‚Unruhen', und darüber muß uns die hiesige Praxis belehren, durch administratives Vorgehen besser unterdrücken zu können.

Für die Studentenschaft gibt es in der Konsequenz nur noch eine Möglichkeit, ihren Interessen Nachdruck zu verleihen: nachdem ihr Bemühen um die Herstellung von Bedingungen für eine demokratische Diskussion bislang an der Taktik der Professoren sich vergeblich abarbeitete, muß sie geeignete Kampfmaßnahmen beraten und praktizieren. Die ersten Schritte auf diesem Weg wurden am Mittwochabend getan. Ein studentisches Aktionskommitee hat sich inzwischen konstituiert, fakultative Aktionszentren sollen angestrebt werden, Kampfmittel vom gezielten Vorlesungsboykott bis zu einem Gebührenstreik im nächsten Semester werden erwogen.

Von Professoren und Universitätsadministration haben wir nichts mehr zu erwarten

---

[1]) Godesberger Rektorenerklärung
[2]) Senatssitzung vom 1. 11. 1967
[3]) Erklärung der akademischen Pressestelle vom 12. 1. 1968
[4]) Begleitschreiben Rüeggs zur Rektorenerklärung vom 7. 1. 1968
[5]) Vgl. AStA-Info. Nr. 18, S. 5
[6]) Vgl. AStA-Info. Nr. 18, S. 1

Fritz Glöde

Bewußte Irreführung der Studenten

Beitrag zur Podiumsdiskussion am 17. 1. 1968

Kommilitoninnen und Kommilitonen! Magnifizenz! Das Godesberger Programm der Rektoren zur Hochschulreform wird eingeleitet mit dem Satz: „Die Zukunft der westdeutschen Universitäten hängt ab von den Entscheidungen, die sie jetzt *selber* treffen."

Auf diesen Satz stützen sich die Erwartungen der Studenten, die nicht länger gewillt sind, unter einer Diktatur von Ordinarien zu Fachidioten ausgebildet zu werden. Wegen des in diesem Satz enthaltenen Versprechens sind die Studenten hier versammelt.

Das Versprechen der Rektorenerklärung besagt: Nach 20 Jahren von den Ordinarien systematisch hintertriebener Hochschulreform werde nun endlich die Universität *selber* ihre Reform in Angriff nehmen.

Den Anstoß hierzu gab, wie widerwillig zugestanden wird, der Druck der Studenten, — den Anstoß gaben die provokativen und demonstrativen Aktionen der Studentenbewegung während der vergangenen Monate.

Nicht zuletzt deswegen, eben weil von den *Studenten* die Initiative für eine Hochschulreform ausging und *nicht* von den Ordinarien, konnten und mußten die Studenten erwarten, daß sie an den jetzt zu treffenden Entscheidungen angemessen beteiligt würden. Eine prinzipielle Einigung darüber, daß keine der Gliedkörperschaften der Universität, weder die Studenten, noch der Mittelbau, noch die Lehrstuhlinhaber majorisiert werden dürften, schien erreichbar zu sein. Die Drittelparität in allen Entscheidungsgremien der Universität, insbesondere aber im satzungsgebenden Konzil, erschien als die folgerichtige Konsequenz aus der erklärten Bereitschaft der Rektoren, einer Reform der Universitäten durch sie selber, also durch alle ihre Gliedkörperschaften, zuzustimmen.

Das war ein Irrtum. Der nur zufällig in die Hände der Studenten gelangte Kommentar des Rektors der Frankfurter Universität, der gleichzeitig Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz ist, zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Godesberger Erklärung lediglich als ein Mittel zur bewußten Irreführung der beunruhigten Öffentlichkeit und der revoltierenden Studenten gedacht ist.

Die Einsicht der Studentenbewegung, daß eine Demokratisierung der Universitäten nur im Prozeß einer Demokratisierung der Gesellschaft zu erreichen sei, gilt Rektor Rüegg in diesem Kommentar als „die Einleitung des gesellschaftlichen Umsturzes durch Lähmung des Universitätsbetriebes". — Die Forderung der Studentenbewegung, daß die lehrenden Forscher und die forschenden Studierenden gemeinsam und gleichberechtigt über Organisation und Inhalt von Forschung und Lehre bestimmen müßten, gilt Rektor Rüegg als die „Vernichtung der Freiheit von Forschung und Lehre". — Das unmittelbare Ziel der Studentenbewegung, die bestehende Feudalstruktur der Universitäten zu beseitigen, gilt Rektor Rüegg als die „Zerstörung von Kooperationsorganen und rechtsstaatlichen Normen", als „Ersatz von Leistungsqualifikationen durch egalitäre Plebiszite".

In klassischer Manier, in Übereinstimmung insbesondere mit der Ideologie der herrschenden Wirtschaftsoligarchie, beschwört Rektor Rüegg „Qualifikation und Verantwortung" als die Organisationsprinzipien gesellschaftlicher Institutionen und lehnt deswegen für die Universität „alle quantitativen Reformen und insbesondere die sog. ‚Drittelparität' " ab. Erneut erweist sich hier diese Beschwörungsformel als eine zur Aufrechterhaltung der jeweils bestehenden Herrschaftsverhältnisse. Wie fragwürdig diese Formel ist, zeigt beispielsweise die Tatsache, daß die angeblich nach diesen Organisationsprinzipien aufgebaute deutsche Universität fleißige Dienerin der faschistischen Barbarei war. ‚Qualifikation' hieß der deutschen Universität von jeher die Fähigkeit, für die vom gesellschaftlichen Herrschaftsapparat definierten Zwecke kritiklos die adäquaten Mittel bereitzustellen oder die Resultate ‚zweckfreier Forschung' beliebiger Verwertung anheimzugeben. ‚Verantwortung' aber hieß, die Legitimität dieses Herrschaftsapparates nicht zu bezweifeln, sondern ihm dienstbar zu sein. An dieser, dem kritischen Prinzip humaner Wissenschaft selbst widersprechenden Geisteshaltung professoraler Fachidioten hat sich bis heute kaum etwas geändert. Die von der nur militärischen und administrativen Zerschlagung des Faschismus unberührt gebliebene Universität ist in quasi zeitloser Gültigkeit nach wie vor in erster Linie die Agentin fremd bestimmter, das heißt nicht autonomer, sondern von den Interessen der Herrschenden definierter Zwecke. Diese Funktion der Universität in einer Gesellschaft, deren kapitalistische Struktur Bedingung des Faschismus war und die dessen Ende gleichwohl unversehrt überstand, könnte aber durch eine Drittelparität der Studenten, als notwendige Ausgangsposition für eine Demokratisierung, gefährdet werden. Daher wehrt sich Rektor Rüegg gegen die Drittelparität, — er, der an seinen eigenen Kriterien von „Qualifikation und Verantwortung" gemessen, längst Lehrstuhl und Rektorswürde hätte aufgeben müssen, da er sich als Soziologe und als Repräsentant der Universität mit seinem Verständnis von Faschismus als ebenso unqualifiziert wie unverantwortlich erwies. Gegner jeder quantitativen Reform, ist ihm ihre Verhinderung conditio sine qua non für die „zu beseitigende Funktionsschwäche der Universitäten": „Die Grenze aber ist erreicht, wenn die sog. Drittelparität von Lehrstuhl, inhabern, Mittelbau und Studenten überhaupt ernstlich diskutiert wird." Dieser Text ist ebenso klar wie die Rüegg'sche Feststellung: „Alle quantitativen Reformen und insbesondere die sog. ‚Drittelparität' . . . lähmt den Zusammenhang von Forschung und Wirtschaft." So deutlich hörte man es selten, daß eine Demokratisierung der Universitäten gegen die Interessen „der Wirtschaft" verstoße.

Wir danken dem Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Rektor Rüegg, für diese Klarstellungen. Wir nehmen zur Kenntnis, daß die scheinbare Bereitschaft der Ordinarien zur Reform der Universitäten dort ihre Grenze haben soll, wo etablierte Machtpositionen in Frage gestellt werden. Wir nehmen zur Kenntnis, daß eine Hochschulreform im Sinne der Ordinarien lediglich einer Verbesserung des inneruniversitären Betriebsklimas unter Beibehaltung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse dienen soll. Wir nehmen schließlich zur Kenntnis, daß Rektor Rüegg für den Fall, daß die Studenten auf die Dauer nicht bereit sind, sich mit einer Partnerschaftsideologie abspeisen zu lassen, die Polizei gegen sie einzusetzen bereit ist. In einem Interview mit dem Deutschlandfunk vom vergangenen Wochenende erklärte er, die Polizei in die Universität holen zu wollen, sofern sich die Protestbewegung der Studenten weiter verbreitere.

Unter solchen Umständen aber ist jede weitere Diskussion mit der Universitätsadministration zwecklos. Eine Hochschulreform, die auch die feudalistische Herrschaftsstruktur der Universität verändert, kann bei der gegenwärtigen Bewußtseinslage der Mehrheit der Ordinarien nicht mit, sondern nur gegen die Lehrstuhlinhaber von den Studenten selbst durchgesetzt werden. Wir sollten aus den Einsichten, die uns Rektor Rüegg vermittelte, die entsprechende Konsequenz ziehen. Diese Podiumsdiskussion hier ist eine Farce, weil die Godesberger Rektorenerklärung nach dem Willen der Bürokratie lediglich der Verschleierung ihrer Herrschaftsinteressen dienen soll. Wir sollten dieses Spiel nicht mitmachen und mit dieser Podiumsdiskussion überhaupt gar nicht erst anfangen.

Keine unserer Forderungen zur Demokratisierung der Universität vermochten wir bisher durchzusetzen. Daher ist es jetzt an der Zeit — heute abend, sofort — aus der Podiumsdiskussion eine Plenumsdiskussion zu machen, um Maßnahmen zu beraten und zu beschließen, wie wir die unabdingbare Voraussetzung für eine Demokratisierung der Universität schaffen können, wie wir die Drittelparität durchsetzen können. Dem von Rektor Rüegg angedrohten Bündnisse von staatlicher Zwangsgewalt, Wirtschaftsoligarchie und Ordinarienherrschaft können und dürfen wir nicht länger nur deklamatorische Forderungen entgegenstellen, sondern wir müssen Aktionen zur Veränderung der Universität durch die Studenten beschließen.

Ich schlage vor, mit der Diskussion solcher Aktionen jetzt sofort im Plenum zu beginnen, stelle dies als Antrag und bitte darum, hierüber abstimmen zu lassen.

(Der Diskussionsteilnehmer Wetzel (SDS) verläßt das Podium. Das Plenum stimmt dem Antrag mit großer Mehrheit zu.)

ersitätsbürokratie sind zwecklos!

Die Taktik des Rektor Rüegg

Der faktischen Machtausübung durch die Universitätsbürokratie konnten die Teach-ins und Go-ins bisher einzig die deklamatorisch gebliebenen Forderungen nach Aufhebung der Suspendierung des SDS, nach Einstellung der Strafverfahren gegen studentische ‚Rädelsführer' entgegensetzen. Auch jene Forderung, deren Erfüllung bei den gegenwärtigen Machtpositionen und der Bewußtseinslage der Ordinarien die Mindestvoraussetzung für die Einleitung eines Demokratisierungsprozesses in der Universität ist: Drittel-Beteiligung der Studenten an allen Entscheidungsgremien der Universität, insbesondere am satzungsgebenden Konzil, konnte sich über die unverbindlichen Diskussionen hinaus nicht durchsetzen.

Über Weihnachten kramte Rektor Rüegg ein paar Tricks aus der liberalen Klamottenkiste. Er richtete eine Fragestunde ein, deren scheinparlamentarischer Charakter (Fragen mußten schriftlich vorher eingereicht werden; über ihre Beantwortung entschieden Senatsbeauftragte) den Studenten die Dikussions- und Verhandlungsbereitschaft des Rektors und des Senats suggerieren sollte. Aus der gleichen Intention entstand der Plan, eine gemeinsame Diskussion zwischen Senat und Studentenparlament zu veranstalten, zu der eine ‚Öffentlichkeit' von 150 Studenten und 150 Professoren zugelassen werden sollte.

Der taktische Schlenker der Administration vermochte deren Ziele nur schwerlich zu verhüllen. Die Mehrheit der engagierten Studenten erkannte schon bei der ersten Fragestunde, daß die Konservierung der bestehenden Universitätsstruktur, die Sicherung des Machtmonopols der Ordinarien, die Aufrechterhaltung der bereits getroffenen Zwangsmaßnahmen nach wie vor die conditio sine qua non professoraler Diskussionsbereitschaft ist. — Dem Anerbieten des Rektors stellte das Studentenparlament die Forderung nach einer ganztägigen Diskussion unter Beteiligung aller Universitätsmitglieder entgegen. (Daß der Rektor diese Forderung ablehnen mußte, erscheint einsichtig: sieht er doch die bestehende Universität am meisten bedroht durch plebiszitärdemokratische Willensbildung.)

So wenig dem Universitäts-Absolutismus demnach Erfolg beschieden ist, auch wenn er sich aufgeklärt gibt, so sehr droht der Studentenbewegung die Gefahr, es bei der Entschleierung scheinliberaler Mätzchen zu belassen. Zwar hat sich die Opposition in dem Maße entwickelt, wie den Studenten bewußt wird, daß die Universitäten Untertanenfabriken zur Produktion von Fachidioten sind, zwar hat sie Vorstellungen von einer demokratischen Universität entfaltet und die Drittelparität als organisatorische Plattform für ihre Verwirklichung anvisiert, doch fehlt bisher jede Verständigung darüber, wie dieses Ziel zu erreichen sei. Im Vertrauen auf die Vernunft ihrer Argumente scheinen viele Studenten noch immer zu glauben, daß es demnächst doch einmal zu verbindlichen Verhandlungen mit den gegenwärtigen Herrschaftsinhabern kommen werde, in denen die wesentlichen organisatorischen und strukturellen Vorkehrungen für eine Hochschulreform vereinbart werden könnten. Daß dem eine Fehleinschätzung zugrundeliegt, beweist ein Kommentar Rektor Rüeggs, zur Godesberger Rektorenerklärung. In diesem Kommentar offenbart Rüegg mit ‚dankenswerter' Klarheit, warum eine Demokratisierung der Universitäten nicht mit, sondern nur gegen die Mehrheit der Ordinarien durch die Studenten selbst erkämpft werden muß.

Der Frankfurter Rektor beschwört das professorale Schreckgespenst einer plebiszitär-demokratischen Universität: Die Forderungen der Studenten scheinen ihm auf ein politisches Rätesystem hinauszulaufen. Als Sachwalter des Gemeinwohls warnt er eindringlich Staat und Gesellschaft vor den auf sie zukommenden Gefahren: sie seien „weitgehend blind dafür, daß über kurz oder lang alle Institutionen der Gesellschaft (z. B. Kirchen, Gerichte, Parteien, Parlamente) in die gleiche Rolle (wie die Universität — d. Verf.) geraten werden, wenn es den Provokationen gelingt, die Universität einem politischen Rätesystem zu unterwerfen". In der Tat hat Rektor Rüegg allen Anlaß zu solcher Warnung. Denn: wenn zu den Merkmalen des Rätebegriffs die Gebundenheit an eine bestimmte abhängige oder unterdrückte soziale Schicht, die radikale Demokratie als deren Entstehungsform zu zählen sind (O. Anweiler), dann vermag sich aus dem Kampf der abhängigen Studenten für eine Demokratisierung der Universität tatsächlich ein Keim für eine künftige Rätebewegung zu entfalten. Allerdings nur, sofern der Funktionszusammenhang aller Institutionen in der autoritären Leistungsgesellschaft in die politische Reflexion miteinbezogen wird, und sofern die Studenten nicht der Illusion verfallen, die Universität könne willkürlich aus dem Reproduktionsprozeß der Gesellschaft ausgeklammert, gleichsam in einem herrschaftsfreien Winkel demokratisiert werden. Eben weil dies nicht möglich ist, sieht Rüegg seine natürlichen Bündnisgenossen gegen eine Demokratisierung der Universität in den Apparaten der gesellschaftlichen Institutionen.

Angesichts dieser Situation, in der ein Rektor die Staatsgewalt gegen die demokratische Studentenbewegung mobilisiert, bedarf es kaum noch weiterer Entschleierungen des Herrschaftscharakters der Ordinarienuniversität. Gegen die manifeste Gewaltandrohung kann die Studentenbewegung auf die Dauer nur Erfolg haben, wenn sie sich darauf vorbereitet, zur Durchsetzung ihrer Forderungen die Universität tatsächlich für bestimmte Zeit funktionsunfähig zu machen und wenn sie gleichzeitig auch außerhalb der Universität für ihre Ziele Unterstützung sucht und findet.

L. Finke

Zur Motivation der Godesberger Erklärung/ Walter Rüegg

Am 5. Januar 1968 gaben die in der Westdeutschen Rektorenkonferenz vertretenen Universitätsrektoren eine Erklärung zur Situation an den Hochschulen heraus (s. a. DIE ZEIT vom 11. 1. 1968). Am 7. Januar veröffentlichte der Präsident der WRK und Rektor der Frankfurter Universität, Rüegg, einen Kommentar zur „Godesberger Rektorenerklärung", in dem in brutaler Offenheit das ausgesprochen wird, was die Rektorenerklärung verschleiert. Der Kommentar wird im Folgenden abgedruckt. Er erscheint uns wichtig, weil Rüegg sich hier zum ersten Male zusammenhängend über die Studentenrevolten äußert und die politische Stellung der Universitätsbürokratien gegenüber den Demokratisierungsbestrebungen der Studenten erläutert (s. a. die Artikel: Die Taktik des Rektor Rüegg; und: Weitere Diskussionen mit der Universitätsbürokratie sind zwecklos).

Zur Motivation der „Godesberger Rektorenerklärung" und deren Verhältnis zur Westdeutschen Rektorenkonferenz:

1. Obwohl die Öffentlichkeit seit dem verhängnisvollen 2. Juni 1967 eine gemeinsame Stellungnahme der westdeutschen Universitäten zur hochschulpolitischen Lage erwartet, hat die Westdeutsche Rektorenkonferenz bisher äußerste Zurückhaltung in öffentlichen Kundgebungen geübt. Sie hat stattdessen versucht, mit konkreten Vorschlägen die verschiedenen gesellschaftspolitischen Kräfte zur Zusammenarbeit zu veranlassen.

   a) Mit einem Schreiben vom 20. 9. 1967 habe ich die Parteien aufgefordert, ihr Verhältnis zu ihren Studentengruppen zu reformieren, um der politisch engagierten akademischen Jugend eine Möglichkeit zu politischer Wirksamkeit zu geben, und mit dem Präsidium der Westdeutschen Rektorenkonferenz in eine Diskussion über das „politische Mandat der Studentenschaften" einzutreten.

   b) Mit konkreten Empfehlungen zur Studienreform und Berichten über deren Fortgang hat die Westdeutsche Rektorenkonferenz, zusammen mit der Kultusministerkonferenz und dem Verband Deutscher Studentenschaften, versucht, diejenigen Ursachen der Unruhen zu beseitigen, die in den Studienverhältnissen der Massenfächer liegen.

   c) Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat mit Erfolg auf die Reform des Deutschen Studentenwerkes gedrängt, um künftig sozialpolitischen Gründen von Unruhen vorzubeugen.

   d) Die Erfahrung ausländischer Universitäten mit Studentenunruhen wurden beigezogen, um möglicherweise noch nicht erkannte Ursachen aufzudecken.

2. Die mit diesen Arbeiten verbundenen Hoffnungen erfüllten sich nicht:

   a) Die Parteien reagierten auf meine Warnungen und Vorschläge mit unverbindlichen Äußerungen.

   b) Die systematischen Provokationen lähmen im Wintersemester an mehreren Universitäten die sachliche Zusammenarbeit von Lehrenden und Lernenden bei der Durchführung der Studienreformen.

   c) Noch werden die Provokationen getragen von Studierenden, die nicht aus materieller Not, sondern aus Überdruß gegen die Wohlstandsgesellschaft protestieren. Wenn sich aber in der nächsten Zeit die soziale Lage der Studierenden nicht durch entschlossene Anpassung der Förderungsmaßnahmen und durch energische Selbsthilfe der Studentenschaften verbessert, werden die Provokationen durch soziale Unzufriedenheit potenziert werden.

   d) Die ausländischen Erfahrungen deckten einheitliche Muster der Provokationsmethode und Übereinstimmung in den Provokationszielen auf, nämlich die Einleitung des gesellschaftlichen Umsturzes durch Lähmung des Universitätsbetriebes, Vernichtung der Freiheit von Forschung und Lehre, Zerstörung von Kooperationsorganen und rechtsstaatlichen Normen, Ersatz von Leistungsqualifikationen durch egalitäre Plebiszite. Die ausländischen Erfahrungen gaben jedoch keine Ratschläge zur Bewältigung der Unruhen, da sich überall die Autoritäten nur repressiv verhalten haben.

3. *Staat und Gesellschaft entziehen sich durchaus der notwendigen Besinnung. Sie lassen kaum Unbehagen darüber erkennen, daß die Universität als eine der Institutionen dieser Gesellschaft in die Rolle des Sündenbocks gedrängt wird. Sie sind weitgehend blind dafür, daß über kurz oder lang alle Institutionen der Gesellschaft (z. B. Kirchen, Gerichte, Parteien, Parlamente) in die gleiche Rolle geraten werden, wenn es den Provokationen gelingt, die Universität einem politischen Rätesystem zu unterwerfen.*
   Schon nähern sich Staat und Verwaltung dem Gedanken, für die Universitäten ein solches Rätesystem gesetzlich zuzulassen. Man beginnt vor quantitativen Repräsentationsforderungen zu kapitulieren, als ob die Reform der Universitäten davon abhänge, mit welchen Prozenten die Mitglieder der wissenschaftlichen Korporation in den Organen vertreten sind.
   Die Grenze aber ist erreicht, wenn die sog. „Drittelpartei" von Lehrstuhlinhabern, Mittelbau und Studenten überhaupt ernstlich diskutiert wird.
   Der Versuch, in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts sich die Reform der Universitäten von der Einführung einer Klassenrepräsentation zu versprechen, ist anachronistisch. Personengruppen in der Körperschaft werden in völliger Verkennung des Universitätszwecks und des daraus folgenden Verhältnisses von Qualifikation und Verantwortung als „Klassen" bezeichnet, deren „Interessen" durch „Schachtelparität" gegeneinander auszugleichen wären.

4. *Alle quantitativen Reformen und insbesondere die sog. „Drittelparität"*
   — entwickelt die zu beseitigende Funktionsschwäche der Universitäten zur Funktionsunfähigkeit;
   — lähmt den Zusammenhang von Forschung und Wirtschaft;
   — gefährdet die verfassungsrechtlich geschützte Freiheit von Forschung und Lehre.

   Ein auf wissenschaftlichen Nachwuchs und Ergebnisse von Forschung angewiesener Staat kann auf die Funktionsunfähigkeit von Universitäten nur durch Erfüllung der Forschungsbedürfnisse außerhalb der Universität und durch Rückführung der Universitäten aus wissenschaftlichen Körperschaften von Forschern, Lehrenden und Lernenden in staatlichen Berufsschulen antworten. Damit müßte aber der für die Wohlfahrt einer freien Gesellschaft lebensnotwendige Prozeß selbstverantwortlicher Forschung und Lehre abbrechen.

5. Da die Verfassungen der Universitäten und der Westdeutschen Rektorenkonferenz eine rasche Beschlußfassung über gemeinsame Äußerungen der Universitäten nicht erlauben, haben es die Rektoren der in der Westdeutschen Rektorenkonferenz vereinigten wissenschaftlichen Hochschulen in verschiedenen Beratungen unternommen, ihre persönlichen Vorstellungen von der Universität in einem demokratischen Staat gemeinsam zu formulieren. Sie fühlten sich dazu berechtigt und verpflichtet, weil sie, obgleich im Zentrum der Provokationen, die Ordnung ihrer Universitäten und das Zusammenwirken *aller* ihrer Glieder öffentlich zu verantworten haben und weil sie nicht gewillt sind, Provokation mit Repression zu beantworten (!). Die am 6. 1. 1968 bei der Schlußsitzung in Bad Godesberg anwesenden oder vertretenen 26 Rektoren haben die beiliegende „Godesberger Rektorenerklärung zur Hochschulreform" unterzeichnet. Den übrigen Rektoren ist eine Zeichnungsfrist offengehalten worden.

   Das Präsidium der Westdeutschen Rektorenkonferenz hat sich der Rektorenerklärung einstimmig angeschlossen und wird in der Zukunft auf ihrer Grundlage arbeiten.

Studende geeche Professorn

Unter der Überschrift „Vielleicht bleiwe die net mäusjestill" veröffentlichte die „Frankfurter Rundschau" am 18. 1. 1968 eine Satire in hessischem Dialekt, die sich mit der neuesten Taktik der Professoren, die Studentenbewegung zu ‚kanalisieren' befaßt. Wir drucken die Satire im folgenden in Auszügen ab.

„Unser Uniwersidät mächt kaa Ausnahm: Es gärt. Die Studende wolle endlich lwwerbleibsel ausm Middelalder uffn Kehrichthaufe werfe odder im Museum unner Glas ausstelle. Doch de Rektor will sei Barett noch net hergewwe. Als Vorsitzer von de Rektornkonferenz hat er die übrige Professorn zur Standhaftichkeit geeche Studendeforderunge uffgerufe. So schlimm wärs doch gar net bestellt, unn zudem ginge die Hörsaalpennäler uff Umstorz in Staat unn Gesellschaft aus, es Aasehe von Behörde unn Kerche wolldese unnergrawe, von Studienreform im eichentliche sei kaa Spur . . . Viele Professorn wolle liewer vom Katheder erunnerspreche als in Diskussione Eiwänd aahörn unn entkräfte. Verstehe kammers ja, doch es iss net zeitgemäß. Stadd Edelpauker brauche mir Leut, die Persönlichkeite heranbilde, die sufferän im Wisse sinn unn sich vonner geecheteiliche Meinung ausm Auditorium net gleich briskiert fihle. Die Wahrheit muß mer eewich suche; wemmer glaabt, mer hättse middm Amt gepacht, kann des en Trugschluß sei.

Der Rektor will e ‚öffentlich Diskussion' zwische Senat unn Studendeparlament innem Festsaal vor deihunnert Persone stattfinne lasse, von dene 150 vom Senat ausgesucht werrn. Die Studende dadegeeche wolle in de Festhall diskutiern, weil da e paar dausend Studende zuhörn könne. Vielleicht bleiwe die net mäusjestill, awwer mit Argumente mißt de Mehrheit eher beizekomme sei als dorch kneife. Naja, de Rektor beharrt uff seim Standpunkt. Recht iss, was von owwe kimmt. 150 Studende, des iss em am End noch zu öffentlich, mer könnts uff fufffzehn reduziern unn dann noch emal drittele. Die restliche finf werrn disqualifiziert, weil aaner vom SDS drunner iss. Am beste, de Rektor schließt sich in seim Amtsraum ei unn hält en Monolog (wenner en Partner brauch, könnt er in en Spichel gucke), da komme beide Seite zu Wort. Da gibts dann aach kaa Widerredd . . ."

Brecht die Diktatur der Ordinarien!
Erkämpft die Drittelparität!

Der Fall Wenke

Der Fall Wenke ist nicht neu. Im Jahre 1965, als Wenke Gründungsrektor der Universität Bochum war, befaßten sich die Tübinger Studentenzeitschrift „notizen" *(Jan./Febr. 1965)* und die Buchreihe „Braune Universität" *(Rolf Seeliger, Braune Universität, München 1965, S. 68—71)* mit seiner nazistischen Vergangenheit. Wenke mußte daraufhin als Gründungsrektor zurücktreten. Mehr geschah nicht. Er behielt weiterhin seinen Lehrstuhl an der Universität Hamburg und blieb weiter Direktor des Seminars für Erziehungswissenschaft und des Pädagogischen Institutes. In der Hamburger Studentenzeitschrift „auditorium" erschien im November 1967 ein Artikel des Studenten Reinhold Oberlercher: „Wenke — oder die Unmöglichkeit einer Rezension." Gleich zu Beginn des Artikels heißt es: „Den Anspruch der Wissenschaft, die an sich erst kritisch und somit auch kritikwürdig wäre, stellte Wenke gar nicht. Seine beiden Veranstaltungen sind unter aller Kritik. Über sie trotzdem zu schreiben, ist nicht Kritik, sondern Deskription eines pathogenen Syndroms im akademischen Betrieb." Oberlercher wollte keine Rezension über Wenke schreiben, sondern eine Diskussion über Wenke provozieren. Diskussionen waren bis zum Erscheinen dieser Rezension von Wenke stets unterbunden worden. Oberlercher schlug deshalb vor, die Vorlesung Wenkes zu sprengen: „Angesichts des ritualisierten Vorurteils, des zum System sozialer Institutionen verfestigten Totalidiotismus muß Vernunft, so sie überhaupt noch etwas ausrichten will, ihrer geschichtlichen Dimension sich erinnern und zur revolutionären Gewalt greifen. Akademische Zumutungen vom Schlage Wenkescher Vorlesungen sind nur dadurch zu kritisieren, daß man sie sprengt."

Das, was Oberlercher mit seinem Artikel erreichen wollte, erfüllte sich prompt: Eine große Unruhe, die die Diskussion über Wenke in der universitären Öffentlichkeit in Gang brachte.

Wenke selbst reagierte so, wie man es sich aufgrund seiner Lehrinhalte vor und nach 45 denken konnte: Er warf Oberlercher aus seinem Seminar. Kritische Unruhe konnte er dort nicht gebrauchen.

Oberlercher, der in Wenkes Veranstaltungen eine „begrifflich-analytische Klärung" einführen wollte, stellte für Wenke eine Gefahr dar. Wenke handelte konsequent und beseitigte die Gefahr. Nicht verwunderlich ist, daß der Rektor Wenke stützte, daß die Professoren der Philosophischen Fakultät sich mit ihm solidarisierten, und daß der Theologe Thielicke — auch ‚Lou van Burg der Theologie' genannt — gottesfürchtige Seufzer ausstieß, als Studenten erstmals in Wenkes Vorlesung am 7. 12. 1967 die Diskussion forderten, und Wenke nicht kam. Er sprach: „Ich glaube, daß diesem unserm Volk nicht mehr zu helfen ist, und kann nur noch sagen: ‚Armes Deutschland'." *(Helmut Thielicke, Armes Deutschland. Statt einer Vorlesung, 11. 12. 1967, S. 4.)*

Als die Studenten in der Vorlesung am 7. 12. das autoritäre und rechtswidrige Verhalten von Wenke verurteilten und beschlossen, die Lehrveranstaltungen Wenkes solange zu sprengen, bis er sein ‚rechtswidriges Verhalten' zurücknehme, meinte Thielicke: „Mit Terror und Gebrüll hat es auch damals angefangen" *(ebenda, S. 5)*.

Dieser Vergleich ist primitiv, zu primitiv, um Wenkes und Thielickes faschistisches Potential zu verschleiern.

Zur nächsten Wenke-Vorlesung am 14. 12. war das Audimax wieder voll von Studenten. Vor der Vorlesung forderte der AStA die Studenten auf, nicht die Diskussion zu verlangen und sich ruhig zu verhalten, obwohl er sie noch am 11. 12. im AStA-Info. Nr. 13 aufgefordert hatte, Wenke in seiner Vorlesung zur Diskussion zu bitten. Wenke kam und hielt sich trotz der studentischen Unruhe stur an sein Vorlesungskonzept. Die Unruhe wuchs, die Forderung nach Diskussion wurde lauter. Daraufhin brach Wenke ab und verließ, begleitet von etwa 200 hörigen Studenten, das Audimax. Etwa 500—600 Studenten blieben und beschäftigten sich nun ausführlich mit Wenke. Der SDS gab eine Analyse der Wenke'schen ‚Freiheit von Forschung und Lehre': Es bestehe eine weitgehende Identität zwischen dem, was Wenke vor und nach 45 vertreten habe; Wenke stabilisiere in seinen Lehrveranstaltungen die außeruniversitäre Misere der westdeutschen Pädagogik; Wenkes Haltung sei symptomatisch für die Situation von Universität und Gesellschaft. Am Ende der anderthalbstündigen Diskussion bestätigten die anwesenden Studenten die Resolution vom 7. 12. 1967.

Das Anwachsen der studentischen Opposition gegen Wenke und die Möglichkeit, daß sie sich auch gegen andere Professoren wenden könnte, bewirkten, daß der Akademische Senat in einer Sitzung am 15. 12. 1967 die Schließung der Universität erwog. Die massive Drohung war der Versuch der Ordinarien, die studentische Bewegung durch Zwangsmaßnahmen abzuwürgen.

Am 2. 1. 1968 ließ der Rektor überall in der Universität einen Plakat-Aufruf „An die Studenten" anschlagen:

„Die Universität kann Störungen des Lehrbetriebes, wie sie mehrfach vorgekommen sind, nicht hinnehmen. Sie wird die ihr zu Gebote stehenden Mittel ausschöpfen, um gegen Störer vorzugehen. Der Dozent übt während der Dauer der Lehrveranstaltungen das Hausrecht aus. Er ist berechtigt und im Interesse der anderen Hörer verpflichtet, das ihm Mögliche zur Beseitigung der Störung zu veranlassen.
Störer, die den Hörsaal trotz Aufforderung nicht verlassen, handeln rechtswidrig. Sie begehen Hausfriedensbruch. Wenn einzelne Störer sich weigern, den Hörsaal zu verlassen, sind auch die anwesenden Studenten berechtigt, zur Beseitigung der Störung beizutragen. Sie üben in diesem Falle das Recht der Notwehr aus. Dabei darf jedoch das Maß dessen, was zur Beseitigung der Störung notwendig ist, nicht überschritten werden."

Der Rektor, der damit die Studenten zu Gewalttätigkeiten gegen Kommilitonen anstiftete, ließ nun kurzfristig die Wenke-Vorlesung am 4. 1. 1968 ausfallen, weil er neue Auseinandersetzungen befürchtete. Zur gleichen Zeit versammelten sich etwa 400 Studenten vor dem Audimax und später in der Philosophischen Fakultät und diskutierten, was sie gegen den Rektor unternehmen könnten. Es wurde beschlossen, eine Vollversammlung einzuberufen, auf der weitere konkrete Aktionen, Vorlesungsstreik und Urabstimmung, diskutiert werden sollten. Die beiden AStA-Vorsitzenden wurden zum Rektor ins Hauptgebäude geschickt. Der Rektor wurde aufgefordert, vor den Studenten zu neuen Diffamierungen Stellung zu nehmen. Als er endlich kam, wiederholte er nur seinen Aufruf. Konkret gefragt, wie der Aufruf zustande kam und was er sich dabei dachte, sagte der Rektor, er habe keine Zeit mehr. Dann ging er weg. Deutlicher konnte er es nicht sagen. Die Vollversammlung wird darüber beschließen, wie die Hamburger Studenten sich gegen die Zwangsmaßnahmen der Universitätsadministration zur Wehr setzen werden.

E. Neckermann

Bundeswehroffiziere als Privatarmee für Thielicke

Unter der Überschrift: „Bundeswehr kontra Studenten" berichtet die Frankfurter Rundschau (FR vom 20. 1. 1968) davon, daß der Hamburger Theologieprofessor H. Thielicke Bundeswehrsoldaten gegen Studenten mobilisiert hat. Es heißt dort, „daß bei einer Predigt von Professor Helmut Thielicke ‚70 Bundeswehroffiziere als freiwillige Reserve im Hintergrund' gestanden hätten. Für diese Predigt war von seiten radikaler Studenten eine Demonstration angekündigt worden. Es kam allerdings nur zu kleineren Störversuchen und einer ‚Diskussion' nach Gottesdienstschluß. General Wulf, Kommandeur der Heeresoffizierschule Hamburg, teilte auf Anfrage mit, daß Professor Thielicke einige Zeit vor der Predigt bei ihm angerufen habe und die Situation nach den voraufgegangenen Studentendemonstrationen in der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche geschildert habe. Danach seien beide übereingekommen, daß General Wulf und eine Reihe seiner Kameraden ‚als verantwortliche Christen' etwas tun müßten, um ‚eine Panik in der Kirche zu verhüten'."

AUSS kommunistisch unterwandert?

Das Aktionszentrum unabhängiger und sozialistischer Schüler sei kommunistisch unterwandert. So ließ das Landeskriminalamt von NRW verlauten. Es sei vor einiger Zeit ein Mann festgenommen worden, der wegen Landesverrat vorbestraft sei. Dieser Mann habe Arbeitsmaterial des AUSS bei sich aufbewahrt. — Daher der Verdacht. — (Besagtes Material ist von der AUSS-Zentrale zu tausenden verschickt worden!) Das Landeskriminalamt bat alle anderen Landeskriminalämter in dieser Sache zu recherchieren. Dabei wurde bisher folgendes bekannt: Ein Beamter der Kripo rief in der Offenbacher Leibnizschule an und erkundigte sich bei dem Direktor nach AUSS-Mitgliedern. Ein Schüler, Mitglied in der Frankfurter USSG (Unabhängige sozialistische Schülergemeinschaft) wurde von zwei uniformierten Beamten aus einem Lokal geholt, um dann auf der Straße von einem Beamten in Zivil befragt zu werden. Er wollte wissen, warum der Schüler in der USSG sei, welche Ziele der Schülerverband habe, und wie die Schüler diese Ziele erreichen wollten. — Die Frankfurter Polizei bestreitet allerdings den Vorfall. Sie wollte angeblich dem Schüler ‚nur' 1850 Fotos von Schutzpolizisten vorlegen, damit er die betreffenden Beamten identifizieren könne. Auf einen Einspruch des Schülers hin versprach man, die Zahl der Fotos zu reduzieren.

Offizielle Stellungnahme des AUSS zu der Überwachungsaffäre:

Mit aus der Luft gegriffenen Vorwürfen und haltlosen Anschuldigungen sollen die Methoden der Kripo und der politischen Polizei schon bevor eventuell Verfahren eingeleitet werden, die Schüler einschüchtern und von selbständiger Interessenvertretung abschrecken. Gleichzeitig wird durch Kultusministerien versucht, über Hausverbote und Disziplinarmaßnahmen das wachsende demokratische Bewußtsein der Schüler repressiv zu bekämpfen.

Das AUSS — Zusammenschluß von über 50 Schülergruppen in der Bundesrepublik und Westberlin, mit über 2000 Mitgliedern — fordert die sofortige Einstellung des illegalen Vorgehens der Politischen Polizei. Schwarze Listen von oppositionellen Schülern und Lehrern müssen vernichtet werden. Wir fordern, daß die Verantwortlichen für die der Rechtsstaatlichkeit widersprechenden Maßnahmen zur Rechenschaft gezogen werden. Wir rufen die Schüler auf, an allen Schulen in den nächsten Wochen über die Vorfälle zu diskutieren und die politische Rolle der Schule gegen Übergriffe staatlicher Autoritäten zu bestimmen. Wenn Rektoren und Lehrerkollegien sich nicht dem Verdacht aussetzen wollen, die Ausschaltung und Unterdrückung demokratischer Initiativen von Schülern zu dulden oder gar zu fördern, müssen auch sie sich gegen diesen Angriff auf die Freiheit der Schule entschieden zur Wehr setzen.

Letzte Meldung:

Die Jugendzeitschrift Elan hat in ihrer letzten Nummer eine politische Karikatur gegen den Vietnamkrieg der Amerikaner gebracht. Als Überschrift stand: „Ein Mörder sieht dich an." Mit einem Bild Johnsons. Auf Grund dieses Satzes hat die Frankfurter Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Verstoß gegen § 103 (Beleidigung von Staatsmännern befreundeter Staaten). Die Behauptung, daß Johnson ein Mörder sei, ist in den vergangenen 2 Jahren oft gesagt worden und inzwischen mehrfach bewiesen worden.

Rufen wir uns nun Geschehnisse der letzten Zeit ins Gedächtnis: Spitzelaffären des Verfassungsschutzes in Gießen, Göttingen und Kiel. Vorgehen gegen politisch mißliebige Ausländer (z. B. gegen persische Kommilitonen); die Tätigkeit Dutzender ausländischer Geheimdienste und Geheimorganisationen auf dem Boden der BRD, z. T. mit Wissen und Billigung deutscher Behörden; Diskriminierung politisch bewußter Schüler und die Anzeige gegen ELAN. (Damit ist die Liste der Übergriffe der Staatsgewalt keineswegs abgeschlossen.) Deutlich wird dabei jedoch der Versuch, die oppositionelle Bewegung im Keim zu ersticken. „Staatsschutzorgane" und Administrationen warten mit Verleumdungen (Linksfaschismus), Verboten (SDS-Suspendierung in Frankfurt) und Strafverfahren, auf; man schreckt nicht vor Polizeistaatmethoden und Notstandspraktiken zurück.

Politisches Engagement soll zum kriminellen Delikt werden. Die politisch bewußten Kräfte müssen deshalb den Kampf gegen die Institutionen verstärken und koordinieren.

M. Lukasik

Die Bremer Revolte

„Draufhaun, draufhaun! Nachsetzen!" befahl der Bremer Polizeipräsident von Bock und Pollack seinen Untergebenen, als diese eine Gruppe von mehreren hundert Demonstranten eingekesselt hatten und nach dem von Berlin her bekannten (Leberwurstprinzip) zusammenschlugen. In der selben Nacht wurden Schnellgerichte etabliert. Unbeteiligte, die der Aufforderung der Polizei, sich zu entfernen, nicht folgten, wurden mit Gefängnis und Geldstrafen belegt. Die ‚Angeklagten' durften sich nicht mit einem Rechtsanwalt in Verbindung setzen. Der Urteilsgrund: Landfriedensbruch. An diesem Abend wurden sämtliche bürgerlichen Rechtsnormen außer Kraft gesetzt. Keinem der wahllos herausgegriffenen Demonstranten (‚Rädelsführer') wurde eine formale Rechtshilfe gewährt, die Gerichte erwiesen sich als Helfershelfer eines Senats, der gewillt war, jeden politischen Widerstand mit Bracchialgewalt zu brechen.

Wie war es dazu gekommen? Der Bremer Schülerbund, eine ‚unabhängige' Vereinigung (unabhängig = nicht sozialistisch), hatte am Montag, den 15. Januar 1968 für eine halbe Stunde den Straßenbahnverkehr in der Bremer City mit einem sit-in lahmgelegt, um gegen die drastisch erhöhten Straßenbahntarife zu demonstrieren. Am nächsten Tag schon hatten sich mehrere hundert Menschen, zum größten Teil Jugendliche, eingefunden, um mit den Schülern zu demonstrieren. Am Mittwoch war dann die Zahl der Demonstranten, unter denen sich nun auch Arbeiter befanden, auf ca. 3000 gestiegen. Eine kleine Zahl ‚Rockers' begann mit Schlägereien und demolierte Waggons und Busse. Die Masse der Demonstranten distanzierte sich spontan. Aber für den OB, in Bremen der ‚Präsident des Senats', war es das Fanal, der leicht angeknacksten staatlichen Repräsentanz wieder Respekt zu verschaffen. „In Bremen herrscht das Chaos. Terror muß durch Gewalt gebrochen werden" waren seine markigen Worte.

Die Folgen waren, selbst nach Meinung der FAZ, „übel". Am Donnerstag Abend wurde aus einer friedlichen Demonstration eine gejagte Menschenmenge. Die Polizei stieß Keile in die Menschenmenge, verhaftete wahllos und knüppelte alles nieder, was ihr in den Weg kam — Arbeiter, Schüler, Hausfrauen.

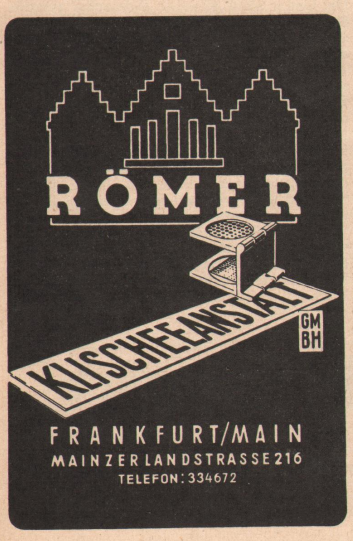
Es zeigte sich, daß die herrschende Clique der Bremer Sozialdemokratie genausowenig wie ihr Berliner Pendant davor zurückschreckte, mißliebige Minderheiten, die konkrete politische Forderungen stellten, mit allen Mitteln, vor allem aber mit dem massiven Einsatz physischer Gewalt, einzuschüchtern. Jedem Zuschauer war es klar: hier wurde Notstandsterror eingeübt. War der 2. Juni manchem noch als Zwischenfall erschienen, der auf die besonderen Verhältnisse Berlins zurückzuführen war, so führte das Beispiel Bremen es jedermann vor Augen, daß die Verabschiedung der Notstandsgesetze von der Exekutive gar nicht erst abgewartet wird. Für diese Staatsgewalt existieren keine Grundrechte, die erst geändert werden müssen, diese Staatsgewalt schlägt zu, da gibt es keine unabhängige Justiz mehr, die ihren Amoklauf aufhalten kann.

Die Reaktion der Regierung politisierte Schüler wie Bevölkerung. Am Freitag fand ein teach-in statt, auf dem erstmals politische Konsequenzen aus den Ereignissen gezogen wurden. Neben der sofortigen, ultimativen Zurücknahme der Tariferhöhungen wurde gefordert, daß die Regierenden zur Verantwortung gezogen werden sollten. Ad-hoc Forderungen waren der Rücktritt des Innensenators, des Polizeipräsidenten, des Einsatzleiters der Polizei und die sofortige Einstellung der grundgesetzwidrigen Schnellgerichte. Arbeiter und Betriebsräte der Klöcknerwerke solidarisierten sich mit den Schülern.

Die Reaktion des Senats auf die Forderungen der Demonstranten verdeutlichte, daß er seine Herrschaftsposition gefährdet sah. Am darauffolgenden Montag begann er zögernd einzulenken. Die Bürgerschaft tagte, man überlegte sich ernsthaft, wie man die Straßenbahnpreise senken könne und stellte einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß in Aussicht.

Mit der Betulichkeit der freien Hansestadt, in der der Oberbürgermeister Koschnik mit seinem Senat eine unumschränkte Macht genoß, ist es aufs erste vorbei. Eine breite Minderheit der Bevölkerung, eine geschlossene Front von Arbeitern, Studenten, Angestellten und Schülern hat bewiesen, daß sie nicht länger mehr gewillt ist, die Verordnungen der Herrschenden widerstandslos hinzunehmen.

Til Schulz



„Unternehmen Studentenunruhen"

Unmittelbar nach der Polizeiknüppelaktion vom 2. Juni 1968 vor der Deutschen Oper Berlin aus Anlaß der Demonstration gegen den Schah-Besuch in der Stadt, die von Beobachtern häufig als „Notstandsübung" eingeschätzt wurde, fanden ähnliche Notstandsübungen offenbar auch in der Bundesrepublik statt. So liegt ein Bericht aus Hessen vor, nach dem am 3. und 4. Juni bei der Bundesgrenzschutzabteilung in Alsfeld Dienstplanänderungen vorgenommen wurden. Die Truppe erhielt eine Ausbildung in „Räumen von Straßen und Plätzen"; eine offizielle Dienstplanänderung unter Bezug auf die Ereignisse in Westberlin wurde bei der 9. Hundertschaft in Alsfeld durchgeführt; eine zweite Hundertschaft erhielt die gleiche Ausbildung, jedoch ist eine detaillierte Angabe, ob diese Übung im Hinblick auf die Westberliner Demonstrationen vorgenommen wurde, nicht zu erhalten gewesen. Unmittelbar nach der „Ausbildung auf Plätzen und Straßen" wurde, ebenfalls unter direktem Bezug auf die Westberliner Vorkommnisse, eine „berufsethische Unterweisung" vorgenommen. Dabei gab es inoffizielle Äußerungen von Unteroffizieren, allerdings während der Dienstzeit, in der sie meinten, sie würden den „Studentinnen und Studenten mit größtem Vergnügen den Arsch verhauen". Sie würden, „Vorschrift hin, Vorschrift her, kräftig hinlangen und nicht nur auf Arme und Beine". *berliner extra dienst II/2, 6. 1. 1968.*

Der Kapitalismus und die Fachidioten

Zur Frankfurter Ringvorlesung: Wissenschaft und Gesellschaft

I.

Wo das Geld knapp ist, beginnt die Ökonomie. Wissenschaftspolitik heute hat zu vermitteln zwischen den Präferenzen spätkapitalistischer Systeme für rüstungstechnische Kapitalvernichtung und den Erfordernissen einer bei zunehmendem Maschineneinsatz verwissenschaftlichen Produktionssphäre; die ökonomische Rationalität des kapitalistischen Betriebes bemächtigt sich der Organisation wissenschaftlicher Lehre und Forschung desto mehr, als diese selbst Produktivkraft wird. Unter diesen Umständen wird eine gesellschaftliche Institution täglich problematischer, deren wesentliche Elemente aus Zeiten vorkapitalistischer Produktionsverhältnisse stammen, denen Wissenschaft nicht mehr und nicht weniger war als schöpferische Muße feudaler Oberschichten. Zwar konnten, als Schonraum einer von unmittelbaren Zwängen der Reproduktion befreiten Elite, gewisse mittelalterliche Strukturen der Universität bis heute überwintern — jedoch nur solange, als die universitäre Abkapselung gegenüber der überwiegenden Mehrzahl eben jene Reproduktion nicht behinderte. Akademische Ausbildung als Privileg einer Minderheit mußte auch einer nach wie vor in Klassen gespaltenen Gesellschaft verdächtig erscheinen, sobald diese ihre eigene Existenz als vom Anwachsen des ihr verfügbaren technischen Wissens abhängig erkannte.

Die Öffnung der Bildungswege im Interesse der „Ausschöpfung des Begabungspotentials" konnte und kann aber nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn mit ihr die Umfunktionierung von Wissenschaft selbst verbunden ist. Wird die Universität zum hocheffizienten Produktionsapparat umgebildet, dessen output einem Markt gegebener gesellschaftlicher Bedürfnisse fugenlos sich anzupassen hat, dann fallen der Rationalisierung notwendig gerade die Strukturmomente der Universität zum Opfer, in denen einst jene relative Autonomie der Wissenschaften sich ausdrückte: vor dem Hintergrund spätkapitalistischer Modernität erscheinen Begriffe wie „akademische Freiheit" als archaisch; sie verlieren ihren Sinn und werden zum Mythos. Die Klassierung veralteter Freiheitsspielräume ebenso wie etwa die Aufhebung der Einheit von Forschung und Lehre folgt dem allumfassenden Gebot der Rentabilität, vor dem kritische Reflektion und gesellschaftliches Engagement der Wissenschaft nicht anderes sind als Reibungsverluste, vor dem kritische Wissenschaft dem Verdikt verfällt, am Markte vorbei zu produzieren.

II.

Ihre fortschreitende Funktionalisierung verändert Wissenschaft selbst, wird aber die Ausbildung verwendbarer Fachleute, einsatzwilliger Technokraten zur raison d'etre, ist nicht einzusehen, was die Verständigung über den gesellschaftlichen Stellenwert der jeweiligen Tätigkeit, d. h. die Verständigung über die Ziele, auf welche hin Studenten vorhandene Mittel zu organisieren lernen, an der Universität überhaupt noch zu suchen haben soll. Wissenschaft hat den Dezisionen der Macht gegenüber sich für unzuständig zu erklären. Wo heute noch versucht wird, die Entfremdung zwischen positivistischer Wissenschaft und ihrer Verwendung zu durchbrechen; den Herrschaftszusammenhang zu durchschauen, in dem Wissenschaft zugleich Werkzeug und beherrschtes Objekt ist, dort nehmen Programme der Hochschulreform jene Springer-Parole auf, man solle studieren anstatt zu demonstrieren. Wer in ein dreijähriges sogenanntes Kurzstudium eingespannt ist, wird gezwungen, die Effizienz der Bildungsproduktion nicht länger zu behindern; soweit dies nicht schon durch die Reinigung der Studieninhalte von allen einer blinden, entfremdeten Praxis gefährlichen Elementen gewährleistet ist. Eine wissenschaftliche Arbeitsteilung, deren absolutes Nebeneinander dem kapitalistischen Betrieb aufs Haar entspricht; Ein Tatsachenrealismus, der, ausgestattet mit dem Anspruch der Wertfreiheit, Weltfremdheit konstituiert; beliebige instrumentelle Verwendbarkeit von Wissenschaft und Wissenschaftlern für den organisierten Wahnsinn — sie machen einen Wissenschaftsbetrieb aus, dessen Struktur die Gleichschaltung unter dem Faschismus bruchlos überstand, weil er sie lange vorher vorweggenommen hatte.

III.

Gegen die Gleichschaltung von Forschung und Lehre als Instrument der Herrschaft des partikularen Interesses; gegen die Unterdrückung oppositioneller Inhalte; gegen die Blindheit eines der Macht ausgelieferten Positivismus hätte studentische Politik auf den kritischen Potenzen von Wissenschaft zu beharren. Die Erhellung der gesellschaftlichen Implikationen der Inhalte der Wissenschaft kann letztlich allein jenes kritische Selbstbewußtsein ausbilden, das dem gesamtgesellschaftlichen Trend zur Formierung widerstehen könnte. An den versteinerten Ideologien, Beschönigungen, Verschleierungen, Unterschlagungen, Verfälschungen der Lehrinhalte wäre das politische a priori von Wissenschaft als menschlicher Tätigkeit zu erweisen. Wo Wissenschaft bewußt als eine unpolitische, zweckfreie sich deklariert, ist sie willenloses Medium der politischen Zwecke einer noch nicht befreiten Gesellschaft. Um zu werden, was sie zu sein vorgibt: frei von außerwissenschaftlichen Zwängen — hat sie diese in sich aufzunehmen. Das heißt: um sich von jener und jene von sich selbst zu befreien, hat sie über Gesellschaft nachzudenken und über das, was diese ihr und sich angetan hat. Studentische Politik als der Versuch, die Universitäten offenzuhalten für kritische Aufklärung, muß also notwendig in Konflikt geraten mit einer Öffentlichkeit, die nichts weniger zuläßt als eben dieses. Hochschulpolitik ist damit unmittelbar relevant für den gesellschaftlichen Herrschaftszusammenhang: Kritik an der positivistischen Gestalt der Wissenschaft ist Kritik am Zustand der Gesellschaft selbst; sie tendiert zu seiner Aufhebung, indem sie sein Funktionieren an der empfindlichsten Stelle zu stören sucht.

IV.

Eine Ringvorlesung zum Thema: Wissenschaft und Gesellschaft — soll in Frankfurt den Boden bereiten für die Einrichtung kritischer Gegenseminare. Angestrebt wird eine Bestandsaufnahme der ideologischen Momente in den akademischen Disziplinen, die insbesondere die Massenfächer der Universität aufzuarbeiten hätte. An die Vorträge, deren Termine von Mal zu Mal bekanntgegeben werden sollen, schließen sich Arbeitsgruppen an, deren Aufgabe in der Vorbereitung der Kritischen Universität bestehen soll. Ihre endgültige Gestalt hätte sich aus ihrer Praxis zu entwickeln; weder soll sie zur linken Volkshochschule geraten, noch esoterische Selbstbestätigung denjenigen verschaffen, die es ohnehin schon wissen. Am ehesten wäre Kritische Universität zu verwirklichen als Kaderschule für kritische Aufklärung, als Mittel zur Ausbildung qualifizierter Diskutanten, als Einübung wissenschaftlichen Ungehorsams. In Bezug auf die ordentlichen Lehrveranstaltungen wäre Material für kritisches Räsonnement zu sammeln, das sich im Rahmen der wissenschaftlichen Diskussion, nicht diesen, aber dessen Inhalte sprengend, Gehör zu verschaffen hätte. Nur so ist — vielleicht — jener Kommilitone zu erreichen, der gedenkt, nach acht Semestern sein Studium zu beschließen und der sich freut, recht bald in eine zwar blinde, aber gutbezahlte Praxis eintreten zu können. Er weiß: er wird gebraucht; wozu er gebraucht wird, wäre ihm zu sagen.

Wolfgang Streeck

Auszug der Studenten

Paris, 1230. Als kürzlich die Studentengemeinschaft aus Oxford nach Cambridge, von Bologna nach Padua und von Prag nach Leipzig auszog, blieb der Magistergemeinschaft nichts übrig, als ihr nachzuziehen.

Aus Paris wird gemeldet, daß die Pariser Studenten drohten, nach Le Mans auszuziehen, weil ihr der Bischof von Paris den *ganzen* Aristoteles vorenthalten und nur den vom Heidentum gereinigten gestatten wollte. Die Studenten siegten schließlich über den Bischof und die Königin-Regentin mit Hilfe des Oberbürgermeisters von Paris, da die Stadt durch den Auszug zu sehr geschädigt worden wäre.

E. G.

Springer ist nicht Springer

Jeder Schachspieler hat zwei Springer zur Verfügung, die sich zum Verwechseln ähnlich sind. Auch im Verlagswesen gibt es zwei Springer, die zwar nichts außer dem Wort »Springer« gemeinsam haben, aber eben deshalb oft verwechselt werden.

Kennen Sie den Unterschied?

Der Springer-Verlag Berlin · Heidelberg · New York wurde vor 125 Jahren gegründet und steht mit seinen Büchern und Fachzeitschriften ganz im Dienste der Wissenschaft; er gibt weder Tageszeitungen noch Illustrierte heraus. Sein Verlagssignet ist das Springerpferd des Schachspiels.

Der andere heißt Axel Springer Verlag GmbH, Hamburg, und wurde 1947 gegründet. Zwischen den beiden Verlagen bestehen *keinerlei* verwandtschaftliche oder wirtschaftliche Verbindungen.

Springer-Verlag Berlin · Heidelberg · New York

Januar 1968

Magnifizenzens Studenten-Maffia

Nachdem das Semester schon sieben Wochen alt war, hielt man es endlich für geraten, die längst überfällige Fachschaftsvollversammlung (FV) der WiSo-Soziologen stattfinden zu lassen. Eine ganz neue Fachschaftsvertretung präsentierte sich dem Plenum, das anfangs mehr, zum Schluß noch 10% der WiSo-Soziologen umfaßte: nach allgemeiner Rücktreterei ist der Fall eingetreten, daß die gesamte *Kandidaten*liste der letzten Wahl nunmehr erschöpft ist. Nur ein im Sommer Zurückgetretener, Altmeister Jung — den Lesern des DISKUS und des mittlerweile offenbar hingeschiedenen „Soziologen IB" bekannt — nahm ungerührt am Vorstandstisch Platz und ließ deutlich genug erkennen, daß die auf irgendeine Art und Weise neu gewählte Fachschaftssprecherin — eine ebenso hübsche und intelligente wie politisch unbedarfte junge Dame — kaum pro forma den Vorsitz innehatte. Seine Rücktrittssache (er redete sich darauf heraus, daß ein mündlich erklärter Rücktritt nicht rechtsgültig sei) wird — so Parlamentspräsident Klein — noch vor dem Ältestenrat des Studentenparlaments verhandelt werden.

Die neue Sprecherin gab keine Erklärung für ihr und ihrer Fraktionskumpane Fernbleiben von der, auf Antrag eines ganz gewöhnlichen Studenten einberufenen, außerordentlichen FV Ende letzten Semesters ab; einen Hinweis, wann, wie und warum eine neue Fachschaftssprecherin gewählt wurde, hielt man offenbar erst recht für überflüssig. (Tatsächlich wurde die neue Fachschaftssprecherin von ihr selbst sowie Jung und Kroker „gewählt"; wohl der Einfachheit halber waren die beiden anderen Fachschaftsvertreter gar nicht benachrichtigt worden.) Das Auditorium nahm's hin.

Nicht mehr hin nahm aber die Vollversammlung die Politik der Gruppe Jung, wie sich in der Diskussion der vorgeschlagenen Fachschaftsordnungen (FO) zeigte. Der Jungsche Entwurf, der jede Rede von studentischer „Mitbestimmung" tunlichst vermied, stattdessen die „angestrebte Hochschulreform" (offenbar à la Wissenschaftsrat) erwähnte, ohne aber irgendeinen Zusammenhang zwischen Forschung und Lehre der Soziologie sowie der Universität überhaupt einerseits und der Gesellschaft andererseits entdecken zu können, der ursprünglich sogar autoritäre Gags wie die Möglichkeit des Rausschmisses eines unliebsamen fünften durch die übrigen vier Fachschaftsvertreter vorsah, vermochte keine Begeisterung hervorzurufen. Angenommen wurde stattdessen ein Alternativentwurf (Dombois, Weyel, Glatzer), der allerdings noch einer Überarbeitung bedarf. Gegen den erbitterten Widerstand der Gruppe Jung, die schließlich nur noch aus vieren der fünf Fachschaftsvertreter bestand und bald jeglichen Rückhalt im Plenum verloren hatte, wurde beschlossen:

- für die nächste, baldmöglichst zu veranstaltende Wahl Listenwahl durchzuführen (um endlich klare Verhältnisse zu schaffen und u. a. auch den Kokelmosch mit den auf „Kandidaten/innen zwischen den Machtblöcken" hereinfallenden Wählern zu beenden)
- sich von den Ergebenheitsadressen der WiSo-Fachschaft zu distanzieren, zumal diese, das „politische Mandat" lauthälsig ablehnend, selbst eindeutig politische Erklärungen produziert
- den Rektor und WiSo-Soziologie*professor Rüegg* aufzufordern, baldmöglichst
  - die Suspendierung des SDS, Hochschulgruppe Frankfurt, als studentische Vereinigung rückgängig zu machen
  - für die Bezeichnung der Handlungen von Mitgliedern des SDS am 20. 11. 1967 als „Einübung faschistischer Terrormethoden" wissenschaftlich gültige Belege zu finden und seine Meinung in einer Diskussion auch mit Mitgliedern des SDS überzeugend vorzutragen oder aber sich beim SDS zu entschuldigen.

Was man hätte erwarten sollen, geschah: die „Jung-Gruppe" war nicht so ohne weiteres bereit, die neuen Mehrheiten zu akzeptieren. Zwar erklärte die Fachschaftssprecherin *mehrfach* (gegenüber Weyel und Glatzer), die Fachschaftsvertretung *erkenne* die gefaßten Beschlüsse *an*, zwar leitete sie die gefaßten Resolutionen weiter; andererseits aber wurden die Resolutionen erst vierzehn (!) Tage nach der FV am Schwarzen Brett ausgehängt und der *Beschluß* zur baldmöglichsten Ausschreibung von Wahlen nach dem Listenwahlprinzip — die allein Klarheit schaffen können — und zur Ausarbeitung einer entsprechenden Verfahrensregelung wurde sogar *völlig ignoriert!* Anscheinend wurde inzwischen die Glamour-Demokratin von der Rüegg-Assistentin Dr. Ruth Meyer *„angeregt"*, festzustellen, ob die Resolution an die Adresse Sr. Magnifizenz — des *liberalen, studentenfreundlichen* Professors, der der Fachschaftsarbeit immer so sehr *wohlwollend* gegenüberstand — denn eigentlich von einer beschlußfähigen Versammlung verabschiedet wurde.

Nach dieser *höheren Orts aufgesteckten Erleuchtung* brauchte man ja die Erklärung, man anerkenne die Mehrheitsbeschlüsse der FV, nicht mehr so tiefernst zu nehmen und konnte, angetan mit der Gloriole der Scheinheiligkeit, zur — wenig angekündigten und schwach besuchten — zweiten FV des Semesters kurz vor Weihnachten schreiten, auf der (lt. Beschluß der vorangegangenen FV) die bereits *angenommene* neue FO redaktionell überarbeitet werden sollte. Doch dazu kam es dank erfolgreichen Filibusterns der jung-gang nicht.

Zwar wäre dieser bereit gewesen, auf den FV die neue FO *noch einmal grundsätzlich* zu diskutieren (m. a. W.: der mit großer Mehrheit verworfene Jung-Entwurf sollte durch die Hintertür wieder hereingebracht werden — *verräterischerweise* lag ein Stapel des Elaborats im Wortsinn schon auf dem Tisch!). Da man hiermit aber nicht durchdringen konnte, wurde zweckmäßigerweise die Beschlußfähigkeit *dieser* FV angezweifelt, dann die der vorhergehenden.

Da „die Beschlußfähigkeit fraglich" sei, weigerte sich die Versammlungsleiterin beharrlich, Anträge überhaupt zur Abstimmung zu stellen — außer dem, die *zuvor allseits anerkannten Beschlüsse* der ersten FV hinsichtlich ihrer Beschlußfähigkeit, Legalität, Legitimität usw., usf. durch den Ältestenrat überprüfen zu lassen. Welcher Antrag keinen Widerspruch fand.

Gewährleistet ist nunmehr — unabhängig davon, wie der Schiedsspruch ausfallen wird — daß die endgültige Verabschiedung der FO und die Abhaltung von Wahlen verschoben sind. Das trouble-in findet also vorerst kein Ende, die jung-gang kann noch ein paar Tage mehr als Fachschaftsvertreter auftreten.

Die *Linke* aber hat *ein schwaches Bild* geboten: mangelnde Koordinierung, ungenügende sachliche Vorbereitung resp. Information, teilweise widersprüchliche und zerfahrene Argumentation ihrer Vertreter und das fast widerspruchslose Hinnehmen der obskuren Art und Weise der Versammlungsleitung kennzeichneten ihr Auftreten.

V. Weyel

„Lehrstunde in Manipulation"?

„Die Abteilung für Erziehungswissenschaften, die Versammlung der Nichtordinarien und *die Versammlung der Nichthabilitierten haben das Angebot des Konzils grundsätzlich angenommen.*"
(Uni-report 1)

Von einer grundsätzlichen Annahme des Angebots ist im folgenden Brief des Rates der Nichthabilitierten an den Akademischen Senat wenig zu spüren.

Ffm., den 25. 1. 1968

An die Mitglieder der Kommission Akademischer Senat — Rat der Nichthabilitierten
(Sitzung am 26. Jan. 1968, 17 Uhr)
Erklärung des Rates der Nichthabilitierten zur Teilnahme am satzungsgebenden Konzil:

Der Beschluß der Vollversammlung der Nichthabilitierten vom 11. 1. 1968 zum Angebot des vobereitenden Konzils vom 6. 12. 1967 ist folgendermaßen zu interpretieren:

1. *Das Konzilsangebot — Modell 40 : 20 : 20 : 20 — ist abgelehnt.*
2. Es ist ein Gegenangebot mit folgendem Inhalt beschlossen worden: „Die Vollversammlung der Nichthabilitierten stimmt einer 20%-Beteiligung am satzungsgebenden Konzil zu, sofern beim Eintritt in weitere Verhandlungen sichergestellt ist, daß
   a) die neue Satzung nur durch eine $^2/_3$ Mehrheit der Mitglieder des satzungsgebenden Konzils angenommen werden darf;
   b) der Beteiligungssatz der Nichthabilitierten für das satzungsgebende Konzil nicht unter dem der Studenten liegt;
   c) die neue Universitätssatzung nach zwei Jahren automatisch außer Kraft tritt."
3. Der Rat der Nichthabilitierten unterstellt die im Senat geäußerte Rechtsansicht, wonach zur Erfüllung der Bedingung zu 2 a) die derzeitige Satzung durch eine vom Konzil zu beschließende und vom Kultusminister zu genehmigende Vorschrift ergänzt werden muß, daß die Änderung der geltenden Satzung oder ihre Ablösung durch eine neue Satzung nur mit $^2/_3$ Mehrheit beschlossen werden kann.
4. Es wird festgestellt, daß die unter 2 b) genannte Bedingung für die Teilnahme der Nichthabilitierten am satzungsgebenden Konzil vom akademischen Senat in seiner Sitzung vom 17. 1. 1968 gebilligt worden ist.
5. Es wird darauf hingewiesen, daß — sollte die unter Ziffer 3 vorgeschlagene Ergänzung durch das Konzil und deren Genehmigung durch den Kultusminister nicht erfolgen — die Nichthabilitierten gemäß § 45 (1) des Hessischen Hochschulgesetzes nicht teilzunehmen berechtigt sind und auch nach dem Beschluß der Vollversammlung der Nichthabilitierten keine Legitimation zur Teilnahme am satzungsgebenden Konzil besitzen.

Die Mitglieder des Rates der Nichthabilitierten

nervus rerum: Devisenbilanz

Der „Deutsche Studentenanzeiger" tut sich schwer. Nur unregelmäßig können nationalgesinnte Kameraden ihn den unwilligen Studenten gegen Entgelt in die Hand drücken. Kaum jemand inseriert in dem rechtsradikalen Blättchen, von dem prätentiös behauptet wird, die größte deutsche Studentenzeitung zu sein. Allerdings, eine ganze Seite belegte, wie bekannt, vor Jahresfrist die Deutsche Bundespost, ein staatliches Unternehmen immerhin. Fortan vermochte sich der stramme Leser nur an einem kleinen, unbedruckten Raum zu delektieren, für den, so hieß es, ein prominenter Industrieller doppelte Gebühr entrichtet habe. Seine Produkte im Klartext anzupreisen, aber wagte der Kämpfer nicht. Daneben suchte idealistisch ein Kommilitone seinen Gefährten — national Bedingung — zur Nordlandfahrt, warben einsam ein Südtiroler und ein deutscher Wirt in Spanien für Ferien in den einschlägig bekannten Regionen.

Umso größer die Verwunderung, als nun leibhaftige Kommunisten ihre Werbebotschaft an die nationaldemokratischen Jungmänner richteten: Besuchen Sie Rumänien! Wer da geglaubt hatte, es handele sich um eine ironische Aufforderung oder allenfalls um einen werbetechnischen Lapsus des Auftraggebers, wurde enttäuscht: Die rumänische Botschaft bestätigte bieder die touristische Annonce und bewies Konsequenz. Damit beschäftigt, aus allen möglichen Blöcken sich herauszuhalten und unideologisch gut Freund zu sein mit jedem, zum Vorteil des nervus rerum, der Devisenbilanz, enthielten sich die Rumänen auch der Solidarität mit jenen, die braune Keimlinge in der Bundesrepublik meiden wie die Pest: „Was die Presse Ihres Landes propagiert und schreibt, ist eine Sache, über die nicht wir zu befinden haben." So im Kern die lapidare Antwort auf einen erstaunten Brief.

H. Wolf

Gibt es einen Fortschritt?

Bochum. Die Fachschaft Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum verwirklichte für sich, was Studenten bisher versagt blieb: das Mitbestimmungsrecht bei Berufungen. Da ihr die ‚akademischen Formen' des ‚Mitwirkens' versagt blieben, sprach sie sich in einem Brief gegen die Berufung H. Kestings auf den Lehrstuhl für Soziologie aus. Nachstehend in Auszügen der Brief:

„Sehr geehrter Herr Dr. Kesting!
Die Fachschaft der Abteilung für Sozialwissenschaft hat anläßlich Ihres Vortrages, der im Rahmen der Vortragsreihe ‚Gibt es einen Fortschritt?' . . . am 24. 10. 1967 von Ihnen gehalten wurde, erfahren, daß Sie einen Ruf auf den 3. Lehrstuhl für Soziologie an die Ruhr-Universität erhalten haben.
Ihr Vortrag hat bei den anwesenden Studenten Zweifel an Ihrer Eignung als Lehrer . . . bestätigt.

Zum Beispiel führt Sie Ihre Orientierung an Hans Freyer und Arnold Gehlen zur pauschalen Abqualifizierung jeglichen Fortschritts als Ideologie, die ungerechtfertigt moralische Ideen in die Politik einträgt. Diese Vorstellungen konkretisieren sich in der Bejahung der restaurativen Entwicklung.
Wir glauben, daß es für den Lehrbetrieb unserer Abteilung nicht förderlich ist, wenn auch Sie an der Ruhr-Universität Bochum eine Richtung vertreten, die in besonderer Weise einseitig politisch ausgerichtet ist.
Da es uns versagt ist, bei den Berufungsverhandlungen mitzuwirken, ersuchen wir Sie auf diesem Weg, den Ruf nicht anzunehmen . . ."
Zu den Mitunterzeichnern des Briefes gehören die Humanistische Studentenunion (HSU), der SDS und der SHB.

BSZ Nr. 13

Bundeswehr - Schule der Nation

„Bild" berichtet am Samstag, dem 20. Januar 1968:

„Die Bundeswehr ist die große Erziehungsschule der Nation! Arbeitgeber sind sich einig: Junge Mitarbeiter sind weitaus pflichtbewußter, wenn sie in der Bundeswehr gedient haben. Das ergab eine Umfrage, die jetzt vom Familienministerium im zweiten Jugendbericht veröffentlicht wurde. Danach erklärten 72 Prozent der befragten Betriebe: Mitarbeiter, die bei der Bundeswehr dienten, haben eine bessere Pflichtauffassung, mehr Disziplin und geschickteres Verhalten gegenüber Vorgesetzten und Mitarbeitern als ihre Kollegen, die nicht gedient haben."

Dieses Ergebnis zeigt in aller Deutlichkeit, wie sehr diese Gesellschaft in der Bundeswehr sich auf ihren Begriff bringt: Wer die ‚harte Schule' von Befehl und Gehorsam durchgemacht hat, erfüllt die Erwartungen und Anforderungen der autoritären Leistungsgesellschaft sehr viel besser, als der Bedauernswerte, dem diese „Schule" versagt bleibt.

Ausstellung der Sowjetunion

Vom 2. bis 10. März 1968

in der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt, Bockenheimer Landstr. 134-138

Wochentags geöffnet von 10.00 bis 18.30 Uhr, an den Sonntagen von 10.00 Uhr bis 17.00 Uhr

Bücher
Zeitschriften · Schallplatten · Briefmarken
Verkaufsausstellung

Bücher
Mehr als 1000 Bücher aus den verschiedensten Sachgebieten, darunter über 100 Titel in deutscher Sprache

Zeitschriften
in deutscher und russischer Sprache

Schallplatten
Über 300 original-russische Schallplatten mit klassischer Musik, Folklore und gesprochener Dichtung

Briefmarken
Interessante Kollektion neuester Ausgaben

Großes Preisausschreiben
Folgende Preise sind zu gewinnen
1. Eine Reise in die Sowjetunion + Moskau-Leningrad · **2.** 500 Bücher
3. 100 Schallplatten · **4.** 100 Sätze Briefmarken

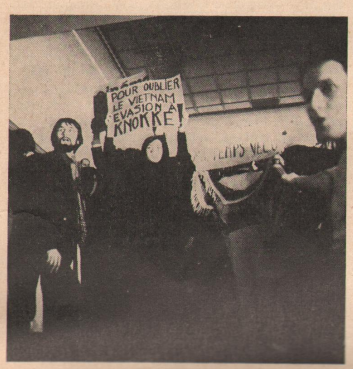
Betreuer der Ausstellung:
BRÜCKEN-VERLAG GMBH
Buch-Import-Export · 4 Düsseldorf 1 · Postfach 1928

EXCLUSIV
Tobacco
von DM 2,– bis DM 6,–
Gratispröbchen durch EXCLUSIV TOBACCO
83 Landshut, Postfach 568

Knokke – Hors Concours

„Es würde genügen, daß das weiße Augenlid der Leinwand das ihr eigentümliche Licht reflektierte, um die Welt zu zersprengen." Und, „keine der traditionellen Künste zeigt ein so großes Mißverhältnis zwischen den Möglichkeiten, die sie in sich birgt und deren Realisierung", sagt Buñuel. Und Peter Weiss in einem Artikel über den frühen Avantgardefilm: „Und was wurde aus all diesen Filmen? Wo sind Sie? Warum sieht man sie nie? Die meisten wurden verboten. Buñuels Filme wurden verboten. Viele andere Filme der Avantgardisten wurden verboten. Sie waren zu gefährlich, zu umstürzlerisch. Sie konnten die Ordnung gefährden. Nur in Film-Museen, in Film-Studios wurden sie gezeigt. Die Machthabenden wollen den blauen Dunst der Idealisierungen. Sie fürchten die unverstellte Wahrheit. Sie schieben ihre Kulissen vor, ihre bemalten Puppen und kernig marschierenden Soldaten. Der Schrei von Buñuels „Erde ohne Brot" ist zu einem erstickten Stöhnen geworden."

Die Forderungen, die Futuristen, Dadaisten und Surrealisten schon in der Frühzeit des Filmes nach einem absoluten, entfesselten Film stellten, wurde in nur wenigen Werken erfüllt. Die Nachkriegsexperimentalfilmer bezogen sich auf die klassischen Experimentalfilme, verschanzten sich hinter ästhetisch-technischen Geschicklichkeiten. So kommt es, daß Filme wie „Le retour à la raison" (1923) von Man Ray, „Entr'acte" (1924) von René Clair, Francis Picabia und Marcel Duchamp, „Un chien andalou" (1929) und „L'age d'or" (1930) von Buñuel, die Agitpropfilme des russischen Revolutionsfilms, die Filme, die vor allem Dsiga Wertow zwischen 1919 und 1929 drehte, um einige Beispiele zu nennen, heute größere Aktualität haben, als das meiste, was danach gemacht wurde.



„Schaffen wir zwei drei viele Vietnam, fangen wir bei Knokke an."

1949, 1958, 1963 und 1967 zeigte Jacques Ledoux, Leiter der außerordentlichen Cinemathek von Brüssel zwischen Weihnachten und Neujahr im belgischen Seebad Knokke eine Selektion dessen, was in den Unbegriff Experimentalfilm paßt, was trotz oder dank eines weltweiten Filmwirtschaftssystems entstehen konnte, das mühsam und mit kriminellen Mitteln die Verhaltensweisen einer reaktionären Bürgerwelt bestätigt. Auf dem Hintergrund solcher Systeme kann erst der unpolitische Sinn und eine weitgehend unpolitische Praxis des Experimentalfilms entstehen. 1949 wurden in Knokke Filme des Kanadiers Norman MacLaren gezeigt, Werke von Walter Ruttmann, Viking-Eggeling, Oskar Fischinger, Hans Richter, vom Engländer Len Lye, Filme von Buñuel, Jean Vigo, Man Ray, Cocteau, Abel Gance, eine Rückbesinnung auf bisherige Leistungen des Avantgardefilmes, ein Versprechen an die Zukunft, das kaum erfüllt wurde. Die frühen Filme des new american cinema (Maya Deren, Gregory Markopoulos, Francis Lee, Kenneth Anger, Stan Vanderbeek, Stan Brakhage) hatten in Knokke ihr europäisches Debut.

Eine belgische fünfköpfige Auswahljury hatte in 120 Stunden aus 335 eingereichten Filmen 90 aus 16 Ländern ausgewählt, die den Forderungen des Festivals am besten entsprachen „men verstaat door experimentele film elk werk, bedacht voor de bioscoop of de televisie, dat getuigt van een poging tot hernieuwing of verruiming van de kinematografische expressie". Deutsche Jungfilmer waren nach den Amerikanern (36 Filme) am zahlreichsten (14 Filme) vertreten. Die Einsendungen von dreizehn ungenannten Ländern genügten den Ansprüchen der Vorauswahljury nicht.

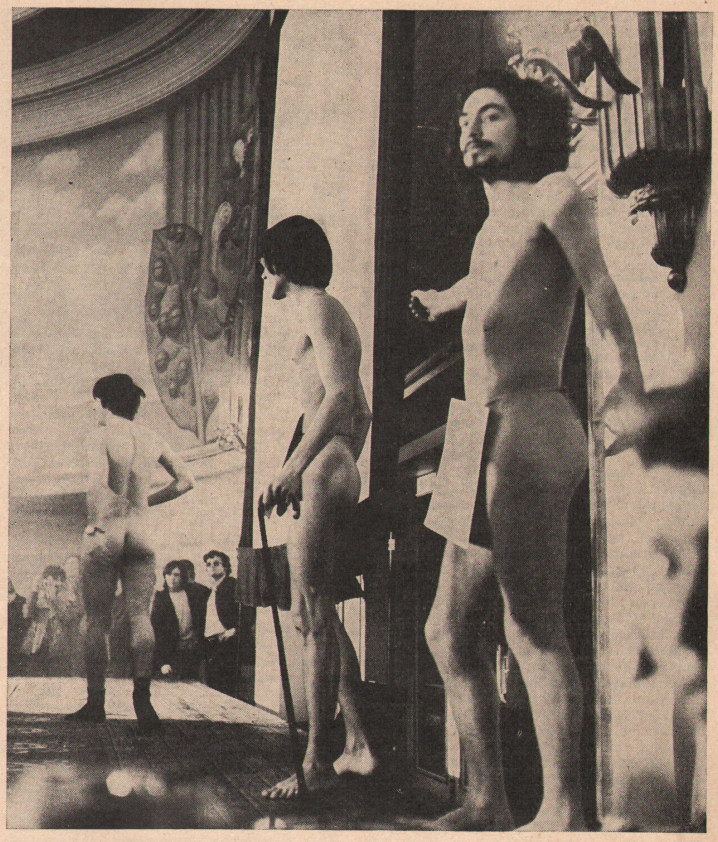
Die Cinemathek und die Filmfirma Gevaert-Agfa hatten schon im Frühjahr eine Stiftung für 100 Experimentalfilme, eigens für den Winter in Knokke bestimmt, ausgeschrieben. 59 der eingereichten Filme waren mit dieser Hilfe produziert worden, 24 davon nahmen am Wettbewerb teil.

Die Veranstalter, teilweise in Zusammenarbeit mit dem belgischen und französischen Funk und Fernsehen, überschütteten das Publikum mit Veranstaltungen, die einander ständig ablösten oder sich überschnitten. Neben einem erregenden Wettbewerbsprogramm eine nicht minder erregende Retrospektive.

Im Foyer des Casinos Gegenstände des amerikanischen Malers und Filmers Robert Breer, die langsam durch kleine Motore über den Teppich getrieben wurden. Eine Ausstellung von Spiegelbildern des italienischen Popmalers Pistoletto. Ein durch Töne elektronisch gesteuertes Lichtmobile von Edmond Couchot. Eine Verkaufsausstellung der Galerie Denise René mit schon nicht mehr „experimentellen" vervielfältigten Werken von Vasarely, Le Parc u. a. Lesungen von Theaterstücken (Armand Gatti, Tootsi Barbaut-Guera, Claude Ollier). Ein phonopfästisches Stück „Massheroen" von Hugo Claus um den flämisch-französischen Sprachenstreit. Eine Materialaktion für zwei Personen des Engländers John Latham „Juliet and Romeo". „America Hurrah" vom Belgier Jean Claude van Itallie um Symptome der Konsumgesellschaft. Ein Colloquium über die Situation der Kunst in der heutigen Gesellschaft (Yaacov Agam, Edoardo Sanguineti, Piotr Kowalski u. a.). Konzerte des Kölner Ensembles für neue Musik mit Werken von Kagel, der italienischen Gruppe musica elettronica viva.

Das Wettbewerbsprogramm nannte neue Namen, die Filme aber wiederholten das, was bereits seit 1915 erprobt ist. Farb- und Formspiele, malerische Effekte durch Übereinanderkopieren (Ronald Nameth, Edward Owens), Folgen von schnellen, Assoziationen verursachenden Bildern (Byron Grush, Yoji Kuri), surrealistische Verfremdungen, mystizistische Traumbilder (Don Levy, James Broughton, Gregory Markopoulos), Mehrfachprojektionen (Cassandra M. Gerstein, Stan Vanderbeek). Robert Nelsons Filme „The grateful Dead" und „The great Blondino", virtuose Übereinstimmung von Bewegung und Musik, unterschieden sich wohltuend vom platten Manierismus der New Yorker Schule.

Die Entdeckung des Wettbewerbs war der deutsche Autodidakt Lutz Mommartz, dessen vier gezeigte Filme ein reflektiertes Verhältnis zu filmischen Mitteln beweisen, aber noch nicht mehr. Außer Konkurrenz liefen Filme des Polen Walerian Borowczyk, Jurymitglied, u. a. sein schönes „Théatre de Monsieur et Madame Kabal", ein Werk von traditionell surrealistisch verfeinerter Monstrosität. Yoko Ono und Anthony Cox zeigten „Number 4", eine 90minütige Studie von 365 Hintern. Der Niederländer Wim van der Linden, Experte parodistischer sadmovies, schickte eine langbeinige Tänzerin vor ein Reisebürostandphoto von Hawai. Hans G. Helms zeigte seine „Geschichte der Arbeitersiedlung Düsseldorf-Gerresheim", ein verdienstvoller Versuch, Filmformen politisch einzusetzen. Marcel Hanoun „l'authentique procès de Carl-Emmanuel Jung": der äußerst differenziert gemachte Film mußte wegen seiner geradezu ästhetisch-essayistischen Form und seines Ausgangspunktes (der „Fall" Bogner im Auschwitzprozeß) auf diesem Festival untergehen; „le film est un puzzle tri-dimensionnel, temps-durée-espace dans lequel la relativité absolue joue un rôle essentiel. Mon film est fait pour agresser les imbéciles et les tartuffes et pour être quand-même ‚reçu' et ‚accusé' par eux. Qui, il est pour celà expérimental et en porte à faux".). Shirley Clarke, Jurymitglied, zeigte ihren dritten langen Film „I am Jason", aufschlußreiches Produkt des cinema direct über einen farbigen Prostituierten.



Nackte Cineasten: Miss Exprmntl-Wahl **Fotos (2): Monika Baumgartl**

Ein Gespräch über die Zusammenarbeit der verschiedenen Filmer Cooperativen in Amerika, Italien, der Schweiz, Deutschland und England zeigte viel guten Willen und gleichzeitig die Unfähigkeit, sich zu verständigen. Die europäischen Jungfilmer distanzierten sich vom Einfluß des new american cinema, das schon heute seinen nur mehr historischen Standort nicht mehr verheimlichen kann. Man kritisierte seine spezialisierte Esoterik, sein Verweilen in einem heilen Nirwana schöner Bilder und bizarrer Einfälle.

Aufrufe zum Frieden in Vietnam wurden von den Kasinowächtern zerrissen. Studenten aus Ulm, Berlin, Brüssel und das Comité Vietnam des belgischen Fernsehens forderten in einem Manifest den engagierten, den Agitpropfilm und verdammten den wirkungslosen experimentellen Film. „Wir müssen revolutionäre Filme machen — wir müssen lernen, die Kamera ebenso zu handhaben wie das Gewehr — schaffen wir zwei drei viele Studios, Akademien, Festivals ab — schaffen wir zwei drei viele Vietnam, fangen wir bei Knokke an." Die Art der wütenden Provokation war dem Festival durchaus angemessen. Als dann noch Zuschauer gegen einen sadistischen Film aus Japan vor der Leinwand laut protestierten, hatte der Direktor der Cinemathek, Vermeulen, seinen Auftritt; er bestand auf Ordnung und verbot, mit der Drohung, das Festival abzubrechen, Reaktionen vor der Leinwand. Politische Äußerungen hatte die Casinoleitung schon zu Beginn des Festivals verboten. Die Folge der Einschränkungen der Rechte des Publikums auf politische Äußerungen waren weitere Plakate mit Parolen, Handgemenge mit den Casinohütern. Die Farce der Diskussion um die Wettbewerbsfilme löste der Happening-Fachmann Jean-Jacques Lebel in eine Wahl der Miss Exprmntl auf. Nackte Cineasten lösten die Spannung der Teilnehmer, die Diskussionsleiter zogen sich stumm zurück.*) Eine Bemerkung des Cinemathek-Direktors während der Preisverleihung enthüllt präzise den Status der Veranstaltung, den Stand der gezeigten Werke; die Tatsache, daß die amerikanische Regierung Shirley Clarke vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen habe, in dem sie wegen einer Vietnam-Demonstration gewesen war, damit sie nach Knokke kommen konnte, wertete Vermeulen als Beweis für das Funktionieren der amerikanischen Demokratie. Was spricht mehr für die Harmlosigkeit, die Ungefährlichkeit solcher Filme; in dieser ohnmächtigen Vielfalt des Gesehenen zeigte sich nur erschreckend deutlich die Unfähigkeit, die Elemente des Filmes zu handhaben.

Johannes Egenolff

*) Zweimal veranstaltete die eventstructure research group, zu der Künstler aus England, Holland und Australien gehören, ihr aufwendiges movie movie event. Auf einen riesigen, aufgeblasenen Ballon werden von vier Seiten Filme projiziert, während die Gruppe musica elettronica viva sich laut und betörend an dem Ereignis beteiligte. Im Ballon bewegen sich angezogene, später ausgezogene Teilnehmer, die von schnellen Lichtblitzen angestrahlt werden. Bei der zweiten Veranstaltung beteiligten sich auch die Cinéasten, Lebel voran, an dem Nackt-Licht-Bewegungs-Ton-Spiel. Als aber ein Kamerateam, nur mit Geräten bedeckt, ebenfalls in den Ballon wollte, ließ der um die Tugend des Seebades besorgte Casinoleiter den Eingang zum Ballon schließen.

Fahrschule Gerd König

Sonderkurse für Studenten und Schüler
NIEDRIGE PREISE
Grundgebühr DM 50,–
Fahrstunde à 45 Minuten DM 10,–

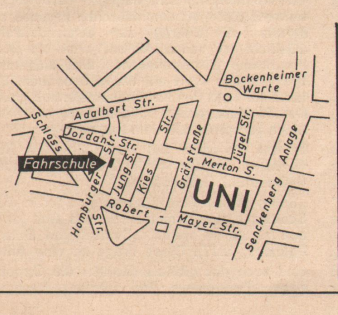
Ausbildung auf Opel-Rekord, Kadett, VW und Roller

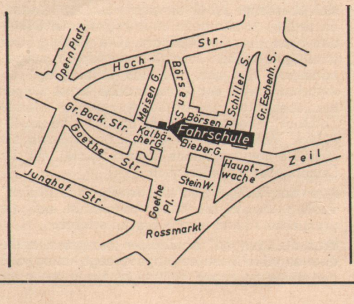
Auskunft und Anmeldung: Telefon 452721 oder in den Zweigstellen:

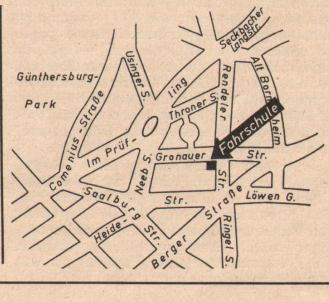
Bockenheim
Homburger Straße 16
(3 Minuten von der Uni)
montags und mittwochs
18.30-20.30

Innenstadt
Kalbächer Gasse 6
(2 Min. von der Hauptwache)
donnerstags
18.30-20.30

Bornheim
Gronauer Straße 24
(2 Minuten vom Prüfling)
montags bis freitags
18.30-19.30







Mackie Messer, der Ballade dritte Folge

Henrich von Nussbaum

Exkurs zu Ohnmacht und Übermacht des Wortes aus zu Frankfurt gegebenem Anlaß
Für Erich Fried

— als ob er dies nicht alles längst bedacht hätte *Mein Gedicht ist mein Messer* — das wußten Sie schon, also verstehen Sie des Titels ersten Teil, die These. Gut so.

Der zweite Teil, die Folgen, ist schwieriger; das verlangt Detailkenntnis. Denken Sie bitte nicht an *Brecht* als Butzemann, noch an Wolfgang *Weyrauch* als „kahlgeschlagene" Sängerin, wiewohl auch das sicher seinen Reiz und Berechtigung hätte und irgendwie da mithineinspielt, sondern an Hilde *Domins* „unaufhaltsamen Flug". Wörtlich endet er:

„. . . .
Lieber ein Messer als ein Wort.
Ein Messer
kann stumpf sein.
Ein Messer trifft oft
am Herzen vorbei.
Nicht das Wort.
Am Ende ist das Wort,
immer
am Ende
das Wort."

Die Antithese also: weg das Messer, das Wort ist besser — als Messer. Ja. Und nun die dritte Folge der Messerstory, die sich in der Überschrift als zweiter Teil mitteilt. Da geht's nun wirklich um Literatur — Sie verstehen bitte richtig: nicht Studentenkeller, sondern das *Frankfurter Forum für Literatur* und was sich da feilbot und zu Markte trug, Markenzeichen FFFL. Das also ist gemeint. Jetzt begreifen Sie den Titel hoffentlich ganz und in seiner ganzen Folgenschwere, und damit kommen wir von der dritten Folge endlich zum zweiten Teil der Übung: der Ausübung, Ausführung der Überschrift. Das ist noch nicht die denkerisch obligate Synthese, die soll später geleistet werden, sondern die Beischaffung von Demonstrationsmaterial.

Zuerst also das *Forum:* Hundertzwanzig Autoren etwa, Juroren und Tutoren und wohltuend ungermanische Germanisten (Heckmann voran) aus fünfzehn Ländern, Luxemburg eingerechnet. Genug Leute jedenfalls, daß nicht alle sich verstanden, alle alles sowieso nicht, hoffentlich aber alle alles in allem. Und, da Selbstkritik bei anhaltendem Tauwettermatsch im Aussterben begriffen ist — reziprok übrigens zur Zunahme der Grippeinfektionen ganzer Gruppen (auch literarischer) und Völkerstämme, nicht nur der Eskimos, Naturschützer vorl . . . Aus triftigem Grund waren also auch Kritiker geladen. Ungleichen Rangs, Hangs und Gangs, versteht sich. Und gegangen werden mußte viel . . .

Da sind wir schon beim Thema *Frankfurt* angelangt, die Übergänge erweisen sich einmal mehr als fließend. Gänge also, Gedankengänge über literarische Abraumhalden, Denkschutt und Sprachgeröll, aber auch buchstäblich durch die Steinschluchten der ehmals vorbildlichen großhessischen Wirklichkeit; Flucht vor den repräsentativen Fluchten des *Intercontinental*, wo jedermann, auch wenn er nicht aus Krefeld kommt, den Schlips aus der Tasche zu knautschen hat (Vorsicht, nette Menschen von links draußen! Raudi Rudi west mit!) rüber zur *Bank für Gemeinwirtschaft*, wo es weniger hochgestochen herging, halt wie in einer Gesindestube der guten alten Zeit, zum *Frankfurter Hof*, der gediegene Zurückhaltung bewährt, der ehrwürdigen *Sparcasse von 1822*, die sich sachlich kühl und vielseitig gab, der *Börse*, zu den Herren Stadtherren im Römer, ein Glas Wein und drei Salzstangen pro Poetenkopf abzuholen. Frankfurt ist eine progressive Stadt, immer noch.

Zwanglos marschierte man von einer Werkstattlesung zur jeweils nächsten; die Brotzeiten zwischendrin kamen zu knapp vor Eifer, die Worte wurden dennoch nicht nährend. Und schließlich ging's sogar in eine wirkliche Werkhalle, aber das war dann keine interne Lesung mehr, sondern eine öffentliche (Eintritt gratis und erwünscht) — weil viele auf Arbeiter eben immer noch öffentlich assoziieren: öffentliches Haus, öffentliches Bedürfnis, öffentliche Belange, Öffentlichkeitsarbeit, öffentlich-rechtliche Anstalt, öffentliche Betriebe, Transport und Verkehr. Stop. Doch so einer denkt in seiner kruden Philologie dann weiter: Offenlegung, offene Türen mit offenen Armen einrennen, offen gesagt: öffnet und vereinigt euch!

Und das ist gar nicht anrüchig, sondern gut marxistisch gemeint: Arbeiter der Faust und des Geistes — getrennt marschieren, vereint schlagen! Also drei blaubedresste Arbeiter vom Dienst (die anderen inkognito). Also Betriebsrat. Also *Zwerenz*. Ja, der gefällt in dieser Umgebung natürlich am meisten. Man weiß, was man hat. Alles andere ist doch Schaumschlägerei, Wortartistik oder ähnlich Schlimmes. Das gehört in den Zirkus, sagte der Betriebsrat: wenn Sie mich fragen. Jawohl.

Dieses „andere", damit meinte er Ernst *Jandls* humoristisch-makabre Lautgedichte, den Knüller des Abends und des Forums, und Witold *Wirpszas* Sinnsprüche. Das Urteil war streng persönlich; keineswegs aber persönlich gemeint: sehr nett als Wiener dieser Jandl und der unaussprechliche Pole (W wie weiß-ich-nicht-mehr . . .) spricht ja auch Deutsch, kennt sich bei uns aus, gehört ja fast zu uns. Nur Beispiele also, willkürlich-zufällig. Die Namen sind austauschbar, es geht ums Ganze: Literatur heute, heutige, sogenannt moderne Literatur. Der Arbeiter, begreift's doch, will abends auch in anständiger Kluft dasitzen, hat auch gehört, was sich gehört, mag nicht auffallen, fühlt sich auch zum Schutz der Grünanlage berufen. Die schmutzigen Hände sehnen sich nach weißen Kragen. Dash-Männer. Dashmänner sind männer als Männer.

Mit diesem Kalauer wird die Sache ernst.

Man kann sich über solche Wirrungen berichterstattend hinwegsetzen und fortfahren: denkt euch, ich hab' ein Harakiri gesehen, samt Staatsbegräbnis, mit Kranz und Schleife, alles selbstgeflochten; und is son dufter Kerl der *Zwerenz*, gelehrt und gebildet — nur leider bestverkäuflich. Und Selbstmord kommt an. Man sollte das nicht dramatisieren, dahinter steckt nicht nur Blutrausch und Wolfgebaren, auch einfache Schaulust, Sinn fürs Zeremoniell, dem weder Kirche, noch Theater, noch Bürgerwehr mehr hinlänglich nachkommen, wiewohl — *Jünger* sieht das sicher richtig — durch Abschaffung des Prangers, der Scheiterhaufen, Hexenprozesse und Sklavenjagden die Frustration nur wuchs. Ja, vielleicht ist es sogar Ehrfurcht vor dem Leben im allgemeinen und der Freiheit dieses anderen im besonderen, was die geheime Anziehung solcher Entleibungen ausmacht. Wie auch immer — um Kunst geht es jedenfalls nie und niemandem dabei (Wer's nicht anders begreift, erkenne das an der Assoziation *Jünger*). Und da gibt's nun kein Kann-jedem-mal-passieren mehr. Denn wenn das so weitergeht, wenn sie sich weiterhin so auf den Markt begibt, dann ist es um die Literatur geschehen. *Diese* Gesellschaftskritik eines Zwerenz tut der Gesellschaft nicht weh, macht aber der Kultur vollends den Garaus.

Die Empirie solcher Erlebnisse deckt sich auffällig mit dem Empfängerbild von Werbung, Wahlkampf und Publizistik: diese Drei vor allem unterhalten und erhalten auch diese Konformität. Godard hat recht: Reklame ist Propaganda; und Propaganda zielt auf Hörigkeit und Gefolgschaft, nicht auf Aufklärung.

Artistik verstößt gegen diese Welt der Statik und Statistik. Der zum Konsumgenossen erzogene Arbeiter aber will nicht anders sein als andere, nur zum Vordermann aufschließen. Sein Nachholbedarf richtet sich auf die verdinglichten Hoheitszeichen seines „Vorläufers", des Bürger-Funktionärs. Vorwärts, vorwärts. Nicht umstürzen, sondern aneignen — notfalls mit der „Gesellschaft" gegen die Kunst, sicher nicht mit der Kunst gegen die Gesellschaft.

Denn es gibt jenen romantisch-expressionistischen Arbeiter nicht mehr, der gut klassenbewußt und stets bildungsbeflissen unter aller gesellschaftlich-beruflichen Verformung seine volle Menschlichkeit bewahrte und damit einen ursprünglichen Instinkt für Kunst. Auf- und Abstieg der *Gruppe 61* hüben, der *„Schreibenden Arbeiter"* drüben bewiesen, was nicht mehr zu beweisen war. Weder stimmte der Adressat, noch die Botschaft, die sie verbreiteten, noch die Setzung, daß Arbeiterliteratur für die Arbeiterschaft bearbeitet sein müßte — kurz, die Produktionsformel: von Arbeitern über Arbeiter für Arbeiter.

Daß die Tatsachen einer Kunst hartnäckig widerstanden, die auf solchen Klischees aufbaute, spricht für ihre Tatsächlichkeit, ignorierte jene doch hartnäckig diese Tatsachen — und sogar die Kunst, die über dem doppelten V-Effekt, einem Empfänger zu Gefallen, den es nicht gibt, sich selbst entfremdete.

Was tun?

Zuerst einmal *Bestandsaufnahme:* Noch immer ist nicht schlüssig erwiesen, ob die so verpönte „autonome" Literatur, die Schreiberzeugnisse aus abgedunkelten Hinterstuben und Elfenbeintürmen, nicht jene Funktion bestens erfüllt, die der engagierten von den Engagierten so heftig und vergeblich abgefordert wird — sofern nur wirklich Kunst hinter Gardinen und Efeuranken entsteht.

Auch das Bewußtsein, daß Veränderung nottut, entstammt nicht nur dem Versagen bisherigen Schreibens, auch seinem Sagen und Zeigen. Soweit muß man der Dialektik schon folgen. Kafka, Joyce, Musil, Dostojewskij, Flaubert, Proust, Rimbaud — wer von diesen Ahnherren moderner Literatur und neuer „Weltsicht" soll als *engagiert* verrechnet werden?

Schon die Fragestellung ist falsch: Die Forderung nach Politisierung der Kunst ist das Produkt steckengebliebener Dialektik. Der bislang zu kurz gekommene Aspekt ihrer gesellschaftlichen Relevanz wird plötzlich verkürzt zur einzigen Wahrheit. Sicher drückt auch diese Verabsolutierung einen neuen Zug der Wirklichkeit aus. Zu fragen bleibt jedoch, ob das Bewußtsein sich damit dem Zugzwang des Seins entwindet — oder erliegt, ob es agiert, oder bloß reagiert und abreagiert, ob diese Position Überwältigtsein oder Bewältigung, wenigstens den Ansatz zu künftiger Befreiung zeigt. Zu wünschen wär's ja . . .

Versuchen wir, der Dialektik wieder auf die Sprünge zu helfen: Ausgerechnet in Frankreich, das vom Engagement der heute maßgeblichen Schriftsteller und Intellektuellen zweimal innerhalb von zwanzig Jahren bis an den Rand des Bürgerkriegs getrieben wurde — von der Résistance gegen die Kollaboration wie gegen die Pacification der Kolonisation — gilt die Zweckbindung der Kunst heute als überholt, sogar als *unrealistisch*. Im Wortstreit mit *Sartre* kehrten die einstigen Aktivisten sich ab von einer Kunst, die nur aufbauen und sättigen will, sich im wahrsten Sinne also als „Mangelware" versteht und genügt.

Mit der üblichen Formel vom zyklischen Gegenschlag läßt sich diesem Prozeß nicht beikommen: als Personen und Staatsbürger vertreten dieselben Personen weiterhin ihre Opposition gegen Politik und Gesellschaft — auch ein zeitweiliger Theater-, Rundfunk- und Fernsehboykott hat die Unterzeichner des *Manifests der 121* nicht zu Opportunisten gemacht.

Keine Ermüdung also, Erfahrung gab den Ausschlag: Sartres Selbstkritik, die das „reine" Kunstverständnis seiner frühen Jahre als Neurose diagnostizierte, erwies sich als neue, ungleich schwerere Zwangsvorstellung. Seit er den Kunstanspruch freigiebig aufgab, fiel prompt auch der Erkenntnisgehalt seiner Werke gegen Null. Immer notdürftiger verkleiden sie die vorgegebenen Thesen zum vorgezeichneten Ausgang. Um es hart und prägnant zu sagen: statt Kleistschem Marionettenspiel politischer comicstrip.

Nur ein Einzelfall? Ein schlechtes Beispiel?

Aber wo sind die besseren? Als Claude *Ollier* dem exklusivsten Publikum, das sich während des Forums einfand, im Frankfurter Hof diese Gegenfrage stellte, schwiegen Kenner und Experten sich aus, jedenfalls was die Prosa angeht.

Mit dem Theater steht's anscheinend günstiger — obwohl: was hat Bert Brechts theatralische Sendung geändert an den konkreten Verhältnissen? Seine *Dreigroschenoper* belustigte eben jene, denen der Affront galt. Revolte als Boulevardspaß und Delikatesse. Nicht anders erging es Sartres *Schmutzigen Händen*, „in das die gesamte fromme Bourgeoisie Monate lang jeden Abend rannte, um zum Nachtisch andächtig Kommunisten zu verspeisen", wie Claude *Simon* bitter vermerkt. Sartre wie Brecht „lieferten" einer zur Gesellschaft erhobenen Unter- und Halbwelt Feigenblatt und Aushängeschild, verhalfen ihr zum Zug ins Geistige. Man bemächtigte sich der beiden mit wohligem Schauer; ähnlich wie der Faschismus sich der Klassik annahm. Wo Kunst Kulturware wird, verliert der Erzeuger jegliche Verfügungsgewalt über die Verwertung.

Dem reifen und späten Brecht stellte tröstlicherweise sein Künstlertum ein Bein: ob im aufhaltsamen Aufstieg des *Arturo Ui*, dem unabwendbaren Ende der *Courage* oder dem unaufhaltsamen Endsieg des *Galileo Galilei*, immer wieder schlug die Dialektik — der Form oder der Sache? — gegen die programmatische Tendenz der Fabel aus: Mehrdeutigkeit gerade garantiert die Parabel. In Sartres Lehrstücken umgekehrt ist es nicht so sehr die *geschlossene Gesellschaft*, die seine Figuren allenthalben einschließt, als das starre Schema seines Kunstverstands. Was hilft es da, daß er subjektiv so unbestreitbar ehrbar ist?

Bei den anderen Dramatikern, die gern angeführt werden: *Adamov, Gatti, Weiß, Genet, Hacks, Césaire* usw. — liegt es da wirklich anders? Haben sie die Alternative zwischen Kunst und Programm, den Graben zwischen Bühne und Zuschauer, Rolle und Realität tatsächlich überwunden? Ist *Genet* endlich die gesuchte Synthese? Oder die Ausnahme, die keine Regel begründet? Oder ein neuerlicher Gegenbeweis? Vielmehr: Ist Genets Bühnenritual, das den Wahnsinn der Gesellschaft, zugleich aber den Unsinn der Revolution demonstriert (*Die Neger, Die Zofen*) nicht gerade die endgültige Absage an den beflissenen Aktivismus — in der gesellschaftlichen Realität und selbstverständlich in der Kunst?

Wieder so ein Schabernack des Weltgeistes, daß ausgerechnet Sartre es war, der Genet den Weg bereitete, seine Heiligkeit verkündete und uns in seinen Kult einwies . . .

Aber weiter: Kann Dialektik davon absehen, daß der Ruf nach dem ausdrücklichen Engagement der Literatur bei uns ausgerechnet auf Leute zurückgeht, die kaum je in ihrem Leben aktiv Widerstand leisteten, außer daß sie sich hüteten, in der Diensthierarchie des „Unmenschen" den Rang des Gefreiten zu übersteigen? (Ein Kriterium übrigens, das nicht meine Bosheit ersonnen hat, sondern allen Ernstes ein Teilnehmer der Gruppe 47.) Mit dieser Generalklausel erteilten sie sich nicht nur Generalabsolution für das „Vergangene", ihre „Weltabenteuer im Dienst" erhöhten sich unversehens zum Opfergang und Leidensweg — wobei es sich mit dem gleichen Bewußtsein vereinbart, in der Figur Eichmanns, des „Massenmörders auf Befehl", die schlimmste Entartung des Menschentums anzuprangern.

Namens der Bewältigung unserer Vergangenheit hat die deutsche Literatur zwischen 1945 und 1965 faktisch ein zweites Mal vor Auschwitz kapituliert; aber noch immer zieht sie keine Konsequenz daraus. Der geschwätzigen Idylle des Totschweigens folgten Schizophrenie und optimistische Utopie. Und *Adornos* Protestreflexionen gegen dieses stille Einverständnis bis Wohlbehagen müssen herhalten, das alles zu entsühnen . . .

Tatsache also: Wo die „Rufer" der Stunde null sich überhaupt auf Erfahrungen berufen können, da sind es Erfahrungen im *Ertragen* einer Diktatur, nicht der *Gegenaktion*. (Die Rettung des jeweiligen „guten Juden" ausdrücklich ausgenommen!) Sie alle, die den „Waldgang" so verachten, weil der kämpferische Ernst *Jünger* ihn ausheckte, verwirklichten dieses Modell „U-Boot" längst zuvor, ganz spontan und unwillkürlich. Von ihrem Idol *Camus* übernahmen sie nicht die Impulse seines homme révolté, nur die Leidenspose des Sisyphos.

Auch der Rückgang auf die Urheber des „Rufes" vermag die Verpflichtung der Kunst auf die praktische Aktion also kaum zu stützen.

Was die „Jungen" an Zutaten dazutaten, nachdem so viele ihnen so lange gesagt hatten, daß sie etwas zu sagen hätten, ist kaum mehr als oedipale Aggression, der pubertäre Sprachgestus („Primanerlyrik", erkannte ein Verlag wider Willen), der magische Vortrag und die geschicktere kommerzielle Ausbeutung: Protest, weil er Jungen wohlansteht, zweitens wohlankommt, drittens wohl erwartet wird und viertens — Forum hin, Autorenlesung her: weil hier die Gesinnung Kunst ersetzt. Ja, das ist das Praktische an diesem Engagement. Allgemeinplätze zählen aktuell mehr als Sprachschöpfungen (weil die Allgemeinheit sich in ihrer Allgemeinheit bestätigt sieht); littérature engagée verwirklicht sich nur als dürre Programmliteratur und dürftiges Literaturprogramm. Artefakt in jeder Hinsicht. Bekenntnis als moderne Attitüde. Das gilt für die meisten, leider auch schon für Peter *Handke*.

Daneben beschert uns die pluralistische Gesellschaft, wer wollte es leugnen, auch hoffnungsvolle Ausnahmen (Namen tun hier nichts zur Sache) und die unvermeidlichen, meist auch unverbesserlichen *Idealisten*. Doch sollen wir ihrer unschuldigen Einfalt abermals die Verhinderung der Katastrophe anvertrauen, ihrem Ausweg Ethischer Hoch-Kultur, „begründet auf der (!) Urwahrheit (?) und auf dem Gesetz von Ursache und Wirkung (!)"?

An Frankfurts Lichtmasten könnt Ihr sie erkennen. Dort hängt z. Z. ein „Lied der Völkerverständigung und Weltvereinigung — WELT-HYMNE", mit dem ein streng asketisch, vegetarisch, ohne Alkohol und Tabak lebender slowenischer Küfersohn und Schreinergesell „nach autodidaktischen Studien universeller Lebens-, Menschen- und Weltprobleme . . . heiteren Gemüts und menschenfreundlicher Gesinnung . . . die psychologische Friedens- und Zukunftsoffensive . . . schnell und wirksam einleitet!" (Druck und Plattenverbreitung erwünscht!) Nach dem Motto: „Wo man singt und spielt, da lass' dich nieder, böse Menschen haben keine Lieder!"

„Deshalb soll jeder Mensch, ob Mann, Frau oder Kind und ganz besonders die Jugend — denn es geht um ihre Zukunft! — zu jeder Zeit, ob morgens, mittags, abends oder nachts, überall und bei jeder Gelegenheit, unbeirrt und unentwegt, dieses Lied andachtsvoll sprechen und aus vollem Herzen frohlockend in den Äther singen, bis die erhebende und verwandelnde Macht dieses Liedes den Geist, das Gemüt und den ganzen Körper aller Menschen erfaßt und durchdrungen hat, so daß die ganze Menschheit mit ihrer ganzen Existenz im Geiste dieses Liedes schwingt und zur unlöslichen Einheit verschmilzt, so daß sie geschlossen wie ‚ein Mann' dasteht, dann werden sich die Pforten und Schleusen der Himmel öffnen und der Segen des Allerhöchsten und aller Kinder Gottes wird die Welt durch- und überfluten. Dann wird was vollbracht, was man heute noch allgemein als ein ‚Wunder' bezeichnet und das sich kaum jemand vorzustellen vermag. Deshalb: Menschen aller Farben, Rassen und Nationen, legt alle Hemmungen ab und singt die WELT-HYMNE!"

Also:

„Auf ihr Brüder und Schwestern alle,
Reißt die Schranken aller Zwietracht nieder!
Ob Weiß, Gelb, Braun oder Schwarz,
Nur die Sonne gab euch die verschied'nen Farben,
Im Herzensgrunde seid ihr alle gleich!
Im Herzensgrunde . . .
Mit gutem Willen schmiedet feste Bande,
Die euch verbinden zur Einheit der Nationen,
In einem Reiche der beglückten Erde,
Wo Not und Sorgen sind vertilgt für ewig,
Ein Paradies für Mensch und Tier zugleich!
Ein Paradies . . .
In diesem Sinne strebet zu den Höhen,
Das Böse meidend, dem Guten ganz ergeben,
So daß erleuchtet die ganze Welt erstrahlt,
Im Lichte des unsterblichen Gesetzes,
Der ew'gen Ordnung, Harmonie und Ruh!
Der ew'gen Ordnung . . ."

Natürlich ist das lächerlich. Und natürlich glauben nicht alle Protestsänger und -dichter mehr an die Schleußen der Himmel und den Segen des Allerhöchsten. Viele wissen, daß Lieder gerade bei Soldaten sind, und gar nicht immer friedvoll sind, und manche kennen vielleicht auch Werner *Finks* Darlegungen zur begleitenden Blutleere im Hirn . . . Aber das ist unerheblich, die Überspitzung verdeutlicht nur die Fragwürdigkeit der Methode, des Kampfmittels. Kein Moment, das nicht schon im wortstarken „Vorwort" der Kampagne, in Wolfgang *Weyrauchs* Formel gewordener Verkündigung „Mein Gedicht ist mein Messer" zu finden wäre.

Und noch heute gibt es Gefängnisdirektoren, die ihr tiefes Mitgefühl für die ihnen Ausgelieferten dadurch kundtun, daß sie sich poetisch in den Anderen „versetzen". Rollenlyrik als selbst auferlegte Strafarbeit zur Entsühnung des Strafvollzugs. So einfach ist das. „Dasein heißt eine Rolle spielen" — doch das ist barock und Resignation! . . . Und noch heute gibt es Literaten, Emigranten, die den Vorwurf der Wirklichkeitsflucht dagegen tiefbewegt abwehren: diese sentimentalischen Ergüsse *seien* bereits ein Beitrag zur Strafrechtsreform. „Gedicht ist schon Aktion." Hat die illustre Preußische Dichterakademie sich also nur zu spät auf das Wort als Waffe besonnen. Sonst hätte sie 1933 den Nationalsozialismus gleich in Rundfunkansprachen ausgetrieben, wie Thomas Mann es später aus dem Exil dann ja tat?

Ist das ein neuer Stil von Satire, den Robert *Neumann* uns hier vorführt? Oder eine neue Art Selbstkritik? Selbstparodie?

„Sollte der ein *Politicus* sein, . . . der in diesem Schauspiel des gemeinen Lebens eine ide Person zu spilen weis?" (Samuel von Butschky, *Pathmos*, 1677). Diese Frage *ist* eine Antwort.

Und auch das gibt zu denken: die Opposition gegen Faschismus und falsches Bewußtsein

Aufgehängte Kunst

Sonst eher provinziell orientiert und Experimenten abhold, ist der Frankfurter Kunstverein nun zu einer Ausstellung gekommen, die zuerst in Holland, im *Museum von Eindhoven*, gezeigt worden war und der ein guter Ruf vorauseilte.

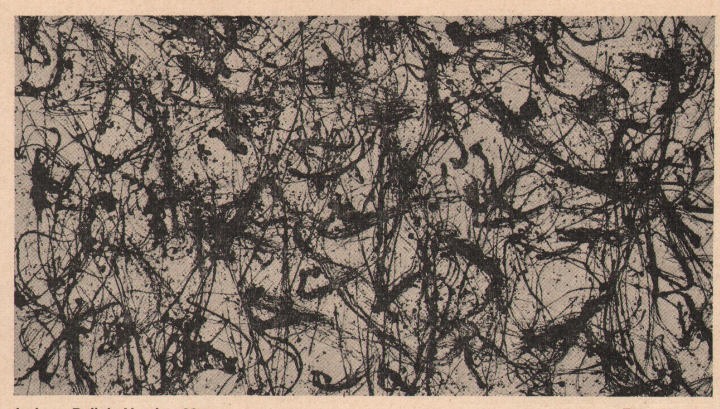
Man durfte also mit Recht gespannt sein auf die Eröffnung im *Steinernen Haus*, sah man dort doch nun seit Jahren die erste Ausstellung, deren Niveau dieser Stadt eigentlich angemessen sein sollte. Aber um es gleich zu sagen, bevor wir auf die Auswahl eingehen, beim ersten Rundgang durch diese Ausstellung packt einen das Entsetzen, das sich dann weiter steigert. Hätte man einen erbitterten Gegner der amerikanischen Malerei beauftragt diese Kollektion, *Kompaß New York* Malerei nach 1945 aus New York, aufzuhängen, er hätte ihr keinen größeren Schaden zufügen können. Selbst wenn man die großen Schwierigkeiten berücksichtigt, die dieses Ausstellungsgebäude jedem bietet, der es seiner Funktion gemäß nutzen will, (es sollte eher als Lagerhalle für Getreide oder Kartoffeln benutzt werden), ist die unsensibele Hängung dieser Ausstellung vollkommen unverständlich.

Hat man im Erdgeschoß noch einen recht guten Eindruck bekommen, durch den sehr schönen *Pollok, Number 32*, aus der Kunstsammlung Nordrhein Westfalen, *Schloß Jägershof*, (Pollok ist überhaupt, so scheint uns, relativ gut mit wichtigen Arbeiten repräsentiert), so trifft einen im ersten Stock der Schlag. Linker Hand befindet sich dort ein langgestreckter Raum mit einer durchgehenden Fensterwand und einem schwarzen Steinpodest an einer der Schmalseiten. Dieses Podest ist sicherlich zur Aufstellung von Rednerpulten, Altären usw. sehr gut geeignet, aber darüber eines der besten Bilder von *Franz Kline* zu hängen *(Riverbed)*, das nur aus einem Schwarz-Weiß-Kontrast lebt, kommt einem Mord gleich.

Daß die Bilder von *Mark Rothko*, deren Reiz in der „nebeligen", ohne Grenzen ineinander übergehenden Farbgebung liegt, gegenüber einer Fensterreihe vom Licht erschlagen werden, hätte man sich denken können. Hier kann man an sehr hellen Tagen beobachten, wie ein Bild einfach verschwindet. Diese Bilder hätten zumindest Milchglasscheiben haben müssen, also diffuses Licht, damit sie wirken können.

In dem großen Raum des ersten Stockes begegnet man den ersten Großformaten, die für die amerikanische Malerei typisch sind. *Lichtenstein, Warhol, Rauschenberg, Johns, Kooning, Motherwell* und *Oldenburg* sind hier untergebracht. Einzig *Kooning* ist mit Formaten vertreten, die eigentlich für ihn nicht die typische Größe haben, sie muten eher (wenn man diesen Ausdruck aus der Musik einmal verwenden darf) wie „Kammerwerke" an. So kann man bei ihm eher die Farbgebung studieren, während die expressive Maltechnik sich nicht so sehr von der europäischer Vertreter dieser Schule zu unterscheiden scheint. Dennoch gehört, wie ich meine, das Bild *„Greece on 8the Avenue"* zu den besten dieser ganzen Ausstellung, gerade weil hier die Aktion, der Malvorgang, der mit ins Bild aufgenommen wird, durch das Format kontrollierter erscheinen muß und die Räumlichkeit der Farbe den vorherrschenden Eindruck abgibt.

Trotz der relativ kleinen Formate aber zeigt sich bei *Kooning* wie bei *Kline* ganz deutlich der gravierende Unterschied zwischen dem *action-painting* und den verwandten Tendenzen in Europa. Hier bleibt die Malerei „gestual". Was die Bilder wiedergeben ist das Ergebnis einer in jeder Phase vom Intellekt kontrollierten Geste *nur der malenden Hand*. Bei den Amerikanern wird dagegen der ganze Körper in Aktion gesetzt, es ist ein Vorgang des sich vollkommen Verlierens in der Aktion, im Malvorgang. Insofern ist das übergroße Format einfach notwendig, um diese Freisetzung an Energie auch entsprechend sichtbar zu machen. Das kann in den kleineren Bildern nur angedeutet werden. Man hätte sich also sicher ein etwas besseres Bild machen können (im Sinne des Wortes), wenn man wenigstens von den Hauptvertretern jeweils eine Arbeit entsprechend vorgestellt hätte. So ist man nur auf Pollok mit einem dazu noch nicht farbigen Bild verwiesen.



Jackson Pollok, Number 32 **Foto: Katalog**

Die Bilder von *Lichtenstein* muten seltsam grau und ohne Strahlkraft an. Wer sonst schon Bilder von ihm gesehen hat, der erinnert sich gerade an die erschlagenden Farben, die hier sehr gedämpft erscheinen. Die Bilder machen einen eigenartigen, grauen Eindruck. Aber das mag zu einem guten Teil an der katastrophalen Beleuchtung dieser Räume liegen. Ist sie am Tage schon völlig unzureichend, so wird es am Abend unerträglich, wenn die Deckenbeleuchtung eingeschaltet wird, die nur die Verschmutzung der Deckengitter hervorhebt.

Jasper Johns, so scheint uns, ist nicht ausreichend mit seinen typischeren Arbeiten repräsentiert. Nur ein Flaggenbild ist zu sehen, gegenüber mehrerer im Stile des „abstrakten Expressionismus". Außerdem ist dieses ein Flaggenbild in die Ecke neben die Reihe Lichtenstein-Bilder gezwängt, so daß es sich kaum zu befreien vermag.

Auch *Rosenquist* ist mit einer Arbeit nicht eben üppig vertreten. Es scheint, daß auf diesem Bild „Balcony" die einzelnen Elemente etwas unverbunden auf dem großen Format stehen. Der eingebaute Spiegel, der den Betrachter mit ins Bild bringen soll, erfüllt seine Funktion nur für Menschen über 1,80 m (siehe Hängung).

Die Malerei von *Warhol* ist mit überraschend guten Beispielen vertreten. Das aus einzelnen formal gleichartigen Elementen, (ein auf Leinwand gedrucktes Foto des elektrischen Stuhls) die aber in der Farbe sich ändern, bestehende Bild *(electric chair)* zeigt überzeugend, daß die Eigeninterpretation von *Warhol*, seine Kunst nehme keine kritische Position der Gesellschaft gegenüber ein, nicht zutrifft. Kaum je ist die Inhumanität des elektrischen Stuhls nämlich so eindringlich gezeigt worden wie in diesem Bild.

Bei *Rauschenberg* wird sehr eindrucksvoll seine Weiterentwicklung der Kollage demonstriert, indem er vorgefundene Elemente so ins Bild einmontiert, daß sie ihren Charakter beibehalten, trotzdem aber in die Komposition integriert werden. Vor allem die Entwicklung, wie sie an den in der Ausstellung gezeigten Bildern von der noch relativ konventionellen Kollage bis fast zum Objekt ablesbar wird, macht diesen Beitrag wertvoll. Aber gerade daß diese Bilder *Bilder* bleiben ist wichtig.

Im gleichen Raum hängen noch einige Kollagen von *R. Motherwell*, die eigentlich aus dem Rahmen fallen, weil sie den Kollagen der europäischen Schule des *„nouveau realisme"* am nächsten stehen. Sie wirken kein bißchen provozierend, sondern für das Auge eines an solchen Dingen etwas gewöhnten Betrachter eher klassisch. Sie haben in ihrer formal wie farblichen Ausgewogenheit sogar etwas ehlektizistisches, das man auch bei den französischen Vertretern des „nouveau realisme", etwa bei *Armand*, beobachten kann.

Im nächsten Zwischenstock kann man dann wieder einen „Hinrichtungsraum" für Kunst bewundern. Der Treppe gegenüber hängen drei Variationen von *Kenneth Noland*, auf die Spitze gestellte Romben mit geometrischen Farbstreifen. Diese Bilder haben eine dominierende vertikale Bewegung und Expansion. Dem wird dadurch Rechnung getragen, daß man sie so aufhängt, daß die beiden Spitzen den Fußboden und die Decke berühren!

Ihnen gegenüber in der Ecke sind eine Reihe Bilder von *Ad Reinhardt* untergebracht, die man gar nicht beachten würde, wenn man nicht vermutete, daß auf einer aufgespannten Leinwand auch etwas sein könnte. Vor allem abends ist die Beleuchtung gerade ausreichend, um die Bilder als solche auszumachen. Reinhardt scheint auch ein Bindeglied zur europäischen Malerei zu sein. Seine Bilder, die Farbuntersuchungen behandeln, wobei die Abstufungen nur um Nuancen differieren, so daß die Farbe fast immateriell wird, erinnern am stärksten an ähnliche Bemühungen der europäischen Malerei. Überraschend dabei erscheint, daß der Eindruck von diesen Bildern trotz der „konstruktiven" Elemente, die Reinhardt verwendet, sehr romantisch bleibt, was wohl daran liegt, daß hier nicht — wie bei *J. Albers* Form *und* Farbuntersuchungen betrieben werden, sondern in die Farbe allzu dominierend erscheint, während die Formen etwas willkürlich anmuten.

Die Objekte, die man der sogenannten *Minimum art* zuzurechnen hat, etwa *R. Morris* oder *D. Judd*, vermögen in dieser Kollektion nicht recht zu überzeugen. Man sieht nicht die Entwicklung zu diesen Objekten oder Bildern. Am ehesten noch bei *Frank Stella*, der mit seinen großen Formaten im obersten Saal hängt und so etwas wie ein Grenzfall zwischen den Tendenzen der *pop-art* und der *minimum art* darstellt. In der konsequenten Anwendung und Weiterführung einer Tendenz der Klassiker der *pop-art*, nämlich den Bildern einen starken „Objektcharacter" zu geben, ohne allerdings das Bild ganz zu verlassen, hat die *minimum-art* ganz zum Objekt gefunden, allerdings nicht ohne wiederum gewisse Methoden der Malerei beizubehalten. So bedingen sich hier und durchdringen sich die beiden Auffassungen. Das hätte man in der Ausstellung aus rein didaktischen Erwägungen mehr herausstellen sollen. Stella trägt diesen Gedanken Rechnung, indem er seine Bilder wie Kästen konstruiert und so einen reliefartigen Eindruck hervorruft, Morris Louis, indem bei ihm die Farbe direkt auf die unpräparierte Leinwand aufgetragen wird und so ohne scharfe Abgrenzung ineinanderläuft. Am besten läßt sich das an dem Bild *„Daleth"* studieren, das aber so in der Ecke hängt, außerdem noch durch zwei große Winkel von *Robert Morris* so eingekeilt ist, daß man es nur von der Seite einigermaßen betrachten kann, noch ein Bild, das für den Besucher verloren ist. Was bleibt also als Gesamteindruck? Tatsächlich ist dies die wichtigste Ausstellung für Frankfurt seit langer Zeit, denn kaum sonst wird einem in Europa Gelegenheit geboten, die amerikanische Malerei so geschlossen dokumentiert zu sehen. Wenn man auch an der Auswahl das eine oder andere auszusetzen haben mag, so sollte man da doch die Schwierigkeiten nicht vergessen, die es macht, diese doch schon recht teuren Werke auszuleihen und zu transportieren. Natürlich ist diese Kollektion nicht vollständig, und kann es auch nicht sein. Daß gerade *Sam Francis* und *Mark Tobey* fehlen (wie ein Kritiker bemängelt) hat einen simplen Grund: beide sind nicht in New York ansässig oder sind dort ansässig gewesen. Tobey hat dort ein kurzes Intermezzo, lange vor 45, gegeben. Außerdem gelten gerade diese beiden in den USA als „europäisch" orientiert und ihr Einfluß auf die neuere amerikanische Malerei wird nicht sehr hoch eingeschätzt. Allerdings fehlen doch einige Namen, denen man gerne begegnet wäre und deren Arbeiten für die amerikanische Malerei nicht unwichtig sind. Zu nennen wären von den „jüngeren", *Jim Dine, Sol Lewitt* oder *Allan d'Arcangelo*. Gar nicht repräsentiert ist in der Kollektion die Richtung der am Zeichen bis zum direkten Buchstaben orientierten Malerei, also von *B. W. Tomlin* bis zu *Bob Indiana*. Auch *Alan Kaprow*, der in Europa als der Erfinder des Happenings, daß hier dann gründlich mißverstanden und umfunktioniert wurde, gilt, fehlt. Es wäre interessant gewesen zu zeigen, daß er sich entgegen der allgemeinen Ansicht nicht vom „Bildermachen" abgewandt hat. Die Ausstellung an sich also kann man nur begrüßen, wenn man allerdings daran denkt, wie sie etwa in Krefeld präsentiert worden wäre, dann drängt sich der Verdacht auf, es wäre besser, der offizielle Frankfurter Kunstbetrieb bliebe in seiner Provinzialität verharren und machte sie nicht durch solche Fehlleistungen am dafür wirklich untauglichen Objekt noch derart offenbar.

Hans-Peter Riese

Fortsetzung von Seite 18

spricht selbst — wie Urs *Widmer* richtig festgestellt, aber unzureichend begründet hat — noch weitgehend die Sprache der Henker. Leitvorstellungen, wie etwa Hans Werner *Richter* sie einleitend im Almanach zum 15jährigen Bestehen seiner Agitprop-Gruppe entwickelt, tendieren mehr zur Demagogie als zur Demokratie. Soweit hier überhaupt ein politisches Modell vorliegt, ist es allenfalls ein vulgär aristokratisches. Die Methode der Revolution von oben, Elitebildung nach eigenem Maß und von eigenen Gnaden — das entspricht bester konservativer Tradition. Wo solche Leitlinien in taktischer List benutzt wurden, gesellschaftliche Umwälzung zu organisieren, brachten sie stets eigene Ziele hervor, verselbständigten sie sich schnell vom Mittel zum Zweck: Diktatur der Diktatur, Stalinismus. Literarisch gesprochen: Aus der genossenschaftlichen Hofführung für das Gemeinwohl entwickelten sich längst vor 1984 die Verwicklungen der „Farm der Tiere". Die Brave neue Welt verwirklicht die aus ihrer naturgegebenen Gleichheit gefolgerte und geforderte gesellschaftliche Gleichbehandlung aller, nur als Gleichschaltung und Gleichmacherei all dessen als, was von der Freiheit in seiner „natürlichen" Ungleichheit bewahrt werden sollte. Dafür soll man sich engagieren?

Daß solche Ungereimtheiten im Theoretischen nicht einfach durch noch so redliche Emotionen zu kitten sind, zeigte, wenn es dessen noch bedurfte, die Vietnamprotestkundgebung im U-Bahnschacht am vorletzten Abend des Forums. Nicht einmal auf die Versteigerung signierter und sonst sinnig beschrifteter Hocker zugunsten napalmgeschädigter Kinder konnte man sich einigen. Der Sprung nach vorn, in die Praxis, demonstrierte nur die Leere, der er entsprang: Mangel an Bewußtheit. „Ich schreib' doch nichts, wo andere ihren Arsch draufsetzen" — dieser schwerwiegende Einwand eines jungen Avantgardisten entkräftete alle vorher vernommene Vietnamephase. Pathos und Moral verkommen schon an der Propaganda.

Da lobt man sich den Rotgardisten und seine Antithese: Bilderstурm. Anscheinend braucht es den, damit ein Sturm aufkommt. Zuviele sehen vor lauter Bildern die Realität nicht mehr. Ist das Bildung? Immer noch besser, Statuen als Menschen den Kopf abschlagen, um die Gesellschaft auf den Kopf, vielleicht sogar auf die Füße zu stellen. Zugegeben: humanistisch ist das nicht, nur humaner . . .

Wolfgang *Maier* hat recht: Der Krieg in Vietnam muß aufhören; selbstredend. Nicht nur, wie er angeschlagen formulierte, damit die Fabrikation „solcher" Vietnamliteratur (für Freund Fried: „Und Vietnam und" war und ist nicht gemeint, wohl aber die Folgen, die das *und* übersahen), aufhört und nicht die Literatur. Auch weil das Engagement gegen den schmutzigen Krieg in Fern-Ost wie einst der Antikommunismus und später die Antiatombombenerregung in dieser Gesellschaft Ersatzfunktionen versieht, Beschwichtigung und Lähmung bewirkt. Das Eintreten für das unkontrollierbar Ferne, über aller Information Abstrakte schwächt den Einsatz für das Nächstliegende; Protest vertritt Politik, Andacht ersetzt Aktion.

Und wo Macht versagt, weil Ohnmacht machtlos ist, wo Evolutionen versperrt und Revolutionen undenkbar sind, da hilft Hamlet auf der Bühne. Er soll es jedenfalls. Angeblich.

Hamlet als Revolutionär? Ein subventionierter Staatsstreich? Der Gedanke besticht und klingt sehr deutsch. Doch auch in unserem Wunderland hält die Praxis sich an pragmatische Gesetze. Der Rumpelstilzchentrick verfängt nicht mehr. Das Schau-Spiel reagiert höchstens noch jene Impulse ab, deren Stau die Chance einer Explosion und Umwälzung birgt.

Ja, so ernst und verrucht ist die Lage. Naivität wird nicht gestattet. „Optimismus im Denken ist kriminell", verschärft Ernst *Fischer* ingrimmig.

Optimismus — das ist der schwerwiegendste Einwand gegen die Phrase von der Magie und Wirkungsmacht des Wortes. Initialzündung ja; aber „geladene Pistolen" sind Wörter nur metaphorisch, Herr Sartre. Darüber kann man sich vom wirklich revolutionären Rotarmisten *und* Literaten *Trotzki* belehren lassen; sein ganzes Schaffen stand unter diesem Zwiespalt.

Das Wort wird nicht Fleisch, wenn kein Demiurg sich findet. Und gerade an dieser Vermittlung, der Übersetzung in Praxis, fehlt es. *Ein* Dutschke macht viel, aber noch keine Revolution. Und nur sie höbe den gesellschaftlichen Repressionsmechanismus wirklich aus den Angeln.

Nur in der revolutionären Situation wäre auch jene Nähe zwischen Wort und Tat erreicht, wo sprachlicher Ausdruck in Aktion umschlägt. Gerade in dieser Konstellation aber, wo Individuum und Masse, soweit überhaupt möglich, ineinander aufgehen, ist für Kunst kein Raum. Die Idee, welche die Massen ergreift, ist bereits Artikulation der Masse durch das Medium der Führer.

Soll heißen: der Ruf nach der Politisierung der Literatur — der erst an der tatsächlichen Umgestaltung der Praxis sich bewiese — ist heute selbst Kompensation eines Verlangens, das zu befriedigen in der Praxis nicht gelang. Keine neue Wunderwaffe des Bewußtseins gegen das schmerzliche Diktat des Seins, sondern Anzeige seiner Wunder*bedürftigkeit*, Indikator realer Ohnmacht. Der apodiktische Anspruch, mit dem dieser Appell gegenwärtig auftritt, erweist ihn geradezu als Apotheose einer Niederlage, als Verschleierung einer Unterwerfung, nach der gutbürgerlichen Verhaltensregel: Freiheit ist Einsicht in die Notwendigkeit — antik hieß das schlichter: saure Trauben moag i net . . .

Das aber ist alles andere als Umsturz, nicht im Bewußtsein, schon gar nicht in der Praxis. Denn je mehr die Praxis verändert werden soll und so „nicht zu ändern ist", desto mehr wird auch die Veränderung aufgegeben, die möglich wäre und nötig ist: die permanente Selbsterneuerung der Kunst, die allein sie davor bewahrt, ganz zur Ware zu schrumpfen. Je vertrackter die gesellschaftliche Wirklichkeit sich gibt, desto trivialer wird in diesem Junctim des Engagements die Literatur.

Die Attacke schlägt als Bumerang zurück. Nicht nur verfestigt jeder gescheiterte Angriff die Herrschaftsposition, verschleißt er Möglichkeiten des Aufstands; schlimmer noch: dem schöpferischen Individuum wird seine Ohnmacht vor der Verdinglichung als unaufhebbar suggeriert. Indem es Kunst als seine subjektivste Hervorbringung willentlich dem autoritären Zustand der Gesellschaft unterwirft, zerstört es durch diese Bindung tatsächlich auch seine Ausgangsbasis und *Außen*position. In bedingungsloser Kapitulation vollstreckt es selbst jene totale Vergesellschaftlichung, gegen die Kunst schöpferisch aufbegehrt.

Totale Vergesellschaftlichung, das heißt auch totale Verzeitlichung. Die Selbstentäußerung dient nicht mehr der Überwindung der Vergänglichkeit, sondern dem Eingehen in sie: Selbstverstümmelung, auch im Geistigen. Der radikalen „Erpressung" durch die Gesellschaft opfert das Bewußtsein auf Sartres Spuren den letzten Spielraum, der ihm blieb. Der bürgerliche Weg zur Freiheit bleibt die Tragödie . . .

„Literatur ist jede Hervorbringung der Sprache, die durch eine ihrer Dimensionen das nur praktische Handeln und die bloße Geschichtlichkeit übersteigt. Literatur ist (demnach) alles, was außerhalb jener Definition liegt, die Jean-Paul Sartre von der Literatur gibt", entgegnete Thierry *Maulnier* auf das Erscheinen der Sartreschen Thesen. Seither ist das nur wahrer geworden.

Was wir brauchen? Nicht engagierte Literatur, sondern mehr Engagement, mehr Kunst, bessere Politik und bessere Gesellschaft, am besten: eine andere Zeit.

Henrich v. Nussbaum

Von der Wirklichkeit der Kunst

Irma Reblitz

„Ich habe nie den Roman geschrieben, der mir vorschwebte, aber paradoxerweise sind die Romane, die unter meiner Feder entstanden (durch jenes bizarre Spiel, das an Tennis erinnert: der Schriftsteller wirft einen Ball, den die Sprache ihm auf unverhoffte Weise zurückschlägt, der Schriftsteller gibt ihn erneut zurück, indem ‚er versucht, dieses Unerwartete auszumerzen oder auszunutzen undsofort) bei weitem und unendlich viel reicher geworden als mein anfänglicher Plan."

In dieser kennzeichnenden Mischung aus Stolz und Bescheidenheit resümiert ein großer französischer Romancier, der noch immer ein großer Unbekannter der literarischen Landschaft ist, sein bisheriges Schaffen: *Claude Simon.*

Bei uns in Deutschland weiß man vorerst nur, daß er zur „Schule" des Nouveau Roman gehört, daß er mit *Nathalie Sarraute, Alain Robbe-Grillet* und *Michel Butor* sogar als Klassiker dieser Bewegung gilt — doch eben dies ist eine wenig erhellende, ja höchst fragwürdige Zuordnung.

Immerhin geriet sein Name damit ins Gespräch. Von seinen neun gewichtigen Büchern (Le Tricheur, 1945; La Corde raide, 1947; Gulliver, 1952; Le Sacre du Printemps, 1954; Le Vent, 1957; L'Herbe, 1958; La Route des Flandres, 1960; Le Palace, 1962; Histoire, 1967) erschienen hierzulande erst vier, und in falscher Reihenfolge: „Das Seil", „Der Wind", „Die Straße in Flandern" und „Der Palast".

Aber auch in Frankreich gehört das Werk des heute Vierundfünfzigjährigen nicht zu den marktgängigen Artikeln. Zwanzig Jahre lang hat keiner der großen Literaturpreise ihn gewürdigt, obwohl das Versäumnis schon eklatant war.

Wenn ihm nun für „Histoire" der Prix Medicis zuteil wurde — der sich bisher allerdings als Starthilfe an junge Talente verstand —, dann ehrt diese Auszeichnung schon mehr den Preis als den Autor.

Simons Romane eignen sich ebenso wenig für Sensationsrummel und Popularität wie der Autor selbst. Zurückgezogen in die eigenen Weinberge nahe Perpignan im Südwestzipfel Frankreichs, begibt er sich nur für die Wintermonate in die lärmende Metropole. Wenn auch nicht jenes tiefe Mißtrauen gegen Mitmenschen von ihm ausgeht wie bei seiner Kollegin Nathalie Sarraute, so entzieht doch auch er sich möglichst aller Gesellschaft. Scheu und dabei selbstbewußt ist er anspruchsvoll im Umgang — ebenso anspruchsvoll wie seine Romane, die den Leser herausfordern, anstatt ihm entgegenzukommen.

Nur wenige Male trat er freiwillig an die Öffentlichkeit. Dann allerdings so unbedingt und um Konventionen unbekümmert, daß seine Stellungnahmen fast wie Explosionen wirkten. Sommer 1963 z. B. entgegnete er auf einer Ost-West-Schriftstellertagung im finnischen Lahti dem Vorwurf der russischen Delegation, der westlichen Literatur mangle die aufbauende Moral: Er verwahrte sich dagegen, den Romancier aufzuwerten zum allwissenden Übermenschen und Propheten, zum Führer und Lehrer der Nation: *„Anstatt von Problemen zu reden, die nach einem Ausspruch Sartres seine Erfahrung weit übersteigen, wäre es da nicht ernsthafter, ja aufrichtiger, wenn der Romancier sich darauf beschränkte, nur von dieser eigenen Erfahrung zu sprechen?"*

Ähnlich zog Simon gegen denselben Jean-Paul Sartre zu Felde, als dieser den Werken Becketts und Robbe-Grillets Verantwortungslosigkeit vorwarf angesichts des millionenfachen Hungertodes in der Welt und seine eigenen rein literarischen Werke als „Neurose" verwarf:

„Wie oft schon wurden ‚moralische' Argumente vorgeschoben von der einen oder anderen ‚linientreuen Partei', um das Talent zu unterdrücken, Mittelmäßigkeit, Unfähigkeit, Schulfuchserei und Dummheit zu verteidigen. Es ist so bequem für einen, der um sein Scheitern und seine Mängel weiß, zu behaupten, er habe sich der guten Sache ‚geopfert', und zugleich gegen jene ins Feld zu ziehen, die er verworren beneidet."

„Eine Welt . . . ohne Kunst", resümiert Simon, *„wäre ebenso albtraumhaft wie ein riesiges Konzentrationslager, gut funktionierend und wohl organisiert, wo die Nahrung reichlich, die Arbeit wenig anstrengend, die Decken warm, die Barackendächer dicht wären und wo keine Menschen mehr hausten, sondern Tiere."*

Claude Simon fehlt eigentlich der Geschmack am Theoretischen. Während jeder seiner drei „Weggefährten" eine Sammlung von Essays und dogmatischen Schriften herausbrachte, enthielt er sich möglichst aller Deklaration, hielt sich abseits von Gruppe und Mode. Er lieferte der „Bewegung" des Nouveau Roman, in die er sich durch die Kritik mehr als durch eigenes Zutun einbezogen fühlt, keinen anderen Beitrag als seine Bücher selbst. Nur gedrängt von den genannten Anlässen, gab er dazu bruchstückhaft einige ganz persönliche Erfahrungen mit dem Schreiben preis. Etwa:

„Ich hatte Lust, über den Krieg zu schreiben. Nicht, weil sich mir daran eine ‚besonders wichtige Idee', sondern einfach und viel bescheidener ein ‚gewisser Geruch' knüpfte . . .

Wenn man das Wort ‚Krieg' schreibt, ist es unvermeidlich, daß es sofort im Geist des Lesers ein Bündel von abstrakten moralischen oder affektiven Vorstellungen hervorruft (der Krieg ist ‚schlecht', ‚absurd', ‚hassenswert' für die einen, ‚männlich', ‚frisch und fröhlich' für die anderen) — Vorstellungen, die wie ein dichter Vorhang die Wirklichkeit des Kriegs verdecken, d. h. gewissermaßen seine Haut, seinen Geruch, das, was er wirklich ist."

Simon ist ganz Künstler, so sehr der Sprache als schöpferischer Kraft ergeben, daß es ihm schwerfällt, ja unsinnig erscheint, Rechtfertigungen auszudenken und Doktrinen aufzustellen. Als man ihn anläßlich der Verleihung des Prix de L'Express um Auskunft über sein Schaffen und sein neu entstehendes Buch anging, wich er verlegen aus:

„Wenn ich eine Antwort geben könnte, dann hieße das, daß mein Buch schon fertig, zumindest schon (sehr) weit gediehen wäre, denn nach Monaten Arbeit an einem Buch weiß ich weniger denn je, was es sein wird (ja sogar, ob es sein wird). Erst von einem bestimmten Augenblick an spürte ich, daß es ‚hält' — so wie bei einer Mayonnaise; und auch hier kann alles noch im letzten Augenblick ‚gerinnen' . . ."

Aus solchen spärlichen Äußerungen kristallisiert sich dennoch so etwas wie eine *Poetologie:*

Simon löst die verfahrene Gegenüberstellung von l'art pourt l'art und engagierter Kunst, die heute wieder allenthalben die Literaturdiskussion beherrscht und in die auch der Nouveau Roman sich verstrickte, mit einer souveränen Wendung: *„In dem Phänomen Kunst steckt ein merkwürdiger Zwiespalt. Paradoxerweise vermittelt Kunst dem Menschen nur in dem Maße etwas ‚Positives', wie sie sich nicht um ihn kümmert. Nie ist sie freigiebiger, als wenn sie völlig egoistisch ist."*

Was im ersten Augenblick als Wortspiel, als bloße Provokation erscheinen mag, enthüllt sich bei näherer Beschäftigung als ein radikaler, fast verzweifelter Versuch, die Kunst gegen Übergriffe und falsche Ansprüche abzuschirmen und Raum für schöpferische Selbstbehauptung freizuhalten. Simon, der bei seinen theoretischen Tastversuchen gern auf die Autorität von Spezialisten oder Nachschlagewerken zurückgreift, stützt sich gegen das Geschrei der Berufsmanifestanten auf einen der führenden Literaturtheoretiker Frankreichs, auf *Roland Barthes.* Auch er trennt zwischen dem Schriftsteller (écrivain) und dem Schreibenden (écrivant): Dem Schriftsteller, der eine *Funktion* erfüllt, Sprache als das Medium seiner Existenz bearbeitet und, wie Simon aus eigener Erfahrung hinzufügt, umgekehrt von ihr bearbeitet wird — und dem Schreibenden, der eine Tätigkeit erfüllt, diese Sprache nur als Mittel für Mitteilung zu politischen oder sozialen Zwecken einsetzt, gebraucht, und wie oft verbraucht, mißbraucht. Demaßen die Welt zu bestimmen und mit Bedeutung auszustopfen, sei Aufgabe von Essayisten, Pamphletisten und Ideologen, nicht aber der Künstler. — Es gibt zu denken, daß gerade die beiden deutschen Dichter, die unserer noch immer apolitischen Nation als Alibi dienen — Heine und Büchner — die gleiche Trennung vollzogen, sich neben ihrem künstlerischen Werk das Feuilleton als Waffe wählten. Also nicht „Aktionslyrik" (Pfempfert), sondern Lyrik *und* Aktion.

Romane oder Dramen, die sich damit begnügen, Helden des Sozialismus oder auch Existentialismus lehrreich zu erfinden oder nachzuzeichnen und in immer gleichen Schemata den Weg zum Positiven zu entfalten, laufen in den Augen Simons Gefahr, nicht nur schnell von der Zeit eingeholt und überholt, sondern genauso konsumiert zu werden wie die als „Rechtfertigungsideologie" gerade verworfenen, zu Herzen gehenden Schnulzen vom armen Mädchen und guten Mann. Diese Art „revolutionären" Schrifttums ändert die gesellschaftlichen Verhältnisse ebenso wenig wie die vorangegangene gutbürgerliche Heide-, Wald- und Wiesenidylle; vielmehr beruhigt und lähmt sie den Leser vollends. Das Klischeedenken verschüttet die Chance zu echtem Erleben, zu Intuition und Selbsterkenntnis. Das Bewußtsein bleibt ewig ein Nachtrag zum Sein. „Dichtung" aber „eilt voraus" (Celan).

Simon hat sich für das Schriftsteller- und Künstlertum entschieden, und damit gegen die Rolle des schreibenden Agitators im Namen und an die Adresse der hungernden Massen, zu der Sartre in geradezu romantischer Verkennung der Realität der Tatsachen aufrief. Er traf diese Entscheidung nicht überheblich, nicht voreilig und auch nicht willkürlich. Der Lauf seines Lebens und der Fluß der Geschichte drängten sie ihm auf.

Als er 1937/38, kaum fünfundzwanzigjährig, sein erstes Buch „Le Tricheur" — d. i. „Der Betrüger" — begann, war er schon durch einige entscheidende Erfahrungen geprägt. Die erste war die Begegnung mit der Malerei und ihr Studium bei *André Lhote* in Paris. Die zweite, gewichtigere, ergab sich zwischen 1936 und 1939 aus mehreren Aufenthalten in Barcelona, der Hochburg der spanischen Linken. Für einen jungen aufgeschlossenen Intellektuellen war diese Pilgerschaft damals nahezu Gebot. Die zeitgemäße Bildungsreise. Wie Anna Seghers, Toller, Koestler, Kisch, Bredel, Klaus Mann, Hemingway, Langston Hughes, Malraux wurde Simon zum beteiligten Beobachter des Bürgerkriegs und einer zusammenbrechenden Revolution, sah Freunde verschwinden und eine Stadt „vermodern". Mehr als 25 Jahre später formte er aus diesen Eindrücken seinen vorletzten Roman, „Le Palace".

Als er jenes erste Buch, „Le Tricheur", schließlich abschloß (1941), hatte er schon sein drittes Grunderlebnis hinter sich: die Anfänge des Zweiten Weltkriegs, die Schlacht an der Maas in Flandern, Gefangenschaft in einem Lager bei Mühlberg, Flucht und Versteck im heimatlichen Perpignan. Auch diese Erinnerungen kristallisierten sich zu einem Roman, zur „Route des Flandres" (1960).

Simon begann traditionsgemäß mit der verfremdenden Verschlüsselung von Erfahrung und Vorstellung zum Schicksal einer Romanfigur, doch im Fortgang seines Werks sprengte er diesen Rahmen für eine unmittelbarere Aussage: Er verselbständigte das registrierende, erinnernde Bewußtsein, konzentrierte sich auf die Kettenreaktion von Impulsen, mit denen das menschliche Individuum Geschichte und Geschick entspricht. Diese „Verinnerlichung" legt den Gedanken an Autobiographisches nahe. Das gilt besonders für „Der Wind", dessen Ort und Fabel ganz persönliches Erlebnis vermuten lassen. Dennoch ist dieses Buch wie auch die folgenden alles andere als Selbstporträt. Nur schimmert hier in besonderer Weise Simons Privatsphäre als Anlaß und Quell seines Schreibens durch.

Der Rückzug auf den Erfahrungshorizont des eigenen Selbst/Ich verstärkt merkwürdigerweise den Vorrang von Geschichte, Umwelt und Gegenstand. Mehr als jede Gesellschaftsanalyse, die — von Methode, Scharfsinn und Klarsicht des Expertens begrenzt — subjektive Behauptung eines vereinzelten Subjekts bleibt, dokumentieren sich in diesen Bewußtseinsprotokollen, fast unpersönlich, geschichtlich-gesellschaftliche Situationen, ihre Widersprüche und ihre Übermacht. Die Beschreibung verschlingt im Vollzug Willen und Willkür des Urhebers: der Autor wird Medium.

Selbst im durchgängig in der Ich-Form sprechenden „Histoire", das von dem ererbten Haus nahe Perpignan und einem Stapel alter Postkarten ausgeht, wird Familiärstes, schonungslos seziert, sofort zum Allgemeinsten, zum Aufriß dieser Gesellschaft, in die der Autor sich hineingestellt findet.

Der frühe Zusammenprall mit Geschichte und Geschick hat Claude Simon endgültig gezeichnet. Wie ein Bannspruch steht „Histoire" über seinem Leben und seinem vorerst letzten Buch. Es scheint, als habe er in wenigen Jahren so viel Welt, Wirklichkeit und Unwirklichkeit in sich aufnehmen müssen, daß es ihn danach in die Einsamkeit drängte, um zu verdauen, zu ordnen, zu verarbeiten. Sein Rückzug aus der Welt und dem direkten Engagement erfolgte also nicht aus einem Mangel, sondern aus einem Übermaß an Beteiligung. Er erlag der überwältigenden Gegenwart der Geschichte, die sich nicht fassen ließ als Reportage, sondern mühsam angeeignet, geformt und vertieft werden mußte im phasenhaft verschobenen Wiedererwecken und Neudurchleben der Erinnerung.

Claude Simon wurde hineingestoßen in das gleiche Weltgefühl, das die gesamte intelligenzia dieser Generation beherrscht — in das Erschrekken über Auflösung, Zerstörung und Untergang; aber er zog daraus eine andere Konsequenz als Klagegebärde oder Rebellion. In diesem Zersetzungsprozeß erkannte er ein globales, unaufhaltsames Geschehen, vor dem ihm der utopische Glaube zerbrach, daß die Selbstermächtigung des Menschen, betriebsame Aktivität und lautstarke Parteilichkeit, die Katastrophe wenden könne. Da blieb allenfalls Bewußtwerdung, sorgfältigste Registrierung.

Fatalität, Einsicht in die Ohnmacht des Menschen von dem Fluß der Zeit und der Geschichte, spricht aus all seinen Büchern. In immer neuen Variationen und von Mal zu Mal unentrinnbarer und „unmenschlicher" vollzieht sich vom „Tricheur" bis hin zu „Histoire" ein langsamer Zerfallsprozeß. Parallel zum Vergehen der Natur und zum Ereignis des Krieges, das — „Le Vent" ausgenommen — alle Romane untermalt oder beherrscht, löst die „agierende" Figur sich auf. Selbst die Person des Autors transformiert sich in die Reflexe dieser disparaten Welt, behauptet sich nur als der unbändige Wille zur Ordnung. Vielleicht ist diese grübelnde Ergebung ins Fatum, die nicht mehr nach Selbstbestätigung, sondern nach Selbsterkenntnis sucht, die einzig mögliche Befreiung, die ihm und uns offensteht.

Bis zur seltsam beteiligenden Erzählung „Der Wind", die das Spätwerk einleitet, geht es ihm um den Willen eines Einzelnen, der an den Umständen zerbröckelt. Während im ersten Buch die sich selbst betrügende Titelfigur darum ringt, wach, bewußt und eigenmächtig ihr Leben zu gestalten und schließlich kraftlos zurücksinkt in den Fluß der Ereignisse, kämpft Montès im „Wind" um das Recht, in jenem kleinstädtischen, vom Bergwind zerzausten Perpignan zu bleiben, wohin eine Erbschaft ihn unversehens verschlug. Doch seine hilflos skurrile, dazu noch gutmütige Art reizt seine neue Umgebung: er wird ausgestoßen.

Mit dem folgenden Roman „L'Herbe", „Das Gras", vollzieht sich spürbar ein Bruch: das persönliche Schicksal verliert seine Einmaligkeit und Tragik, wird Spiegelbild, lächerliches Echo des Zeiten- und Naturlaufs. In eindringlichen Bildern schildert Simon den friedlichen oder dramatischen Verfall des menschlichen Körpers: Er spricht aus dem „lebenden Leichnam" der alten Tante, der von den Stunden buchstäblich zernagt wird, er steckt in dem aufgeschwemmten Wanst von Pierre und in seiner aufgeputzten, dem Suff ergebenen Lebensgefährtin.

Ihren Höhepunkt erreicht die Vision vom Zusammenbruch dann im „Palast" — wo überall in einem Barcelona-Nirgendwo Verwesung lauert — und Simons Zentralwerk „Die Straße in Flandern". Zehnfach wird hier das Thema durchgespielt:

Mit der *Militärhierarchie* fällt auch die *Gesellschaftsordnung, technisches Material* wie *menschliche Körper* zersetzen sich, und auch die *kosmische Ordnung* löst sich auf in der beschleunigten Zerrüttung durch Regen, Frost und Brand; die *Institutionen* der Familie und Ehe werden durch Seitensprünge fadenscheinig; die *Genealogie* zersplittert in Klatschgeschichten und Fehltritten. Auf der Flucht und in Gefangenschaft zerbricht schließlich die Gliederung von *Raum* und *Zeit*, löscht sich die *Persönlichkeit* aus.

Simon ist über diesen Erfahrungen nicht zum Pessimisten oder Atheisten, aber zum wissenden Agnostiker geworden:

„. . . da uns nichts die Behauptung gestattet, daß die Welt sinnhaft oder absurd ist — außer Stellungnahmen a priori —, warum sollten wir dann nicht versuchen, uns abzufinden mit der übrigens auch noch recht relativen Gewißheit, daß die Welt ganz einfach ist?

Für meinen Teil gestehe ich, daß ich nicht weiß, was die Welt bedeutet, daß ich nicht weiß, wohin sie geht. Ich weiß auch nicht, wohin der Mensch gehen soll. Alles, was ich weiß, ist, daß die Welt sich bewegt, daß sie sich unaufhörlich wandelt, daß Leben eine Art ständiger Bewegung, ständiger Revolution, ständigen Zerstörens und Aufbauens ist, daß, was gestern wahr war, heute nicht mehr zählt, und daß unter solchen Bedingungen das einzig Gültige, wie mir scheint, ein ständiges Bestreiten und Infragestellen der anerkannten und etablierten Strukturen und Formen ist, seien sie sozial oder künstlerisch…"

Wenn *Nathalie Sarraute* meint, der Roman sei durch das zähe Festhalten an überholten Techniken zur ars *minor* geworden, dann ist schon von daher Claude Simon ein *großer* Romancier. Denn kaum einer hat so mit allen Formgesetzen und Stiltraditionen gebrochen wie er.

Mehr und mehr wird die Fabel abgebaut, bis sie schließlich nur noch ein fast unkenntliches Gerüst für die wuchernde Fülle der Gedanken und Bilder abgibt. Seit „Der Wind", mit dem er nach Meinung der Kritiker zur Nouveau-Roman-Gruppe stieß, lösen sich auch die Sätze auf; sie fließen halbfertig ineinander über, werden von riesigen, in Klammern gesetzten Gedankenschüben gesprengt oder mühsam zusammengehalten durch eine weniger logische als provozierende Satzzeichen- und Kapitelstruktur. Jede Sprachfreiheit, jede Assoziation, jede vielsagende Zweideutigkeit und Argotspielerei ist erlaubt, jedoch streng eingebunden in den nicht enden wollenden Fluß der Erzählung. Vor allem aber werden Zeitenfolge und Raumgrenzen aufgehoben. In der Erinnerung nämlich ruht für Claude Simon, wie auch für Proust, alle Wirklichkeit des Menschen und damit der Literatur — weil wirksam und bestimmend nur das bleibt, was das Gedächtnis aufbewahrt, was es in Sprache wieder- und neugewinnt: vergegenwärtigt. Gedächtnis ist die einzige Macht des Ohnmächtigen, es öffnet Zeit und Raum. Aus der totalsten Bedingtheit stößt es zur Freiheit vor, nicht hybrider Eigenmacht, sondern einer Eigengesetzlichkeit. Von Gedanken verformt, in Sprache eingebunden, von der Überlieferung der Sprache kontrolliert, verkörpert Erinnerung jene subjektivste Entäußerung, die wir objektiv nennen, wahrhaftig und wahr.

So vollzieht sich bei Claude Simon ein dialektisch-künstlerischer Prozeß, in dem schließlich Realität, Erinnerung und Sprache ineinander aufgehen — zu einer neuen, „reineren", intensiven Wirklichkeit: Dichtung.

---

anagogisch

Wenn ein Assistent der Universität autonome Texte verfaßt, ist das als ein Versuch anzuerkennen, sich den Abhängigkeiten, denen er unterworfen ist, zu entäußern. Der Titel „anagogische modelle" erhebt den Anspruch, von den bestehenden Verhältnissen noch nicht abgerichtet zu sein. Demgegenüber ist festzustellen, daß die Texte, was den Sprachgestus anbelangt, an ein Buch „Minima Moralia" erinnern, verfaßt von dem Doktorvater des Dichters. Weder das andere Format des Einbandes noch die mittelmäßigen Serigrafien von Wolfgang Rost leisten eine Distanzierung von dem Vorbild.

Nimmt man an, dieses sei nicht beabsichtigt, so findet man Einfälle vor, denen es um eine Nuance besser gelingt, sich von dem Systemzwang der abendländischen Philosophie zu befreien. Es wird unbeschwerter formuliert, Symptome unserer Gesellschaft werden konkreter geschildert, die allgemeinverbindliche Bedeutung entfaltet sich immanent im Einzelnen. Das Einzelne ist tatsächlich nicht auf ein Allgemeines hin und auch nicht als Negation abgerichtet. Es zeigt Widersprüche, stört die logische Konstruktion von Anschauungen, nicht zuletzt jene, die sich als Dialektik ausgeben. Gegenüber der Philosophie die Texte als „anagogische modelle" zu bezeichnen, ist zu akzeptieren, nicht jedoch gegenüber Dichtung als Dichtung. Dichtung erhebt keinen unmittelbaren Wahrheitsanspruch, insofern wird sie nicht betroffen. Ihre Initiative entfaltet sich innerhalb der Sprache. Inwiefern diese Wahrheit formuliert, das zu untersuchen ist Aufgabe der Interpretation in Prosa. Die gebundene Sprache der Texte ist wie die Illustration durch orginale Serigrafien und wie das Format des Bandes als Aufmachung zu werten, die die „anagogischen modelle" nicht nötig haben dürften.

S. B.

„anagogische modelle"
von otwin massing
mit sechs orig. serigrafien von w. rost
atelierdruck w. rost, koblenz
80 numer-exemplare, sign. DM 50,—

Gestatten: Rolfs, Buhmann

I

Zu Frankfurt am Main, in den ehrwürdigen Gemäuern des Karmeliterklosters, wird, wer so verwegen ist, die Stufen in den düsteren Keller hinabzusteigen, das „Satirische Theater ‚Die Schmiere' " finden, das, wie ebendort zu lesen: „Schlechteste Theater der Welt."
Ein Kabarett — im Keller, dadurch allein noch nichts besonderes, das weil: an den Heizungsrohren, die, unverkleidet, den Raum durchziehen, die sonderlichsten Gebinde hängen, selbst Stühle an der Decke, unten: alte Sofas und wackelige Bänke, der Vorhang: ein Stück Pappe an einem Strick, und nur, weil so bezeichnet, als solcher kenntlich.
Dieser Raum weckt sogleich die Erinnerung an die Zeit der kalten Füße, nach 45 ff, Eintritt: 3 Bricketts. Die Einrichtung ist, hier und da aufgelesen, zusammengewürfelt: sie soll wohl auch demonstrieren, daß hier einer den Schritt in die sogenannte Wohlstandsgesellschaft nicht gegangen ist, sie soll gleichzeitig im Besucher die Reminiszensen an eben jene Zeit anklingen lassen. Sie ist, so, Relikt vergangener Tage, oder — dem Wohlstandsbürger-Besucher aus dem Munde gesprochen: — „originell".
Dort unten residiert RUDOLF ROLFS, Theaterleiter seines Zeichens, Autor eines jeden dort gesprochenen Wortes, Schriftsteller, wie er sich nennt, und neuerdings, wohl nebenberuflich: Buhmann.

II

Der so Benannte brachte nämlich vor einigen Wochen sein, wenn man sich auf die beigefügte Bibliographie verlassen darf, zwanzigstes Buch heraus: „Ich, ein Buhmann."
Dieser Titel ist sowohl programmatisch als auch, in noch stärkerem Maße, charakteristisch für das Selbstverständnis des Autors, der damit Intentionen in sein Werk projiziert, denen er nicht gerecht werden kann.
Seinem Text geht eine Sammlung von Zitaten voran, die belegen soll: welch „böser Wolf" hier „Brennesseln im Blütenbeet des deutschen Kabaretts" mit „Salzsäure literweise verspritzt", qua Buhmann. Diese Zitate sollen ihm gleichzeitig attestieren, daß er, „Ersatz für eine nicht mehr existente ‚Fackel' ", ein „Rabiatdemokrat" ist — „in der Ablehnung gegenüber unserem heutigen Staat".
Wir wollen im weiteren sehen, was es damit nun auf sicht hat: auch mit dem Buhmann, den er doch so gerne abgeben möchte. Wahrscheinlich glaubt er, daß mit dem Finger auf ihn gezeigt, daß über ihn schlecht gesprochen wird, weil er sich seinen Mund verbrennt, weil er — realiter — sagt, was er denkt. Leider aber mehr sagt als denkt. Zwanzig Bücher, die sich allesamt mit der bundesdeutschen Wirklichkeit beschäftigen, so auch das vorliegende, das neben dem Programm: „Sie nennen das Mädchen einfach ‚Paul' " noch Glossen und Kommentare enthält.

III

Wer nun hier, beim vorliegenden Buch, ironisch-distanzierte Betrachtungen über die bundesrepublikanischen Verhältnisse erwartet, der wird sich gar arg getäuscht sehen. Denn genau das ist Rolfs' Sache nicht: er sagt, was er sagen will, direkt. Er verzichtet darauf, mit dem Wort, der Sprache zu enthüllen, was die Verhältnisse verschleiern, und will, statt dessen, Fakten sprechen lassen, will dokumentarisch und authentisch sein — und sich dabei zugleich den Anstrich von Wissenschaftlichkeit und Objektivität (wie er es sieht) geben. Denn „wie sagte Zolloberinspektor Fleischer? ‚Monatlich werden etwa 300 000 Briefe geöffnet' " (S. 131), und „der Zollsekretär Fischer: ‚Natürlich werden auch Privatbriefe gelesen' " (aaO), oder: „Es gibt 57 Großstädte", „Kleinrinderfeld über Würzburg hat die Postleitzahl 8702" (S. 122), „79% aller Haushalte besitzen einen Staubsauger" (aaO), „Es gibt in der Bundesrepublik 72,9 Millionen Hühner" (aaO) u.ä.m.
Das ganze Programm besteht aus Fakten, statistischen Daten, Dokumenten, Umfragen und Zitaten, alles ist nachprüfbar: angefangen bei der Kindererziehung über „Persien" bis hin zu „Vietnam". Die wenigen Stellen, deren geistiger Urheber Rolfs allein ist, sind, wie am folgenden Beispiel zu erkennen, leicht auszumachen:

„ + Major Miller, was haben Sie gesehen im Weltraum?
O Sie werden es nicht für möglich halten: ich habe Gott gesehen!
+ Sie Idiot, denken Sie für einen solchen Quatsch geben wir Milliarden aus? Sagen Sie lieber, wie wirkt sich die 3 Hf-Strahlung auf den Aluminiumgürtel aus!" (S. 112 f)

Der Verzicht auf die Sprache als Mittel der Decouvrierung verschleierter Tatbestände hat, fast schon peinliche, Folgen. Besonders auch deshalb, weil Rolfs eben selten versäumt, darauf hinzuweisen, daß er (und damit „Die Schmiere") eine Sonderstellung im deutschen Kabarett, ja im Kabarett überhaupt einnimmt. Kabarett ist ihm eine ernste Sache, das Gewand des Hofnarren, das er abgestreift zu haben meint, ein rotes Tuch. Er will kein Vergnügen produzieren, keine Unterhaltung liefern, er will anderes und mehr — mehr als das Kabarett überhaupt zu leisten vermag: seine Intentionen zielen in etwa auf das, was unter dem Begriff der kritischen Gesellschaftstheorie gefaßt ist. Ihm ist durchaus einzuräumen, daß er den Rahmen des Kabaretts gesprengt hat, formal und inhaltlich, und: daß er anderes als übliches macht. Voreilig aber wäre, daraus die Folgerung zu ziehen, daß die ihm nachgesagte und von ihm selbstbezogene Stellung seiner wirklichen Position entspräche.
Fakten allein, und selbst in Haufen, sagen noch nichts über die Verhältnisse, in denen sie stehen, sie bedürfen allemal, um relevant zu werden, eines Kontextes. Will man das, was ist, erkennen, dann darf man bei der bloßen Deskription nicht stehenbleiben.

IV

„74% aller Väter in unserem Land schlagen ihre Kinder! Daran erkennen Sie, wie sinnlos das ist, was wir hier vorhaben: Ein deutsches Publikum aufzufordern, auf die Barrikaden zu gehen für Toleranz, Humanität und Frieden . . . Denn: 74% aller Väter in unserem Land schlagen ihre Kinder! 74% aller Väter haben ohnehin nicht das Recht, Gerechtigkeit zu verlangen, da sie selbst Wehrlose prügeln!" Man höre: „Haben ohnehin nicht das Recht, Gerechtigkeit zu verlangen, da sie selbst Wehrlose prügeln!" (S. 90 f) Gleich hier in dieser Szene, am Anfang des Programmes, zeigt sich, wohin der Hase läuft, zeigt sich eine Harmlosigkeit, die als solche schon wieder gefährlich ist: wenn die tagtäglich Geprügelten dafür verantwortlich gemacht werden, daß sie selbst wieder prügeln, dann erkennt man die Opfer für die Schuldigen, dann verkehrt man Ursache und Wirkung: denn erst als von den Verhältnissen Geprügelte werden sie zu Prügelnden. Sie reproduzieren nur das Leiden, das ihnen zugefügt wird. Und Rolfs macht sie hier, aber beileibe nicht nur hier, dafür verantwortlich.
Es wird nun einsichtig, welche fatalen Folgen Rolfs' Methode hat: die Deskription dessen, was er für die Wirklichkeit hält, wird unter dem Etikett der Analyse verkauft.
So schreibt er auch: „Das Grundgesetz, für den mündigen Staatsbürger konstruiert, erwartet von ihm, seinen Willen in die Tat umzusetzen." (S. 21) „Ein jedes Volk hat seine Hautevolee, die es verdient." (S. 13) Oder: „Der Bürger: Wenn ich in meinem Ledersessel sitze, es mir schön gemütlich gemacht habe und in der Zeitung von Verbrechen, Taxifahrermorden . . . und Erdbeben lese . . . Ja, dann bin ich glücklich."

V

Solche Kritik verkehrt sich in ihr Gegenteil. Sie ist geradezu gefährlich, aber nicht, weil sie — wie so vieles, was unter dem Namen von Kritik läuft — affirmativ ist. Sie ist es deshalb, weil sie im Gegensatz zu ihrem Anspruch: Negation zu sein (Das Programm hat den Untertitel: „Eine Szenenfolge zersetzender Satire"), die bestehenden Verhältnisse zu bewahren trachtet. Rolfs, der vorgibt, den Schleier, der von den Herrschenden über die Verhältnisse gelegt wurde, zu zerreißen, produziert einen neuen. Er verschleiert wiederum das, was er kritisch darzustellen bemüht ist. Damit unterscheidet er sich nur der Intention nach von denen, deren Interesse es ist, das, was ist, so zu erhalten, wie es ist.
Rolfs, der Buhmann zu sein glaubt, ist, wenn auch wider Willen, nur Handlungsgehilfe derer, die ihn, nach seiner Meinung, zum Buhmann machen wollen.
Anhängsel zur freundlichen Aufmunterung:
Rolfs schreibt: „So geht das nicht weiter! Die DDR muß auch ihr Fett abbekommen . . . Wieso Fett?", fragt sein Gegenspieler: „Der Butterverbrauch in der DDR soll höher sein als bei uns." Das ist fraglos richtig. Nur muß dazu noch gesagt werden: daß in der DDR Margarine ungenießbar ist.

W. Martin Lüdke

Rudolf Rolfs: Ich, ein Buhmann
Mit Illustrationen von Kurt Halbritter
Frankfurt am Main 1967,
Röderberg-Verlag, DM 5,40

Gemanagte Kunst

Eine Ausnahme von der sonst eher an der Provinzialität der deutschen Kunstgeschichte orientierten Ausstellungspolitik des Frankfurter Kunstvereins bildet die gegenwärtig gezeigte Zusammenstellung „Kompaß New York", die aus Eindhoven übernommen wurde.
Die Bilder dieser Ausstellung, gesehen im Zusammenhang mit den Informationen über den Kunsthandel in New York, bieten Ansätze für eine Einstellung, die nicht in Vergangenheiten stecken bleibt.
Das Buch eines Wirtschaftsjournalisten analysiert die Vorgänge zwischen Künstlern des „abstrakten Expressionismus" und des „neuen Realismus" bzw. der „Popart" einerseits und dem Management von Kunst andererseits. Dabei gelingt der Nachweis, daß keine der beiden Richtungen amerikanischer Kunst mittels Manipulationen des Handels durchgesetzt worden sind. Der Prozeß, welcher zur Anerkennung der Werke eines Pollock wie Rauschenberg führte, beinhaltet ein wechselseitig sich bedingendes ideelles Engagement von Künstler, Galerist und Sammler. Wirtschaftlich die schwächsten Faktoren sind die Galerien. Künstler, die sie durchgesetzt haben, wechseln zu besser florierenden Institutionen. Das Geschäft eines Galeristen ist in den meisten Fällen so unrentabel, daß die Galerie hoch verschuldet und oft sehr abhängig von Künstlern wird, die sich gut verkaufen. Das größte materielle Risiko haben die Galerien zu tragen, die Künstler wie eh und je hauptsächlich das ideelle.
Es wird als Irrtum dargestellt, Sammler kauften hauptsächlich Kunst, um zu spekulieren. Als Motiv spielt auch das Prestigebedürfnis eine sekundäre Rolle. Die Werke erscheinen ihnen in den meisten Fällen als ein unentbehrlicher Bestandteil ihres Lebens, so daß sie sich in einzelnen Fällen sogar weigern, Bilder für renommierte Ausstellungen auszuleihen.
Diese Ergebnisse eines Forschungsauftrages decken Fakten auf, die Vorurteile über die Allianz von Kunst und Management widerlegen. Unbequem kann die Lektüre dieses Buches für jene werden, die es nötig haben, ihr Desinteresse mittels der Unterstellung, die Bedeutung der modernen Kunst sei manipuliert, zu rationalisieren. Wie jedes Buch, das von Kunst handelt, versucht sich auch dieses an der Analyse der Kunst als solcher. Aus Befragungen einzelner Künstler zu schließen, die Popart verhielte sich gegenüber dem Prozeß, als Kunst anerkannt zu werden, gleichgültig, scheint insofern falsch, als z. B. Fleischattrappen von Claes Oldenburg nicht zuletzt dadurch provozieren, daß sie in Galerien ausgestellt werden. Dadurch verändern sie allerdings den Begriff von dem, was Kunst sei. Ebenso falsch scheint es, zu behaupten, diese Attrappen implizierten eine unkritische Einstellung zur Wirklichkeit. Ein Fleischer, der diese Stücke in sein Fenster legen würde, betriebe damit eine Antiwerbung für seine Ware.

Siegfried Bartels

Willi Bongard
Kunst und Kommerz
Gerhard Stalling Verlag, Oldenburg
272 Seiten, DM 26,—

Für Liebhaber

Ein besonderer Reiz von bibliophilen Ausgaben, die in kleiner Auflage, meist numeriert und signiert erscheinen, ist die Aufmachung. Was bei den als Massenkonsumartikel angelegten Büchern der großen Verlage entweder nicht für nötig gehalten wird, oder aber bewußt unterschlagen, eine für das Auge befriedigende Ausstattung, das kann der Hersteller eines solchen Buches mit aller Sorgfalt und Liebe leisten. Daß dabei oft Grafiken und Texte zusammengestellt werden liegt wohl daran, daß man erstens den Wert der Bücher erhöhen möchte, dann aber auch mit den Bildern eine typografische Untermalung der Texte anstrebt. In den meisten Fällen geht so etwas nicht gut. Entweder überwiegen die Grafiken, oder sie werden neben sehr guten und fesselnden Texten bedeutungslos. Wenn in dem oben besprochenen Buch von Ottwin Massing die Grafiken so unerträglich dominierend wirken, dann liegt es eben daran, daß das Verhältnis zwischen Text und Grafik einfach nicht stimmt (übrigens auch in der Qualität). Eine sehr glückliche Synthese ist in dem kleinen Büchlein von Manfred Günzel (Gedichte) und Shmuel Shapiro (Holzschnitte) gefunden worden. Das Bändchen muß ein bewegtes Schicksal haben, denn laut Impressum ist es 1961 gedruckt, kommt aber erst jetzt auf den Markt. Das ist sehr schade, denn typografisch ist es ein Musterbeispiel, wie man so etwas machen sollte. Shapiro hat kleine Holzschnitte in dem Buch, die wie Miniaturen anmuten, von einer sehr differenzierten und fast möchte man sagen „lyrischen" Farbigkeit, die auf den Seiten einen Anziehungspunkt für das Auge bilden, ohne so dominiernd zu werden, daß die Texte dadurch in den Hintergrund gedrängt würden.
Diese „Bildchen" korrespondieren auf eine seltsame Art mit den Gedichten von Manfred Günzel. Bei oberflächlichem Lesen könnte man glauben, hier hätte sich jemand an neoromantischen Vorbildern versucht und seine lyrischen Bilder aus einer Erfahrungswelt bezogen, die nicht mehr die unsere ist. Erst bei intensiverem Lesen begreift man, daß es mit diesen gereimten Vierzeiler-Versen etwas besonderes auf sich hat. So glatt und eingängig sie zunächst durch ihren Rhythmus und die Reime wirken, an manchen Stellen stutzt man unwillkürlich, weil man glaubt Bekanntes zu lesen. Damit ist man der Methode auf der Spur, in der hier gedichtet wird. Günzel bezieht seine lyrischen Metaphern und Bilder tatsächlich nicht aus der realen Umwelt, sondern über den Umweg der Dichtung. Er braucht Geschriebenes um darüber reflektierend Gedichte zu schreiben. Dabei scheint es uns, als wenn die Gedichte ihm am besten geraten wären, in denen er es nicht mit der unmittelbaren Realität zu tun hat. Die drei Liebesgedichte am Schluß des Büchleins sind die am wenigsten überzeugenden.

hpr.

Manfred Günzel, Shmuel Shapiro
10 Gedichte, 10 Holzschnitte (signiert)
Verlag, galerie renate bonkes
Ffm., Oberweg 42 / DM 70,—

Lyrik-Preis

EIN LEONCE- UND LENA-PREIS FÜR LYRIK wird in Darmstadt ausgeschrieben: jeder, der in deutscher Sprache Gedichte schreibt, kann sich beteiligen; ausgenommen Autoren, die schon Lyrik-Bände veröffentlicht haben; nur ungedruckte Gedichte werden erwartet. Das (nach Ansicht des Jurors Wolfgang Weyrauch) beste Gedicht wird mit DM 1000,— honoriert. Einsendeschluß: 15. Februar 1968; Würdigung, Lesung des Autors aus seinen Gedichten. Preisverteilung: 15. April 1968; Manuskripte nach Darmstadt, Alexandraweg 5, Weyrauch. Die Hessische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Darmstadt (HEAG), stellte das Geld zur Verfügung.

Kursbuch 11 1968

Revolution in Lateinamerika

Peter Weiss: Che Guevara

Imperialismus und kapitalistische Entwicklung in Lateinamerika

Der bewaffnete Aufstand

Internationaler Kontext: China, Kuba, Vietnam

Interview mit Douglas Bravo

Fidel Castro: Rede vom 13. Mai 1967

Antwort der Kommunistischen Partei Venezuelas

Dossier: Lateinamerikanische Annalen

Hans Magnus Enzensberger: Berliner Gemeinplätze:

Suhrkamp

Rauschgiftjugend röchelt noch

Ulf Mathiesen

Nahezu alle deutschstämmigen Blätter — unter ihnen auch Pardon, Konkret, Spiegel — mußten unbedingt mit kleinen, vor Aufregung schwitzenden, weißen Händchen in einem Pott mitmischen, den die greise abendländische Kultur mit „Death-Danger-Drugs-And-Dirty-Kids" hatte beschriften lassen. Schmuddelfingerchen griffen tüchtig heraus, plantschten ordentlich hinein, kochten die abgestandene Brache nochmal auf und fanden (Oh Graus!): „DEN HIPPIE", der da ist: Geschlechtskrank; ohne lebensfähige, vereinende Philosophie; tot; Mörder; Polizeiärgerer; Dieb; doch kein freier Mensch; Parasit; seit letzter Woche ohne Timothy Leary, den Leader; Gruppenorgasmus-auf-dreckigen-Matratzen-Macher und natürlich und vor allem RAUSCHGIFTSÜCHTIG.[1])

Pendant zu diesem totalen Zusammenbruch schon des bloßen Benennungsversuches sind die ungelenken Kraftakte, die Amerikaner sich selbst bei seiner Ableitung aufhalsen: Fernsehmüdigkeit; soziale Anpassungsschwierigkeit; Huxley; Generationenproblem; Kritikastertum; Pillensucht innerhalb einer Pillengesellschaft; Borroughs; der verderbliche Hang zu einer Untergrundgemeinschaft jugendlicher Androgynen; Gier nach totalen Körpergenüssen und Entfremdung reichen sich die Hände zum Erklärungsringelrein. (Ähnlich clever Winkler in „Pardon": „Was ist das, ‚Underground'? Zu gut deutsch heißt das ‚Untergrund'.")

Um überhaupt über die Symptomebene hinauszugelangen, sollten wenigstens kurz die Definitionsprozesse, in denen „Parasitäre Jugendgruppen" da zuallererst durch die Gemeinde der Gerecht-und-Billigdenkenden gestempelt werden, in ihrer Entwicklung seit den 50er Jahren in den USA verfolgt werden.

Heroin- und Opiumsucht, seit Anfang dieses Jahrhunderts ein Negersubkulturproblem 1. Ranges in den großen amerikanischen Slumgegenden, entließ den Idealtypus des „black cool cat" auf beständiger Suche nach „Kicks" in Form von Rauschgift, Jazz, Mädchen.[2]) Um 1955 soll es, das jedenfalls ist die These Norman Mailers („The White Negro"), zu einer stimulierenden Verbindung des „black Hipsters" mit dem weißen, bärtigen „Beatnik" gekommen sein, und als Hochzeitsring diente Marihuana. Nachträglich erweist sich jedoch dieser Typ als den gigantomachischen Angstträumen eines weißen Mittelklassegehirns von „Dem Edlen Wilden" entsprungen, dessen Sexualpotenz ihn dem weißen Außenseiterkumpanen haushoch überlegen machte. Literaturmanager zogen förmlich die jungen Schwarzen wie Le Roi Jones, Baldwin, Ossie Davis aufs Literaturpodest. Jedoch Pardauz, Baldwin (im Esquire) war der erste, der der Mailerschen Hip-Konstruktion ihre Sexualitätsthese und etliches sonst ungebraucht zurückwarf, Black Power stahl bald darauf auch den nicht mehr benötigten Hochzeitsschleier dieser kongenialen Vereinigung. Die Konstruktion ‚des' schwarz-weißen Hip-Bohemian ging in der gleichen galoppierenden Schwindsucht unter wie Greenwichvillage — New York den Heerscharen der Mittelklasse-Schaulustigen erlag, „aber der soziale Riß blieb".[3]) Der „Hippie" bimmelte mit seinen Glöckchen an Hals-Nasen-Ohren seinem Vorgänger endgültig St. Nimmerleinstag, trug aber, wie noch zu zeigen, diese Spannung als Erbe weiter fort.

Am Exempel New Yorks läßt sich auch geographisch die Flucht der „New Bohemia", der „Combine Generation" (Titel eines Buches von John Gruen, N.Y. 1966) aus der vom Establishment geschluckten Greenwich-Village in die Elendsviertel der „East-Village" um die Bowery, in den „Underground" verfolgen. Hier fand sich dann als harter Kern einer ganzen Bewegung für kurze Zeit ein skuriles Sammelsurium heute weltbekannter Künstler: Cage — Moorman — Warhol — Maciunas — La Mama — The Fugs — Die Evo-Leute etc. Happenig, Elektronische Musik, Undergroundfilm, Off-off-Broadway-Theatre gehören in diese Szene wie die Fugs „New Yorks most way-out electronic raga-rock nerve-thrill company". Ihr Chef, Ed Sanders, gibt in seinem „Peace Eye Book Store" das tonangebende Magazin „Fuck-You, A magazine of Arts" heraus. Gruens Fazit dieser „New Bohemia": künstlerische Rebellion gegen die Ordnung; abstrakt, sicher; nur, eine Nase voll Kenntnis der amerikanischen Situation läßt begreifen, daß abstraktes Revoltieren, „total drop-out" durch die faktisch-gesellschaftliche Situation vorgeschrieben ist. Alternativen sind nicht mehr plausibel zu machen.

Früh gab die San-Francisco-Gruppe der Corso-Ferlinghetti-Ginsberg mit ihrer Beat-Lyrik die Initialzündung zum Aufbrechen des „Generation-Gap and Credibility-Gap". Heute bilden das eigentliche Herz der ganzen Hippie-Blümchen-Parade die 300 kalifornischen „acid-rock" Gruppen (The Jefferson Airplane, the Doors, the Greatful dead, Moby Grape etc.). Sie auch erst integrierten LSD zu einem alles umfassenden Lebensstil. Earl Shorris weiß es genau: „Nach dem Auszug aus dem Paradies blieb dem Menschen immer nur übrig, Produzent oder Parsit zu sein." Parsiten aber sind arbeitsfaul, daher langweilen sie sich zu Tode. Und richtig, Shorris: „Die Hippie-Bewegung ist tot." —

Daß „Hippie", genau wie der „Bohemian", Mittelklasseprojektion ist, dabei aber Symptom für einen handfesten Sozialkonflikt, daß Blümchen im ganzen deutschen Blätterwald zur Zentralkathegorie werden konnte, zeigt die Schrebergärtnermentalität derer, die da befugt sind zu schreiben. Niemand wird die Handvoll zum Erbrechen bekannter Schreckensnachrichten über Unfälle nach Drogengenuß auf die leichte Schulter nehmen, das Sensationsgekreisch der Boulevardpresse verstellt jedoch nur der wissenschaftlichen Analyse den Weg. Niemandem würde es in den Sinn kommen, die nach hunderttausenden zählenden bestialischen Alkohol-Rauschtaten gegen „fröhlichen Umtrunk" ins Feld zu führen. Garantiert 300 Millionen Marihuana-Konsumenten, die es hier und jetzt auf der Welt gibt, werden völlig aus der Betrachtung gelassen, um den Weg frei zu machen für Mord- und-Totschlag-Reportagen und eine bestialische Gesetzgebung. Der Impetus der letzteren richtet sich, klopft man sie genauer ab, ausschließlich gegen die Torpedierung des für unsere Gesellschaft zentralen Arbeitsbegriffes unter Drogeneinfluß. Genau diese Phobie scheint sich allen von Huxley et al. gehegten Befürchtungen einer In-Dienst-Nahme dieser Mittel durch die Power-Elite überlegen zu zeigen.

Wenn man den ganzen Wust von Böswilligkeit, Fälschung und Kolportage abklopft, sich über die Chancen einer weiteren Ausbreitung von LSD und den anhängenden Erscheinungen klar zu werden versucht, bleibt folgendes: Zumindest in Deutschland wird die von einem totalen Vernunftbegriff geforderte Revolutionierung der Gesellschaftsstruktur die Mittel und Wege zu ihrer Verwirklichung zunehmend verstellt finden (Große Koalition, Notstandsgesetze etc.). Auch in den USA, kann vermutet werden, ist dieses faktische Verstelltsein einer rationellen Praxis, die sich ja in der Größenordnung von Entscheidungen über Krieg und Frieden abzuspielen hätte, das eigentliche Agens, das aus der spätkapitalistischen Gesellschaftsstruktur eine gewaltige Zahl mobilisierter Jugendlicher hervortreibt. Diese unterziehen sich dem solopsistischen Versuch, der vergleichbar abstrakt wie der

Die Hand des Zufalls allein hat uns ein Dokument des Wahnsinns zugeweht: Das Bild eines südjütländischen Bauernsohnes beim Genuß LSD-getränkter euterwarmer Kuhmilch (Kuhfabrikat: rotbraune Angliterin; Gesinnung des Bauernburschen: Eiderdäne).

ihres politisch engagierten Pendants ist, nicht mehr vorrätige politisch transzendierende Theorie und Praxis durch Drogen in „Bewußtseinserweiterung" umzufunktionieren.

Solange das Quäntchen Ästhetizismus in den häufigen Protestmärschen die Teilnehmer noch anheizt, kann man Susan Sonntag zustimmen[4]); „That being a socialist and taking certain drugs ... are not incompatible." Die harten Invektiven aus der Ecke Dutschke, SDS gegen Drogen, LSD etc. lassen zumindest das Gefühl ahnen, daß die Zeit des ‚to engage *and* to drop-out' vielleicht schon vorüber ist; sogar die Entscheidung wird dann unableitbar und abstrakt sein, welcher der beiden Alternativen, dem abstrakten Revolutionskonzept, oder der abstrakten Durchstöberung der Inneren Dimension, man sich zuwendet. (Letzteres hätte für sich, daß es einem das Teure-Rote-Bücher-Kaufen erspart.)

Ein abschließender Blick auf die „Underground-Scene" in London, zweifellos im Augenblick der Welt produktivste[5]), bestätigt, daß die neue Generation schöner Dandies in ihren „acid-green and lilac double-breasted gabardine"-Anzügen oder langen orient-beeinflußten Gewändern die innere Dimension mit Vehemenz bevorzugen, sich auch explizit jedweder revolutionären Einstellung entziehen. Hier scheint auch mit gewissem Erfolg das Verdikt „Geld kettet ans Establishment" gebrochen, eine ausgesprochene Subkultur-Geschäftswelt hat sich gebildet, die bewußt dem Begriff „Underground" die Pointe anhängt, stark publizitätsbewußt zu sein. Vorläufiges Ziel: eine eigene Bank (lieb Frankfurt mag ruhig sein, wir haben die Bank für Gemeinwirtschaft) eigene Schecks; eigene Tauschzentralen; eigene Piraten-Sender etc. „It seems ... that one is going to have to sever relationships with these bastards once and for all so as to have no involvement in their inhumanity ... Don't buy things from them you can by from your friends." Leary und ähnliche Propheten sind längst durchschaut als Popanz der Massenkultur (er gilt als „right in the social game"), eigentliche Führerfiguren gibt es nicht mehr. Zentralkriterium ist das Jung-Alt-Gefälle geworden; die offiziellen Razzien auf Rauschgiftparties und ähnliches treiben diesen Sprung immer tiefer (letzter Aufhänger: der Rolling-Stones-Prozeß; Sunday Times Kommentar: „A case of social revenge") „Better Books" und „Indica Booksshop" müssen sich laufend Polizei-Razzien, Begründung: Pornographieverdacht, gefallen lassen. Handfeste wissenschaftliche Tatsachen gegen den großen Topf, in den suchterzeugende wie nicht-süchtigmachende Drogen, Opium wie Marihuana z. B., geworfen werden, heizen diese Wut von unten in kaum vorstellbarem Maße an. Unvorstellbar für deutsche Verhältnisse ist auch die Katalysewirkung der jungen Poeten wie Horovitz (vor kurzem in Frankfurt), Brian Patten, Adrian Mitchell, Spike Hawkins etc. Eine genuin neue Kunstform ist aus dem „Underground" mit der Light-Show erwachsen. Kurz: die Behauptung „Hippie ist tot", reduziert sich auf Wunschvorstellungen, die sich an die Tatsache knüpfen, das nach den Schulferien „Part-time-Hippies" wieder zur Schule gehen. Diese unsere gute Gesellschaft treibt, weil sie den zu Grunde liegenden Sozialkonflikt nicht lösen kann, stetig höchst agile Jugendliche hervor, die das Verdikt ihres eigenen Todes nur belächeln. Sicherlich kritisiert Carles Morrowitz[6]) die Liebe-Brüderlichkeits-Katarakte zu Recht ‚Social evils kyruped over with a fraternal mysticism ... But what a wet kind of love it is". Jedoch, wenn der Trick mit dem „Man muß hart anpacken, um zu verändern" nicht mehr so recht ziehen will, müssen Jugendliche zwangsläufig zurückgeworfen werden auf den Glauben, der Kult der Imaginationsprozesse sei die Essenz des Lebens. Es dämmert einem, daß alternative Positionen Invektiven im Namen der Rationalität nicht mehr werden führen dürfen; sozialstrukturelle Gegebenheiten, die kein „deus ex machina" mehr wegexkamotieren kann, könnten irrationale solipsistische Positionen mit Berechtigung aufladen.

Zum Schluß: to whom it may concern: Die East Village Oother meldet: Die synthetische Herstellung von Marihuana, Tetra-hydrocabinal, ist gelungen und schon im Handel. Gesetze-Macher, auf, auf, es gibt wieder etwas zu verbieten.

[1]) aus derart funkelnden Ingrendientien besteht der Artikel von Earl Shorris, Spiegel Nr. 50/67, S. 193–200.
[2]) dazu Harold Finestone, Cats Kicks and Color in: Social Problems, Vol. 5, 1957.
[3]) Zit. S. 179 — auch zum vorhergehenden Karen Gaylord „Bohemia Revisited" Social Research, Summer 1965, vol 32, No. 2.
[4]) Partisan Review Winter 1967, 1.
[5]) zu folgendem: Encounter Oct. 1967: Peter Fryer „A Map of the Underground — The Flower Power Structure and London Scene.
[6]) The Guardian June, 24.

Angelika Mechtel

Kleines Geläut

I. BEWEGUNG

Ich schlafe, demonstrative Sprechchöre im Nacken, die Masse der Tausend in einen U-Bahnschacht gepfroft, zum Schlauchende gepreßt, Wände unter den Händen, die Hitze der Körperwärmen und das bißchen Luft, das andere wegatmen. Hysterie im Bauch.
Beim Einsatz von Wasserwerfern schwimmen wir den Schacht entlang auswärts. Polizeitrupps haben den Würstchenstand ertränkt.
Danach halten wir eine Totenmesse mit kleinem Geläut ab, versammeln das, was Aufrecht geblieben ist, in einer Montagehalle.

II. RÜCKBLICK

Die Frage nach seiner Tätigkeit im Krieg beantwortete Siljas Vater Alfons Herbst 1946 im Fragebogen, den er zur Übernahme in den Polizeidienst ausfüllen mußte, mit der Bezeichnung: Normaler Wehrmachts- und Polizeieinsatz.
Zehn Jahre später macht er sich rasch als Schutzpolizeichef beliebt. Wie schon unter dem vorausgegangenen Regime, verschaffte ihm das Parteibuch die Karriere.

III. ZUSTAND

Denke ich an Silja, sehe ich Wasserpflanzen von blaßgrüner Haut, die sich der Strömung in den Mund legen, lasziv, aber von gebärfreudiger Beständigkeit.
Silja verurteilt ihren Vater nicht.
Als sie noch ein Kind war, nahm er sie sonntags mit zum Segeln, ließ sie den Hosenboden bei kräftigen Böen ins Wasser drücken, um das Schiff zu halten und bei Wendemanövern die Leine ziehen.
Jetzt wird sie nachts von geträumter Geschlechtslust hochgetrieben, große Freude zwischen den Beinen, erwacht sie, und der Mann neben ihr schläft bei offenem Mund. Silja träumt farbig, grün die Wiese und das Glück zwischen den Beinen, gelbe Kaninchen hüpfen Hasensprünge darauf.
Der Mann ist ein guter Mann, er fordert nur einmal die Woche seine Frau und hat als begabter Jungpolizist bereits zwei Automatenknacker und einen betrunkenen Autofahrer überführt. Sein Sohn schreit morgens: Peter Pipi machen. Sein Vater ist Mitglied der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft. Da das Hochhaus, das sie im neunten Stockwerk bewohnen, über zwei Aufzüge verfügt, träumt Silja zuweilen auch von gelben Kaninchen in grünen Aufzügen, bewältigt Wohlstand und relative Sicherheit. Sie war immer ein gutes Kind.
Dem nächsten Urlaub will sie in Süditalien die Luft ablassen. Sizilien, sagt sie dem Mann, erotisiert. Das Kind nehmen die Großeltern. Papa wird bis dahin gegen Kaution die Untersuchungshaft verlassen können. Das Kind wird seinen Spaß an ihm haben, auch wenn der Bart ab ist.
Vielleicht, sagt sie, treffen wir Jo wieder.
Jo sitzt auf dem Tempelrest des Jovis über Terracinas Elendsviertel. Mit zwölf war er noch zu jung für den Fronteinsatz, aber schmal genug, verpuppte Leichen aus den Bombenkellern zu holen. Jetzt besäuft er sich einäugig. Wie geht es in Deutschland, fragt er. Silja sagt: Bei uns ist alles in Ordnung.
Jo lacht ohne Ende.
Silja will ihm das Lachen abschlagen.
Denn Silja ist in Ordnung.
Reibungslos hat sie sich auf ihrem Platz eingegliedert. Sprunglos verliefen in ihrem Bewußtsein die Sprünge, die andere auf die Triebe bringen. Silja begreift nur nicht, daß die Norm abnorm ist.
Ihr Mann Alfons ist weder zu fett, noch zu dünn. Er benimmt sich gesund und zeigt den Hang zum Gehorsam.
Morgen ist er dabei im U-Bahnschacht.

IV. NOCH EIN RÜCKBLICK

Es muß herausgefunden werden, welchen Anteil Alfons Herbst an der Ermordung seiner Geliebten hat. Aus Scharkow traf das Vernehmungsprotokoll einer Tanja F. ein, die in der Nähe gestanden haben will, als Silja abgeführt wurde. Sie hat gehört, wie das Mädchen schrie: Sie führen mich zur Erschießung!
Die Abnormität der Norm tritt in Träumen den Beweis an.
Zwangsweise wird der U-Bahnschacht geräumt, der Würstchenstand im Einsatz ersäuft, und ich prügele in diese quirlende, kreischende, diese lachende, schwimmende und gurgelnde Masse im Wasserwerferbeschuß nach Befehl hinein. Da erwische ich ein schwangeres Mädchen, das Kleid platzt auf und die Haut über dem Nabel. In der anderen Betthälfte träume ich von gelben Kaninchen auf grüner Wiese und häufiger tanzt die große Freude zwischen meinen Beinen, Lust ist da, nur die Bosheit bricht dort auf, wo ich allein auf Posten stehe.
Den Vater haben sie gegen eine Kaution von 300 000 Mark, die einflußreiche Bürger für ihn gestellt haben, aus der Untersuchungshaft entlassen.

V. WEITERBEWEGUNG

Erst Freitagabend kehrt Alfons von einer mehrtägigen Schulung an Handgranaten zurück und begreift den Aberwitz der Frau.
Weil sie ihn nicht liebt, und er sie nicht, liebt sie Kaninchen und sich selbst.
Im Parterre bemerke ich den Aufzug in Betrieb, der nur für Notfälle gedacht ist und benutze den üblichen Lift. Silja schabt Mohrrüben in der Küche. Der Kleine, sagt sie, schläft. Aber sie bringt keine Mohrrüben auf den Tisch.
Morgens um fünf hat er mich barfuß im Nylonhemd vor der Glastüre des Notlifts kauernd aufgespürt.
Ich füttere, sagt sie, Kaninchen.
Unser Sohn knabbert an einer Mohrrübe. Vom Vater hat er die Folgsamkeit.
Er schrie nur selten.
Ist er, sagt sie, nicht ein nettes Kaninchen?
Seit fünf Tagen habe ich das Kind mit Mohrrüben und Grünkohl gefüttert.
Sie hatte den Aufzug im Zwischenstock festgestellt.
Der Psychater meint, sie leide unter Lieblosigkeit subjektiver und objektiver Art.
Ansonsten sei ich normal wie mein Vater, für den der Psychater auch seinen Teil Kaution geleistet hat.
Ich habe Angst vor der Frau und nehme sie nicht mehr mit zu Bett.

VI. NOCH EINMAL RÜCKWÄRTS

Durch die Anhänglichkeit der jungen Russin in Verlegenheit gebracht, ließ sich Herbst von seinem Bataillonsadjutanten beraten. Dieser soll vorgeschlagen haben, das Mädchen als verdächtige Agentin zu erschießen.
Alfons kann sich nicht erinnern, Silja geliebt zu haben.
1963 starb der ehemalige Bataillonsadjutant an Prostatakrebs.
Alfons Herbst ließ seine Tochter in eine Heilanstalt einweisen und sagte, er wisse nicht, woher sie den Irrsinn habe.

VII. ENDGÜLTIGER ZUSTAND

Es war Notwehr, werde ich sagen.
Gelbe Kaninchen hüpfen über eine grüne Wiese.
Einäugig sitzt Jo im Jupitertempel und zählt verkohlte Zivilisten.
Die Welt ist rund.
Sie ist satt.
Silja wurde ergriffen und auf dem Gelände einer benachbarten Keksfabrik erschossen, die Leiche auf dem Hof vergraben.
Auf die Frage des Gerichtsvorsitzenden antwortete Alfons: Nicht schuldig im Sinn der Anklage. Er ist Vorsitzender des Landesverbandes der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft.
Im U-Bahnschacht ersäuft Alfons nicht nur den Würstchenstand.

Konzentration III

Elmar Barn

a eines
ihm
ist verhallt
die übergewicht
geliebte nächte
zu der singen ihm
ein
gib anderes heran
wehe
garten
jenen den verborgenen an schuldigen nah
fluß-gott
ihn des
führ
bluts tagwerk
den verläßliches
sie ein von ihm
weitem vor erkennt
liebes
ihren
ein jüngling
tu was
leise weiß
leise er
o selbst dir
von zu dem
wollten herren kinder
der tote lust
jünglings
der des aus geäder
dem im einsamen
auf oft
du ehe
regtest das männer mädchen
finstere noch

b was-für linderte da oft dich auch
haßten als frauen
wäre welche
sie wesen nicht
entwandelten ach
aus von herauf
welchem wühlten unkenntlichen gefühle triefend
welche das liebenden gotthaupt dem aufhob
in aufrufend empor die vorzeit nacht

c locktest zu du unendlichem du
aufruhr weißt
o was des selber blutes du neptun
und o zuvor
sein mädchen
furchtbarer dir dreizack kam
o dies
der verhängnis dunkele
reinen wind
oder seiner wolkigen brust
dem aus
unter gewundener landschaft muschel

d lautlose horch
ganze wie die die sondern
nacht mütter sich einstiger muldet flußbett
und trockene höhlt das ihr
sondern sterne beruhn

e stammt
grunde nicht im von uns
euch
gebirgs des trümmer liebenden wie lust
die zu väter
dem die antlitz
sondern
seiner kind geliebten
einzelnes hat ein
er nicht
die brauende innige zahllos einsicht
das in sondern ihr künftiges reines
ein gesicht
eines nicht
nicht aus uns
dem in reinen liebten gestirn wir

f du
daß nicht dies
hast mädchen ihm o wehe
arme nicht die seine in mutter saft
hat unvordenklicher ihm lieben
die wir bogen
wo der steigt braun uns so
jahr zur einzigen erwartung
einem gespannt aus
nicht blumen
an die dir wie ihn nicht fühlendes lieben
mädchen
wir an
siehe dir macht nicht leicht
bog keimenden seine
den lippe das sich gelöst zum wasser
fruchtbarern im ausdruck

g es
meinst war
du schon wirklich trugst
ihn ihn hätte
du dein da leichter denn auftritt
geliebt also
ers erschüttert hat
du dir die vor wandelt
lächelte wie ihm frühwind
es
zwar da du lieben erschrakst
nicht ihm
es
das er herz sollte doch wie
ältere mutter
schrecken gelächelt stürzten zärtlich
in so
ihn
du bei
hast dem selten berührenden
lächelte anstoß
entsetzliche ruf das
ihn
ja du verständigt rufst wie
ihn
war nicht blinzelte ganz
ihn auskannte
dunkelem schreckliche umgang

h jedes freilich und er
vätern will
den er
von entspringt
satt erleichtert noch gewöhnt lag er
furchtbare sich das in wo dein
schluchten heimliches die herz
in und blut nimmt ältere und das beginnt in
sich hinab
aber erbegann
stieg er liebend sich
war je überlebt mutter schon du geburt
machtest kleine
ihn
seine klein wo du ursprung
warsts gewaltigen die in ihn hinaus anfing
wurzeln dir
eigenen war die
er ging neu
es
du verließ beugtest
liebte überstand
die herz neuen sein augen

i lichtgrün die gestürzt sein freundliche
stummem welt
dessen
und auf
wehrtest der in fremden urwald
wo diesen ach wildnis
hin inneren sind seines
die inneres

j jahre sein
da liebte
du liebte
ihm hingab einfach sich mit
er der wie schlanken formen
gestalt jagenden
wallendes tierhaft
chaos zu
vertratst wachstum
vieles würgendem verbargst
zu du verschlungen ihm
mustern so zu das schon nächtlich-verdächtige ranken
zimmer weiterschlagenden machtest geschehns
du innern harmlos

k des aus mit deinem war
herzen verstrickt voll
er zuflucht
wie mischtest scheuende du
neue
menschlichern der raum
er seinem ein-ließ nacht-raum sich hinzu
er nicht wie in fiebern die in finsternis
aber nein träumend
in
aber dein schlafend näheres
schlafenden dasein im
hast vorsicht du
keine das war
nachtlicht da gestellt
ach und herkunft
es der schien fluten
wie die aus ihm
freundschaft in nirgends innen
ein
hinderte knistern
wehrte das

l wer du
innen nicht aber lächelnd gehüteter
erklärtest ein so
schien als vorschlaf
wüßtest gekosteten du den längst

m in wann
lösend sich süße
die gestaltung
diele leichten benimmt
deiner und lidern er schläfernden horchte
unter
und erleichterte linderte der sich
lag so
er vieles
wie vermochte selbst zärtlich
er dein

n und aufstehn
zukunft hinter unruhige
den seine schrank verschob trat sich hoch
leicht
in die mantel paßte
sein vorhangs schicksal
des und falten in die

Spiel

Hans Imhoff

I.

hErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHt
HeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChT
hErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHt
HeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChT
hErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHt
HeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChT
hErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuDdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHt
HeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChT
hErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuDdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHt
HeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChT
hErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuDdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHt
HeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChT

II.

hErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuDdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHt
HeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChT
hErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuDdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHt
HeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChT
hErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuDdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHt
HeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChT
hErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuDdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHt
HeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChT
hErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuDdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHt
HeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChT
hErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuDdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHt
HeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChThErRuNdKnEcHtHeRrUnDkNeChT

W. Benjamin

Durchscheinen ist alles!

Warum gibts jetzt Tassen, Ochsen, Schuhe auf Plastik? Warum wurden Mäntel und Capes daraus gemacht? Einfach weil es dem **Thomas Bayrle** Spaß macht und den Damen Lukowski + Ohanian auch. Kleine Auflage, Preis nur DM 45,–. Zu haben am: 17. Februar in der Galerie Thelen, Essen, am 23. Februar Galerie Lichter, Ffm, Ende März Galerie Apollinaire, Mailand – und später auch im Kaufhof.

foto: jan röwer